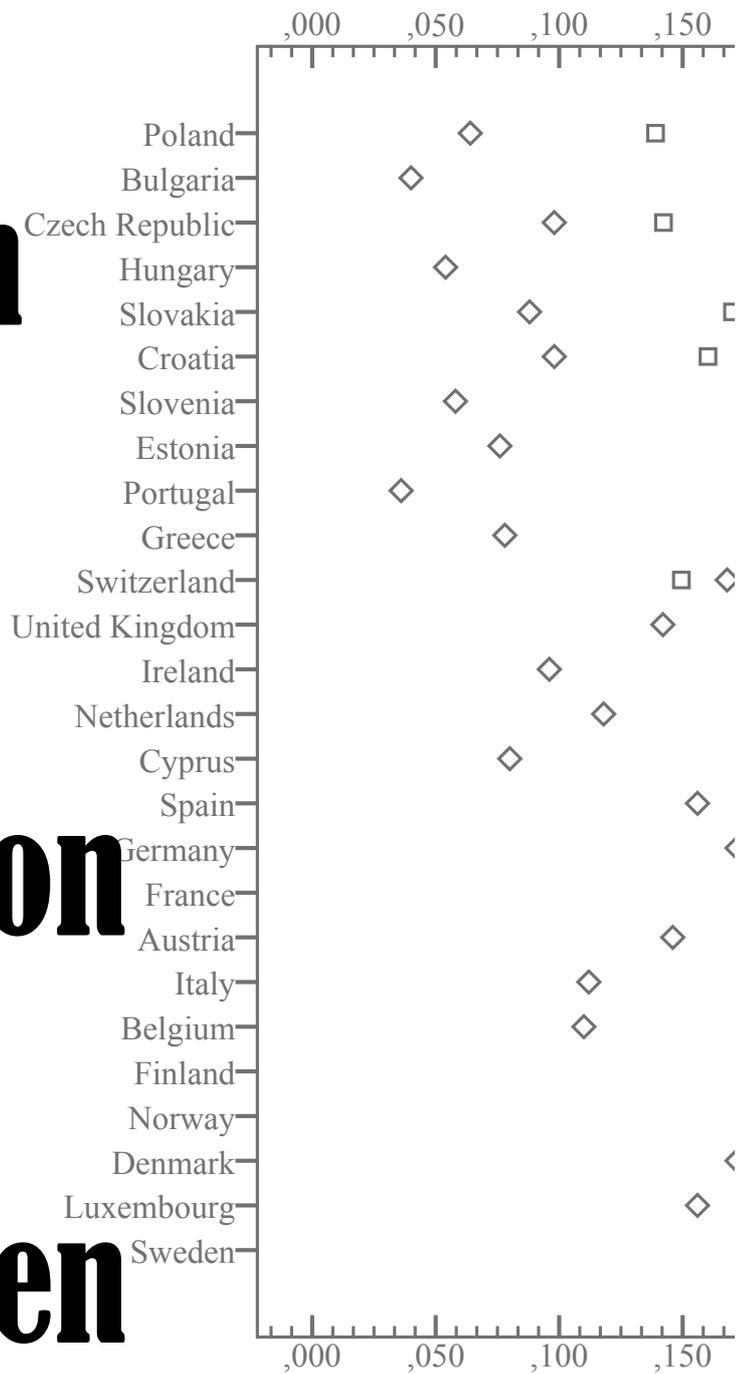


Soziale Integration und politische Partizipation in Demokratien



Lukasz Hill

Soziale Integration und politische Partizipation in Demokratien.

Weshalb sind einige Gesellschaften politisch aktiver als andere.

Dissertation

im Fach – Politische Soziologie
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
der Universität Potsdam

zur Erlangung des Akademischen Grades

doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)

vorgelegt von

Dipl.-Pol. Lukasz Hill

Erstprüfer/in: Prof. Dr. Bernhard Muszynski
Zweitprüfer/in: Prof. Dr. Ulrich Kohler

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:
Namensnennung 4.0 International
Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus4-420077](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-420077)
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-420077>

Kurzfassung

Die Frage nach dem Zusammenhalt einer ganzen Gesellschaft ist eine der zentralen Fragen der Sozialwissenschaften und Soziologie. Seit dem Übergang in die Moderne bildet das Problem des Zusammenhalts von sich differenzierenden Gesellschaften den Gegenstand des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses. In der vorliegenden Studie stellt soziale Integration eine Form der gelungenen Vergesellschaftung dar, die sich in der Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen artikuliert. Das Resultat dieser Reproduktion sind pluralistische Vergesellschaftungen, die, bezogen auf politische Präferenzen, konfligierende Interessen verursachen. Diese Präferenzen kommen in unterschiedlichen Formen, in ihrer Intensität und Wahrnehmung der politischen Partizipation zum Ausdruck. Da moderne politische Herrschaft aufgrund der rechtlichen und institutionellen Ausstattung einen bedeutsamen Einfluss auf soziale Reproduktion ausüben kann (z.B. durch Sozialpolitik), stellt direkte Beeinflussung politischer Entscheidungen, als Artikulation von sich aus den Konfliktlinien etablierenden, unterschiedlichen Präferenzen, das einzige legitime Mittel zwecks Umverteilung von Ressourcen auf der Ebene des Politischen dar. Somit wird die Konnotation zwischen Integration und politischer Partizipation sichtbar. In die Gesellschaft gut integrierte Mitglieder sind aufgrund einer breiten Teilnahme an Reproduktionsprozessen in der Lage, eigene Interessen zu erkennen und durch politische Aktivitäten zum Ausdruck zu bringen. Die empirischen Befunde scheinen den Eindruck zu vermitteln, dass der demokratische Konflikt in der modernen Gesellschaft nicht mehr direkt von Klassenzugehörigkeit und Klasseninteressen geprägt wird, sondern durch den Zugang zu und die Verfügbarkeit von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen geformt wird. In der Konsequenz lautet die Fragestellung der vorliegenden Arbeit, ob integrierte Gesellschaften politisch aktiver sind.

Die Fragestellung der Arbeit wird mithilfe von Aggregatdaten demokratisch-verfasster politischer Systemen untersucht, die als etablierte Demokratien gelten und unterschiedlich breite wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen aufweisen. Die empirische Überprüfung der Hypothesen erfolgte mithilfe von bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen. Die überprüften Hypothesen lassen sich folgend in einer Hypothese zusammenfassen: Je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die konventionelle bzw. unkonventionelle politische Partizipation. Verallgemeinert ist die Aussage zulässig, dass soziale Integration einer Gesellschaft positive Effekte auf die Häufigkeit politischer Partizipation innerhalb dieser Gesellschaft hat. Stärker integrierte Gesellschaften sind politisch aktiver und dies unabhängig von der Form (konventionelle oder unkonventionelle) politischer Beteiligung. Dabei ist der direkte Effekt der

gesamtgesellschaftlichen Integration auf die konventionellen Formen stärker als auf unkonventionellen. Diese Aussage ist nur zulässig, wenn die Elemente des Wahlsystems, wie z.B. Verhältniswahlrecht, und das BIP nicht berücksichtigt werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse mit Kontrollvariablen erlauben die Daten die auf die Makroebene bezogene Aussage, dass neben einem hohen Niveau sozialer Integration auch ein durch (Mit-)Beteiligung bestimmtes Wahlsystem und ein hoher wirtschaftlicher Entwicklungsgrad begünstigend für ein hohes Niveau politischer Partizipation sind.

Schlagwörter: Soziale Integration, politische Partizipation, Ressourcenmodell, Demokratietheorie, Theorie der Integration moderner Gesellschaften

Abstract

One of the core issues of social sciences and sociology is the social cohesion of society as a whole. Since the transition to modernity, the problem of cohesion in differentiated societies forms the subject of scientific and social discourse. In the present study, social integration is defined as a form of the successful socialisation (Vergesellschaftung) that is articulated in the reproduction of symbolic and non-symbolic resources. The result of this replication is pluralistic socialisations, which, based on political preferences (opinions), create conflicting interests and preferences. These preferences come to expression in different forms, regarding their intensity and perception of political participation. Modern political rule can exert a significant influence on social reproduction, due to legal and institutional facilities (E.g. through social policy). Can hold a direct influence on political decisions, as articulation of the established lines of conflict and different preferences, represents the only legitimate action for the purpose of redistribution of resources at the level of the political system. As a result, the link between integration and political participation is made visible.

Well integrated members of society, based on broad participation of reproduction processes, recognise their interests and apply them to political activities. The empirical findings seem to convey that the democratic conflict in modern society is no longer characterised directly by class and class interests, but is formed by access and availability of the symbolic and non-symbolic resources. In consequence, is the question of the present thesis, are integrated societies politically active?

The goal of this study is to analyse aggregated data from established democracies with different levels of state welfare. The empirical validation of the hypotheses followed by using bivariate and multivariate regression analyses. The validated hypotheses are summarised below in a hypothesis: the stronger the social integration of society, the greater the conventional or unconventional political participation. To generalize, social integration of society has positive effects on the frequency of political behaviour. More integrated societies are politically active regardless of the form (conventional or unconventional) political involvement.

This statement is only permissible, if the elements of the electoral system, such as proportional voting system, and economic performance are not included. On the basis of the results with control variables, the data permits the following macro-level statement, that in addition to a high level of social integration, an electoral system and high economic performance, determine high level political participation.

Keywords: Social integration, resource model, political participation, democratic theory, theory of social integration

Vorwort und Danksagung

Die Idee zum Verfassen dieser Dissertation ergab sich grundsätzlich aus meiner Neugier darüber wie moderne Demokratien funktionieren. Der moderne Staat ist die größte Verteilungsinstitution von gesellschaftlichen Ressourcen in der Geschichte. Bei dem Ausmaß der Umverteilung stellt sich die Frage, die sich unter anderen schon Gerhard Lenski stellte, wer bekommt was und warum? Auch wenn ich diese Frage mit meiner Forschung nicht direkt beantworten kann und auch nicht will, bewegt mich die Idee der Reproduktion von gesamtgesellschaftlichen Ressourcen so weit, dass ich annähernd an Bernhard Peters die soziale Integration als eine Form der gelungenen Vergesellschaftung, die sich in der Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen artikuliert, definierte. Damit war der Weg zur theoretischen Auseinandersetzung wie der empirischen Validierung meiner bescheidenen Überlegungen offen. Das Resultat dessen ist die vorliegende Studie.

Auch wenn ich sie eigenständig angefertigt habe, wäre sie ohne die große und vielfältige Unterstützung durch andere, nur schlecht zu bewerkstelligen gewesen. Stellvertretend für die vielen, die im Kleinen oder Großen zu meinem Wohlbefinden, dem notwendigen Druck aber auch der Entspannung sowie der Weiterentwicklung meiner Ideen und Lösung der praktischen Probleme beigetragen haben, möchte ich folgende Personen hervorheben: meinem Doktorvater Prof. Dr. Bernhard Muszynski für zahlreiche inhaltliche, methodische und forschungspraktische Anmerkungen sowie seinen kritischen Blick auf meine Arbeit, wie für seine wohlwollende Unterstützung auch in kritischen Momenten meines Lebens; dem Prof. Dr. Ulrich Kohler für seine Hilfestellung bei den Analysen, sein Verständnis und seine Zeit; Felix Petersen für seinen emotionalen Beistand, das Ertragen meiner chaotischen Denkweise und seine Empathie in den harten Zeiten, Prof. Dr. Silvia von Steinsdorf für das Glauben in meine Fähigkeiten und jede lernreiche Stunde im Forschungskolloquium; meiner Arbeitskolleginnen von der Freien Universität Berlin: Prof. Dr. Bettina Hannover und Dr. Melanie Rau; meiner Arbeitskollegen von der Bertelsmann Stiftung Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Christina Tillmann, Emilie Reichmann und Sandra Stratos; nicht zu Letzt möchte ich mich bei meinen Freunden bedanken: Clara, Anton und Andreas.

Berlin, Mai 2016

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	2
Abstract	4
Vorwort und Danksagung	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungsverzeichnis	10
Tabellenverzeichnis	10
Abkürzungsverzeichnis	13
1 Einleitung	14
1.1 Zur Thematik der Arbeit	14
1.2 Aufbau der Arbeit	14
Teil I – Theorie	16
2 Soziale Integration und politische Partizipation	17
2.1 Einleitung	17
2.1.1 Das Integratio – die Einbeziehung als Reproduktion	18
2.1.2 Soziale Reproduktion als demokratischer Konflikt	20
2.2 Formulierung der Fragestellung und Hypothesen	25
2.2.1 Fragestellung	25
2.2.2 Hypothesenformulierung	29
3 Soziale Integration als dimensionaler Reproduktionsprozess	31
3.1 Dimensionen sozialer Integration	33
3.1.1 Funktionale Integration	34
3.1.2 Kulturelle Integration	36
3.1.3 Kommunikative Integration	37
3.1.4 Moralische Integration	38
3.1.5 Politische Integration	41
3.1.6 Zusammenfassung	42
3.2 Symbolische und nicht-symbolische Ressourcen sozialer Integration	43
3.2.1 Analytische Konzepte zur einzelnen Ressourcen sozialer Integration	44
<i>Soziales Kapital als Ressource sozialer Integration</i>	45
<i>Kulturelles Kapital als Ressource sozialer Integration</i>	51
<i>Ökonomisches Kapital als Ressource sozialer Integration</i>	53
3.3 Soziale Desintegration	53
3.3.1 Funktionale und dysfunktionale Formen der Reproduktion	54

3.3.2	Marginalisierung	57
3.4	Verhältnis zwischen fünf Integrationsdimensionen	58
3.5	Zusammenfassung	59
4	Politische Partizipation	61
4.1	Demokratie und politische Partizipation	61
4.1.1	Politische Partizipation in vormodernen Demokratietheorien	62
4.1.2	Politische Partizipation in modernen Demokratietheorien	68
4.2	Politische Partizipation als empirisch-analytischer Begriff	71
4.2.1	Dimensionen politischer Partizipation	73
4.2.2	Ansätze zur Erklärung politischer Partizipation	76
	<i>Deprivationsansatz</i>	77
	<i>Kulturansatz</i>	79
	<i>Ressourcenansatz</i>	80
	<i>Andere Erklärungsfaktoren</i>	83
	Teil II – Empirie	85
5	Analytischer und methodologischer Rahmen	86
6	Operationalisierung	88
6.1	Datenlage und ihre Beschreibung	89
6.2	Das methodische Vorgehen zur Operationalisierung der Dimensionen sozialer Integration	91
6.2.1	Funktionale Integration	92
	<i>Vorauswahl der Indikatoren</i>	92
	<i>Interpretation von Ergebnissen der Faktorenanalyse</i>	98
6.2.2	Kulturelle Integration	100
	<i>Vorauswahl der Indikatoren</i>	100
	<i>Interpretation von Ergebnissen der Faktorenanalyse</i>	105
6.2.3	Kommunikative Integration	108
	<i>Vorauswahl der Indikatoren</i>	108
	<i>Datenreduktion mithilfe von multidimensionaler Skalierung</i>	114
	<i>Interpretation von Ergebnissen der MDS</i>	115
6.2.4	Moralische Integration	118
	<i>Vorauswahl der Indikatoren</i>	118
	<i>Interpretation</i>	126
6.2.5	Politische Integration	128
	<i>Vorauswahl der Indikatoren</i>	128
	<i>Interpretation von Ergebnissen der Faktorenanalyse</i>	130
6.3	Politische Partizipation und Kontrollvariablen	131
6.4	Fehlende Werte	135
6.5	Zusammenfassung	137
7	Ergebnisse	140
7.1	Die Messung sozialer Integration	140

7.1.1	Die dimensionspezifische Messung sozialer Integration	140
7.1.2	Der Gesamtindex sozialer Integration	150
7.2	Die Messung politischer Partizipation	152
7.3	Hypothesenüberprüfung	155
7.3.1	Soziale Integration und politische Partizipation	155
	<i>Soziale Integration und konventionelle Formen politischer Partizipation</i>	155
	<i>Soziale Integration und unkonventionelle Formen politischer Partizipation</i>	158
7.3.2	Effekte Dimensionen sozialer Integration auf Formen politischer Partizipation.....	161
	<i>Effekte auf konventionelle Formen politischer Partizipation</i>	161
	<i>Effekte auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation</i>	172
7.4	Zusammenfassung.....	180
8	Zusammenfassung und Diskussion	183
8.1	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	183
8.2	Diskussion.....	186
8.2.1	Konsequenzen für Theorien sozialer Integration.....	186
8.2.2	Konsequenzen für Partizipationsforschung	188
8.2.3	Konsequenzen für Theorien und Praxis der Demokratie	189
	Literaturverzeichnis.....	193
	Eidesstattliche Versicherung.....	215
	Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB)	215

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Dimensionen sozialer Integration	34
Abbildung 2 Graphische Darstellung Dimensionen sozialer Integration.....	43
Abbildung 3 Graphische Darstellung des Vorgehens bei der Bildung von dimensionspezifischen Indizes	89
Abbildung 4 Multidimensionale Skalierung für 20 Indikatoren der kommunikativen Integration	115
Abbildung 5 Graphische Interpretation der Ergebnisse der MDS-Analyse.....	116
Abbildung 6 Subdimensionen funktionaler Integration.....	141
Abbildung 7 Dimension der kulturellen Integration	142
Abbildung 8 Subdimensionen kommunikativer Integration	143
Abbildung 9 Subdimensionen moralischer Integration.....	144
Abbildung 10 Subdimension politischer Integration	145
Abbildung 11 Dimensionen sozialer Integration (CEE-Länder).....	146
Abbildung 12 Dimensionen sozialer Integration (liberales Regime).....	147
Abbildung 13 Dimensionen sozialer Integration (sozialdemokratisches Regime).....	148
Abbildung 14 Dimensionen sozialer Integration (christdemokratisches bzw. korporatistisches Regime)	150
Abbildung 15 Gesamtgesellschaftliche soziale Integration	151
Abbildung 16 Konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Partizipation.....	153
Abbildung 17 Konventionelle Formen politischer Partizipation	154
Abbildung 18 Unkonventionelle Formen politischer Partizipation	155
Abbildung 19 Zusammenhang zwischen der konventionellen politischen Partizipation und dem Gesamtindex sozialer Integration	156
Abbildung 20 Zusammenhang zwischen der unkonventionellen politischen Partizipation und sozialer Integration	159
Abbildung 21 Zusammenhang zwischen funktionaler Integration: Armut und konventionellen Formen politischer Partizipation	163
Abbildung 22 Zusammenhang zwischen kommunikativer Integration: soziales Kapital und konventionellen Formen politischer Partizipation	165
Abbildung 23 Zusammenhang zwischen kommunikativer Integration: Media und konventionellen Formen politischer Partizipation	167

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1 Formen dysfunktionaler Reproduktion im Kontext der Dimensionen sozialer Integration	55
Tabelle 4-1 Dimensionen politischer Partizipation.....	75
Tabelle 6-1 Überblick über Vorauswahl der Indikatoren funktionaler Integration.....	98
Tabelle 6-2 Überblick über Dimensionen und Indikatoren funktionaler Integration.....	99
Tabelle 6-3 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren kultureller Integration.....	105

Tabelle 6-4 Überblick über Dimensionen und Indikatoren kultureller Integration.....	107
Tabelle 6-5 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren kommunikativer Integration.....	113
Tabelle 6-6 Überblick über Dimensionen und Indikatoren kommunikativer Integration.....	117
Tabelle 6-7 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren moralischer Integration	125
Tabelle 6-8 Überblick über Dimensionen moralischer Integration.....	126
Tabelle 6-9 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren politischer Integration	130
Tabelle 6-10 Überblick über Indikatoren nach Dimensionen politischer Partizipation in der Anlehnung an Ekman und Amnå (2012).....	132
Tabelle 6-11 Überblick über Indikatoren politischer Partizipation.....	133
Tabelle 6-12 Überblick über Kontrollvariablen	134
Tabelle 6-13 Überblick über fehlende Werte	135
Tabelle 6-14 Überblick über Indikatoren sozialer Integration (klassifiziert nach (Sub)Dimensionen)	138
Tabelle 7-1 Überblick über die Messung der gesamtgesellschaftlichen sozialen Integration: Klassifizierung nach wohlfahrtsstaatlichem Regime	151
Tabelle 7-2 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch soziale Integration ...	157
Tabelle 7-3 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch soziale Integration	160
Tabelle 7-4 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen funktionaler Integration	162
Tabelle 7-5 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Dimension kultureller Integration.....	164
Tabelle 7-6 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen kommunikativer Integration	166
Tabelle 7-7 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen moralischer Integration.....	168
Tabelle 7-8 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimension politischer Integration II.....	169
Tabelle 7-9 Zusammenfassung der multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimension sozialer Integration (Gesamtmodell)	170
Tabelle 7-10 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen funktionaler Integration	173
Tabelle 7-11 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Dimension kultureller Integration.....	174
Tabelle 7-12 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen kommunikativer Integration	175
Tabelle 7-13 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen moralischer Integration.....	176

Tabelle 7-14 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen (N=26) zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimension politischer Integration.....	177
Tabelle 7-15 Zusammenfassung der multivariaten Regressionsanalysen (N=19) zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen sozialer Integration (Gesamtmodell).....	178
Tabelle 7-16: Überblick über die Ergebnisse von bivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage Formen politischer Partizipation (Wert des B-Koeffizienten).....	181

Abkürzungsverzeichnis

EB	Eurobarometer
EU	Europäische Union
EVS	European Values Study
EQLS	European Quality of Life Survey
ESS	European Social Survey
ISSP	International Social Survey Programme
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
WVS	World Values Survey

1 Einleitung

1.1 Zur Thematik der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit werde ich ein empirisch anwendbares Konzept sozialer Integration modernen Gesellschaften ausarbeiten. Dies wird auf der Grundlage des Reproduktionsansatzes in der Anlehnung an Arbeiten von Landecker (1951) und B. Peters (1993) geschehen. Ferner werde ich untersuchen, welcher empirisch-überprüfbarer Zusammenhang zwischen Integration einer Gesellschaft und politischer Partizipation ihrer Mitglieder beobachtbar ist. Es wird ein positiver Effekt sozialer Integration auf politische Partizipation innerhalb moderner Gesellschaften erwartet.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil beziehe ich mich auf Theorien sozialer Integration ganzer Gesellschaften und unternehme den Versuch durch die Weiterentwicklung der Theorie sozialer Integration von B. Peters (1993), der eine holistische Theorie entwickelte, eine empirische Theorie sozialer Integration ganzer Gesellschaften zu entwickeln. In der vorliegenden Arbeit wird die soziale Integration als ständige Reproduktion von gesellschaftlichen Ressourcen verstanden. Diese Reproduktion erfolgt dank Handlungen von Individuen und Organisationen mit dem Zweck die Grundprobleme einer Gesellschaft zu lösen. Die Grundannahme der Studie lautet, dass durch die Ausbreitung des Aufgabenfeldes von modernen Staaten, der sich durch die Reproduktion von gesellschaftlichen Ressourcen manifestiert, die Reproduktion großteils von staatlichen Institutionen abhängig ist und gesteuert wird. Auf diese Problematik gehe ich im Kapitel über soziale Reproduktion als demokratischer Konflikt ein. Hierbei stütze ich meine Analysen an Gedankengut von Coser (1972) und Dubiel (1999) und verstehe Demokratie als Ort der zivilisierten Austragung von demokratischen Konflikten. Daraus ergibt sich, dass eine Teilhabe an gesellschaftlichen Normen, Werten und Institutionen und damit eine Teilhabe an Reproduktion von gesellschaftlichen Ressourcen sozialer Integration die Voraussetzung für zivilisierte Austragung von Konflikten ist, und im Weiteren die Voraussetzung für soziale Integration darstellt.

Ferner nehme ich an, dass durch Reproduktion von Ressourcen, ihre oft wahrgenommene Knappheit und demokratisch-spezifische Pluralität von Vergesellschaftungen konfligierende Interessen bezogen auf politische Präferenzen (z.B. der Umverteilung) entstehen. Wenn es sich

beim modernen demokratischen Konflikt um bestimmte Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration handelt, muss daraus resultierende Fragestellung lauten, ob integrierte Gesellschaften politisch aktiver sind?

Im zweiten Kapitel wird die empirische Theorie sozialer Integration entworfen. Entsprechend den Bereichen des sozialen Handelns und Formen sozialer Differenzierung, angelegt an Arbeiten von B. Peters (1993) und Landecker (1951) lassen sich fünf Dimensionen sozialer Integration differenzieren, in denen soziale Integration gelingen oder scheitern kann: funktionale Integration, kulturelle Integration, kommunikative Integration, moralische Integration und politische Integration (Peters 1993, S. 92 und 96; Landecker 1951, S. 333). Darauf folgend befasse ich mich mit symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration und stelle analytische Konzepte zur Erfassung dieser Ressourcen dar. Abschließend gehe ich auf die Problematik sozialer Desintegration und Marginalisierung ein und weise auf die Interdependenzen zwischen Dimensionen sozialer Integration hin.

Das dritte Kapitel befasst sich zuerst mit der Stellung politischer Partizipation in vormodernen und modernen Demokratietheorien, um sich anschließend aus der analytischen Perspektive der Frage zu widmen, wie sich politische Partizipation definieren lässt. Dabei wird zum einen ein Versuch unternommen, die Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten im Hinblick auf den Begriff auszuarbeiten, zum anderen wird der Begriff der politischen Partizipation im Kontext der Arbeit definiert. Danach werden kurz wichtigste Ansätze zur Erklärung politischer Partizipation im Hinblick auf empirisch-zentrierte Forschung dargestellt.

Die Operationalisierung des Konzeptes und empirische Validierung erfolgt im zweiten Teil der Arbeit. Im fünften Kapitel wird der analytische Rahmen und das methodische Vorgehen beschrieben. Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit wird mithilfe von vergleichenden, gleichzeitig erhobenen Aggregatdaten demokratisch-verfasster politischer Systeme untersucht, die als etablierte Demokratien gelten und unterschiedliche breite der wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen aufweisen. Zuerst werden im sechsten Kapitel die Datenlage und das methodische Vorgehen der Arbeit erläutert. Die Datenreduktion wird mithilfe der explorativen Faktorenanalyse und der multidimensionalen Skalierung dargestellt. Zum Abschluss des Kapitels wird die politische Partizipation operationalisiert und fehlende Werte beschrieben.

Das siebte Kapitel stellt die empirischen Ergebnisse der Arbeit dar. Zuerst werden die deskriptiven Ergebnisse der Messung Sub- und Dimensionen sozialer Integration dargestellt. Danach erfolgt mithilfe dem regressionsanalytischen Verfahren die Überprüfung der Hypothesen. Die Arbeit wird mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und der Diskussion der Konsequenzen für die Theorie der sozialen Integration, wie der Praxis der Demokratie abgeschlossen.

Teil I – Theorie

2 Soziale Integration und politische Partizipation

Ich sehe als notwendig und gleichzeitig als Einstieg in die theoretische Analyse der Integration in modernen Gesellschaften im Kontext politischer Partizipation eine kurze Einführung in die Konstruktion der vorliegenden Arbeit anzubieten. Diese Einführung ist erforderlich, den Ausgangspunkt und die Grundlagen der vorgelegten Arbeit deutlich zu machen. Dabei geht es meines Erachtens nicht darum, alle möglichen Fassetten und Ausprägungen genutzten Theorien abzudecken, sondern genannte Begriffe in den Kontext der Integration und Partizipation zu positionieren.

2.1 Einleitung

Die Geschichte der Sozialtheorie im Hinblick auf die Problematik sozialer Integration lässt sich in der Frage nach dem dialektischen Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft zusammenfassen (Peters 1993, S. 20).¹ Der Ausgangspunkt der Erörterung des Individuums im Kontext der Gesellschaft ist die Annahme, dass der Mensch ein soziales Wesen darstellt, und von Natur aus gezwungen ist, mit anderen Individuen in einer Gesellschaft zu leben. Die Bedeutung des Lebens in einer Gesellschaft ist nicht nur zwecks der Sicherung von physischem Fortbestand sichtbar. Sie resultiert aus der mehr oder weniger komplexen Differenzierung der Arbeitswelt, mit dem Zweck maximale Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und Wünsche zu realisieren (Lenski 1977, S. 48).

Die Natur der Gesellschaften kann unter Berücksichtigung von zwei Metaphern analysiert werden (Nassehi 2009, S. 299). Die vertragstheoretische Beschreibung des Sozialen in der Tradition von T. Hobbes und J.J. Rousseau und der Metapher des Organischen in der Tradition von Durkheim. In der vorliegenden Arbeit wird Gesellschaft als ein hoch komplexes, soziales System verstanden. Der Terminus soziales System führt den Begriff des Systems als Grundbegriff der Theorie ein. Ursprünglich meint der Begriff etwas Zusammengesetztes, der mehr als einfache Summe ihrer Teile ist (Kneer und Nassehi 1994, S. 17) und einen einheitlichen Charakter aufweist (Lenski 1977, S. 48). Dabei geht die Sozialtheorie nicht davon aus, dass die Erklärung für den Modus Operandi sozialer Systeme nur auf das Verhalten von Individuen zurückzuführen ist (Coleman 1991, S. 6). Die Sozialtheorie betrachtet elementare soziale Einheiten, wie soziale Handlungen, Interaktionen, Kommunikationen usw. in einem strukturellen und funktionalen Rahmen eines Systemszusammenhangs. In der Pluralität der modernen Gesellschaften gibt es

¹ Die Natur des Menschen ist selbstverständlich viel komplexer, als das sie sich auf ein paar Sätze zusammenfassen lässt. Sehr ausführlich darüber z.B. Aronson (2004).

eine Unzahl vorstellbaren und beobachtbaren sozialen Einheiten von Freundschaften, über Berufsverbände bis hin zur nationalen Gesellschaften. Diese Aufzählung soll gleichzeitig unterstreichen, dass soziale Systeme konkrete identifizierbare Objekte sind und zugleich in ihrem Grad, ihrer Form und ihrer Dimension der Integration variieren. „Das Systemverhalten (...) läßt sich (...) als das Verhalten eines Systems von Akteuren beschreiben, deren Handlungen miteinander verflochten sind“ (Coleman 1991, S. 6). Kooperationen und Konflikte sind in diesem Sinne ein fester Bestandteil von sozialen Systemen. Das Fortbestehen eines sozialen Systems, und im Folge dessen einer Gesellschaft, als auch die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse können nur durch die Produktion und Reproduktion von Ressourcen gesichert werden. Die Träger dieser alltäglichen gesellschaftlichen Geschehen sind menschlichen Akteure und deren Handeln (Esser 2000, S. 31).

2.1.1 Das Integratio – die Einbeziehung als Reproduktion

Der Begriff der sozialen Reproduktion als eine Wert schaffende Tätigkeit wurde schon von Adam Smith behandelt. K. Marx nennt den Begriff Reproduktion im Hinblick auf menschliche Arbeitskraft und notwendige reproduktive Tätigkeiten wie Ernährung und Erholung, die unverzichtbare Kooperationen unter Berücksichtigung von bestimmten Regeln der Reproduktion darstellt (Bakker und Rachel 2008, S. 1). Der Begriff der Reproduktion bezieht sich im Hinblick auf soziale Systeme nicht nur auf menschliche Arbeitskraft oder reine physische Reproduktion in Sinne eines Lebenszyklus. Es ist auch eine Reproduktion von Vergesellschaftungen möglich, die über einen Wechsel der beteiligten Individuen hinausgeht. (Peters 1993, S. 20). P. Bourdieu betrachtet Kultur und Soziales als reproduktive Einheiten, deren Reproduktion ein Mechanismus der Bildung einer Klassenstruktur darstellt. Die Reproduktion verläuft nach dem Muster der Wiedergabe von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen unter den Mitgliedern eines sozialen Systems (Bourdieu 1973). Auch zeitgenössische, feministische, politische Ökonomie verbindet mit dem Begriff sozialer Reproduktion nicht nur die Produktion und Reproduktion von Waren. Soziale Reproduktion bezieht sich auf alle sozialen Organisationen, von Familie, über die Bildung bis hin zur Warenproduktion, wobei die Form der Reproduktion im Zusammenhang mit den Besonderheiten sozialen Systeme und der Dimensionen und Strukturen politischer Herrschaft stehen (Bakker und Rachel 2008, S. 1). In der vorliegenden Arbeit wird soziale Reproduktion, in der Anlehnung an ausgeführten Autorinnen und Autoren, als die Erhaltung, Wiedergabe und Aneignung von Relationen zwischen Elementen eines sozialen Systems bezeichnet. Relationen stellen beliebige Art von Beziehungen und Interaktionen zwischen Elementen des Systems dar. Somit schließt die soziale Reproduktion sowohl die Erhaltung „sozialer Beziehungsmuster“ als auch „die Wiedergabe von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen, wie Wissen oder Geld, wie Aneignung von Symbolen, wie Kommunikation ein“ (Peters 1993, S. 20).

Soziale Reproduktion ergibt sich nicht von sich selbst oder aus der Struktur eines sozialen Systems. Sie ist ein Resultat von Handlungen, sei es seitens Individuen oder sozialen Institutionen. Beziehungen zwischen Elementen sozialen Systemen entstehen in Interaktionen zwischen diesen Elementen, also durch Handlungen und Kommunikation. Somit ergibt sich, durch Mangel an handlungs- und kommunikationsrelevanten Ressourcen, die Möglichkeit eines Ausschlusses von sozialer Reproduktion.² Dies kann unabhängig von Struktur eines sozialen Systems geschehen, wobei die Konstruktion des Systems Einfluss auf soziale Reproduktion ausüben kann.³

Im Kontext der Differenzierung und Abgrenzung sozialen Systemen beobachten wir „eine gewisse, oft auch bewußt reflektierte Spezialisierung auf bestimmte Dimensionen sozialer Reproduktion“ (Peters 1993, S. 20). Ästhetik oder Kunstgeschmack werden in anderen Handlungssystemen reproduziert als Wissen oder Sprache, wobei hier wieder die Konstruktion des Systems Einfluss auf soziale Reproduktion ausübt, wenn man z.B. an die institutionalisierte Bildung denkt. Ferner steht die Komplexität sozialer Reproduktion als ein Prozess in engen Zusammenhang mit Differenzierung innerhalb eines sozialen Systems. In modernen Gesellschaften finden viele Reproduktionsprozesse in formalen Institutionen statt.⁴ Versteht man Gesellschaft als „eine Gesamtheit der sozialen Beziehungen, Handlungen, Prozesse oder Kommunikationen“ (Luhmann 1987, S. 555), dann wird die Komplexität moderner Gesellschaften hinsichtlich sozialer Reproduktion deutlich, die alle Strukturen des sozialen Lebens prägt.

Dies bezieht sich selbstverständlich auch auf Strukturen der politischen Herrschaft. Mit der steigenden Komplexität des gesellschaftlichen Systems beobachtete man die Ausweitung bzw. Ausdehnung der Zuständigkeiten von politischer Herrschaft (Benz 2008, S. 183). Ferner wurden mit der fortschreitenden Differenzierung und Abgrenzung sozialer Systeme spezifische Reproduktionsprozessen zum Großteil oder nur der politischen Herrschaft zugeschrieben. Somit wurde sie zu einer umfangreichen Organisation institutionalisierter Herrschaft, ausgestattet mit einem Machtmonopol, auf der Grundlage des geltenden Rechtes, welches sich in der Verfügbarkeit über Ressourcen artikuliert. Infolgedessen wurde die moderne politische Herrschaft zu einer Ordnungs-, Versorgungs- und Verteilungsinstitution, auch wenn die Breite der Wahrnehmung dieser Aufgaben nicht unumstritten ist.⁵

Normative Demokratietheorien lassen an dieser Stelle die Frage danach offen, welche staatlich-gesellschaftlichen Probleme als notwendige Aufgaben für politische Herrschaft gelten. Durch

² Selbstverständlich ist es schwer vorstellbar, dass in modernen Gesellschaften ein absoluter Ausschluss auftreten kann.

³ Ich denke hierbei an wohlfahrtstaatliche Maßnahmen (Hradil 1989, S. 119).

⁴ Wie uns das Beispiel des Wissens in Bildungssystemen belegt.

⁵ Hierbei ist eine Unterscheidung zwischen öffentlichen Aufgaben und staatlichen Aufgaben möglich. Staatliche Aufgaben werden aufgrund der rechtlichen Lage, z.B. Verankerung der Sozialpolitik im Grundgesetz von Staat in Anspruch genommen. Öffentliche Aufgaben können vom sogenannten Dritten Sektor, z.B. Bürgerinitiativen, bewältigt werden (Benz 2008).

diese politische Entwicklung im Sinne der Ausbreitung der Zuständigkeiten sind die Integrationschancen so groß wie nie zu vor (Heitmeyer 1997, S. 23). Ferner sind Organisationen der Kern der gesellschaftlichen Ordnung und arbeitsfähigen Organisation der Produktion und Reproduktion (Esser 2000, S. 43). Somit ruht die Bewältigung von diesen Aufgaben auf der Reproduktion und Umverteilung von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen.⁶ Auf gleichem Prinzip basiert die Einbeziehung von Individuen in die unterschiedlichen sozialen Systeme. Individuen können in sozialen Systemen handeln und werden von anderen Mitgliedern dieser Systeme als solche anerkannt, weil sie über bestimmte symbolische und nicht-symbolische Ressourcen verfügen (Anhut und Heitmeyer 2005, S. 83ff). Das Problem der fortwährenden Teilnahme von Individuen an sozialen Systemen, stellt also das Problem der Reproduktion von für die Teilnahme unverzichtbaren Ressourcen dar. Die Verfügbarkeit oder der Mangel an symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen, die sich z.B. als das Fehlen einer Alternative, moralischer Bindung, das Vorhandensein von Macht und Zwänge, ein Netzwerk sozialer Beziehungen, starke soziale Bindungen oder Vertrautheit mit der Kultur artikuliert, stellt das Resultat von Reproduktion dieser Ressourcen dar.

2.1.2 Soziale Reproduktion als demokratischer Konflikt

Diese Prozesse der Reproduktion verlaufen aber nicht reibungslos. Sie sind von unzähligen Konflikten geprägt. Allgemein gefasst entstehen Konflikte, wenn mindestens zwei Akteure eine Wahrnehmung unvereinbaren Erwartungen auf ein Gut oder Handlungsergebnis haben. Diese Wahrnehmung kann einseitigen oder geteilten Charakter aufweisen. Solche Situationen werden in modernen Gesellschaften ständig in Bezug auf verschiedene soziale Zusammenhänge beobachtet. In komplexen sozialen Systemen kann also eine Vielzahl von Konflikten erfasst werden und soziale Systeme unterscheiden sich von einander in dem Ausmaß, in dem sie bestimmte Konflikte zulassen (Coser 1972, S. 41). Diese Konflikte überkreuzen sich und somit verhindern sie eine Spaltung dieser Systeme. Denken wir dabei an eine Gesellschaft als ein Beispiel für ein komplexes, soziales System, dann sind Individuen an einer Vielzahl von sozialen Systemen beteiligt, deren Interessenlinie sich durchdringen und verschiedene Gruppenkonflikte erzeugt werden. Die partielle Teilnahme an vielen Konflikten bildet ein Ausgleichmechanismus innerhalb der Struktur. Ferner erzwingt jeder Konflikt sozialer Interaktionen. In der Konsequenz besitzt der Konflikt eine soziale Funktion der Integration (Coser 1972, S. 41).

Die zentrale Annahme der vorliegenden Studie lautet, dass es um alle Ressourcen sozialer Reproduktion in modernen Gesellschaften einen endemischen Konflikt gibt, da die meisten Ressourcen sozialer Integration knappe Güter darstellen oder durch ihre Form nicht unendlich in

⁶ Lenski kommt nach der Beantwortung seiner Forschungsfrage – Wer bekommt was und warum? – zu gleichem Schluss (Lenski 1977). Reproduktion kann als Form soziales Handelns verstanden werden (Peters 1993, S. 57).

Anspruch genommen werden können.⁷ Die unvereinbaren Erwartungen auf ein Gut oder Handlungsergebnis hängen im Großteil von individuellen Interessen der Akteure und dem Typus sozialen Systems ab. Typischerweise werden andere Formen von Konflikten in Familien und andere in Unternehmen beobachtet. Diese Unterschiede sind nicht nur auf Machtverhältnisse innerhalb von Systemen, die unter anderen symmetrisch, unsymmetrisch oder hierarchisch sein können, sondern auch auf ihre Struktur und ihre Komplexität zurückzuführen sind. In diesem Kontext spielt die Form der Austragung der Konflikte eine wichtige Rolle. Einige Konflikte werden aufgrund sozialer Normen ohne formale Strukturen ausgetragen und gelöst (z.B. zwischen Mitgliedern einer Familie). Andere Formen von Konflikten brauchen rechtliche Normen und institutionalisierte Austragung (z.B. zwischen zwei Unternehmen). Sehr komplexe soziale Systeme, wie Gesellschaften, können die meisten ihre Konflikte fast nur durch Recht und dank Institutionen lösen, da diese Systeme spezifische gewaltfreie Formen der Austragung von Konflikten angenommen haben (Koehler 2004).⁸

Nach Dahrendorf (1957) weisen soziale Systeme ständige Konfliktlagen auf, die durch Antagonismus von Interessen generiert werden. Die gegenseitigen Interessen ergeben sich aus den Herrschaftspositionen von Akteuren. Ferner kann die Lösung von Konflikte neue Konflikte generieren, da Herrschaftsrollen nicht abgeschafft werden können. Somit reproduziert sich der Konflikt in sozialen Systemen durch Modus Operandi von sich selbst. Aufbauend auf der Annahme der Endemie⁹ von Konflikten greift Coser (Coser 1972, S. 41) auf das Werk von Simmel (1908) zurück¹⁰ und sieht die Ursache von Konflikten in den Integrationsdefiziten eines sozialen Systems. Nach Coser stellt der Konflikt eine Möglichkeit dar, diese Defizite auszugleichen (Coser 1972, S. 180). „Konflikt ist nicht immer dysfunktional für eine Beziehung, in der er auftritt; oft ist er notwendig, um sie überhaupt zu erhalten“ (Coser 1972, S. 180). Cosers These lautet, in für neue Werte, Interessen und Lebensstile offenen Gesellschaften, erweisen sich Konflikte als funktionale Positiva (Coser 1972, S. 180). Das Fehlen von Konflikten bedeutet es also nicht, dass es keine Integrationsdefizite gibt. Möglicherweise weist es darauf hin, dass Spannungen nicht öffentlich ausgetragen werden, und sich dann später heftig entladen können (Coser 1972, S. 180). Problematisch sind solche Arten von Konflikten, in denen die streitenden Partei-

⁷ Als Beispiel können hierbei soziale Netzwerke dienen. Soziale Netzwerke sind ab einer bestimmten Größe so unüberschaubar, dass sie keine direkten bzw. manifesten Vorteile bringen.

⁸ In diesem Zusammenhang bleibt selbstverständlich genauer zu diagnostizieren, worin und woraus der Konflikt entsteht und überdauert

⁹ „In jeder Art von Sozialstruktur gibt es Gelegenheiten zum Konflikt, da Einzelmitglieder oder Untergruppen von Zeit zu Zeit gegensätzliche Ansprüche auf knappe Mittel, auf Prestige oder Machtpositionen erheben“ (Coser 1972, S. 179).

¹⁰ Simmel distanziert sich in seinem Werk von der „dominanten Kulturtradition (...) die, Streit, Konflikte, Auseinandersetzungen“ mit etwas Negativen in Verbindung setzen (Joas und Knöbl 2004, S. 255). Dabei betont er die integrationsstiftende Funktion von Konflikten, selbst wenn Konflikten als Probleme des Alltags empfunden werden. „Simmel eröffnet damit die Möglichkeit, Konflikte als normale soziale Phänomene zu begreifen“ (Bonacker 2009, S. 188). Er unterstreicht bei der Entstehung von sozialen Gruppen eine Wechselwirkung von Konflikt und Konsens, von Abgrenzung und Integration.

en grundlegende Werte, auf denen die Legitimität des sozialen Systems beruht, nicht mehr teilen (Coser 1972, Kap. 6).¹¹

Der soziale Konflikt¹² hat im Kontext der Integration einer modernen Gesellschaft einen doppelten Charakter. Einerseits durch die Herausbildung von Interessen stiftet der Konflikt die Grenzziehung zwischen den sozialen Systemen, andererseits können Konflikte identitätsstiftenden und sozialisierenden und dadurch integrierenden Charakter haben.¹³

In der Cosers und Dahrendorfs Tradition baut Dubiel (Dubiel 1999, 1997) auf einem annähernden Muster der Argumentation seine Theorie der Integration modernen Gesellschaften auf. In der Moderne werden Gesellschaften nicht durch gemeinsame Werte integriert.¹⁴ „(...) Gesellschaften erhalten sich eben nicht dadurch, dass konfligierende Gruppen ihre interessenbedingt unversöhnlichen Orientierungen einem imaginären Konsensus aufopfern“ (Dubiel 1999, S. 138). Damit hätten soziale Konflikte eine Funktion für die Gesellschaft, da diese die Entstehung von Gruppeninteressen stiften und eine integrationsstiftende Funktion besitzen. Es bedeutet aber nicht, dass von Konflikte per se nur Positiva zu erwarten sind. Das tatsächlichen Band bildet der charakteristische Umgang mit Konflikten (Dubiel 1997, S. 425).¹⁵ Spezifische, geregelte Konfliktaustragung besitzt eine gesellschaftliche Bindekraft unter Voraussetzung der Entstehung und Erhaltung feste Institutionen, die Kosten der Interaktionen reduzieren, Vorhersehbarkeit und Planungen der Handlungen erhöhen, das Vertrauen als Voraussetzung für Kooperationen schafft (Koehler 2004, S. 275). Ferner muss es garantiert werden, dass es eine gewaltfreie Austragung des Konfliktes und die wechselseitige Anerkennung der Konfliktparteien gibt (Dubiel 1999, S. 141).

„In dem Maße, wie sich die politischen Akteure über die Zielsetzung ihrer Gesellschaft streiten, betätigen sie sich auch als Mitglieder ein und derselben Gemeinschaft. Durch den Konflikt hindurch begründen sie ohne Aufgabe ihrer Gegnerschaft einen sie zugleich integrierenden symbolischen Raum“ (Dubiel 1997, S. 425).

In einer Demokratie, so Dubiel, „käme es darauf, scheinbare unversöhnliche gesellschaftliche Konflikte zu zivilisieren“ um Konflikte in einer demokratischen Öffentlichkeit auszutragen (Dubiel 1997, S. 425). Dabei spielt die „Semantisierung des Sozialen – die Hervorhebung der symbolischen Dimension von Kommunikation, Information (...) Zeichen und symbolischen

¹¹ Überträgt man diesen Gedanken auf demokratische Systeme, stellte das Entstehen einer alternativen, nicht-demokratischen Kultur, bzw. der Mangel an Anerkennung des demokratischen Systems, ein Problem dar.

¹² Ich vermeide an der Stelle bewusst die bestreitbaren Begriffe Konfliktsoziologie bzw. Konflikttheorie, da das Ziel dieses Kapitels ist es, anhand sowohl klassischen wie zeitgenössischer Theoretiker, die Bedeutung von sozialen Konflikten für Integrationsprozesse moderner Gesellschaften und politische Partizipation deren Mitgliedern darzustellen.

¹³ „(Es) geht überhaupt die Einheit von Gruppen so oft verloren, wenn sie keinen Gegner mehr haben“ (Simmel 1908, S. 239).

¹⁴ Zur Kritik an dieser Vorstellung siehe z.B. Nunner-Winkler (Nunner-Winkler 2008).

¹⁵ Siehe Fußnote Nr. 11.

Codes“ die zunehmend wichtigste Rolle (Peters 1993, S. 41). Integration wird auf einen „deliberativen Verfahren und dem Recht“ gegründet, um „offene Konflikte so einzudämmen (...), dass damit soziale Integration in und durch die Lebenswelt gelingt“ (Imbusch und Rucht 2005, S. 40).

Im Kontext der individuellen Interessen und sozialer Reproduktion können wir unter Bezugnahme von „zivilisierter“ Austragung von sozialen Konflikten annehmen, dass es Interdependenzen zwischen sozialer Reproduktion und Interessen gibt. Individuen sind an sozialer Reproduktion interessiert, da sie dadurch im Sinne der Theorie von Pierre Bourdieu (1983) ihre Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie sichern können. Dabei kann Interesse als „ein interpersonaler Konflikt“ verstanden werden. Dieser Konflikt ist nicht nur auf andere Individuen bezogen, er ist auch sozial, da er durch „das Handeln mit gesellschaftlichen Wirkungen“ entsteht (Hondrich 1973, S. 264; Muszynski 1975, S. 15). Individuelle Interessen werden durch Zugehörigkeit zu den sozialen Systemen bestimmt. Interessen hängen von individueller Position in einem Gefüge sozialer Beziehungen, Leistungen des Individuums als seine Funktion im System, Sozialisationsprozessen, von bestimmten Normen und Werten und Produktionsverhältnissen innerhalb sozialer Systeme ab (Hondrich 1973, S. 267f). Da Individuen in komplexen Systemen leben, haben sie nicht nur das egoistische Interesse, ihre Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie zu sichern, als auch die Ressourcen so weit zu teilen, dass die Gesellschaft in der sie leben einen bestimmten Grad der Vorhersagbarkeit von Handlungen und der Konsistenz aufweist (Cohen 1973, S. 26).¹⁶ Daraus ergibt sich, dass eine Teilhabe an gesellschaftlichen Normen, Werten und Institutionen und damit eine Teilhabe an Reproduktion von symbolischen Ressourcen sozialer Integration die Voraussetzung für zivilisierte Austragung von Konflikten ist, und im Weiteren die Voraussetzung für soziale Integration darstellt.

Unter Berücksichtigung der Annahme, dass die Verfügbarkeit über symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen über die Teilnahme an sozialen Systemen entscheidet, kann man folgende Implikation daraus ziehen, dass individuelle aber auch kollektive Interessen in jeweiligen sozialen Systemen aus der Wahrnehmung resultierenden Unterschieden in der Ausstattung mit symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen erfolgen.¹⁷ Dabei werden Formen der Artikulation und die Legitimität von Interessen durch die jeweilige, im breiten Sinne verfasste Kultur beeinflusst.¹⁸ Individuen, aber auch Kollektive, entwickeln soziale Handlungsstrategien, die zur Lösung von aus der wahrgenommenen Ausstattung mit symbolischen und nicht-symbolischen

¹⁶ Somit setzt die Integration neben der egoistischen Konfliktbereitschaft ein Maß an Toleranz und Akzeptanz des Andersseins voraus (Vortkamp 2008, S. 84).

¹⁷ Hondrich definiert es als „wahrgenommene Verfügung über Mittel der Bedürfnisbefriedigung“ (Hondrich 1973, S. 267f). Diese Annahme erfüllt das Postulat von Hondrich (1973), dass zur Erklärung Interessensysteme die funktionale Arbeitsleistung im Sinne der Akkumulation von Arbeitsprodukten und damit Macht- und Herrschaftsverhältnissen hinzugezogen werden müssen.

¹⁸ Somit werden andere Formen der Austragung von Interessen aber auch andere Lösungsansätze für Interessenkonflikte in demokratisch verfassten, modernen, pluralistischen als autoritären, traditionellen und monokulturellen Gesellschaften erwartet.

Ressourcen resultierenden Konflikten eingesetzt werden.¹⁹ Beziehungen zwischen Elementen sozialer Systeme entstehen in Interaktionen zwischen Handlungen und Kommunikation. Das Resultat dieser Beziehungen ist auf der Mikroebene die pluralistische Vergesellschaftung von Individuen, auf der Makroebene die gesamtgesellschaftliche Integration.

Die Prozesse der Vergesellschaftung durch die Reproduktion von Ressourcen bedeuten (Bourdieu 1973, S. 84), dass es unter anderem aufgrund der vorhandenen Ungleichheiten zwischen den Individuen, unterschiedlichen Interessen und Präferenzen und der Knappheit von Ressourcen zur Ausbildung von Konfliktlinien kommt (Meulemann 2004, S. 129). Da moderne politische Herrschaft aufgrund der rechtlichen und institutionellen Ausstattung einen bedeutsamen Einfluss auf soziale Reproduktion ausüben kann²⁰, steht direkte Beeinflussung politischer Entscheidungen, als Artikulation von sich aus den Konfliktlinien etablierenden, unterschiedlichen Präferenzen, im Vordergrund dieser Untersuchung.²¹

In diesem Kontext stellt die soziale Integration eine gesamtgesellschaftliche Form der gelungenen Vergesellschaftung dar, die sich in der Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen artikuliert (Peters 1993, S. 93; Imbusch und Rucht 2005, S. 18). Das Resultat dieser Reproduktion sind pluralistische Vergesellschaftungen, die konfligierende Interessen im Kontext politischer Präferenzen verursachen. Diese Präferenzen kommen in und durch unterschiedliche Formen der politischen Partizipation zum Ausdruck. Von der Verfügbarkeit über diese Ressourcen können die Chancen zu kollektiven Interessendurchsetzung nicht unberührt bleiben (Dörre und Fuchs 2005, S. 26).²² Hierbei ist die Beobachtung von Lenski „wer den Staat kontrolliert, kann die Regeln bestimmen, die den Wettbewerb um die Gratifikationen in der Gesellschaft steuern, und kann aufgrund dieser Macht das Resultat des Wettbewerbes weitgehend beeinflussen“, als Hinweis auf die Funktionsweise dieses Reproduktionssystems zu verstehen (Lenski 1977, S. 420).

¹⁹ Dies geschieht durch soziales Handeln und kann mit Hondrich (1973) in drei Dimensionen ablaufen:

- *durch Umverteilung von Ressourcen – distributive Dimension*
- *durch Reproduktion von Ressourcen – produktive Dimension*
- *durch Umbewertung von Ressourcen – kulturelle Dimension*

Die drei Dimensionen beziehen sich nach meiner Auffassung auf alle Arten sozialer Systeme.

²⁰ Darauf zielt die empirische Kritik der Bourdieus Klassentheorie (siehe Hradil 1989, S. 118-119).

²¹ Diese Problematik wurde von Lipset (1981), Lenski (1977) und Korpi (1983) im Hinblick auf demokratischen Klassenkampf analytisch ausgearbeitet und empirisch untersucht.

²² Darüber hinaus stellt politische Partizipation in einer Demokratie, ein legitimes Mittel zur direkten Beeinflussung von Reproduktionsprozessen im Sinne der Umverteilung von Ressourcen (Meulemann 2004, S. 118f).

2.2 Formulierung der Fragestellung und Hypothesen

2.2.1 Fragestellung

Die im ersten Kapitel formulierte Annahme basiert im großen Maße an Rekapitulation von Erkenntnissen der Partizipationsforschung im Kontext der sozialen Ungleichheit und Sozialstruktur. Die bisherige wissenschaftliche Diskussion im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen sozialer Integration und politischer Partizipation zielt mehrheitlich auf einzelne Dimensionen bzw. Formen sozialer Integration als Untersuchungsobjekte (Delhey 2004; Kronauer 2010; Kister et al. 1999; Heitmeyer und Imbusch 2005; Kohler 2002; Quandt 2008). Einige Studien, wie von Simonson (2004) oder Anhut und Wilhelm (2000) schrieben die politische Partizipation der sozialen Integration zu, wobei beide Studien die Mikroperspektive annehmen²³ (Simonson 2004, Anhut und Wilhelm 2000).

Empirische Untersuchungen, die sich explizit auf soziale Integration als ein breites Konzept beziehen, sind rar (Friedrichs und Jagodzinski 1999). Integration und politische Beteiligung werden am häufigsten im Kontext der Migration²⁴ operationalisiert und empirisch untersucht (Morales und Giugni 2011). Darüber hinaus sind hierbei empirische Studien von Endrikat und Kolleginnen (Endrikat et al. 2002) zu nennen, welche soziale Desintegration als individuell wahrgenommenen Risiken operationalisierten. Die Fragestellung des Beitrages lautet, ob „das Ausmaß feindseliger Mentalitäten in der Bevölkerung, auf dem Hintergrund der eigenen sozialen Situation, mit einer qualitativen Entleerung des demokratischen Systems verbunden ist“ (Heitmeyer und Mansel 2003, S. 56).²⁵ Der Ausgangspunkt dieser Studie ist der Desintegrationsansatz mit seinen drei Dimensionen: individuell-funktionale Systemintegration (Bildungsdeprivation, Prekarität, individuelle und kollektive relative Deprivation, Zufriedenheit und Anerkennung), kommunikativ-interaktive Sozialintegration (Irrelevanz politischer Beteiligung, Machtlosigkeit in der Politik (*political efficacy*), fehlende Solidarität und Fairness, mangelnde Chancengleichheit, soziale Spaltung) und kulturell-expressive Sozialintegration (generelle sozial-emotionale Desintegration). Basierend auf dieser Operationalisierung haben Heitmeyer und Mansel (Heitmeyer und Mansel 2003) empirische Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durchgeführt. Dabei stellen Heitmeyer und Mansel die These auf, dass Menschen eine „ungesicherte Zivilität“ erfahren (Heitmeyer und Mansel 2003, S. 56). Moderne Gesellschaften

²³ Der Grund dafür liegt meines Erachtens in der Übernahme des Integrationskonzeptes von Lockwood (Lockwood, 1970). Bei der Herausarbeitung des theoretischen Zusammenhangs zwischen sozialer Integration und politischer Partizipation werde ich politische Partizipation als das Explanandum sehen und nicht wie üblich als Teil bzw. Ausdruck der Integration.

²⁴ z.B. Migrant Integration Policy Index

²⁵ Für Heitmeyer und Mansel (2003) stellt die Feindseligkeit innerhalb einer Gesellschaft ein Indikator dafür dar, dass Demokratie als Ort eines zivilisierten Austausches brüchiger geworden ist.

werden darauf aufgebaut, dass ihre Zivilität sich auf gegenseitigen Anerkennungsmechanismen zwischen unterschiedlichen Konfliktgruppen basiert.²⁶

Betrachtet man soziale Integration als ein Prozess innerhalb einer Gesellschaft, wobei es sich um ein „aggregiertes Ergebnis des Handels allen Akteuren“ handelt (Esser 2000, S. 279), stellen die Theorien der Individualisierung und Modernisierung eine Referenz dar (Beck 1983; Heitmeyer und Imbusch 2005; Inglehart und Welzel 2005), die uns möglicher Determinanten und Mechanismen im Zusammenhang mit politischer Partizipation auslegen lassen und kontextuelle Anknüpfungspunkte zu benennen ermöglichen. Durch die Emanzipation der Klassen aus regionalen und partikularen Beschränkungen und die Entstehung neuer sozialen Identitäten, die jenseits der Klassengesellschaft zur Geltung kommen (Beck 1983) werden weniger Menschen als früher von traditionell politisierter Sozialstruktur betroffen (Nieuwbeerta und Wout 1999). Die Frage danach, ob klassenbezogener Wahl (*class voting*) abnimmt oder konstant bleibt ist in der empirischen Forschung nicht eindeutig beantwortet worden (Nieuwbeerta 1996; van der Waal et al. 2007). U. Kohler (2002) hat im Kontext des demokratischen Klassenkampfes drei individualistische Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens untersucht. Nur die Überprüfung des Identifikationsansatzes „ergab ein eher positives Bild“ (Kohler 2002, S. 296), wobei „die politisch Interessierten (Bürgern) als eine Art von Kristallisationspunkt für eine allmähliche Homogenisierung der politischen Ansichten innerhalb einer Klasse fungieren“ (Kohler 2002, S. 296).

Ferner verursacht Differenzierung im Sinne der Spezialisierung in der Arbeitswelt die Abnahme von traditionellen, gewerkschaftlich organisierten Berufen (Castel 2000) und in der Konsequenz die Abnahme der Mobilisierungspotenziale bezüglich des klassischen Konflikts, zwischen der Arbeit und dem Kapital, für politische Partizipation. Durch Rationalität und Ökonomismus kommt es zu regionaler und überregionaler Mobilität, die Bindungen in Arbeitermilieus schwächt (Lepsius 1996). Durch die Ökonomisierung aller Lebenswelten kommt es im Hinblick auf Wahlen zur Abnahme an ideologischer Polarisierung (Dalton et al. 2000) und „Professionalisierung“ des Wahlkampfes unter dem Aspekt ökonomischer Effizienz.²⁷ Parteien versuchten „ihre politischen Programme für Interesse von anderen bzw. allen sozialen Gruppen zu öffnen“ (Quandt 2008, S. 26).

Desintegrationserscheinungen (Honneth 1994; Heitmeyer und Imbusch 2005; Esser 2000) führen in den Weiteren zur Abnahme des Sozialkapitals und zur Vernachlässigung von Belangen nach Gemeinwohl (Putnam 1995a). Mit der fortschreitenden Rationalisierung und Differenzierung wurden solche Prozesse in Gang gesetzt, die soziale Segmentierung fördern und eine Ori-

²⁶ Eine Parallele zur Dubiel's Theorie der zivilisierten Austragung von Konflikten ist hierbei offensichtlich (Dubiel 1997).

²⁷ Zum Ausdruck wird es mit der Frage in den Medien gebracht, die sich danach Fragen, wie teuer die Campaigne war und wie viel Geld eine Stimme kostete.

entierungs- und Sinnkrise ausgelöst hatten, welche nicht ohne Konsequenzen für politische Beteiligung blieben. Florida beschrieb es als das „Ende des organisatorischen Zeitalters“ (Inglehart und Welzel 2005, S. 262). Heutzutage werden unkonventionellen Formen politischer Partizipation, wie Demonstrationen oder Unterschriftaktionen, ansteigend bevorzugt, da diese nicht nur eine expressive Form des Handelns darstellen, was modernen Zeiten entspricht, als auch diese kurzfristigen Zusammenschlüsse erlauben, die auf Grund der Raummobilität zustande kommen (Dalton et al. 2000; Norris 2002). Da das Überprüfen solcher Hypothesen mit den Sozialstruktureffekten erfolgt, werden in der Literatur kritische Einwände aufgeführt. Zu einem werden die Unstimmigkeiten innerhalb der Theorie kritisiert, dies zufolge wird „gar keine geschlossene Theorie getestet (...) sondern nur eine bewusst provisorische Global-Hypothese“ (Quandt 2008, S. 40). Auf der Mikroebene ist es theoretisch herausgearbeitet, wie empirisch untersucht worden, dass die Deprivationserscheinungen Quantität politischer Beteiligung beeinflussen (Jahoda et al. 1975; Gurr 1970; Baum 1978; Rosenstone 1982). Zum anderen spielt soziale Einbindung eine wichtige Rolle. Arbeitslose partizipieren weniger als beschäftigte (Rosenstone und Hansen 1993, S. 81). In gleichem Zusammenhang steht soziale Ungleichheit, wobei alle Formen der Beteiligung, soziale, civic (zivilgesellschaftliche) und politische Partizipation, betroffen sind (Lancee und van de Wefhorst 2012). Die Quantität sozialer Interaktionen, verstanden als soziale Kontakte, hat einen signifikanten Einfluss auf „*socially based participation*“ (Leighley 1990, S. 471).

Die dargestellten empirischen Befunde fokussierten mit ihrer Perspektive auf die Mikro- bzw. Mesoebene. In die Gesellschaft gut integrierte Mitglieder sind aufgrund einer breiten Teilnahme an Reproduktionsprozessen in der Lage, eigene Interessen zu erkennen und zum Ausdruck durch politische Aktivitäten zu bringen.²⁸ Die empirischen Befunde scheinen den Eindruck zu vermitteln, dass der demokratische Konflikt in der modernen Gesellschaft nicht mehr direkt von Klassenzugehörigkeit und Klasseninteressen geprägt wird, sondern durch den Zugang und die Verfügbarkeit über die symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen geformt wird. In der Konsequenz lautet die Fragestellung der vorliegenden Arbeit, ob integrierte Gesellschaften politisch aktiver sind. Dieser Zusammenhang wurde bis dato auf der Makroebene nicht untersucht. Der Grund dafür, dürfte im Fehlen eines komplexen und empirischen Index der sozialen Integration ganzer Gesellschaften liegen. Somit wird die Antwort auf die Fragestellung in zwei Schritten erfolgen. Zum einem muss auf der Grundlage der vorhandenen theoretischen, wie empirischen Forschung zum Thema sozialer Integration ganzer Gesellschaften eine empirische Theorie sozialer Integration konzeptualisiert und operationalisiert werden. Zum anderen wird unter Berücksichtigung der Literatur ein Index politischer Partizipation konstruiert.

²⁸ Politische Partizipation verstehe ich in der Aristotelischen Tradition als das Resultat der Integration in eine Gesellschaft. Idealtypisch ist der *Civitas* der Antike als ein Gleicher unter gleichen Bürgern zu beschreiben, da an Prozessen der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration vollkommen teilgenommen hat. Er ist der Gleiche unter Gleichen auch wenn es sich um gesellschaftliche Ressourcen handelt.

Bisherige Überlegungen zeigen es deutlich, dass zu zentralen Begriffen des Konzeptes zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen gesamtgesellschaftlicher Integration und politischer Partizipation die soziale Reproduktion und der Konflikt gehören. Die Begriffe *integrierte Gesellschaft* und *partizipative Gesellschaft* beschrieben nur beobachtbare Makrophänomene und stellen kein Idealtypus oder Theorien dar.²⁹ Eine partizipative Gesellschaft bezeichnet eine Gesellschaft deren Mitglieder aktiv an Beeinflussung politischer Entscheidungen zu Lösung von Problemen dieser Gesellschaft teilnehmen. Somit ist jede demokratisch verfasste Gesellschaft eine partizipative Gesellschaft. Die Qualität und Quantität dieser Partizipation zu erklären, ist in diesem Kontext das Ziel der Untersuchung. Eine integrative Gesellschaft bezeichnet eine Gesellschaft, deren Mitglieder und Teilsysteme integriert sind. Hierbei ist die Bestimmung den Dimensionen und der Qualität dieser Integration zentraler Bestandteil dieser Arbeit.

Im Hinblick auf die oben formulierte Problemstellung, worauf u.a. Fuchs (Fuchs 1999, S. 131) zu Recht hinweist, wird es klar, dass gesamtgesellschaftliche Integration ein Grundproblem aller Gesellschaften darstellt. Aus diesem Grund werden folgende Einschränkungen der Analyseperspektive vorgenommen. *Zunächst bezieht sich die vorliegende Untersuchung nur auf demokratische, pluralistische, funktional-differenzierte und moderne Gesellschaften.* Demokratisch bezieht sich auf die demokratische Form der politischen Herrschaft.³⁰ Pluralistisch bedeutet im Kontext der vorliegenden Arbeit, dass untersuchte Gesellschaften keine Monostrukturen, wie z.B. vollkommene homogene Kultur oder homogener Arbeitsmarkt, aufweisen. Man kann Monokultur mit perfekter Harmonie gleichstellen, diese Gleichstellung würde aber in Sinne der Arbeit nur den ambivalenten Grad der sozialen Integration in vormodernen Gesellschaften beschreiben. Die Integration kann nicht ein Zusammenfügen von Teilen in ein harmonisches Ganze bedeuten. Bei einer Harmonie läuft man zuerst die Gefahr, dass wir mit einer Monokultur zu tun hätten, die durch anhaltende Stabilität bestehen bliebe. Viele pathologischen Strukturen sind, sowohl auf der Mikro- wie Makroebene, von Stabilität geprägt.³¹ Darüber hinaus „verdanken“ diese Gesellschaften ihre hochgradige Stabilität den differenzierten Formen von Gewalt, Repression, Ritualen und Konformitätsdruck. Somit kann über eine monokulturelle und stabile Gesellschaft keine Rede von einer integrierten Gesellschaft sein (Peters 1993, S. 92; Heitmeyer 1997, S. 26). Harmonische, stabile und monokulturelle Gesellschaft kann nur unter gewissen Zwang und permanenter Kontrolle entstehen.³² In diesem Kontext kann ein hoher Grad der Integration einer Gesellschaft gewisse Unfähigkeit für den sozialen Wandel und selbstgewählte

²⁹ Hierbei sind es Arbeiten von Carole Pateman (1970) oder Benjamin Barber (1994) zu nennen.

³⁰ Es ist eine der zentralen Fragen der Demokratietheorie. Im Hinblick auf die vorliegende Untersuchung sehe ich als ausreichend sich auf das Verständnis von Dahl zu berufen und eine demokratisch verfasste politische Herrschaft an Kriterien des freien Wettbewerbs zwischen Parteien und der Partizipation festzumachen (Dahl 1971, S. 2–9).

³¹ Mehrere Forschungsergebnisse liefern empirische Beweise für diese Annahme (Pospiszyl 2008).

³² Zu Recht weist Peters (1993, S. 93) darauf hin, dass es eine Hypothese impliziert, traditionale Gesellschaften in Vergleich zu modernen Gesellschaften nicht über einen hohen Integrationsgrad verfügten, da diese als Monokulturen und mit hohem Grad an Ambivalenz zu bezeichnet sind.

Desintegration eine positive Änderung anregen. Somit ist die Integration ein graduelles Konzept, ein Stadium der *Überintegration* oder *vollkommenen Desintegration* kann nicht erreicht werden zumal die Erwartungen an die Art und das Maß von Integration historisch von Wandel der Werten und Normen abhängig ist (Münch 1997, S. 22; Peters 1993, S. 133; Imbusch und Rucht 2005, S. 15). Eine funktional-differenzierte Gesellschaft³³ bezeichnet eine Gesellschaftsordnung, die auf Differenzierung also eine Vielzahl von Subsystemen, seien es soziale Klassen, Gruppen, Berufen und unterschiedlicher Übernahme von gesellschaftlichen Funktionen z.B. auf der Grundlage der Arbeitsteilung basiert. Dabei gilt es, dass es mit der fortschreitenden Differenzierung die Notwendigkeit eines allgemein geltendes Systems von Normen, Werten und Verfahrens (z.B. demokratischer Rechtsstaat) gibt, welches die Subsysteme aufeinander abstimmt (Heitmeyer 1997, S. 33). Modern bedeutet hierbei den Zeitrahmen. Moderne Gesellschaft ist gleich mit zeitgenössischer Gesellschaft zu setzen. Ferner ergibt sich diese Einschränkung aus dem Pragmatismus, da die westlichen Gesellschaften in den Politik- und Sozialwissenschaften am genauesten untersucht worden sind und vorhandene Daten empirische Analysen erlauben.

2.2.2 Hypothesenformulierung

Die formulierte Fragestellung, ob integrierte Gesellschaften politisch aktiver sind, soll im Folgenden mithilfe von kontextbezogenen empirischen Hypothesen beantwortet werden. Das Formulieren von Hypothesen kann unter zwei Aspekten gefasst werden. Zu einem kann eine Differenzierung von Formen politischer Partizipation berücksichtigt werden und dies nicht nur beziehungsweise auf die Unterteilung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Partizipation aber auch formspezifische Differenzierung, z.B. Produktboykott oder Unterschreiben einer Petition ermöglicht wurde. Zum anderen können die Sub- bzw. Dimensionen sozialer Integration berücksichtigt werden. In dem theoretischen Teil der Arbeit wurde auf die Ergebnisse der empirischen Partizipationsforschung hingewiesen und die Verfügbarkeit über symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen als Prädiktor für politisches Verhalten identifiziert. Unter Berücksichtigung dieser Befunde wurden folgende Hypothesen formuliert. Im Hinblick auf konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation wird ein positiver Effekt erwartet (H1).

H1a: Je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die konventionelle politische Partizipation.

H1b: Je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die unkonventionelle politische Partizipation.

³³ Zentrales Grundmuster modernen Gesellschaften ist ihre funktionale Differenzierung. Sie ist selbstverständlich eine mögliche Form der gesellschaftlichen Differenzierung (Kneer und Nassehi 1994, S. 111–140).

In der Theorie präsentierte Forschungsstand zeigt, dass die politische Partizipation primär durch politische Kultur und sozio-ökonomische Faktoren positiv beeinflusst wird. Dieser Annahme kommt in der Hypothese H2 zum Ausdruck.

H2: Der in der H1 spezifizierte Zusammenhang ist am stärksten für kulturelle, politische und funktionale Integration und wirkt bei kommunikativer und moralischer Integration am schwächsten. Dieser Effekt wird sowohl bei konventionellen wie unkonventionellen als auch bei einzigen Formen politischer Partizipation erwartet.

In der vorliegenden Studie wird der Effekt der gesamtgesellschaftlichen sozialen Integration als auch ihrer Dimensionen auf die politische Partizipation untersucht. Mithilfe Regressionsmodelle sollte dieser Effekt geschätzt werden.

3 Soziale Integration als dimensionaler Reproduktionsprozess

Die Frage nach dem Zusammenhalt einer ganzen Gesellschaft ist einer der zentralen Fragen der Sozialwissenschaften und Soziologie. Seit dem Übergang in die Moderne bildet das Problem des Zusammenhalts von differenzierten Gesellschaften den Gegenstand des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses (Klein et al. 2005; Peters 1993; Heitmeyer und Imbusch 2005; Fuchs 1999; Friedrichs und Jagodzinski 1999). Das Ziel dieses Kapitels ist es ein begrifflicher und theoretischer Entwurf für weitere systematische wie empirische Analysen moderner Gesellschaften in Bezug auf Zusammenhang zwischen sozialer Integration und politischer Partizipation zu verfassen.

Seit Hobbes wird das Soziale als eine Struktur und moderne Gesellschaft aufgrund der Differenzierung als eine Mehrzahl von unterschiedlichen Vergesellschaftungen verstanden. Damit definiert sich das Problem moderner Gesellschaften selbst als eine Frage nach der dynamischen Konstruktion einer Mehrzahl von „Vergesellschaftungen und deren Integration in größeren sozialen Zusammenhängen“ (Peters 1993, S. 22). Einer der Kernfragen der Sozialtheorie ist das Problem der sozialen Ordnung³⁴. Dass die soziale Ordnung als Problem gesehen wird, bedeutet für einen Entwurf einer Theorie der sozialen Integration folgende Implikationen. Zuerst wird unter der sozialen Ordnung, eine bestimmte Struktur begriffen, die nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten funktioniert. Eine von Zufall und totem Chaos geprägte soziale Ordnung gibt es nicht. Im Kontext der vorliegenden Untersuchung ist es wichtig zu vermerken, dass unter den Begriff der Integration eine spezifische soziale Ordnung verstanden wird. Diese muss zwangsläufig ein normatives Element besitzen (Peters 1993, S. 22 und 24).

Darüber hinaus verbindet man den Begriff der sozialen Ordnung mit mehreren Bedeutungen. Zuerst bezieht sich soziale Ordnung in seiner Bedeutung auf Beschränkungen – im Sinne von Kontrolle des sozialen Lebens. Die zweite Bedeutung steht im Kontext des Bestehens von Reziprozität. „Das Verhalten eines jeden Individuums erfolgt nicht zufällig oder wahllos, es ist gegenseitig oder komplementär zum Verhalten anderer“ (Cohen 1973, S. 26). Die dritte Bedeutung geht auf Vorhersagbarkeit von Handlungen zurück, die man mit dem Begriff des Vertrauens in Verbindung setzen kann. Der vierte Begriff ist die Konsistenz. Die Konstruktion der sozialen Ordnung stellt eine Reproduktion immer schon existierender Vergesellschaftungen dar.

³⁴ Ich nehme an, dass eine bestimmte soziale Ordnung als Implikation des von allen eingegangenen Vertrages verstanden werden kann. Somit resultiert die Integration einer Gesellschaft aus der Realisierung von Spezifikationen dieses Vertrages. Imbusch und Rucht (2005, S. 1) nehmen an, dass moderne Gesellschaften eine „fortlaufende Integrationsfunktion“ zu erfüllen haben. Somit kann man annehmen, dass moderne Gesellschaften immer wieder auf den gesellschaftlichen Vertrag zurückgreifen.

Das normative, oberste Ziel dieser Reproduktion ist das Bestehen der Gesellschaft zu sichern (Peters 1993, S. 22; Cohen 1973, S. 26ff). Alle diese Begriffe hängen analytisch zusammen und stehen hinsichtlich sozialer Integration als wichtige Anhaltspunkte dar. Ich werde mich im weiteren Verlauf der Arbeit auf alle vier Begriffe immer wieder berufen und beziehen wollen. Versteht man Beschränkungen, Reziprozität, Vorhersagbarkeit und Konsistenz als Problemdimensionen der sozialen Ordnung, dann kann die breite Definition sozialer Integration als eine gelungene Lösung dieser Probleme lauten.³⁵

In seiner etymologischen Bedeutung meint der Begriff der Integration die Herstellung einer Einheit aus einzelnen Elementen und ihre Aufrechterhaltung oder das Einbeziehen einzelnen Elemente in eine Einheit. Der Begriff leitet sich aus dem Lateinischen „integratio“ – die Einbeziehung, oder aus dem Griechischen „entagros“ – unversehrt. Diese etymologische Abstammung spielt für den Kontext der Begriffsdarlegung eine wichtige Rolle und weist auf zwei Themenschwerpunkte der gegenwärtigen Politischen- und Sozialtheorie, die substanzielle Fragen in der Debatte um heutige Gesellschaft darstellen.

- I. Der erste Schwerpunkt steht in Bezug auf den „lateinischen“ Begriff der Integration. Integration kann sowohl einen Prozess der Einbeziehung als auch das Ergebnis eines solchen Prozesses bezeichnen (Heitmeyer und Rucht 2005, S. 15; Peters 1993, S. 92). Die zentrale Frage dieses Schwerpunktes der Integration lautet: wie kommt die Integration in einer modernen Gesellschaft zustande?
- II. Der zweite Komplex bezieht sich auf den griechischen Ursprung des Begriffes und betont Unversehrtheit der sozialen Struktur einer modernen Gesellschaft. Damit bezieht sich der Begriff der Integration auf die Konsistenz. Modernen Gesellschaften als komplexe soziale Systeme schaffen durch die Intensivierung sozialer Interaktionen und Interdependenzen zahlreiche Integrationsprobleme im Kontext der Dimensionen sozialer Integration (Peters 1993, S. 205). Diese Integrationsprobleme können unter den Begriff der sozialen Desintegration gefasst werden. Die zentrale Frage dieses Schwerpunktes der Integration lautet: was gefährdet die soziale Integration?

Die Einbeziehung, verstanden als die Integration von Individuen in den differenzierten Gesellschaften, stellt den Gegenstand des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses dar, wobei man von keiner Einheit bezüglich der Begrifflichkeiten reden kann. Der Begriff der Integration ist vage und unpräzise (Friedrichs und Jagodzinski 1999, S. 11; Imbusch und Rucht 2005, S. 66). Wie unterschiedlich der Begriff der Integration gedeutet werden kann, zeigen uns z.B. Lange und Schimank (2004), die Integration negativ definieren und sie als Reduktion der

³⁵ Ähnliche Argumentation findet man bei B. Peters, wobei B. Peters das Problem der Orientierung, der Definition von Bedürfnissen und friedlicher Umgang miteinander benennt (Peters 1993).

Freiheit verstehen. Das folgende Kapitel stellt eine komplexe Weiterentwicklung der Integrationstheorie von W. Landecker (1951) und B. Peters (1993) unter Berücksichtigung von Erkenntnissen des Reproduktionsansatzes und der Konfliktforschung und der empirischen Überprüfbarkeit dar.

3.1 Dimensionen sozialer Integration

Soziale Integration als Reproduktion von Vergesellschaftungen bezieht sich auf das Handeln von Akteuren innerhalb einer Gesellschaft, wobei die Reproduktion sich auf allen soziologischen Ebenen durch die gleichen Aktivitäten vollzieht (Peters 1993, S. 87). Man kann in der Weberischen Tradition zwischen nicht-sozialem und sozialem Handeln unterscheiden. Bei dem nicht-sozialen Handeln beziehen sich die Akteure nur auf sich selbst, beim sozialen Handeln auf die anderen. Die Reproduktion ist eine Art des Handelns, welches als soziales Handeln definiert werden kann, da diese Reproduktion unter doppelter Kontingenz stattfindet (Weber 1984, S. 41; Esser 2000, S. 31). Es ist die Reziprozität des Ergebnisses des Handelns von mir (Selbstreflexion) und jeweils dem anderen (Fremdreflexion). Soziales Handeln bezieht sich nach Esser auf drei soziale Situationen. *Strategisches Handeln*, welches nur nach dem Interesse der Akteure definiert wird. *Interaktion*, die ein kommunikativer oder symbolischer Bezug zwischen Akteuren unterstellt und *soziale Beziehung*, als Orientierung der Akteure an Einstellungen bzw. Regeln in der sie gemeinsam die Situation sehen.

Das soziale Handeln findet in den Bezugsrahmen statt, welches durch die ganze Gesellschaft als das soziale System definiert wird (Esser 2000, S. 51). Gesellschaften unterscheiden sich in drei Aspekten, die von der Bedeutung für ihre Integration sind. Neben den sozialen Organisationen sind es soziale Differenzierung und soziale Ungleichheit (Esser 2004, S. 276).

Unter sozialer Differenzierung versteht man im Allgemeinen die Unterschiedlichkeiten in der Art von Organisation und Reproduktion in den sozialen Systemen einer Gesellschaft (Nassehi 2009, S. 398). Gesellschaften unterscheiden sich in ihrer funktionalen Aufteilung, kulturellen Praktiken und normativer Konformität (Esser 2000, S. 63). In den modernen Gesellschaften können drei Dimensionen der sozialen Differenzierung beobachtet werden, wobei soziale Differenzierung nicht gleich mit sozialer Ungleichheit zu setzen ist. Soziale Ungleichheit bezeichnet „gesellschaftlich verankerte Formen der Begünstigung und Bevorrechtigung einiger und Benachteiligung und Diskriminierung anderer“ (Kreckel 2004, S. 15).³⁶

³⁶ Es ist vorstellbar, dass es eine differenzierte Gesellschaft gibt, welche auf egalitärer Basis funktioniert und keine soziale Ungleichheit erfassbar ist.

Die funktionale Differenzierung resultiert aus Arbeitsteilung und bringt eine vertikale Ungleichheit hervor (Giegel 2004, S. 106). Auf die Spezialisierung der Arbeitsteilung folgt eine einfache Logik des Marktes zusammengefasst auf die Frage, wie sich unter gleichem Aufwand mehr herstellen lässt. Diese Logik unterstellt, dass alle Systeme auf sich bezogen sind und eine Kooperation notwendig ist, um ein Gut zu produzieren. Auf der anderen Seite ist es vorstellbar, dass Systeme Eigeninteressen und Eigennutz verfolgen und diese Beziehung einen antagonistischen Charakter annimmt, was Konflikte hervorrufen kann (Esser 2000, S. 63). Die kulturelle Differenzierung bedeutet die Unterteilung einer Gesellschaft in verschiedene kulturelle Milieus mit ihren typischen unterschiedlichen kulturellen Objekten (Esser 2000, S. 63). Auf der Mikroebene bedeutet es individualisierte Lebensführung: Habitus (Bourdieu 1982, S. 277–279), Prestige und Statuspositionen in der sozialen Hierarchie (Kreckel 2004). Normative Differenzierung stellt die innere Differenzierung einer Gesellschaft hinsichtlich der Vielfalt und dem Ausmaß moralischer Vorstellungen dar (Esser 2000, S. 63).

Entsprechend den Bereichen des sozialen Handelns und Formen sozialer Differenzierung, angelegt an Arbeiten von B. Peters (1993) und Landecker (1951) lassen sich fünf Dimensionen sozialer Integration differenzieren, in denen soziale Integration gelingen oder scheitern kann: funktionale Integration, kulturelle Integration, kommunikative Integration, moralische Integration und politische Integration (Peters 1993, S. 92 und 96; Landecker 1951, S. 333).

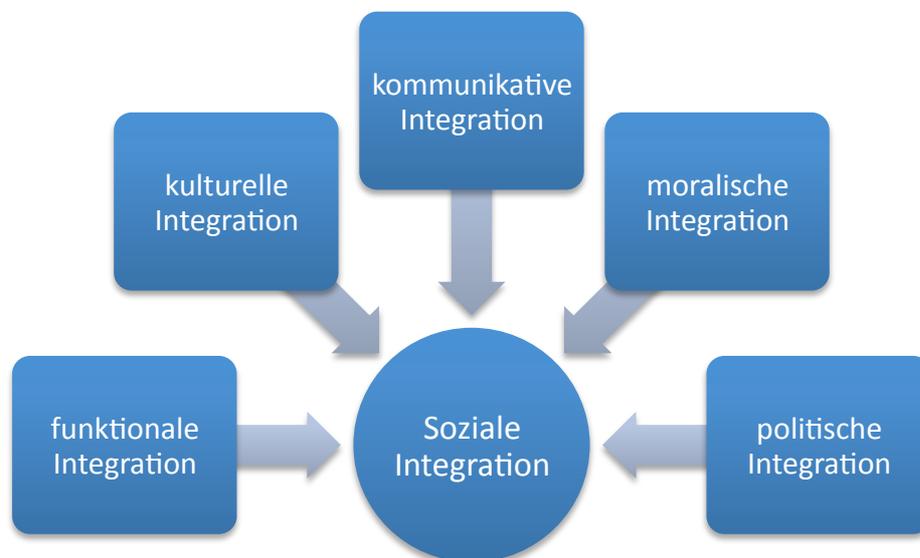


Abbildung 1 Dimensionen sozialer Integration

3.1.1 Funktionale Integration

Bei der Produktion und Reproduktion von Ressourcen sind Individuen großteils auf Zusammenarbeit mit anderen Individuen angewiesen. Dies ergibt sich nicht nur daraus, dass der

Mensch ein soziales Wesen ist und er von Natur aus gezwungen ist, mit anderen Menschen zu leben. Unsere Entwicklung als Individuum hängt von dem Grad der Isolation ab, welcher wir in der Gesellschaft erleben und erfahren (Sennett 2012, S. 28). Die Tatsache, dass wir allein nicht überleben können, lässt uns vermuten, dass es eine Art erzwungener bzw. „natürlicher Kooperation“ geben muss, die unser Überleben sichert (Sennett 2012, S. 28). Diese Art der Kooperation können wir in der Welt der Tiere, z.B. bei Ameisen oder Primaten, beobachten. Kropotkin (1972) weitete sein Studium der Kooperation in der Tierwelt auf Menschen aus und untersuchte angefangen bei traditionellen Gesellschaften, die Struktur von mittelalterlichen Städten bis hin zu modernen Gesellschaften auf Prinzip der gegenseitigen Hilfe. In den modernen Gesellschaften äußert sich die Kooperation nach Kropotkin in der Arbeitswelt. Dank koordinierter Zusammenarbeit können Lösungen für alle Probleme des menschlichen Alltags erarbeitet werden (Kropotkin 1972, S. Kap. VII und Kap. VIII).

Funktionale Integration bedeutet koordinierte Zusammenarbeit (die durch den Austausch von Gütern und Dienstleistungen) zwischen sozialen Einheiten unter Berücksichtigung von Ausdifferenzierung der Funktionen dieser sozialen Einheiten zustande kommt.

Funktionale Integration verbinde ich, wie in der Forschungstradition, mit funktionaler Differenzierung von sozialen Systemen, das heißt mit der Differenzierung von sozialen Systemen bezüglich der Arbeitsteilung (Landecker 1951, S. 338; Esser 2000, S. 64) und mit Kooperation in der Arbeitswelt (Peters 1993, S. 96). Das klassische, ökonomische, rein auf die Arbeitswelt bezogene Beispiel für die funktionale Integration in modernen Gesellschaften bildet die „Herstellung von Gütern und Erbringung von Leistungen“ (Peters 1993, S. 96). Dabei schließt die diese Form der Integration den Wettbewerb, wie das Beispiel zeigt, nicht aus. Darüber hinaus hat sich die vorschreitende Differenzierung der Arbeitswelt nicht nur rationalisierende Züge und ökonomische Effizienz als Ziel gesetzt. Sie ist ohne normative Struktur nicht denkbar, da Individuen als Akteure im sozialen System der Gesellschaft handeln. Dies stellt ein enormes Potenzial der funktionalen Integration dar, da diese Dimension der sozialen Integration beinahe unabhängig von den Motiven der Akteure zustande kommen kann (Esser 2000, S. 71). Berücksichtigt man, dass der Arbeitsprozess an sich „ein sozialer Prozess der Konstruktion gesellschaftlicher Verhältnisse“ darstellt und institutionellen Rahmen einer Gesellschaft konstruiert (Wachtler 1982, S. 16), wird die Bedeutung der funktionalen Integration für Integration ganzer, moderner Gesellschaften klarer.³⁷

Funktionale Integration garantiert nicht jedem eine Teilhabe am Prozess der Herstellung von Gütern und Erbringung von Leistungen. Der Zugang zur Arbeitsmarkt, auf dem sich der Prozess

³⁷ Imbusch und Rucht (2005) weisen darauf hin, dass moderne Gesellschaften idealtypisch weitgehend funktional integriert sind, also durch Teilhabe an sozialen Systemen einer Gesellschaft, wie an den Märkten. Diese Überlegung ergibt sich aus der Übernahme dem Gedanken von Luhmann (1997, 611ff), dass die Integration durch die Arbeit andere Formen der Integration übertönt.

der Herstellung von Gütern und Erbringung von Leistungen abspielt, kann durch eine spezifische Befähigung, wie Leistung oder Sprache etc. beschränkt werden. Angesichts dessen können wir von dem Problem der funktionalen Marginalisierung sprechen, die Pierre Bourdieu als „Nichtzugehörigkeit“ beschrieb (1982). Diese Ausgrenzungsmechanismen, die sich als eingeschränkter Zugang zu Ressourcen sozialer Integration definieren lassen, werden in der Gesellschaft als Probleme wahrgenommen, da diese so gesehen die Störungen der gesellschaftlichen Reproduktion darstellen. Diese gesellschaftliche und reproduzierbare Ressourcen unterliegen den gleichen Regeln, wie alle anderen Ressourcenarten und können akkumuliert werden (Bourdieu 1983), wobei auch eine negative Akkumulation vorstellbar ist, da der Ausschluss aus der funktionalen Integration Konsequenzen für andere Dimensionen der Integration haben kann.³⁸

3.1.2 Kulturelle Integration

Die Konzeptualisierung dieser Dimension wird in der Anlehnung an mehrere Konzeptualisierungen der Kultur durchgeführt. Zum einen an die Konzeption der kulturellen Integration von Landecker (1951), die Kultur in drei Dimensionen differenziert: universelle, spezielle (*specialities*) und alternative Kultur, zum anderen wird auf die Konzepte von Honneth (1992), Almond und Verba (1963) und Easton (1975) Bezug genommen.

Landecker (1951, S. 333) bezieht sich im Hinblick auf kulturelle Integration auf die Arbeit von Anthropologen Linton (1936). Linton's Konzeption der kulturellen Integration unterscheidet drei Dimensionen der Kultur: universelle, spezielle (*specialities*) und alternative Kultur.³⁹ Die universelle Kultur bezieht sich auf ganze Gesellschaften, spezielle und alternative Kultur wird im Kontext von Gemeinschaften und ihren Mitgliedern in Verbindung gebracht. Die universelle und spezielle Kultur schließen sich nicht aus, wobei eine Widersprüchlichkeit bzw. ein Konflikt zwischen diesen Kulturen auftreten kann. Erst das Auftreten der alternativen Kultur bedeutet „lack such consistency and integration“ (Landecker 1951, S. 333).

In der Konsequenz handelt es sich bei der kulturellen Integration *um die „Übereinstimmung in Wertvorstellungen“, um „gemeinsame Sinndeutungen und Konzeptionen“, die sich auf „das Kollektiv im Ganzen“ beziehen* (Peters 1993, S. 104).⁴⁰

³⁸ „Funktionssysteme schießen, wenn sie rational operieren, Personen aus oder marginalisieren sie (...) stark (...). Keine Ausbildung, keine Arbeit, kein Einkommen, keine regulären Ehen (...) – die Liste ließe sich verlängern und sie betrifft, je nach Umständen Marginalisierung bis hin zum gänzlichen Ausschluß.“ (Luhmann 2012, S. 148).

³⁹ Die Dimensionen der Kultur können als Resultat der kulturellen Differenzierung verstanden werden (Esser 2000, S. 78).

⁴⁰ Übereinstimmung in Wertvorstellungen ist nicht frei von Unstabilität und Widersprüchlichkeit. Dieselbe Kultur kann gleichzeitig das altruistische und wettbewerbsfähige Verhalten von Mitgliedern einer Gesellschaft verlangen (Landecker 1951, S. 333).

Diese Werte regulieren unsere Einstellungen und werden bei der Wahl von Handlungsoptionen als Maßstäbe herangezogen, bilden aber damit keine festen Regeln, sie schreiben nicht vor, was getan werden wird. In den Wertevorstellungen „drücken sich Bedürfnisse aus“, die „mithilfe solcher Maßstäbe kulturell geformt“ werden (Peters 1993, S. 109).

Nach Landecker (1951) kann die kulturelle Integration mithilfe der Proportionen zwischen alternativer Kultur und universeller und spezieller Kultur gemessen werden. „The lower the proportion of alternatives, the higher the degree of cultural integration“ (Landecker 1951, S. 333).⁴¹ Diese Annahme ist grundsätzlich nicht falsch, gilt aber nur unter bestimmten Prämissen. In Kontext der sozialen Integration differenzierter Gesellschaften wird in der vorliegenden Arbeit angenommen, dass sich universelle Kultur nur durch Akzeptanz und Identifikation mit den Grundprämissen der Gesellschaftsordnung und ihren institutionalisierten Regeln äußert. Diese Bedingungen sind Grundprämissen der Demokratie, wie z. B. gewaltfreie Austragung politischer Konflikte. Infolge dessen kann in modernen Gesellschaften nicht von einheitlicher Kultur gesprochen werden. Die spezielle und alternative Kultur spielen für die Integration moderner Gesellschaften soweit keine Rolle, wenn sie die Grundprämissen der universellen Kultur nicht in Frage stellen oder diese verachten.⁴² In diesem Zusammenhang kann man die universelle und spezielle Kultur zusammen als Produkte der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung sehen (Weber 1984, S. 73) die in den kulturellen Milieus (Mesoebene) und individualisierten Lebensführung (Mikroebene) zum Ausdruck kommen (Bauer 2011). Um faktisch von der kulturellen Integration in einer pluralistischen Gesellschaft zu sprechen, werden ausdrücklich demokratieverträgliche Werte unerlässlich. In der Konsequenz können wir von einer kulturellen Integration moderner Gesellschaften nur im Kontext der demokratischen Kultur, verstanden als *die „Übereinstimmung in Wertvorstellungen“, um „gemeinsame Sinndeutungen und Konzeptionen“, die sich auf „das Kollektiv im Ganzen beziehen, sprechen. Dabei handelt es sich, wie betont, um universelle, demokratische Kultur, die die Grundlage für Wertvorstellungen bietet. Die Anerkennung dieser Kultur und die Identifikation mit ihren Grundlagen erfassen die kulturelle Integration als analytisch-empirischer Begriff.*

3.1.3 Kommunikative Integration

Menschliches Denken hat einen symbolischen Charakter und bedient sich mit solchen Beschreibungen von Erfahrungen, Ereignissen und Erscheinungen, die gemeinsam für eine Gemeinschaft sind. Dieses komplizierte System von Symbolen ist die Sprache (Sztompka 2010, S. 230). Die Sprache gehört zu den Grundmedien der Interaktion (Esser 2000, S. 273).

⁴¹ Diese Annahme schließt selbstverständlich nicht aus, dass alternative Kultur zur universellen Kultur wird, was uns die Umweltbewegung gelernt habe.

⁴² Dabei ist es bedeutend, in der Tradition von Durkheim, dass vor allem empirische Beobachtung und nicht analytisches Vorgehen die Einstellungen definieren sollten (Landecker 1951, S. 333).

Das Ausmaß und die Art von kommunikativen Interaktionen zwischen sozialen Einheiten bildet die kommunikative Integration ab.

Sie ergibt sich aus den Netzwerken des sozialen Kapitals (Bourdieu 1983). In der vorliegenden Untersuchung wird die Kommunikation als eine Form sozialen Handelns verstanden. „Im Ergebnis kann es zu gemeinsam geteilten Wissensbeständen, zu spezifischen sozialen Handlungsformen, zur Bildung von Organisationen sowie zur Herausbildung von Institutionen kommen, die den jeweiligen Bedürfnissen nach Integration materiell wie auch symbolisch entsprechen“ (Jarren 2000, S. 25).

Kommunikative Integration lässt sich nach Landecker anschaulich mit einem negativen Index darstellen (Landecker 1951, S. 336). Ein kleines Netzwerk von Personen und geringe Zahl von inter-personellen Kontakten stellt Merkmale für soziale Marginalisierung (Castel 2000) oder Exklusion dar (Kronauer 2010; Stichweh und Windolf 2009). Soziale Marginalisierung meint hierbei nicht nur begrenzten Zugang zu Ressourcen sozialer Integration sondern auch aus der theoretischen Sicht „eine Beschränkung der sozialen Beziehungen auf Menschen in der gleichen sozialbenachteiligten Lage“ (Kronauer 2006, S. 35). Kommunikative Integration steht in einer Verflechtung mit anderen Dimensionen der Integration. Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung (funktionale Integration) kann das Zustandekommen der kommunikativen Interaktionen erheblich erleichtern (Kronauer 2010, S. 147).⁴³

3.1.4 Moralische Integration

Durkheim versteht unter Moral „eine Gesamtheit von Urteilen, die die Menschen individuell oder kollektiv über ihre eigenen Handlungen sowie über die ihresgleichen fällen, in der Absicht ihnen einen ganz besonderen Wert beizumessen. (...) Hinsichtlich des moralischen Handelns reagiert der Mensch spontan und sogar unbewusst“ (Durkheim 1972, S. 81). Er erkennt, dass jede Moral dem Geist der Zeit entspricht und Institutionen und Traditionen verkörpert, wobei die Moral den sozialen Wandel unterliegt (Durkheim 1972, S. 81). In den traditionellen Gesellschaften können, aufgrund der Ähnlichkeiten der sozialen Lagen, durch die Tradition vermittelten Beurteilungsregeln des Handelns leicht reproduziert werden, wobei es auch mit Zwang und Ambivalenz zu tun haben kann. Durkheim bezeichnete dies als mechanische Solidarität, die aus den Ähnlichkeiten eine direkte Bindung des Individuum in die Gesellschaft ermöglicht (Durkheim 1992, Kap. 2). Die wachsende Arbeitsteilung hat moralische Regeln verändert. Durch gesellschaftliche Differenzierung moderner Gesellschaften ist die pluralistische Gesell-

⁴³ Das Paradoxe dabei ist die bestreitbare Stellung dieser Dimension im Integrationsprozess. Kommunikation kann die Grundlage der Integration bedeuten, ohne gemeinsame Sprache können andere Dimensionen nicht beansprucht werden. Es ist aber vorstellbar, dass die Involvierung z.B. in die funktionale Dimension, ohne kommunikative Integration stattfindet.

schaft dazu gezwungen, die individuellen Freiheiten und Handlungsmöglichkeiten einzuräumen. Dies expliziert, dass das Verständnis und die Wahrnehmung der individuellen Freiheit aus dem höchst komplexen Prozess der Sozialisation und aus der Partizipation an diversen sozialen Kontexten resultiert (Müller und Bertram 1986, S. 73 und 82). Dabei stellt durch Sozialisation erlernte Moral keine Art eines Idealbildes bzw. obersten Moralprinzips dar (Durkheim 1972, S. 81).

Die Moral entsteht in der Reproduktion von situativen Elementen des Alltags, die durch die Wahrnehmung und Reflexion zustande kommt. Diese Auffassung ist meines Erachtens mit einer Prämisse verbunden. Diese lautet, in der Tradition Durkheim's, dass Moral ein Produkt der Persönlichkeit und diese wiederum ein Produkt der Gesellschaft ist. Das moralische Urteil steht im Zusammenhang mit Persönlichkeitsentwicklung. Colby und Kohlberg (1986, S. 140ff) haben in diesem Kontext sechs Stadien moralischer Entwicklung theoretisch herausgearbeitet und empirisch untersucht. Interessant für die vorgelegte Analyse sind die von Colby und Kohlberg (1986, S. 140ff) gestellte Fragen, was rechtens ist und welche Gründe es gibt das Rechte zu tun?

Im Kontext der Moral als Dimension der Integration weist das III. höchste Niveau der moralischen Entwicklung, die von Autoren als postkonventionell bezeichnet wurde, und das V. und VI. Stadium umfasst, theoretische Relevanz auf. Die Individuen in diesem Niveau, welches erst mit ca. 20 Jahren erreicht wird (Colby und Kohlberg 1986, S. 144), sind „der Tatsache bewusst, daß unter den Menschen eine Vielzahl von Werten und Meinungen vertreten wird und daß die meisten Werte und Normen gruppenspezifisch sind (...)“. Ferner wird von Individuen eingeräumt, dass „alle Menschen gleiche Rechte und die Würde haben“. In der modernen Gesellschaft gibt es universelle Prinzipien, absolute Werte und Rechte auf die sich alle Menschen berufen können (Colby und Kohlberg 1986, S. 144). Dies sind nach Nummer-Winkler (2005, S. 164) vor allem absolute Achtung vor dem Menschen als Wert an sich.

Dem zufolge basiert die moralische Integration auf der Forderung, dass „Handlungskonflikte unter unparteilicher Berücksichtigung der Ansprüche und des Wohls aller gelöst werden“, wobei Individuen sich moralisch als gleichwertige Subjekte anerkennen (Peters 1993, S. 104). Somit nimmt die Moral eine sozial-politische Dimension an, wobei es deutlich wird, dass es nicht ausreichend ist als Grundlage der Moral rechtliche Normen zusehen. Das Prinzip der Gleichheit (gleichwertige Subjekte), welches in Bezug zum Individuum aber auch sozialer Kooperationen steht, wird im großen Ausmaß durch rechtlich-institutionelle Formen gesichert. „Jeder Mensch gilt als Subjekt der moralischen Rechte und Verpflichtungen und insofern als Mitglied einer universalistischen moralischen Gemeinschaft“ (Peters 1993, S. 104).⁴⁴ Unter der Berücksichtigung der Prämisse, dass Moral ein Produkt der Persönlichkeit und diese wiederum ein Produkt der Gesellschaft ist, wird die Dialektik der moralischen Integration deutlich.

⁴⁴ Diese Mitgliedschaft ist mit Pflichten verbunden, die für jede Gesellschaft unterschiedlich sein können. Das Gemeinsame für alle modernen Gesellschaften sind meines Erachtens Menschenrechte.

Unter moralischer Integration sind „Normen für soziale Verteilung von Pflichten und Rechten, (...) von Chancen und Sicherheiten, die das Gemeinwesen bietet, (...) Solche Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit, Reziprozität und Fairneß, (...) die sich auf soziale Kooperation beziehen“ zu verstehen. Ferner umfasst die moralische Integration „die Solidarität mit denen, die hilfsbedürftig und nicht kooperationsfähig sind“ (Peters 1993, S. 100). Es ist eine Dimension des Zusammenhalts einer Gesellschaft, die jenseits von reziproken Leistungsbeziehungen oder persönlicher Bekanntschaft besteht. Dabei spielt die Einschätzung, ob bestimmte soziale Norm gerechtfertigt ist, eine wichtige Rolle. Dies geschieht in den sozialen Vergleichsprozessen. Denn nur dort, wo vergleichbare Gruppen andere soziale Normen verfolgen, entsteht das Gefühl von ungerechtfertigten Handlungen.⁴⁵

Moralische Integration umfasst diejenigen moralischen Bindungen, die „eine Art symbolisches Band zwischen den Mitgliedern einer sozialen Gemeinschaft“ bilden und auf den Gedanken des Vertrauens, der Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solidarität jenseits der Reziprozität basieren (Peters 1993, S. 104).

Diese Bindung ist in seiner Art soweit symbolisch und universalistisch, da sie keinen rechtlichen Rahmen braucht, auch wenn das Recht moralische Integration fördert und diese in seiner Funktion sichern kann.⁴⁶ Hierbei findet man bewährte Prinzipien und moralische Grundnormen, die historisch unter anderen aus religiösen Überzeugungen entstanden sind, wie z. B. Schutz der Person, die Bewahrung von körperlichen, seelischen Verletzungen etc. In den modernen Gesellschaften werden unzählige Arten von Handlungskonflikten durch dem rechtlich-institutionalisierten System geregelt, aber ein überwiegender Teil der Ideale und Verhaltensnormen wird ohne direkte Sanktionsdrohung reproduziert. So sichert das rechtlich-institutionalisierte System soziale Pflichten, konstruiert das Recht und garantiert die Handlungsfreiheit der Individuen, darunter das Recht auf Teilnahme an verschiedenen Formen des sozialen und politischen Lebens (Peters 1993, S. 104). Darüber hinaus finden wir eine relative große Zahl an Normen des zwischenmenschlichen Umgangs vor, die mit hohem Maß an gegenseitigem Vertrauen verbunden sind. Vertrauensbeziehungen sind in zwei Fällen relevant. Zum einem, wenn es kein allgemeinbindendes Recht gibt, welches die Beziehung regelt,⁴⁷ zu anderen falls andere nicht-legitime Mechanismen, wie Zwang, Geld oder Macht, versagen. Denn wenn man auf der Basis dieser Mechanismen sicher feststellen kann, wie gehandelt wird, bzw. die ge-

⁴⁵ Bereits Gurr hatte in seiner Theorie der relativen Deprivation auf die Bedeutung von Vergleichsprozessen hingewiesen (Gurr 1970).

⁴⁶ Moral wird wahrgenommen. Das Recht wird angewandt (Lotter 2012, S. 222).

⁴⁷ Fragen wir jemandem nach der Uhrzeit, erwarten wir die Wahrheit und Vertrauen darauf, dass wir die Wahrheit erfahren werden.

wünschte Handlung erkaufte oder gezwungen wird, entstehe keine Situation in der das Vertrauen relevant wird.⁴⁸

3.1.5 Politische Integration

Der moderne, demokratische Staat ist ohne einen bestimmten Grad der Selbstorganisation seiner Gesellschaft nicht möglich. Durch die Selbstorganisation werden soziale Systeme aufgebaut und aufrecht erhalten (Luhmann 1997, S. 93). Die Selbstorganisation einer Gesellschaft bildet die Voraussetzung für seine Konsistenz (Luhmann 1997, S. 93). Dabei geht es nicht darum, die politische Integration als die Fähigkeit des Staates die Wahrnehmung und die Umsetzung seiner Aufgaben durch politische Eliten und mithilfe des Staatsapparats zu definieren. Es ist mehr die Fähigkeit der Mitglieder einer Gesellschaft sich selbständig zu organisieren.

In der Konsequenz bedeutet die politische Integration einer Gesellschaft die Fähigkeit ihrer Mitglieder die Konsistenz dieser Gesellschaft jenseits klassischer politischer Institutionen zu sichern.

In der theoretischen Auseinandersetzung mit Idee der Demokratie wird seit Toqueville darüber diskutiert, wie viel Selbstorganisation in einem demokratischen Staat notwendig ist, zumal durch Selbstorganisation kollektiv verbindliche Entscheidungen beeinflusst werden können (Rueschemeyer 1998). In der modernen Gesellschaft äußert sich die politische Integration in der Kooperation auf der Ebene der Gemeinschaft (Sennett 2012, Kap. IX). Diese Kooperation findet in den Organisationen der Zivilgesellschaft statt. Damit ist die theoretische Annahme verbunden, dass durch solche Kooperationen symbolische und nicht-symbolische Ressourcen sozialer Integration reproduziert werden. Infolge dessen zeichnet sich eine integrierte Gesellschaft dadurch aus, dass eine bedeutende Anzahl ihrer Mitglieder aktiv in zivilgesellschaftlichen Organisationen mitwirkt.⁴⁹ Dieses Verständnis der politischen Integration korrespondiert mit der „mass society“ Theorie von Kornhauser (1959, S. 76–84 & 230). Zivilgesellschaftliche Organisationen bilden intermediäre Strukturen zwischen Individuen und den zentralen Strukturen des Staates. Sie sind essentiell für die Konsistenz moderner Gesellschaften.

Selbstverständlich weisen solche Organisationen nicht selten einen exklusiven Charakter auf und wirken schon aufgrund der Aufnahmekriterien sozial selektiv, wie die theoretische (Roßteutscher 2009) und empirische Forschung beweist (Vortkamp 2008, S. 241; Levi 1996). Ferner haben „nicht alle Formen sozialer Partizipation gleich positive Effekte auf Demokratie, oft ist es das Gegenteil“ (Rueschemeyer 1998, S. 12; Fiorina 1999).⁵⁰

⁴⁸ Es ist das nächste Argument dafür, dass Integrität und infolge die Integration nicht auf Zwängen bzw. Macht konstruiert wird.

⁴⁹ Diese Annahme schließt die passive Mitgliedschaft als Indikator für politische Integration aus.

⁵⁰ In der Anlehnung an die Diskussion von Rueschemeyer (1998) und Roßteutscher (2009) stehen in Hinblick auf diese Problematik mehrere theoretische und empirische Fragen offen, wie z.B. Welche Interessen sind demokrati-

3.1.6 Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird die Darlegung der Definition der sozialen Integration an die Kernfrage der Sozialtheorie geknüpft und als gesamtgesellschaftliches Problem definiert, dessen Lösung eine normative Frage darstellt (Peters 1993, S. 22 und 24). Soziale Integration wird in seiner Bedeutung mit Beschränkungen⁵¹, der Reziprozität, der Vorhersagbarkeit und der Konsistenz zusammengekoppelt. Dabei bleibt die zentrale Annahme der Arbeit, dass die Konstruktion der sozialen Ordnung eine Reproduktion immer schon existierender Vergesellschaftungen darstellt. Das normative, oberste Ziel dieser Reproduktion ist das Bestehen der Gesellschaft zu sichern (Peters 1993, S. 22; Cohen 1973, S. 26ff). Versteht man Beschränkungen, die Reziprozität, die Vorhersagbarkeit und die Konsistenz als Problemdimensionen der sozialen Ordnung, dann kann die breite Definition sozialer Integration als eine gelungene Lösung dieser Probleme lauten.⁵²

Entsprechend den Bereichen des sozialen Handelns und Formen sozialer Differenzierung, angelegt an Arbeiten von B. Peters (1993) und Landecker (1951) lassen sich fünf Dimensionen sozialer Integration differenzieren, in denen soziale Integration gelingen oder scheitern kann: funktionale Integration, kulturelle Integration, kommunikative Integration, moralische Integration und politische Integration (Peters 1993, S. 92 und 96; Landecker 1951, S. 333). Jede Dimension beinhaltet mehrere Subdimensionen, die in seiner Konstruktion eine empirische Messung ermöglichen. Die Abbildung 2 bildet in einer graphischen Darstellung die Sub- und Dimensionen sozialer Integration ab.

sche, welche nicht? Sind nicht-demokratische Organisationen stärker als demokratische? Können diese demokratische Organisationen unabhängig handeln? Die vorliegende Arbeit kann die Beantwortung dieser Fragen nicht leisten.

⁵¹ Im Sinne von Kontrolle des sozialen Lebens.

⁵² Ähnliche Argumentation findet man bei B. Peters, wobei B. Peters das Problem der Orientierung, der Definition von Bedürfnissen und friedlicher Umgang miteinander benennt (Peters 1993).

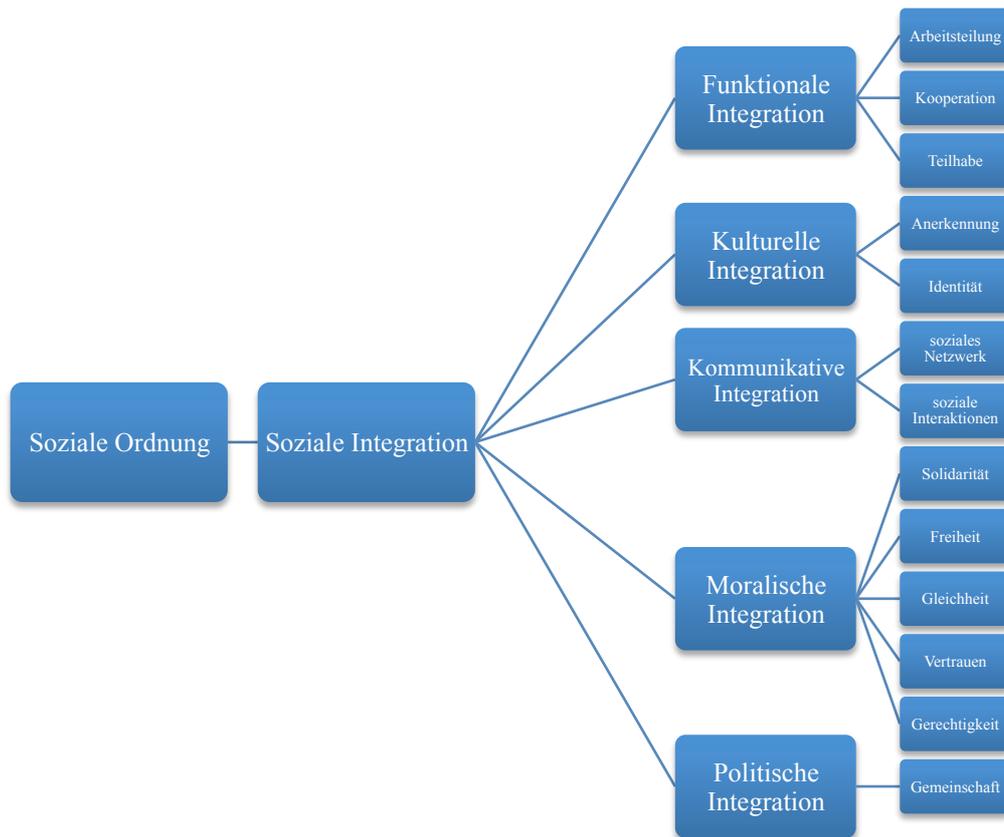


Abbildung 2 Graphische Darstellung Dimensionen sozialer Integration

Hinsichtlich sozialer Integration wurden zwei zentrale Fragen formuliert. Wie kommt die Integration in einer modernen Gesellschaft zustande und was gefährdet die soziale Integration? Diese Fragen werden in darauffolgenden Kapiteln beantwortet.

3.2 Symbolische und nicht-symbolische Ressourcen sozialer Integration

Die Integration stellt einen dynamischen Prozess der Konstruktion der sozialen Welt dar. Unter Annahme dass, die Grundlage einer Gesellschaft die Reproduktion von Ressourcen und deren Verteilung darstellt (Bourdieu 1973; Lenski 1977, S. 70ff) und die Konstruktion einer sozialen Ordnung in der Reproduktion schon immer existierender Vergesellschaftung entsteht (Peters 1993, S. 22), steht die Frage nach der Art von Ressourcen, die reproduziert werden. Wie schon angedeutet können wir zwischen symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration unterscheiden, wobei beide Arten von Ressourcen sozial konstruiert sind. Symbolische und nicht-symbolische Ressourcen unterschieden sich in ihrer Wertschätzung und in der Art und Weise wie sie entstanden sind und wie ihre Verteilung in einer Gesellschaft zwischen Individuen ist (Meulemann 2004, S. 130).

Symbolische Ressourcen werden in den Symbolsystemen moderner Gesellschaften definiert. Sie liefern in gewisser Weise Standardlösungen für Grundprobleme des sozialen Lebens. T. Parsons versteht unter Symbolsysteme „die Kultur in Form von Sprache und anderen Mitteln“ (Parsons 2009, S. 10). Symbolische Ressourcen bilden allgemeine Rationalitätsstrukturen in einer Gesellschaft ab. Somit erleichtern sie Individuen Entscheidungen zu treffen. Dazu gehören Wertmaßstäbe, kollektive Identitäten, Wissen, moralische Prinzipien und Normen (Peters 1993, S. 22). Wie andere Arten von Ressourcen werden diese akkumuliert, aktualisiert und reproduziert. Die nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration bilden materielle Ressourcen. Darunter erfasst man die ökonomischen Ressourcen, die in modernen Gesellschaften unter Besitz von Waren und Geld verstanden werden können (Bourdieu 1983).

Es gibt zwischen diesen Ressourcen bestimmte interne Beziehungen, die auch symbolischer Natur sein können, wie z. B. zwischen kulturellen und materiellen Ressourcen. Der Mangel an der kulturellen Ressource Bildung bedeutet in der Regel ein Mangel an materiellen Ressourcen, weil die Bildung für das mögliche erzielbare Einkommen ausschlaggebend ist. Alle diese Ressourcen finden ihre Anwendung in der Abhängigkeit von der jeweiligen Dimension der Problemlösung und werden genauso wie Integrationsformen in sozialen Prozessen produziert, reproduziert, akkumuliert und aktualisiert. Als Beispiel kann die Stiftung und Ausbildung individueller und kollektiver Identitäten dienen, die soziale und kulturelle Ressourcen beansprucht (Peters 1993, S. 106). Entsprechend der Differenzierung in fünf Dimensionen kann man die Art von Ressourcen in ökonomische bzw. materielle, soziale, und kulturelle Ressourcen unterteilen. Diese Unterteilung verdeutlicht gleichzeitig den Charakter der Dimensionen, die jeweils sehr stark von einer Ressourcenart beeinflusst werden, auch wenn sie untereinander verflochten sind und nicht immer genau voneinander abgegrenzt werden können. Das ökonomische Kapital kann in Form von Eigentum institutionalisiert werden, das kulturelle Kapital bildet unter bestimmten Voraussetzungen die Grundlage des ökonomischen Kapitals und das soziale Kapital kann auch in Geld umgewandelt werden (Bourdieu 1983, S. 185).

3.2.1 Analytische Konzepte zur einzelnen Ressourcen sozialer Integration

Analytisch-theoretischen Ressourcenkonzepten wurden von Autoren wie Bourdieu (1983), Coleman (1988), Putnam (1993), Lin (1999), Gabriel, Kunz, Roßteuscher und van Deth (2002) in unterschiedlichen Diskussionen und Aspekten thematisiert und zahlreich empirisch auf ihre Validität untersucht. Im Kontext der vorliegenden Arbeit sind die theoretischen Unterschiede zwischen der Darlegung der Definition, ihre Breite und Anwendungsmöglichkeiten jeweilige Konzeptionen wichtig. Anhand der Literatur lassen sich diese Konzeptionen den drei soziologischen Ebenen zuschreiben und unter Berücksichtigung dessen analysieren.

Soziales Kapital als Ressource sozialer Integration

Coleman (1988) definiert das Sozialkapital über seine Funktion. „Like other forms of capital, social capital is productive, making possible the achievement of certain ends that would not be attainable in its absence (Coleman 1988, S. 89).“ Coleman (1988) wies auf den Doppelcharakter des Sozialkapitals hin und sprach vom Beziehungs- und Systemkapital. Das Beziehungskapital entsteht in den freiwilligen Beziehungen zwischen den Akteuren, die auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens zustande kommen. In diesen Beziehungen akkumulieren die Akteure ihr Sozialkapital. Darüber hinaus dank des gegenseitigen Vertrauens werden die Transaktionskosten, die zwecks Erreichens eines Ziels für die Akteure entstehen, gesenkt. Somit stellt das Beziehungskapital solche Ressourcen und Leistungen dar, die in den Beziehungen zu anderen Akteuren wirksam werden. Zwar lassen sich mit pathologischen Mitteln, wie Zwang, gleiche Ziele erreichen, jedoch werden sie nie fest, nicht mehr freiwillig und haben nicht selten vorläufigen Charakter.

Das Beziehungskapital stellte eine Art moralischer Verpflichtung dar (Gabriel et al. 2002, S. 26). Wie angesprochen wird das Beziehungskapital und somit das Sozialkapital nur innerhalb Beziehungen realisiert. Es unterzeichnet den strukturellen Aspekt des Begriffes, welcher in seiner Funktion Ressourcen und Leistungen von sozialen Akteuren behandelt, die in einer Beziehung zu anderen Akteuren wirksam werden. Dabei spielt die Kultur einer Gesellschaft im Hinblick auf das Vertrauen, sozialer Werte und Normen eine wichtige Rolle. Dieser Hinweis von Gabriel, Kunz, Roßteuscher und van Deth (2002) geht über Colemans Verständnis von Sozialkapital unter Prämisse der Rational-Choice Theorie hinaus. „Die Bezeichnung ‘Systemkapital’ erfasst die Eigenschaft sozialen Kapitals als ein Kollektivgut. (...) Die allgemeine Vertrauenswürdigkeit steht jedem Akteur zur Verfügung, und zwar unabhängig davon, ob er dazu beigetragen hat (...)“ (Gabriel et al. 2002, S. 27). Die in Anspruchnahme des Systemkapitals führt zur Vermehrung und Akkumulation des Kapitals. Wie im Falle des Beziehungskapitals wirkt das Systemkapital auf die Transaktionskosten, welche dadurch gesenkt werden können.

Vor allem die Forschungsarbeiten von Robert Putnam fokussieren auf diese Eigenschaft des Sozialkapitals. Putnam bedient sich wortgleicher Definition des Sozialkapitals wie Coleman (1988), fügt zusätzlich hinzu, dass „(...) features of social organization such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“ (Putnam 1993, S. 167). Putnam sieht in der Abnahme des Sozialkapitals eine Gefährdung des demokratischen Systems.⁵³ Die Antwort auf diese Dilemmata ist nach Putnam die gezielte Förderung des Beziehungskapitals, welche die Defizite ausgleichen soll. Es ist wichtig im Kontext der vorliegenden Arbeit folgendes festzuhalten. Nach Coleman bezieht sich das Sozialkapital

⁵³ Im seinen späteren Werk konzeptualisiert Putnam das Sozialkapital als „connections among individuals – social networks and the norm of reciprocity and trustworthiness that arise from them“ (Putnam 2000, S. 19).

auf soziale Gruppen bzw. Milieus. Putnam (1993) sieht das Sozialkapital als ein Phänomen der Makroebene bzw. Mesoebene (Gesellschaften, Regionen), welches eine fördernde, positive Funktion für ökonomische wie politische Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft hat. „*We can be rich or poor in social capital, I cannot*“ (Norris und David 2007, S. 243). Für den wichtigsten Indikator gilt die freiwillige Mitgliedschaft in sozialen und politischen Organisationen. Diese stellen für Putnam den Kern der Zivilgesellschaft dar. Aus empirischen Studien ergibt sich im Gegensatz zu diesen Annahmen, dass das Niveau des allgemeinen Vertrauens keineswegs in allen Ländern mit der Vereinsdichte und der Zahl der Vereinsmitglieder zusammenhängt (Klein et al. 2005, S. 9). Andererseits deutet sich in anderen Studien an, „dass sich soziale Austauschbeziehungen wechselseitig verstärken und stabilisieren“ (Gabriel et al. 2002, S. 33).

Ganz anderer Blick auf den Begriff des sozialen Kapitals hat Pierre Bourdieu vorgeschlagen. Das „Kapital ist akkumulierte Arbeit, entweder in Form von Materie oder in verinnerlichter „inkorporierter“ Form.“ (Bourdieu 1983, S. 183). Es sorgt dafür, dass nicht alles gleich möglich oder gleich unmöglich ist. Das Kapital kann akkumuliert und erarbeitet werden. Die Kapitalstrukturen werden in der Regel im Rahmen von gesellschaftlichen Institutionen und Dispositionen reproduziert. „Das soziale Kapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind,“ (...) wobei (...) es sich um Ressourcen handelt, „die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.“ (Bourdieu 1983, S. 193). Für Pierre Bourdieu bezieht sich das jeweilige Kapital auf das Individuum, wobei sozial Kapital als Kapitalsort zu verstehen ist, welches empirisch aber gemeinsam mit anderen Kapitalien (ökonomischen und kulturellen) vorkommt. „Der Umfang des Sozialkapitals⁵⁴, das der einzelne besitzt, hängt (...) von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die er tatsächlich mobilisieren kann, (...) auch von Umfang des (...) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht“ (Bourdieu 1983, S. 193).

Möglicherweise und bei einem sehr hohen Grad der Abstraktion, können Putnam's und Bourdieu's Kapitaltheorie gleichgestellt werden. Bei dem Vergleich kommt der normative Hintergrund der Theorie zur Geltung. Bourdieu's Ansatz verdeutlicht die Ungleichheiten von Ressourcen, bei Putnam, möglicherweise auf Grund der theoretischen Fokussierung auf Gruppen, sind alle Individuen in der Gruppe gleich mit sozialen Kapital ihrer Gruppe ausgestattet. Somit gibt es nur gruppen- und regionalbedingte Unterschiede. Eine der zentralen Fragen der Theorie lautet, ob das Sozialkapital nur positiv bewertet werden kann. Die Antwort darauf zeigt den fundamentalen Unterschied zwischen Bourdieu's und Putnams Konzeptualisierung. Für Putnam ist das Maß an Sozialem Kapital nach der Regel: je mehr, desto besser zu beurteilen. Bourdieu lehnt eine so vereinfachte Bewertung ab. Die Implikationen können für die Gesellschaft sehr

⁵⁴ Meines Erachtens wäre hier die richtige und konstante Übersetzung „des sozialen Kapitals“. Das Sozialkapital bezieht sich auf Makroebene, das soziale Kapital auf Mikroebene.

unterschiedlich sein. Auf der Mikroebene ist das Akkumulieren des Kapitals wünschenswert, kann aber unter Umständen negative Folgen für das Individuum und die Gesellschaft mit sich ziehen. Levi (1996) schreibt in ihrer Kritik an Putnam über das unsoziale Kapital (*unsocial capital*). Dabei spielen solche Aspekte wie das Phänomen des Ausschlusses von Leistungen oder Gütern eine Rolle. Man kann annähernd an Forschungen aus dem Bereich der Sozialpsychologie vermuten, dass Gruppenzwänge auftreten können oder starke Bindung innerhalb der Gruppe zur Einschränkung der individuellen Freiheit führen kann (Aronson 2004, S. 25–34). Darüber hinaus kann eine sehr ungleiche Ausstattung mit Sozialkapital in einer Gesellschaft zu extremer Verzerrung des Gemeinwohls führen und eine Steigerung von sozialer Selektivität der politischen Beteiligung hervorrufen (Fiorina 1999; Berger 2011; Sobieraj et al. 2007).⁵⁵

Im Folgenden werde ich auf zwei genannte zentrale Elemente des Sozialkapitals unter Berücksichtigung unterschiedlicher theoretischer Ansätze und Zugangsschulen rekapitulieren. Putnam und andere haben drei zentrale Elemente herausgearbeitet: soziales Vertrauen, Norm der Reziprozität und Netzwerke (Putnam 1993; Gabriel et al. 2002). Ich habe mich aus folgenden Gründen für ein zwei dimensionales Modell entschieden. In der Literatur ist es bestreitbar, welcher drei Faktoren – Vertrauen, Normen, Netzwerke - im Sinne einer unabhängigen Variable, die konstitutive Rolle für die Bildung des Sozialkapitals spielt. Der Hinweis von Hellman (Klein et al. 2005, S. 133), der auf die Reihenfolge der Aufzählung hinweist, ist von Putnam selbst nicht berücksichtigt worden, da er selten gleiche Reihenfolge bei der Aufzählung hält (Putnam 1995a, S. 67, 1993, S. 167), zumal er die Stellung des jeweiligen Faktors unterschiedlich im Laufe der Jahren bewertet. In „Making Democracy Work“ sieht Putnam das Vertrauen als „an essential component of social capital“ (Putnam 1993, S. 170), und in „Bowling Alone“ bezeichnet er das Vertrauen als Meilenstein des Sozialkapitals (Putnam 2000, S. 134). Darüber hinaus sehen andere das Vertrauen als eine von der gesellschaftlichen Normen (Peters 1993, S. 103).

Netzwerke als zentrales Element des Konzeptes im Sinne „des Netzes von Beziehungen“ (Bourdieu 1983, S. 193), als in einen begrenzten Raum stattfindenden Interaktionen (Putnam 2000, S. 20), Existenzgrundvoraussetzung für Sozialkapital (Gabriel et al. 2002, S. 38), oder Zugang- und Mobilisationsinstrument (Lin 1999, S. 36) werden in der Literatur, sowohl auf der Mikro wie Makroebene, immer als Bestandteil des Sozialkapital gesehen und rekapituliert. Diese Auffassung verstärkt meines Erachtens das Argument, dass Normen in den Interaktionen entstehen, in diesen Interaktionen werden sie verstärkt oder geändert. Aus der Analyse der Literatur zum Thema Sozialkapital ist eins festzuhalten, dass diese Form des Kapitals zwei zentrale Elemente beinhaltet:

i. Normen

⁵⁵ Darüber hinaus müssen bei einer Übertragung des Konzeptes auf andere Gesellschaften kulturelle Unterschiede berücksichtigt werden (Behr 1997).

ii. Netzwerke

In jeder Gesellschaft oder Gemeinschaft funktionieren zwei Bezugssysteme, welche das Handeln der Mitglieder dieser Gesellschaft oder Gemeinschaft regeln: normative Normen und utilitaristische Verhaltensregeln (Wnuk-Lipinski 2005, S. 178). In einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft nehmen oben genannte Bezugssysteme eine wichtige Rolle ein. Sie gestalten das Handeln und Relationen zwischen gesellschaftlichen Gemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft. Wie angedeutet wird in der Literatur eine Unterscheidung zwischen Normen und Werten getroffen. Werte geben einen allgemeinen Orientierungsrahmen für Denken und Handeln ab, Normen schreiben mehr oder weniger streng vor, wie gehandelt werden soll (Klein 1995), wobei Normen nicht von Dauerhaftigkeit geprägt sind. Sie entstehen aus Erfahrungen in einer bestimmten Gemeinschaft und ändern sich mit der Entwicklung dieser Gemeinschaft. Somit werden Normen von sozialen Wandeln, dazu gehören Transformationsprozessen, beeinflusst (Kollmorgen 2005).

Für Durkheim (Durkheim 1992) gibt es in jeder Gesellschaft kollektive Vorstellungen, wie eine Gesellschaft geordnet ist und wie sich ihre Mitglieder zu verhalten haben. Durkheim glaubt daran, dass die Menschen nicht zusammenleben können ohne „sich zu verstehen (...) stark und dauerhaft zu binden“ (Durkheim 1992, S. 285). Die Vorstellungen des Moralischen und des Guten versteht er als Werte, die Vorstellungen des Sanktionierten und des Richtigen als Normen. Da nicht alle soziale Beziehungen durch bindende rechtliche Verträge gesichert werden können, nutzt Durkheim den Begriff der sozialen Tatsachen oder Institutionen, die vor jeder sozialen Beziehung schon gegenwärtig sind, um diese Phänomene zu beschreiben. Im Bezug darauf reiche es nach Auffassung Durkheims nicht aus, dass die Autorität über die Anhaltung von Normen wacht, es muss „spontan geschehen. Wenn die Verträge nur unter Gewalt (...) gehalten werden, wäre diese Vertragssolidarität (...) prekär“ (Durkheim 1992, S. 451). Im solchen Fall kann keine Rede von moralischer Integrität sein.

Für Parsons bilden gesellschaftliche Normen und Werte auf der sozialen Ebene kollektive Vorstellungen innerhalb einer Gesellschaft ab. „Sie bestimmen, welche Typen des sozialen Systems wünschenswert sind“ (Parsons 2009, S. 18). Diese kollektiven Vorstellungen werden auf zwei Ebenen bezogen. Die erste Ebene bilden die Institutionen einer Gesellschaft als System von Normen und Werten, die ihre Legitimität aus dem Konsensus der Werteorientierungen innerhalb der Gesellschaft beziehen und dank ihm auch erhalten bleiben. Die zweite Ebene stelle eine kulturelle Dimension des Wertesystems dar. Werte und Normen werden dort als Teil von Subsystemen einer Gesellschaft gesehen und großteils religiös legitimiert. Wertevorstellungen innerhalb dieser Systeme unterscheiden sich voneinander, da ihre Mitglieder spezifische Werturteile besitzen. Deshalb unterscheidet Parsons auch zwischen allgemeinen Werten und ausdifferenzierten Normen. Normen sind das Ergebnis der Differenzierung des Verhaltens, das in einem bestimmten sozialen System institutionalisiert ist (Parsons 2009, S. 18). Luhmann verknüpft

Demokratien eng mit bestimmten Normen, die den Handlungsorientierungen (Leitbilder) innerhalb der Gesellschaft und ihrer Gruppen oder dem Rechtfertigen des politischen Handelns dienen und in diesem Kontext eine wichtige Bedeutung haben. Diese Annahmen implizieren, dass es bestimmte notwendige und positive Normen gibt, auf welcher Basis demokratische Systeme funktionieren. Es können als solche diese Normen identifiziert werden, die demokratischen Grundprinzipien sichern und sich auf allgemeine Menschenrechte beziehen. Eine andere Auffassung würde der alten Erkenntnis widersprechen, dass gute, normative Intentionen negative, praktische Konsequenzen haben können (Czerwick 2008, S. 59).

Eine besondere Norm in Bezug auf Sozialkapital bildet das Vertrauen. In der Diskussion über das soziale Vertrauen haben sich im Laufe der Zeit zwei Zugangsschulen herauskristallisiert (Gabriel et al. 2002, S. 53). Einerseits spricht man vom utilitaristischen Vertrauenskonzepten (Hardin 1999), andererseits von einem in der Anlehnung an Luhmann (1968) affektiven bzw. evaluativen Ansätzen (Misztal 1996; Newton 1999; Coleman 1988), wobei sich diese noch nach Ebenen unterscheiden und Mikro- und Makroanalyse zugeschrieben werden (Newton 2001). Newton weist darauf hin, dass „trust is not easily to defined, (...) it has a constellation of synonyms – mutuality, empathy, reciprocity, civility, respect, solidarity, toleration and fraternity“ (Newton 2001, S. 203).⁵⁶

Nach Hardin (1999) basiert das soziale Vertrauen auf „verborgenen Interessen“ - *encapsulated interest* – und es ist ein Produkt subjektiver Erfahrungen, die in einer Interaktion zwischen handelnden Subjekten entsteht, wobei beide Subjekte versuchen, das Handeln der anderen vorherzusagen bzw. zu ahnen und aus positiven Erfahrungen Schlüsse ziehen, ob man einer Person in spezifischer Situation vertrauen kann (Hardin 1999). Die analytische Schwäche des Konzepts liegt daran, dass Vertrauensbeziehungen auf Verfolgung eigener Interessen reduziert werden. Unter solcher Annahme entfällt die Notwendigkeit das Vertrauen aufzubauen (Gabriel et al. 2002, S. 53). Im Hinblick auf das Vertrauen in komplexen Strukturen, wie politische Institutionen, vertritt Hardin die Auffassung, dass aufgrund der Komplexität kein Vertrauen zu Stande kommen kann, da verlässige Prognosen über die Handlungspräferenzen nicht erstellt werden können. Kritik verdient Hardin's „Ausschluss anderer Möglichkeiten“ zum Entstehen des sozialen Vertrauens (Gabriel et al. 2002, S. 54).

Newton (1999, 2001) unterscheidet zwei Ebenen, die auch als Ansätze verstanden werden können, individualistischer und systematischer Ansatz. Der individualistische Ansatz wird aus der Sozialpsychologie abgeleitet und definiert das Vertrauen in Bezug zum Individuum als eine Eigenschaft, die in Prozessen der Sozialisation entsteht und im Alltag reproduziert wird. Im systemtheoretischen Ansatz wird das Vertrauen als eine Eigenschaft einer ganzen Gesellschaft bzw. Gemeinschaft verfasst (Putnam 1995a).

⁵⁶ Vertrauen hat im Kontext der alltäglichen Praxis einen normativen Charakter (Hartmann 2011, S. 310).

Viel mehr nach meiner Auffassung nährt sich der Begriff des sozialen Vertrauens solchen sozialen Beziehungen, in denen der Mangel an individualisierten, gemeinsamen Interessen herrscht oder diese Beziehungen sogar von den Gegensätzen geprägt werden. „Der Mensch solle, seinem Wesen entsprechend, Vertrauen schenken, wenn auch nicht blindlings und nicht in jeder Hinsicht“ (Luhmann 1968, S. 1). Individuen handeln in Sozialsystemen, welche durch die Komplexität gekennzeichnet sind. Diese Sozialsysteme, Persönlichkeitssysteme einschließend, werden mit Formen der Reduktion von Komplexität begegnet, zu welchen das Vertrauen gehört, um aufgrund dieser Komplexität dem entstandenen Informationsmangel zu überbrücken. Für Luhmann wird das Vertrauen zuerst und vor allem dem anderen Menschen geschenkt, indem wir den anderen als eine Persönlichkeit wahrnehmen. „Vertrauen ist dann die generalisierte Erwartung, dass der Andere seine Freiheit, das (...) Potenzial seiner Handlungsmöglichkeiten, im Sinne seiner Persönlichkeit handhaben wird (...), die er als die seine darstellt und sozial sichtbar gemacht hat“ (Luhmann 1968, S. 48).

Persönliches Vertrauen bildet sich nur dort, wo es gebraucht wird. Dabei ist es Luhmann klar, dass „die moderne Sozialordnung differenzierter Gesellschaften viel zu komplex ist“, dass nur persönliches Vertrauen aus wiederholten Kontakten entstehen kann. Es muss andere, nicht über die Persönlichkeit abgeleitete Vertrauensbeziehungen geben (Luhmann 1968, S. 59–60). Vertrauen stellt somit eine notwendige Ressource dar, die uns ermöglicht in einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft, einem Staat zu funktionieren, zumal wie Delhey und Newton (2002) betonen: „Perceived societal conditions, (conflict between the rich and poor, management and workers, and nationals and immigrants, freedom to participate, job opportunities, and satisfaction with public safety, and with democratic institutions) are most strongly associated with trust“ (Delhey und Newton 2002, S. 17). Selbstverständlich nicht ohne Bedeutung sind dabei klare, unmittelbar unveränderbare, rechtliche Rahmen wichtig, da diese auf unsere Wahrnehmung Einfluss haben aber auch das System definieren.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Debatte um Sozialkapital bzw. soziales Kapital spielen Netzwerke eine wichtige Rolle. Putnam beschreibt Netzwerke als „essential form of social capital“ (Putnam 1993, S. 173) und definiert sie als „alle regelmäßige, soziale Beziehungen, die als Interaktionen in einen begrenzten Raum stattfinden“ (Putnam 2000, S. 20). Gabriel, Kunz, Roßteutscher und van Deth sehen sie als Existenzgrundvoraussetzung für Sozialkapital (Gabriel et al. 2002, S. 38) und Lin als Zugang- und Mobilisationsinstrument (Lin 1999, S. 36). Netzwerke lassen sich als „eine abgegrenzte Menge von Knoten oder Elementen und der Menge der zwischen ihnen verlaufenden so genannten Kanten“ definieren (Jansen 2003, S. 58). Diese Darlegung des Begriffes hat zwei wichtige Implikationen in sich. Erstens sind handelnde Akteure durch die zwischen ihnen verlaufenden Beziehungen verbunden. Zweitens zwingt diese Einbettung in ein Netzwerk den Akteur nicht mehr nur aus reinem Eigeninteresse zu handeln, sondern bezogen auf einen sozialen Kontext. Durch und aus diesem sozialen Kontext kann ein Akteur

einen positiven oder negativen Gewinn für sich verbuchen (Jansen 2003, S. 105). Wie groß der Gewinn sein kann, hängt von der Größe des Netzwerkes, der Art der Beziehungen und von der Platzierung oder Position in einem Netzwerk ab. In der Literatur wird vor allem zwischen formellen und informellen Netzwerken unterscheiden (Putnam 2000, S. 20; Norris und David 2007, S. 242). Unter formellen Netzwerken versteht man alle Interaktionen, die im Rahmen von Organisationen, Vereinen und Verbänden stattfinden. Newton verfasst unter formellen Netzwerken „highly formalised and tight-knit groups bound together by clubs, associations and organisations (...) which has a formal organisational basis (...). Some of this (informelle) networks are loosely constructed, constantly changing and amorphous (...) This are loos-knit people (...) (Newton 1999, S. 6). Wie Newton betont können Netzwerke aus schwachen oder aus starken Beziehungen bestehen. Diese unterschiedlichen Beziehungsarten in Netzwerken haben Einfluss auf Gewinne, die ein Einzelner aus Netzwerken ziehen kann. In diesem Zusammenhang steht nach bourdieuschem Verständnis des sozialen Kapitals in der Abhängigkeit „von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die er tatsächlich mobilisieren kann, (...) auch von Umfang des (...) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht“ (Bourdieu 1983, S. 191).

Kulturelles Kapital als Ressource sozialer Integration

Kultur entsteht aus der vielfältigen Verflechtung kultureller und sozialer Konventionen, die als Handlungsanweisungen verstanden werden können (Peters 1993, S. 112). Das Verhalten von in einer Gemeinschaft lebenden Individuen wird von Werte- und Denkmaßstäben geprägt. Insofern bilden Werte den Hintergrund der Wechselbeziehungen in den Mitgliedern und sozialer Gruppen stehen und agieren. Werte nehmen dabei eine ordnungsstiftende Funktion an. Sie gehören neben Institutionen und der politischen Organisation zu den Voraussetzungen eines sozialen Systems. Das soziale System als ein System des Handelns funktioniert summarisch, weil es verbindliche Werte gibt, an denen sich die Handelnden orientieren und diese teilen (Parsons 2009, S. 125–135). An jeder Handlung beteiligen sich nach Parsons drei Systeme. Das kulturelle, soziale und persönliche System. Das kulturelle System hat normative Kontrollfunktion gegenüber den anderen Systemen. Das soziale System stellt die Struktur auf, in den Handlungen von Individuen stattfinden. Das Persönlichkeitssystem stellt die normative Rollenerwartung von Mitgliedern eines sozialen Systems dar (Parsons 2009).

Gemeinschaften weisen nach Außen gerichtet Heterogenität auf, indem sie sich von anderen Gemeinschaften abgrenzen wollen. Nach Innen haben sie eine Homogenität, welche das Handeln und Denken ihrer Mitglieder unifiziert (Sztompka 2010, S. 240). Moderne politische Philosophie betont, dass demokratische Gesellschaften ein gewisses Maß an kulturelle Homogenität benötigen. Dieses Maß, in dem Mitglieder einer sozialen Einheit eine einheitliche Kultur teilen, kann als *Mythos der kulturellen Integration* bezeichnet werden, d.h. an der Definition der Kultur

als ein kohärentes und konsistentes Deutungsmuster festzuhalten (Peters 1993; Archer 1996). Vielmehr ist die kulturelle Integration von Konflikten und Widersprüchlichkeiten geprägt. Vor allem in komplexen Gesellschaften ist es vorstellbar, dass es eine Zahl von Werten gibt, die Situationen- und Adressatenabhängig widersprechende Verhaltensforderungen aufweisen. Somit ergeben sich unterschiedliche Geltungsdimensionen von Werten. Die Ausdifferenzierung von Wertemaßstäben ermöglicht die Entstehung von Formen kulturellen Pluralismus. Kultureller Pluralismus bedeutet in diesem Falle „Toleranz unterschiedlicher (...) Werteordnungen“ (Peters 1993, S. 124). Andererseits kommt es zur kulturellen Spezialisierung, die als Resultat oben angesprochenen Ausdifferenzierung gesehen und „Ungleichheit der Verfügung über kulturelle Elemente“ verfasst werden kann (Peters 1993, S. 124).

Einer der zentralen empirischen Fragen in diesem Zusammenhang lautet, welche Wertmaßstäbe bzw. Symbolsysteme gemeinsam für eine Gesellschaft und welche für Gemeinschaften sind, oder als Orientierungsmuster dienen können. Insofern bedeutet die kulturelle Homogenität „den Grad oder das Ausmaß, in dem sich verschiedene Teile oder Untergliederungen einer sozialen Einheit an denselben geltenden Symbolsystem orientieren“ (Peters 1993, S. 124). Moderne Gesellschaften weisen starken Grad kultureller Homogenisierung auf. Gemeinsame Sprache im Rahmen eines Nationalstaates, Standardisierung von Erlernen und Erwerben kognitiven Kompetenzen oder staatliche Institutionalisierung der Bildung sind einige mögliche Formen dieser Homogenisierung. Nicht zuletzt ist der Universalismus der Grundrechte oder der Vormarsch der englischen Sprache, als *die Weltsprache*, ein Beispiel dafür, dass der Grad der Homogenisierung auf der Makroebene zugenommen hat (Sztompka 2010, S. 242–244). Eine Gegentendenz wird auf der Ebene des Individuums im Zusammenhang mit der Stellung in der sozialen Hierarchie beobachtet. Heutzutage finden wir neue Formen der kulturellen Differenzierung, wie z. B. Geschmack oder Ästhetik (Bourdieu 1982), die diese Differenzierung vorantreiben. Diese Homogenisierungstendenzen haben aber nicht die Ungleichheiten in der individuellen Ressourcenausstattung aufgehoben. Insofern ist die Ungleichheit der Verfügung über kulturelle Elemente ein wichtiges Element unter den Ressourcen sozialer Integration.

In der Anlehnung an Bourdieu (1983) können die kulturellen Ressourcen als Symbole der Rangdifferenzen innerhalb der sozialen Hierarchie verstanden werden, die wie andere Formen von Kapitalien einem ständigen Prozess der Reproduktion unterliegen. Zu diesen Symbolen können kulturelle Güter, Bilder, Bücher oder schulische Titel gehören als auch in seinem verinnerlichten „Form von dauerhaften Dispositionen des Organismus“ (Bourdieu 1983, S. 185). Die Dispositionen des Organismus bedeuten hierbei die Akkumulation und Reproduktion von Kultur durch die familiäre Primärerziehung und in der gleichen Weise durch die anschließende Sekundärerziehung. In Bezug auf das Soziale ergibt sich die besondere Bedeutung von kulturellem Kapital sich aus ihrer engen Verknüpfung von individuellen und kollektiven Konsequenzen. Für den Einzelnen geht es zunächst um den Erwerb von Kompetenzen, welche in vielen

Bereichen des Lebens zum Einsatz kommen (Verba et al. 1995, S. 304ff). Vor allem aber sind es die schulischen Titel, die mit einer Vielzahl von sozialen Folgen und Lebenschancen verbunden sind (Meyer 1977).

Ökonomisches Kapital als Ressource sozialer Integration

In Rahmen der Bourdieus Theorie stellen Geld und Vermögen in einer Marktwirtschaft wichtige Ressource dar, wobei das Geld den Wert von Gütern verkörpert. Das ökonomische Kapital liegt einerseits den anderen Kapitalarten zugrunde, andererseits kann es in die anderen Formen transformiert werden, wobei seine Erscheinungsformen nicht ganz auf das ökonomische Kapital zurückzuführen sind (Bourdieu 1983, S. 196). In seiner Form als Geld zielt das Verständnis des ökonomischen Kapitals auf Unterschiede in der Verfügbarkeit über diese Kapitalart. In seiner begrifflichen Darlegung kann das ökonomische Kapital als Symbole der Differenzierung innerhalb der sozialen Hierarchie verstanden werden. Diese Symbole treten in der Form von Geld oder Eigentum auf.⁵⁷ Die meisten Mitglieder einer modernen Gesellschaft sichern sich diesen Zugang durch Erwerbsarbeit oder Transferleistungen ab. Somit gerät der Wandel der Arbeitsverhältnisse in den Mittelpunkt von Theorien sozialer Integration (Heitmeyer und Rucht 2005; Heitmeyer und Imbusch 2005). Autoren wie Castel (2000) oder Kronauer (2010) stellen fest, dass es eine neue Klasse von Personen gibt, die von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen ist. Die Ursache dafür sieht die empirische Forschung in der drastischen Reduzierung von Erwerbschancen. Der Ausschluss vom Arbeitsmarkt bedeutet zuerst ökonomische Marginalisierung, wobei kumulative Effekte zu beobachten sind. Durch ökonomische Marginalisierung kann unter Umständen der soziale Ausschluss folgen. Insofern kann die Arbeitslosigkeit, in einer Gesellschaft, in der „Arbeit das Hauptfundament der *citizenship* bleibt“ (Castel 2000, S. 393), eine erste Dimension der vorschreitenden Marginalisierung darstellen.

3.3 Soziale Desintegration

Probleme, die in fünf Dimensionen sozialer Integration erscheinen, können akut auftreten aber auch latent verbleiben. Alle diese „Störungen des sozialen Lebens“ sind für Individuen erfahrbar und werden von ihnen als soziale Probleme wahrgenommen (Peters 1993, S. 139f). Soziale Integration stellt einen Prozess dar, der „gewisse qualitative Formen von Ordnung“ meint (Peters 1993, S. 139f) und eine Lösung für Grundprobleme der sozialen Ordnung bietet. Alle Handlungen innerhalb einer Gesellschaft, die darauf zielen, Grundprobleme zu lösen, weisen

⁵⁷ Der Zugang zu ökonomischen Ressourcen sicherte in vormodernen Gesellschaften direkt die persönliche und politische Rechte ab. Heutzutage sind diese Rechte von dem Besitz abgekoppelt und in demokratischen Staaten durch Recht geschützt.

somit einen funktionalen Charakter auf. In der Konsequenz bedeutet soziale Desintegration nicht nur eine Form der „illegitimen Vergesellschaftung“ (Peters 1993, S. 139f) sondern vor allem eine Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration mit einem dysfunktionalen Charakter.

3.3.1 Funktionale und dysfunktionale Formen der Reproduktion

Die Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration kann funktional oder dysfunktional erfolgen. Wie gerade angedeutet, weisen alle Handlungen innerhalb einer Gesellschaft, die darauf zielen ihre Grundprobleme⁵⁸ zu lösen, einen funktionalen Charakter auf. Diese können als funktionale Reproduktion definiert werden. Ihre Funktionen fokussieren darauf, einen gewissen Grad der Kontrolle über das soziale Leben zu erreichen, die Reziprozität zu fördern, die Vorhersagbarkeit von Handlungen und das Fortbestehen der Gesellschaft zu sichern. Dysfunktionale Reproduktion ist eine Form der Reproduktion, die großteils im Widerspruch zur normativen Überzeugungen Mitglieder eines sozialen Systems stehen oder durch geltendes Recht als untersagt gilt (Peters 1993, S. 139f). Dysfunktionale Reproduktion löst keine Grundprobleme innerhalb einer Gesellschaft. Im Gegenteil schafft diese Form der Reproduktion neue soziale Probleme oder verstärkt diese, die schon vorhanden sind.⁵⁹ In der sozialen Realität beobachtbare dysfunktionale Reproduktion ist beispielweise Zwang, Betrug, Manipulation, Drohung, Anwendung von Gewalt, Missachtung, Korruption, etc.. Die Tabelle 3-1 stellt in der Anlehnung an B. Peters mögliche beobachtbare Formen dysfunktionaler Reproduktion in Bezug auf Dimensionen der sozialen Integration dar.⁶⁰

⁵⁸ Es sind die Probleme der Konsistenz, der Vorhersagbarkeit, der Reziprozität und der Beschränkung.

⁵⁹ Vereinfacht beschrieben, sind es diese Formen der Reproduktion, die nicht zur Lösung sozialer Problemen beitragen. Ein plakatives Beispiel liefert uns die Erforschung des unsozialen Kapitals bzw. „dark side of social capital“ (Levi 1996; Fiorina 1999). Die Reproduktion alle drei Formen der Kapitalien bei der italienischen Mafia kann man als gelungene Reproduktion bezeichnen, wobei diese im Widerspruch zur normativen Grundlagen der italienischen Gesellschaft liegt und gegen das geltende Recht steht.

⁶⁰ Die Formen können nach Peters (1993) im Hinblick auf die Machtverhältnisse einen einseitigen oder wechselseitigen Bezug annehmen (Peters 1993, S. 139f). In der vorliegenden Arbeit wurde auf diese Unterscheidung verzichtet, da es sich bei der Studie um ein Makromodell handelt.

Tabelle 3-1 Formen dysfunktionaler Reproduktion im Kontext der Dimensionen sozialer Integration

<i>Dimensionen sozialer Integration</i>	<i>Formen dysfunktionaler Reproduktion</i>
funktionale Integration	Sklaverei, Zwangsarbeit, Schwarzarbeit
moralische Integration	Gewaltanwendung, Kampf, Missachtung
kulturelle Integration	Korruption, Befürwortung einer Diktatur
kommunikative Integration	Beleidigung, Isolation
politische Integration	Geschlossene Gesellschaften, geheime Organisationen

Dysfunktionale Reproduktion existiert unzweifelhaft nicht nur in diesen in der Tabelle 3-1 genannten Formen. Mit dem Begriff sind bestimmte normative Einstellungen und Werte verbunden und somit ist die Ausbreitung von Formen dysfunktionaler Reproduktion gleichbedeutend mit sozialer Desintegration (Peters 1993, S. 139f). Selbstverständlich ist nicht jede Abweichung von funktionaler Reproduktion gleich mit Dysfunktionalität zu setzen. Dysfunktionale Reproduktion entsteht immer im kulturellen Kontext einer Gesellschaft. Hilfreich zur Erklärung des kulturellen Kontextes sind an der Stelle sozialwissenschaftliche Devianz- und Anomiekonzept (Peters 1993; Siemaszko 1993; Pospiszyl 2008; Merton 1968). Die Begriffe der Devianz und der Anomie gehören zu dieser Kategorie der Begrifflichkeiten, die nicht implizit eine bestimmte Handlung definieren. Sie setzen voraus, dass es ein Publikum gibt, welches die Handlung als deviante bzw. anomische Handlung wahrnimmt (Siemaszko 1993, S. 384). In Bezug auf Dimensionen sozialer Integration, am stärksten im Kontext der kulturellen und moralischen Integration, gibt es nach Erikson⁶¹ „eine bestimmte, bindende aber gleichzeitig von Mitglieder einer Gesellschaft definierte Grenze zwischen normalem und unnormalem, erlaubten und unerlaubten Verhalten“.⁶² Ferner unterliegt die Darlegung einer devianten Handlung einen Reproduktionsprozess, der die Aktualität und gesellschaftliche Relevanz der devianten Handlung bestätigt oder neu definiert (Siemaszko 1993, S. 384). Dieser Prozess verneint nicht, dass deviante Handlungen oder Systeme große Resistenz bzw. Stabilität entwickeln können (Peters 1993, S. 139f). Es liegt offensichtlich vor, dass sich die Grenze zwischen Devianz und nicht-konformem Verhalten in einer pluralistischen Gesellschaft sehr diffus darstellt, wenn es nicht sogar wie B.

⁶¹ Erikson, Kai T., *Wayward Puritans: A Study in the Sociology of Deviance*. New York: John Wiley & Sons, 1966; zitiert nach Siemaszko 1993 (Siemaszko 1993, S. 382).

⁶² „Normal im Sinne der psychologisch voraussehbaren oder sogar kulturell gebilligten Reaktionen“ (Merton 1968, S. 285).

Peters (Peters 1993, S. 139f) suggeriert, ein Kontinuum ist. Der kulturelle Kontext der Devianz bezieht sich auf einen spezifischen Bereich einer Gesellschaft. So ist es vorstellbar, dass in einer Kultur, die die Idee des Eigentums hervorhebt, Verletzung des Eigentums als deviantes Verhalten definiert wird. Analog kann man dies auf Religion, Sexualität, Politik usw. übertragen. „Der Begriff der Devianz setzt (...) eine sozial weithin anerkannte Ordnung voraus, deren Verletzung sozial verurteilt und sanktioniert wird“ (Peters 1993, S. 139f). Wenn aber die Demokratie als anerkannte Ordnung herrscht, dann sind nur demokratiekonforme Einstellungen, auch wenn sie für einige Mitglieder der demokratischen Gesellschaft als „deviant“ gelten und missbilligt werden, normal und sozial erwünscht.

Im Gegensatz zum Devianz-Konzept, welches sich auf die Mikroebene bezieht, beschreibt das Anomiekonzept von Durkheim und Merton, Merkmale eines ganzen sozialen Systems (Thome 2008, S. 226). Als Anomie bezeichnet Durkheim einen Zustand der allgemeinen Norm- und Orientierungslosigkeit, die mit dem Zerfall der alten Regeln und der Ausbreitung von Angst und Vereinsamung verbunden sind. Die Ursachen dessen sieht Durkheim in der Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Durch Intensivierung der Arbeit kommt es zur Erosion traditionellen Werten.⁶³ Die neuen Regeln in der Arbeitswelt beruhen nicht mehr auf sozialem Konsensus und Solidarität und fördern damit die soziale Desintegration. Letztlich ergibt sich die Anomie aus der Dysfunktionalitäten der Arbeitsteilung, das heißt aus der unbeschränkten Konkurrenz und mangelhaften Kooperation (Durkheim 1992, S. 421ff).

Die von Merton entwickelte Theorie der Anomie wird in der Literatur als Fortsetzung der Durkheimischen Tradition gesehen, die Turner als „ein Resultat (...) bestimmter Desintegration in Zusammenhang innerhalb und zwischen der Kultur und sozialer Struktur“ definiert (Turner und Turner 2006, S. 144). Merton untersuchte analytisch die moderne Gesellschaft unter Berücksichtigung ihrer Dynamiken (Passas et al. 2008, S. 271). Nach Merton (1968) gibt es zwei wichtige Strukturen in einer Gesellschaft – soziale und kulturelle Struktur. Die kulturelle Struktur bestimmt welches Verhalten konform mit sozialen Normen und Zielen innerhalb der Gesellschaft ist, die soziale Struktur determiniert die realen Möglichkeiten für das Erreichen der kulturellen Ziele (Siemaszko 1993, S. 384). Diese Strukturen formen einem Sozialkodex für Mitglieder einer Gesellschaft. Dieses Kodex beeinflusst das Verhalten und die Handlungen von Gesellschaftsmitgliedern. Unter den Elementen der sozialen und kulturellen Struktur gibt es zwei von Bedeutung – kulturelle Ziele und institutionelle Normen, wobei die Beziehung zwischen den Elementen nicht starr ist (Merton 1968, S. 286).

„In keiner Gesellschaft fehlen Normen, die das Verhalten regeln. Gesellschaften unterscheiden sich aber durch den Grad, in dem die Gebräuche, Sitten und institutionelle Kontrollen auf die Ziele abgestimmt sind“ (Merton 1968, S. 286).

⁶³ Schon Adam Smith sieht in der zunehmenden Arbeitsteilung die Gefahr der Verdummung und des Wertezwangs für eine Gesellschaft.

Als Anomie definiert Merton „der Zusammenbruch der kulturellen Struktur (...) der besonders dort erfolgt, wo eine scharfe Diskrepanz besteht zwischen kulturellen Normen und Zielen einerseits und den sozialstrukturierten Möglichkeiten (...) andererseits (Merton 1968, S. 286).

In der vorgelegten Studie wird angenommen, dass alle Formen von devianten und anomischen Handelns von der Mehrheit der Gesellschaft als soziale Probleme wahrgenommen werden. Alle sozialen Systeme entwickeln system-spezifische Formen des Umgangs mit solchen Arten des Handelns. Die Reichweite dieser Formen liegt von Empörung, Missachtung, über Ausschluss bis hin zur Freiheitsentzug (als Form eines radikalen Ausschlusses). Anhand des Beispiels mit Freiheitsentzug wird es deutlich, dass einige Formen einen institutionalisierten Charakter haben und ihre Ausführung mit dem herrschaftsbezogenen Machtmonopol in Verbindung steht. Andere Formen, wie im Falle der Empörung, basieren auf informellen Formen von Sanktionen. Allgemein werden alle devianten und anomischen Handlungen sanktioniert, wobei die Darlegung der Devianz und der Anomie, wie die Form der Sanktion, spezifisch für jede Gesellschaft ist. In Demokratien sind es von dem geltenden Recht als untersagte definierte Handlungen und alle rein anti-demokratischen Einstellungen.

3.3.2 Marginalisierung

Der Begriff der Marginalisierung ist ein fester Bestandteil zahlreicher Sozialtheorien (Lenski 1977; Castel 2000; Bieling 2000, Abschn. I; Kreckel 2004) und Ansätzen, die die Sozialstruktur einer Gesellschaft untersuchen (Hradil 1987; Böhnke 2006). Die Grundlinien des wissenschaftlichen Diskurses der Marginalisierung werden grundsätzlich den Ansätzen zur sozialen Ungleichheit zugeschrieben (Böhnke 2006, S. 42 und 55), wobei man sich der Metapher „Zentrum-Peripherie“ bedient. In einer Gesellschaft beobachtet man einen endemischen Verteilungskampf zwischen sozialen Lagen. Zentral positionierte Lagen verfügen über einen sehr breiten Zugang zu gesellschaftlichen, materiellen, wie symbolischen Ressourcen und können weitgehend autonom handeln. Diejenigen am Rande der Gesellschaft (Peripherie) leiden unter Mangel an den genannten Ressourcen und in der Konsequenz können sie kaum an der Austragung von Konflikten teilnehmen (Kreckel 2004, S. 39ff).⁶⁴

In der Anlehnung an Kreckel wird in der vorliegenden Studie die soziale Marginalisierung als begrenzter Zugang zu Ressourcen sozialer Integration, definiert. Dabei handelt es sich im Sinne von Kronauer um eine „Ausgrenzung in, nicht aus der Gesellschaft“, wobei die Reproduktion von Ressourcen besonders an das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die Institutionen des Wohlfahrtsstaates gebunden ist (Kronauer 2006, S. 40). Infolge dessen kann die Marginalisierung in verschiedenen Dimensionen sozialer Integration mit unterschiedlichen Ausprägungen auftreten, wobei man einerseits von Interdependenzen zwischen den Dimensionen aus-

⁶⁴ Ohne dies explizit zu benennen wird hierbei auf den Zusammenhang zwischen Ressourcenverfügbarkeit und politischer Beteiligung als Form der Austragung von Konflikten hingewiesen.

gehen muss, andererseits innerhalb der Gruppe bzw. nach sozialer Lage vertikale, wie horizontale Differenzen auftreten können. Der begrenzte Zugang zu Ressourcen sozialer Integration steht immer in relativem Verhältnis zum jeweiligen sozialen System. Ähnlich wie bei der Messung der Armut kann man im Rahmen der Marginalisierung von einer Form der Reproduktion sprechen, die die physische Existenz sichert (Hagenaars und De Vos 1998). Diese Form der Reproduktion, verstanden als Sicherung der physischen Konsistenz, ist meines Erachtens als *minimale Reproduktion* zu bezeichnen. Sie kann dysfunktional durch den Zwang oder mit Gewalt oder funktional im Sinne der Lösung sozialer Probleme erfolgen. Diese Form der Reproduktion ist in jeder Gesellschaft erforderlich, um die physische Konsistenz dieser Gesellschaft zu sichern.

Die Notwendigkeit der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration kann nicht nur auf die physische Sicherung der Konsistenz einer Gesellschaft zurückgeführt werden. Es lässt sich eine zweite Form der Reproduktion definieren, die wie Dahrendorf es betont, „die volle bürgerliche Teilnahme von Menschen (...)“ und deren „Anrechte, die die Position des Bürgers zu einem erfüllten Status machen“, sichert (Dahrendorf 1994, S. 62). Diese Form der Reproduktion bezeichne ich als *notwendige Reproduktion*. Hierbei wird die Notwendigkeit durch das Grundversprechen der Demokratie, die Gleichheit, definiert. Das Prinzip der Gleichheit wird an der Stelle als die Fähigkeit an der Austragung von Konflikten teilnehmen unter Beachtung dessen, dass „das Handeln der Regierung das Leben der Bürger verbessert“ und „daß sie die Interessen aller Bürger gleichermaßen berücksichtigen muss“ (Dworkin 2011, S. 249). Es bedeutet also, dass so viele und soweit symbolische und nicht-symbolische Ressourcen sozialer Integration reproduziert und geteilt werden müssen, damit die volle bürgerliche Teilnahme von Menschen an dem gesellschaftlichen Leben erreicht werden kann.⁶⁵

3.4 Verhältnis zwischen fünf Integrationsdimensionen

Die Aufführung symbolischer und nicht-symbolischer Ressourcen der sozialen Integration weist darauf hin, dass es bestimmte interne Beziehungen zwischen den Dimensionen der Integration gibt und eine Dimension keine eindeutige Dominanz über andere Dimensionen aufweist.⁶⁶ Funktionale Integration ist ohne jegliche gemeinsam geteilten, moralischen Vorstellungen möglich. Sie kommt in der Tierwelt vor, ist aber auch für menschliche Gemeinschaften denkbar, wenn die Koordination unter Zwang bzw. aus dem Machtverhältnis heraus zustande kommt.

⁶⁵ Die volle bürgerliche Teilnahme von Menschen an dem gesellschaftlichen Leben bedeutet sowohl die Teilnahme an kulturellen als auch am politischen Leben. Da aus der Sicht der Theorie nicht klar abgegrenzt werden kann, in welchem Maß die Notwendigkeit der Teilhabe an kulturellem Leben und der Ausmaß der Reproduktion von Ressourcen definiert werden kann, liegt die vorliegende Studie ihr Fokus auf die politische Gleichheit.

⁶⁶ „Ökonomie pur hat niemals das Fundament für eine gesellschaftliche Ordnung abgegeben“ (Castel 2000, S. 336)

Eine andere Dimension der funktionalen Integration bildet der Aspekt der Aufgaben- bzw. Belastungen- und Vorteilentilung. Das Problem der Aufgabenteilung kann unter Umständen mit Zwang verdrängt werden und somit ein gewisser Grad der Koordination erreicht werden, welcher aber Elemente der Legitimation fehlen. In einer demokratischen Gemeinschaft wird dieser Konflikt ohne Anwendung der Gewalt und unter Berücksichtigung moralischer Vorstellungen, Normen, sozialer Konventionen gelöst. Somit werden in der Regel in die funktionale Integration Elementen und Aspekte moralischer Integration eingebunden (Peters 1993, S. 113).⁶⁷

Die kulturelle Integration ist somit nur mit moralischer Integrität möglich und erst durch den Prozess der moralischen Sozialisation kommt sie zustande. Wenn eine Gemeinschaft nur mit Moral entstehen und fortbestehen kann, ist es im Gegenzug denkbar, dass es moralische Integrität ohne eine auf einem Raum begrenzte Gemeinschaft gibt (Peters 1993, S. 113). Der Universalismus der Menschenrechte ist ein Beispiel, welches diese These untermauert. Rechtssysteme von modernen, demokratischen, politischen Systemen wurden in der Tradition entwickelt, dass moralische, später soziale Normen zum Gesetz wurden. Das Recht und sein Quantität wurde zum Synonym der gesellschaftlichen Entwicklung (Beccaria 1995). Die Ausbildung der kulturellen Integration zusammen mit moralischer Integration hat eine identitätsstiftende Funktion. Übereinstimmungen von Werten und symbolischen Handelns, wie z. B. an einem nationalen Feiertag, fördern die Bildung einer gemeinsamen Identität in einer Gemeinschaft und infolge dessen kultureller Integration. Die Beziehungen zwischen einzelnen Dimensionen und kommunikativer Integration sind wie Peters (Peters 1993, S. 113) betont kompliziert. Die Grundlage aller Dimensionen der Integration stellt die Kommunikation als Form sozialen Handelns dar. Aber eine Erhöhung der Kontakte und der Kommunikation muss nicht notwendig zur Intensivierung der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration führen.

Infolge dessen wird in der vorliegenden Arbeit die Annahme getroffen, dass Gesellschaften als soziale Systeme immer alle fünf Integrationsdimensionen aufweisen. Die Form, Breite und Tiefe der jeweiligen Dimension ist in jedem System ungleich. Diese Ungleichheit kann man sowohl zwischen den Systemen wie den Dimensionen beobachten, wobei es eine empirische Frage ist, wie ungleich diese Verteilung ist? Diese Frage lässt sich mit einer empirischen Messung gesamtgesellschaftlicher Integration beantworten, was diese Studie leisten will.

3.5 Zusammenfassung

Im Kapitel wurde eine komplexe Weiterentwicklung der Integrationstheorie von W. Landecker (1951) und B. Peters (1993) vorgeschlagen. Entsprechend den Bereichen des sozialen Handelns

⁶⁷ Es ist meines Achtsens ein starkes Argument gegen den Ausschluss der Arbeitswelt aus der Messung sozialer Integration einer Gesellschaft.

und Formen sozialer Differenzierung, angelegt an Arbeiten von B. Peters (1993) und Landecker (1951) wurden fünf Dimensionen sozialer Integration differenziert: funktionale Integration, kulturelle Integration, kommunikative Integration, moralische Integration und politische Integration (Peters 1993, S. 92 und 96; Landecker 1951, S. 333). Dabei stellt die Integration einen dynamischen Prozess der Konstruktion der sozialen Welt dar. Unter Annahme, dass die Grundlage einer Gesellschaft die Reproduktion von Ressourcen und deren Verteilung darstellt (Bourdieu 1973; Lenski 1977, S. 70ff) und die Konstruktion einer sozialen Ordnung in der Reproduktion schon immer existierender Vergesellschaftung entsteht (Peters 1993, S. 22), wurden zwei Arten von Ressourcen definiert, die dem Reproduktionsprozess unterliegen. Dabei handelt es sich um gesellschaftliche Ressourcen, die sowohl symbolischen wie nicht-symbolischen Charakter aufweisen. Die Arbeit nimmt an, dass sowohl zwischen fünf Dimensionen sozialer Integration als auch zwischen einzelnen Ressourcen Interdependenzen unterschiedlicher Breite und Tiefe beobachtbar sind. Ferner wurde eine der zentralen Fragen innerhalb von Theorien gesamtgesellschaftlicher Integration behandelt, wie die Integration in einer modernen Gesellschaft zustande kommt. Diese Frage lässt sich mit dem Hinweis auf die Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration beantworten. Die zweite Frage, was gefährdet die soziale Integration, lässt sich folgend beantworten: zu einem ist es die dysfunktionale Reproduktion von Ressourcen, zum anderen die Marginalisierung bezüglich der Reproduktion, im Sinne eines relativ beschränkten Zuganges zu Ressourcen sozialer Integration.

4 Politische Partizipation

4.1 Demokratie und politische Partizipation

In ihren Grundzügen ist die Demokratie eine Herrschaftsform, in der alle Vollbürger, unmittelbar, die Staatsgewalt bilden. Das Recht die öffentlichen Angelegenheiten zu regulieren liegt somit nicht bei Herrschenden oder weniger bei der Ausgewählten, sondern bei dem Volk. Die Ausübung der Staatsgewalt geht in einer funktionierenden Legitimationskette von den Bürgern aus. Da die modernen Gesellschaften vom ständigen sozialen Wandel betroffen sind, und sich auf die immer komplexer werdender Verhältnisse einstellen müssen, bedeutet jede Veränderung des Funktionswesens innerhalb einer Gesellschaft eine Umstrukturierung von Macht, Machtprozessen und Herrschaftsstrukturen (Böhnisch 2006, S. 18). Nicht zuletzt weist Offe (Offe 2003, S. 8) darauf hin, dass Demokratie ein Resultat der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung ist. Mit dieser Modernisierung, der steigenden Komplexität des politischen Systems und dem Fortschreiten der Individualisierungsprozessen in den Gesellschaften wird die Tendenz sichtbar, dass „sich eine Kluft zwischen dem Prozess der Machtgewinnung über Mehrheitsentscheide und den politischen Entscheidungsprozessen der Mehrheit bildet“ (Böhnisch 2006, S. 31). Dieser Entwicklung zufolge bezieht der politische Prozess, der auf Grundidee der Demokratie, dass alle Vollbürger die Staatsgewalt unmittelbar bilden, zurückgreift, heutzutage nur symbolisch seine Legitimität. Diese Evolution der Stellung von politischer Partizipation wird bei der Analyse von Demokratietheorien sichtbar, welche im Laufe der Zeit von der mittelbaren zu der unmittelbaren Legitimierung von politischen Prozessen neigten und in der Repräsentation die Artikulation politischen Interessen von Individuen sehen.

Auf Grund der engen, theoretischen Verbindung von Demokratie und politischer Beteiligung ist jede Konzeptualisierung des Begriffs politische Partizipation abhängig vom angewendeten Demokratieverständnis. „Jede Demokratietheorie hat charakteristische Schlüsselbegriffe, Erfahrungsgrundlagen, Beobachtungsperspektiven und Leitbilder“ (Schmidt 2010, S. 486). Ferner wurde „die moderne Demokratie (...) mit Hilfe von Theorien realisiert. In ihr haben sich politische Ideen sedimentiert und materialisiert (...)“ (Roth 1999, S. 11).

Die konzeptionellen Ansätze von Demokratien werden in der Literatur, abgesehen von chronologischer Aufteilung in die Antike, Mittelalter/frühere Neuzeit, Moderne und die Gegenwart, meistens auf sechs bis zehn Grunderfassungsprinzipien reduziert. Demokratien zeichnen sich, wie jede Staatsform, dadurch aus, dass sie im hohen Maße heterogen sind. Sie unterscheiden

sich in ihren Strukturvarianten voneinander⁶⁸ (Offe 2003, S. 9). In Folgenden werden einige für die vorliegende Untersuchung relevante Demokratietheorien und Erfassungsprinzipien diskutiert.⁶⁹ In diesem Abschnitt der Arbeit steht die Frage nach dem Stellenwert politischer Beteiligung in den Demokratietheorien im Vordergrund. Der Inhalt dieses Kapitels kann nicht dem Anspruch gerecht werden alle Demokratietheorien bezüglich politischer Beteiligung darzustellen. Dessen Ziel ist es Kontinuitäten, Leitbilder, Traditionslinien und normative Widersprüche innerhalb der Demokratietheorien im Hinblick auf die moderne Partizipationsforschung aufzuzeigen.

4.1.1 Politische Partizipation in vormodernen Demokratietheorien

Der Gedanke, dass die Einbeziehung der Bürger eine notwendige Bedingung für demokratische Entscheidungsprozesse ist und somit den einzigartigen Charakter der Demokratie in der besonderen Rolle der Bürger liegt, hatten schon die alten Griechen in 4. Jahrhundert vor Chr.. Ihr Verständnis des politischen Systems prägt die politische Philosophie bis in die Gegenwart und stellt die Fundamente unseres Politikdenkens dar (Roth 1999, S. 13). Der Mensch ist von Natur aus ein geselliges und politisches Wesen und die politische Herrschaft eine übergeordnete Einheit dieses Zustandes (Becker et al. 2006, S. 262). Der Bürger wird durch seine aktive Teilnahme „an dem Gericht und an der Regierung“ bestimmt (Oberndörfer 2010, S. 70). Das Ziel dieses Handelns war die Interaktion der freien Bürgern (ho eleutheros) in einem deliberativen Prozess und gemeinsamem Handeln die Verfolgung gemeinsamer Zielen. So ereignete sich die Politik im Zusammentreffen Freier und Gleicher, die durch keinerlei Befehls-Gehorsams-Beziehungen miteinander verbunden waren. Das Freiheit- und Gleichheitsprinzip sind heutzutage die Grundlagen jeder liberalen Demokratie (Roth 1999, S. 13). Im klassischen Athen waren alle Bürger, alle nicht arbeitende und tugendhafte Männer, berechtigt an politischen Prozess und dessen institutionellen Seite teilzunehmen. Dies nicht nur als Wähler in der Versammlung, sondern abwechselnd bei der Besetzung aller Ämter. "To rule and be ruled in turns" war die Maxime der alten Griechen, die man nur in dieser Form, als eine Art der Freiheit, in einer Demokratie findet (Hansen 2010, S. 6). Ferner war das Ausmaß der politischen Partizipation in der Demokratie der Antike sehr hoch. Alle Entscheidungen waren das Ergebnis einer gemeinsamen Diskussion (Fuchs 2000, S. 254).

Die politische Philosophie der alten Griechen hat unumstritten eine Bedeutung für modernes Demokratieverständnis, so war es im Mittelalter die Rezeption der Werke von Aristoteles, wel-

⁶⁸ In der Literatur werden folgende Varianten benannt: parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie, Mehrheitsdemokratie, Konsensdemokratie.

⁶⁹ Manfred Schmidt (2010, S. 492) schlägt folgende Kriterien für Theorievergleiche vor: Leitideen; Akteurs-, Institutionen-, Strukturorientierte Theorie; Demos-Begriff; normativ/empirisch; statisch/dynamisch; Input/Output orientiert; Möglichkeit des empirischen Vergleiches; Analyse von Genese und Funktionserfordernissen; Analyse von Demokratiezusammenbruch; systematische Erfassung von Stärken und Schwächen, Testbarkeit der Theorie; Leistungskraft der Theorie.

che die Neubestimmung des Verhältnisses von Glauben und Wissen sowie neue Reflexionen über die Welt und die Stellung des Menschen in ihr erzwingt. Thomas von Aquin gelingt es eine Verflechtung zwischen christlichem und aristotelischem Denken, welche der Ausgangspunkt für Marsilius von Padua war (Roth 2004, S. 79). So postuliert er die Notwendigkeit der Herrschaft des Gesetzes, welches vom Volk bzw. seinem bedeutendsten Teil erlassen wird, als eine nötige Voraussetzung für den Frieden und Gerechtigkeit. Selbstverständlich setzt sich das Volk nicht aus allen Individuen zusammen, sondern repräsentiert die mittelalterlichen Stände. Marsilius von Padua erneuert den Begriff des Bürgers von Aristoteles. Der Bürger ist, wer an der regierenden, beratenden oder rechtlichen Gewalt teilhat, je nach seinem sozialen Rang (Ottmann 2010, S. 265). Somit basiert bei Marsilius der Begriff des Volkes nicht auf der individuellen Gleichheit und lehnt damit den aristotelischen Begriff ab. Gleichzeitig legt Marsilius die Grundlagen für die repräsentative Staatsform, da der beste Gesetzgeber „die Gesamtheit der Bürger oder deren bedeutendsten Teil, die die Gesamtheit vertritt,“ ist (von Padua 1997, S. 53).

Machiavelli definiert aktive Teilnahme der Bürger durch den Bezug zur Republik. Die Republik zeichnet sich durch ihre Stabilität und Anpassungsfähigkeit aus. Dieser Zustand verdankt sie ihrer Verfassungsform und Einbindung in dem politischen Prozess unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt aus dem Pluralismus (Schwaabe 2007a, S. 119). „Der gute (...) Bürger zeichnet sich durch eine aktive Teilnahme am Gemeinwesen aus“ (Schwaabe 2007a, S. 120). Für Machiavelli spielt die Gesetzgebung eine wichtige Rolle bezüglich politischer Beteiligung. So können gute Gesetze aus einem Menschen einen guten und aktiven Bürger machen, da eine gute Ordnung die Tugend stiftet.

Im Gegensatz zu Machiavelli hängt der Begriff der politischen Partizipation bei Thomas Hobbes mit seinem Menschenbild zusammen und seiner Antwort auf die Frage, warum ein Gesellschaftsvertrag zu Stande kommt. Wie seine Vordenker lehnt Hobbes den aristotelischen Begriff von Bürgern ab. Den Grund dafür sieht er in der Natur des Menschen. Der Mensch bei Thomas Hobbes ist kein tugendhafter Bürger der Polis, Hobbes Menschen- und Weltbild ist negativ und der Naturzustand von einem *Krieg aller gegen alle* bezeichnet. Um dem *Krieg aller gegen alle* zu entgehen, schließen die Gesellschaftsmitglieder, einen *virtuellen Vertrag miteinander*, indem sie sich gegenseitig dem Verzicht auf die weiteren Gewaltakte zusichern, sofern alle anderen dasselbe tun. „Durch diesen Akt wird der Souverän inthronisiert, der den Gesellschaftsmitglieder die Gesetze vorschreibt und sie beherrscht“. Wenden sich die Gesellschaftsmitglieder gegen den Leviathan, so kehren sie in den Naturzustand zurück, in dem es einen „Krieg aller gegen alle“ gibt (Roth und Ladwig 2006, S. 32). Hobbes Verständnis der politischen Partizipation spielt eine wichtige Rolle für seine Mitstreiter und Nachfolger, da die Verfechter der partizipatorischen Demokratietheorien Hobbes größten Gegner waren.⁷⁰ Im Kontext der dargelegten

⁷⁰ Siehe die Theorie von Carole Pateman (1970).

Theorie sozialer Integration kann der Hinweis auf einen endogenen Konflikt innerhalb der Gesellschaft durch politisches Verhalten ersetzt werden. Die absolute Verletzung des Gesellschaftsvertrages ist nicht erwünscht, da sie die Konsistenz der gesellschaftlichen Ordnung gefährdet. Der Konflikt wird auf der politischen Ebene ausgetragen, indem Bürger sich politisch engagieren.

Der englische Philosoph John Locke instrumentalisiert politische Aktivitäten. Sie dienen nicht der politischen Herrschaft, sondern richten sich gegen sie. Politische Partizipation hat das Ziel die politische Macht zu beschränken (Held 2006, S. 64). In der Annäherung an Aristoteles und Thomas von Aquin gewährt er das Recht auf Widerstand gegen eine Regierung, „liefert aber keine überzeugende Begründung dafür“ (Roth und Ladwig 2006, S. 33). Locke spricht lediglich von der Verletzung des Gesellschaftsvertrages. Verletzt die Regierung diesen Vertrag nicht, so sieht Locke keine Notwendigkeit für die politische Beteiligung der Bürger. Die Rolle des Staates beschränkt Locke zum Schutz der Grundrechte, da diese in dem Naturzustand des Menschen schwer zu verteidigen sind. Zu den natürlichen Rechten zählen nach Locke das Recht auf Freiheit, Selbsterhaltung und das Eigentum. „Locke’s Naturzustand ist von ungleichem Privatbesitz gekennzeichnet“ (Massing 1995, S. 103). Locke’s Erkenntnis, im Hinblick auf dargestellten Überlegungen zur sozialen Integration, dass der materielle Besitz eine starke Determinante der politischen und sozialen Partizipation darstellt, bleibt für ihn folgenlos. Da Locke der Verfechter der minimalen Partizipation ist, also einer rein repräsentativen Demokratie, sieht er keine Notwendigkeit zur Umverteilung des Wohlstands, um damit die Gerechtigkeit in Bezug auf politisches Verhalten zu fördern (Bentwich 2009).

Montesquieu trägt nach Schmidt nur mittelbar zur Demokratietheorie bei (Schmidt 2010, S. 66). Anders ist es im Kontext der politischen Partizipation. Die Politik bildet das Zentrum und Sinn des Staates und der Gesellschaft. Das Prinzip der Gleichheit spielt eine wichtige Rolle, wobei eine Gleichheit (politische) die Folge der anderen (rechtlicher Gleichheit) ist. Nach Montesquieu lautet das Ziel der Erziehung im Hinblick auf politische Beteiligung einen aktiven Bürger aufziehen zu lassen (Montesquieu de 1986, S. 49). Von einem aktiven, für die Gemeinschaft engagierten Bürger hält Montesquieu sehr viel (Held 2006, S. 56) auch wenn die Bürger bei Montesquieu als „adult, male, property-owning“ zu beschreiben sind (Held 2006, S. 55). Zu Recht weist Montesquieu darauf hin, dass arme Bürger ihre Bürgerpflicht nicht erfüllen können (Montesquieu de 1986, S. 58–60), wie bei Locke und anderen Zeitgenossen bleibt dieses Erkenntnis bezüglich politischer Gleichheit folgenlos. So lässt sich zusammenfassend sagen, dass das Abführen von Steuern mit dem Recht verbunden war, das politische Mitspracherecht zu haben.⁷¹ „The great significance of Montesquieu’s political writings lies in his thesis that in a world in which individuals are ambitious and place their own particular interest above all oth-

⁷¹ Hierbei gilt die Maxime „no taxation without representation“ – ein Grundprinzip moderner Demokratie (Ross 2004).

ers, institutions must be created which can convert such ambition into good and effective government (...) Montesquieu thought he had uncovered a most practical and valuable political arrangement (...) a world divided into the public sphere (...) and the private sphere (...) (Held 2006, S. 59).

Es ist in der Literatur nicht unumstritten welcher Stellenwert die politische Partizipation bei J.J. Rousseau annimmt. In der Annäherung an Carole Pateman ist J.J. Rousseau als „*theorist par excellence of participation*“ (Pateman 1970, S. 22) zu sehen. Der Ausgangspunkt der Überlegung über die Bedeutung Rousseau für moderne Partizipationsforschung liegt im seinen Verständnis des Naturzustandes und von ihm vorgeschlagenen Vertragsmodell. „Der Mensch ist frei geboren“ (Rousseau 1977, S. 5), seine von Natur gegebene Freiheit gehört zu seinem Wesen. Eine gesellschaftliche Ordnung gibt diesen Naturzustand nicht wieder. Somit sieht Rousseau die Notwendigkeit nach einer neuen Gesellschaftsform zu suchen. Die Lösung, welche er vorschlägt, ist bei den Verfechter des Liberalismus auf Kritik gestoßen: „Der Weg zur wahren Freiheit scheint den Menschen in einen totalen Staat zu führen“ (Schwaabe 2007b, S. 21). Im Gegensatz zu Locke muss der Mensch nach Rousseau seine Naturrechte gegen den Staat nicht verteidigen. Er gibt diese dem Staat vollständig ab. Durch diese totale Selbstentäußerung bringt der einzelne seine absolute, von Natur gegebene Freiheit in den Staat hinein und schafft damit eine völlig freie und tugendhafte gesellschaftliche Ordnung. Rousseaus Gesellschaft ist eine kleine Gemeinde in der eine ökonomische Gleichheit und Unabhängigkeit herrscht (Pateman 1970, S. 22f). Die ökonomische Gleichheit bedeutet bei Rousseau kein Egalitarismus, sondern eine Umverteilung des Reichtums. So schreibt er im 11 Kapitel seines Buches „*Vom Gesellschaftsvertrag ...*“, dass der unerwünschte Zustand wenn ein „(...) Bürger derart vermögend sei, und in der Lage ist, sich einen anderen kaufen zu können, und keiner so arm, dass er gezwungen wäre, sich zu verkaufen“ (Rousseau 1977, S. 57). An dieser Stelle knüpft er an seinem anderen großen Werk - *Abhandlung über die Ungleichheit* an (Rousseau 1998). Rousseau übt die Kritik an politischer Ungleichheit aus. Die natürliche Ungleichheit, die sich im Unterschied der Gesundheit oder Lebensalter äußert, ist für ihn unproblematisch. Eine wichtige Dimension nimmt bei Rousseau die politische Ungleichheit an. Der Ursprung dieser Ungleichheit liegt im Eigentum (Rousseau 1998, S. 74ff). Mit ihm entsteht eine neue Form des Zusammenlebens zwischen den Menschen. In dieser Form schlägt der Naturzustand zwangsläufig in einem Kriegszustand um. Er plädiert dafür, dass das Eigentum dem Gemeinwohl unterordnet ist und dieses in der Gesellschaft gerecht verteilt wird (Schwaabe 2007b, S. 18).

„Rousseaus Bürger sind politische Bürger“ (Schwaabe 2007b, S. 22). J.J. Rousseau kehrt den von Hobbes vorgelegten Gedanke zum Gesellschaftsvertrag um. Während bei Hobbes die Souveränität an eine Person abgegeben wird, welches keine Seite des Vertrages ist, verbleibt bei Rousseau die Souveränität bei dem Volk. „In dieser Form der radikalen Volkssouveränität ist

(...) keine Möglichkeit der Repräsentation denkbar, denn der Gemeinwille kann nicht auf Repräsentanten oder Institutionen übertragen werden“ (Massing 1995, S. 123).

Die durch den gesellschaftlichen Vertrag entstehende Staatsform heißt nicht Demokratie, sondern *die Republik*. Das Volk ist der Souverän, kein einzelne, keine Elite, kein Leviathan, und die Demokratie sei lediglich eine mögliche Regierungsform (Becker et al. 2006, S. 263). In der Republik gibt es zwei Formen der aktiven, politischen Teilnahme: Wahl und Stimmabgabe. Das Recht gewählt zu werden besitze jeder Vollbürger, die Entscheidung fällt im Losverfahren, zumal nach Rousseau alle Bürger in einer Republik ungefähr gleich an Besitz und Tugend seien (Becker et al. 2006, S. 283f). „Citizens must enjoy political and economic equality in order that nobody can be master of another and all can enjoy equal freedom (...)“ (Held 2006, S. 78).

Somit kehrt er zum aristotelischen Begriff des Bürgers zurück. Das Volk hat das unantastbare Recht, immer unter Berücksichtigung vom Gemeinwillen und in einem dialektischen Prozess, selbst seine Gesetze zu verfassen. Rousseau erkennt die Bedeutung von institutionellen Facetten eines politischen Systems für die politische Beteiligung der Bürger. So schrieb er in seinem Werk *„Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechtes“*: „Je besser der Staat verfaßt ist, (...) eilt jeder zu den Versammlungen; unter einer schlechten Regierung möchte niemand auch nur einen Schritt dorthin tun; weil nämlich keiner mehr Interesse daran hat, was dort geschieht, weil man voraussieht, daß der Gemeinwille dort nicht herrscht (...)“ (Rousseau 1977, S. 102).

Die Analyse zeigt klar zwei wichtige Aspekte der Partizipation bei Rousseau: einerseits ist das von ihm entworfene, partizipatorische System ein Verfahren darüber, wie Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden und andererseits die Weise, wie private Interessen geschützt werden und eine gute Regierung garantiert wird. *„Rousseau’s ideal system is designed to develop responsible, individual social and political action through the effect of the participatory process“* (Pateman 1970, S. 24).

Alexis de Tocqueville erkennt in seinem Werk *De la Démocratie en Amérique* die unanfechtbare Spannung, die in der Demokratie zwischen den Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit existiert (Tocqueville 1985). Die Demokratie müsse nach Alexis de Tocqueville beiden Prinzipien gerecht werden. Sie neige aber dazu, die Gleichheit auf Kosten der Freiheit zu bevorzugen, weil diese in zweifacher Weise ihr Zentrum forme: zum einen als politische und rechtliche Gleichheit, die keine ständischen Sonderrechte mehr erdulde, zum anderen als Gleichheit der sozialen und kulturellen Güterverteilung, der Lebensweise und Orientierung. Hauptgefahrenquellen in der Demokratie sieht Tocqueville in der Majorisierung und Verwaltungsdespotismus. Auch wenn sie nicht gänzlich beseitigt werden könnten, so lassen sie sich nach seiner Ansicht jedoch eindämmen: etwa durch die politische Partizipation der Bürger im kommunalen Bereich, wo diese sich „immer standhaft und bereit zeigen [müssen], um zu verhindern, dass die staatli-

che Gewalt der allgemeinen Durchführung ihrer Pläne die persönlichen Rechte einiger Individuen leichtfertig zum Opfer bringt.“ (Kailitz 2007, S. 262). Das Ziel der Partizipation ist das Erhalten individueller Rechte, des politischen Systems und schließlich deren Kontrolle.

Die John Stuart Mills Grundannahme ist der anthropologischen Natur. „Der Mensch sei als schöpferisches und spontanes Wesen potentiell zu rationaler Abwägung und Entscheidung fähig“ (Massing 1995, S. 162). In einer Gesellschaft findet permanent ein dialektischer Prozess statt, in dem die verschiedenen Meinungen auf dem Markt der Ideen in freier Konkurrenz auf sich einander treffen. In der Annäherung an Locke sieht Mill in der Freiheit von staatlichen Repressionen den Weg zu diesem dialektischen Modell des gesellschaftlichen Vorschlusses. John S. Mill misst der politischen Partizipation von Bürger sehr viel Bedeutung bei, da sie einen unverzichtbaren Bestand des öffentlichen Lebens darstellt und das Handeln von Beamten dem Urteil den Wählern untergestellt wird. Für J. S. Mill beschränkt sich die Frage der politischen Beteiligung auf Teilnahme bzw. keine Teilnahme an Wahlen (Mill 1974, S. 11 und 163). Dabei handelt das Individuum nach den Prinzipien der Rational-Choice Theorie. Die politische Partizipation unterscheidet sich in keiner Weise von anderen Aktivitäten und verursacht Kosten, welche von dem Individuum getragen werden müssen (Ryan 1973, S. 106). Bürger müssen Zeit in die Informationsbeschaffung und am Wahltag investieren und können während dessen keiner anderen Tätigkeit nachgehen. So lange wie die Kosten der politischen Partizipation, und die daraus zu ziehende Vorteile für das Individuum, zu groß sind, bleibt diese aus (Ryan 1973, S. 90). Mill misst den Erfolg der Demokratie an „Empirischen“ und nicht am „Grad der Übereinstimmung mit (...) Gemeinwille (Rinderle 2000, S. 97). Nichtsdestotrotz verweist Mill auf die politische Gleichheit, indem er das Problem der Tyrannei durch die Mehrheit in der Demokratie durch proportionale Repräsentation von Minderheiten sieht (Rinderle 2000, S. 99).⁷² So fasst Held die Ideen von Mill hinsichtlich politischer Partizipation zusammen: „participation in political life is necessary not only for the protection of individual interests, but also for the creation of an informed, committed und developing citizenry. Political involvement is essential to the `highest and harmonious` expansion of individual capacities (Held 2006, S. 102).

Bevor sich die Arbeit den gegenwärtigen Demokratietheorien widmet, wird an dieser Stelle ein kurzes Resümee gezogen. Der Begriff der Bürger ist in der Moderne von dem aristotelischen Verständnis abgeleitet worden. Der normative Kern der Demokratie das Prinzip der politischen Gleichheit, auch wenn dieser unterschiedlich interpretiert wurde und wird, findet sich heutzutage in jeder modernen Demokratietheorie wieder und kommt empirisch in den direkten Instrumenten der Beteiligung zum Ausdruck. Im Laufe der Zeit wurde dieses Prinzip, auch wenn es nicht vollständig geschah, durch, auf Repräsentation gestütztes, gutes Regieren ersetzt. Gutes Regieren und politische Gleichheit bilden aber keine Gegensätze, wie es J.J. Rousseau dargelegt

⁷² Mill sieht die Gebildeten als eine Minderheit und schreibt dieser bei den Wahlen zwei Stimmen zu. Dies zeigt die fehlende Konsequenz der theoretischen Auseinandersetzung im Kontext der politischen Gleichheit.

hatte. Das gute Regieren (und eine gute Gesetzgebung) und ein bestimmter Grad sozialer Gleichheit stellen eine zum Teil notwendige Voraussetzung für politische Partizipation dar (Rousseau 1977, S. 102). Das subjektive Vertrauen in die Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse wird in der modernen Forschung als *political efficacy* definiert. Diese steigert die Input-Legitimation eines politischen Systems und erhöht die Beteiligungsbereitschaft (Pateman 1970, S. 46; Rosenstone und Hansen 1993, S. 143; Karp und Banducci 2008).

4.1.2 Politische Partizipation in modernen Demokratietheorien

Heutzutage bewegt sich die theoretische Diskussion zwischen zwei neuen, diskursiven Prinzipien - dem Realisierbaren (realistischen bzw. empirischen) und Idealisierten (normativen). Seit den 1950er Jahren nutzt man in der Forschung, zuerst in den angelsächsischen Raum, das Adjektiv realistisch, um einer Demokratietheorie ein Prädikat zu geben, welsches im Gegensatz zu normativen also „unrealistischen“ Demokratietheorien stehen wird.

Schumpeter steht in seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ gegenüber der politischen Partizipation breiter Bevölkerungsschichten durch zahlreiche Instrumente der Beteiligung ablehnend. Er definierte die Demokratie als eine Methode: „the democratic method is that institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people’s vote“ (Schumpeter 2003, S. 269). Die Ursachen seiner Ablehnung gegenüber breiter Partizipation der Massen leitete Schumpeter von der empirischen Beobachtung temporären demokratischen Systemen ab und sieht die Schwächen der Demokratie in den Bürger und politischen Parteien, da diese in einen Wettbewerb um die Stimmen nur an das Errungen der Macht und deren Erhalt denken. „Democratic life was the struggle between rival political leaders, arrayed in parties, for the mandate to rule (Held 2006, S. 165). In Bezug auf die Bürger ist Schumpeter noch kritischer. Der durchschnittliche Bürger hat kein Interesse und verfügt nicht über notwendiges Wissen, um über politische Sachverhalte zu entscheiden. Viel mehr ist sein Urteil das Resultat einer Werbekampagne.

„The ways in which issues and the popular will on any issue are being manufactured is exactly analogous to the ways of commercial advertising. We find the same attempts to contact the subconscious. We find the same technique of creating favorable and unfavorable associations which are the more effective the less rational they are. We find the same evasions and reticences and the same trick of producing opinion by reiterated assertion that is successful precisely to the extent to which it avoids rational argument and the danger of awakening the critical faculties of the people (Schumpeter 2003, S. 263).“

Infolge dessen ist eine breite Partizipation aller in einer Demokratie nicht erwünscht, wobei Schumpeter gleichzeitig betont, dass Delegation von Aufgaben, ein hohes Maß an demokratischer Kontrolle und breite Zustimmung für die Demokratie in den sozialen Klassen notwendige Vorsetzungen für demokratische Methode darstellen (Schmidt 2010, S. 192; Held 2006, S. 176). Dieses Model der Demokratie nennt Held als „competitive elitism“. Die einzigen Formen politischer Partizipation der Bürger sind Diskussionen und periodisches Wählen und über breite Partizipationsmöglichkeiten verfügen nur Politik- und Verwaltungseliten (Held 2006, S. 174–175 und 184).

Anknüpfend an Schumpeter entwickelte Downs (1957) seine Theorie „ökonomischer Demokratie“. Die Voraussetzung für ein demokratisches System im Kontext politischer Partizipation sind freie, allgemeine Wahlen, wobei Wähler rationale Entscheidung treffen und Parteien um Wählerstimmen in einer freien Wahlkampf kämpfen (Downs 1957, S. 137). „Because the citizens of our model democracy are rational, each of them views elections strictly as means of selecting the government most beneficial to him“ (Downs 1957, S. 138). Dabei wertet Downs den Einfluss eines einzelnen Wählers auf Entscheidungen der Regierung als gering. Diese Erkenntnis setzt nicht voraus, dass man von einer `negativen` politischen Gleichheit sprechen kann. Downs nimmt an, dass „people with an intense interest in some policy are more likely to base their votes upon it alone than are those who count it as just another issue; hence government must pay more attention to the former than the latter“ (Downs 1957, S. 141). Durch Entscheidung für die eine oder andere Partei wollen die Wähler ihr Eigennutz maximieren und politische Parteien passen ihre Programme den potenziellen Wählern an, um bei Wahlen maximale Anzahl der Stimmen zu gewinnen. „Dabei unterstellt Downs, dass die Handelnden nahezu vollständig über Entscheidungsalternativen und deren Konsequenzen informiert sind“ (Schmidt 2010, S. 198).⁷³ Die dominierende Form politischer Partizipation der Bürger ist die Teilnahmen an den periodisch stattfindenden Wahlen.

Przeworski (1991) versteht wie Downs (1957) und Schumpeter (2003) die Demokratie als eine Methode. „Demokratie ist ein politisches System in dem Parteien die Wahlen verlieren“ lautet Przeworskis erste im Buch dargestellte Definition von Demokratie (Przeworski 1991, S. 10). Im Zentrum der Demokratietheorie stehen für Dahl und Przeworski Parteienwettbewerb, Wahlen und Präferenzen der Wähler. Die einzige partizipatorische Voraussetzung für ein demokratisches System ist allgemeines und gleiches Wahlrecht.

Dahl's Kriterium für prozedurale Demokratie (Dahl 2006) basiert im Hinblick auf politische Beteiligung auf zwei Grundprinzipien. Es handelt sich dabei um politische Gleichheit und effektive Partizipation. Unter der politischen Gleichheit versteht Dahl „the decision rule for determining outcomes at the decisive stage must take into account (...) each citizen has an equal

⁷³ In der empirischen Partizipationsforschung wurde in Hinblick auf vollständiges Wissen und Informationen darauf hingewiesen, dass politisches Wissen bei niedriger Wahlbeteiligung an Bedeutung gewinnt (Bartels 1996).

vote“. Politische Gleichheit wird als eine Prämisse verstanden: „One man, one vote“ (Pateman 1970, S. 9). Ferner geht es bei der effektiven Partizipation um „an equal opportunity, for expressing (...) preferences (Dahl 2006, S. 109). Dahl setzt voraus, dass demokratische Systeme bestimmte individuell verankerte, demokratische Werte und Normen brauchen, für deren Entwicklung und Etablierung Institutionen notwendig sind. Gleichzeitig kann nach seiner Auffassung eine breite Beteiligung aller sozialen Schichten eine Gefahr für die Stabilität demokratische Systeme darstellen (Dahl 2006). In einer Studie aus den 1960er Jahren weist Dahl im Kontext politischer Partizipation darauf hin, dass Mitglieder in inaktiven sozialen Gruppen öfter autoritären Charaktereigenschaften als aktive aufweisen (Pateman 1970, S. 10).

Die partizipatorische Demokratietheorie (Barber 1994; Pateman 1970) weist auf zwei zentrale Merkmale im Hinblick auf politische Beteiligung. Das erste Merkmal ist der direkte Einfluss durch die Beteiligung der Bürger am Regieren. Das Zweite die politische Willensbildung kommt durch Deliberation zustande. Zusammengefasst sieht die partizipatorische Demokratie die Verbesserung der Qualität der Demokratie durch den Anstieg der Quantität der Beteiligung, indem sie eine Demokratisierung viele Lebensbereiche oder Ausbreitung der demokratischen Instrumenten (z. B. Referenden) vorschlägt.⁷⁴ Ferner werden dadurch, die so von den anderen Theoretiker befürchteten Probleme der Stabilität und Repräsentation gelöst, indem die Stabilität durch demokratische Sozialisation und Repräsentation durch breite politische Beteiligung alle Mitbürger gesichert wird (Pateman 1970, S. 107).

Soziale Demokratie bezieht sich im Hinblick auf politische Partizipation auf drei Begriffe: Demokratisierung, funktionsgerechte Partizipation und politische Gleichheit (Meyer 2009). Im Konzept der Sozialen Demokratie wird Demokratisierung „nicht als eine Form der Voll-Demokratisierung, nämlich der Ersetzung der systemspezifischen Funktionslogiken durch die politische Entscheidungslogik, definiert“ (Meyer 2009, S. 114). Unter funktionsgerechte Partizipation versteht Meyer eine Form der bürgerlichen Partizipation, die die Funktionslogik des Systems erlaubt (Meyer 2009, S. 113). „Soziale Demokratie ist auf die Erweiterung und Vertiefung demokratischer Partizipation auf allen Ebenen politischer Entscheidung gerichtet. Es geht (...) um den Schutz und die Regeneration von sozialem Kapital durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft“ (Meyer 2009, S. 74).

In der Sozialen Demokratie sind nicht nur die Rechte der Bürger umfassend gewährleistet (z. B. rechtliche und politische Gleichheit), sondern auch ihre faktische Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bürger betreffen (Meyer 2009, S. 94). „So gut wie alle von der vergleichenden Politikwissenschaft entwickelten Skalen zur Messung der demokratischen Qualität institutionell verfasster Demokratien vernachlässigen, überwiegend in beträchtlichem Ausmaß oder gänzlich, die Frage der *tatsächlichen* politischen Gleichheit der Staatsbürgerinnen und -bürger bei der

⁷⁴ Zu recht weist Fuchs (Fuchs 2004, S. 48) darauf hin, dass „je partizipatorischer eine Demokratie in institutioneller Hinsicht ist, desto stärker ist sie auf politische Beteiligung der Bürger angewiesen“.

Wahrnehmung ihrer Rechte der Teilhabe an der politischen Deliberation, an den Beschlüssen über politische Handlungsprogramme, an der Umsetzungsverantwortung in politischen Mandaten und Ämtern und an der Umsetzungskontrolle in den verschiedenen Funktionen des Systems der Rechtsprechung“ (Meyer 2009, S. 289).

Gemeinsam für moderne Demokratietheorien ist ein allgemeines, gleiches Wahlrecht. Auch wenn anhand ausgewählter Theorien handfest sichtbar wurde, dass das Grundprinzip der Demokratie, dass ein Bürger nur eine Stimme hat, auf unterschiedlichste Weise in die Theorie eingebunden wird.⁷⁵ Diese universalistische Voraussetzung ist auch in den aristotelischen Begriff der Bürger verankert und weist ohne jeden Zweifel einen normativen Bezug der Theorie auf, indem sie sich auf die politische Gleichheit als Folge der rechtlichen Gleichstellung beruft (Kreiner 2009), diese Form der politischen Gleichheit kann als funktional bezeichnet werden (Christiano 1996a). Ferner ist es festzuhalten, dass moderne Demokratie auf der Repräsentation basiert und Herrschaftsinstitutionen braucht. „Damit reduziert sich der Stellenwert der politischen Beteiligung (...) während in der antiken Demokratie die Beteiligung am Regieren Mittel und Zweck zugleich war, ist die liberale Demokratie nur noch Mittel zum Zweck“ (Fuchs 2000, S. 260).⁷⁶

4.2 Politische Partizipation als empirisch-analytischer Begriff

Der Begriff der Partizipation findet seinen etymologischen Ursprung im lateinischen Wort "participare". Die besteht aus dem Substantiv "pars" (Teil) und dem Verb "capere" (nehmen). In der Alltagssprache, verstehen wir unter Partizipation die Teilnahme an etwas und damit als eine aktive Handlung. Aus der soziologisch-theoretischen Sicht sind handelnde Personen aktive Subjekte, die Interesse an dem abschließenden Ergebnis dieser Aktion haben und versuchen das Endergebnis beeinflussen. Jedes soziale Handeln setzt voraus, dass die Handelnden im Besitz von einigen symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen sind. Teilnahme beschreibt die Beziehung zwischen Individuen und ihrem sozialen Umfeld.

Nimmt man nach Max Kasse an, dass „jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsam-

⁷⁵ Es ist gerade ein Paradebeispiel dafür, dass verschiedene Theoretiker der Demokratie unter einem und dem selben Begriff, der nur ein Teil des Konzeptes Demokratie ist, so unterschiedliche Vorstellungen haben, dass so der herrschende Diskurs, eine Erfassung von demokratischen Maßstäben nach denen ein politisches System zu beurteilen sei, sich an „unkontroversen Qualitätskriterien“ orientieren müsse, „deren manifeste Verletzung“ kein „Zweifel daran aufkommen lässt, ob politische Strukturen und Prozesse ihrem demokratischen Anspruch genügen“ (Offe 2003, S. 12).

⁷⁶ Auch wenn es, wie in der Theorie, landesspezifische Tendenzen und Vorlieben in Bezug auf Formen der politischen Beteiligung gibt, muss es darauf hingewiesen werden, dass „die Demokratie letztlich nicht auf den Wählern sondern auf den Bürgern (citizens) aufgebaut ist“ (O'Donnell 2007, S. 7) und sie „von Menschen abhängt“ (Inglehart und Welzel 2005, S. 2).

keit annehmen kann“ (Kaase 1992, S. 146), ist eine Darlegung des Begriffes politischer Partizipation ist aus der theoretischen Sicht mit normativen Prämissen verbunden. Zur erst müssen allen Gesellschaftsmitgliedern gleiche Rechte zur Beeinflussung von Entscheidungen eingeräumt werden. Es ist das Prinzip der politischen Gleichheit. Politische Gleichheit steht analytisch gleich mit der Frage nach der Gerechtigkeit und Legitimation einer politischen Entscheidung (Ganghof 2005, S. 750) und wird in einem substanziellen Sinne als gleiche Berücksichtigung von Interessen der Bevölkerung verstanden (Christiano 1996a). Dabei handelt es sich nach Christiano nicht um eine funktionale bzw. instrumentalistische Berücksichtigung von Interessen, was er als Erreichen von Zufriedenheit innerhalb der Gesellschaft versteht. Die Qualität des demokratischen Verfahrens kann nicht nur Maßstab der Zweckrationalität gemessen werden.

Dahl und Lindblom definieren die politische Gleichheit als „control over governmental decisions is shared so that the preferences of no one citizen are weighted more heavily than the preferences of any other citizen“ (Ware 1981, S. 394). Aus der Literatur zur politischen Gleichheit lässt sich eine Liste der grundlegenden Anforderungen bezüglich politischer Partizipation zusammenfassen (Marmor 2005; Christiano 1996a; Ganghof 2005):

1. Jeder Bürger hat den gleichen Zugang zu Ressourcen politischer Partizipation (Wissen, Zeit usw.).
2. Jeder Bürger kann kollektiv verbindliche Entscheidungen durch legitimes Handeln beeinflussen.
3. Jeder Bürger hat das gleiche Recht und Möglichkeit ein Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen.
4. Bürger haben das Recht Repräsentanten zu bestimmen, auf die deren politische Rechte übertragen werden.

Eine Definition der politischen Partizipation bedarf einer klaren Unterscheidung zwischen sozialer, bürgerlicher (*civic* seltener *civil*) und politischer Partizipation (van Deth 2001b, 2001a; van der Meer et al. 2010). Soziale Partizipation deckt die Sphäre alltäglicher, sozialer Kontakten. Bürgerliche Partizipation stellt das Vereinsleben und freiwillige Arbeit dar. Politische Partizipation bedeutet also die Teilnahme oder die Beeinflussung an politischen Entscheidungsprozessen (Adrian 1977, S. 53). Die Abgrenzung von politischer Partizipation von anderen Formen der Beteiligung zielt darauf die Validität und die Messbarkeit des Modells zu sichern. Ferner deutet diese Unterscheidung darauf hin, dass soziale und bürgerlicher Partizipation Elemente der funktionaler und besonders der kommunikativen Integration sind und im Kontext der Dimensionen sozialer Integration abgegrenzt von politischer Partizipation stehen. Definiert man ein politisches System über seine Funktion kollektiv verbindliche Entscheidungen zur Lösung gesellschaftlicher Konflikten zu treffen (Czerwick 2011, S. 39) ergibt sich daraus ein theoretischer Zusammenhang für die Darlegung des Begriffes politischer Partizipation. Im Kontext der

vorliegenden Arbeit bedeutet politische Partizipation direkte oder indirekte Beeinflussung kollektiv verbindlicher Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen eines politischen Systems durch Individuen oder Gruppen (van Deth 2001b, S. 5; Ekman und Amnå 2012, S. 289; Parry et al. 1992, S. 16).

Politische Partizipation stellt eine unmittelbare, direkte Handlung dar. Diese Auffassung ergibt sich nicht zuerst aus der historischen Analyse des Diskurses um Definition von politischen Aktivitäten. Die Partizipationsforschung hat seit ihren Beginn durch die Wahlbeteiligung das politische Verhalten abbilden wollen (Jahoda et al. 1975; Lipset und Rokkan 1967; Olsen 1972). Eine direkte Handlung, wie der Gang zur Wahlurne, ist leicht analytisch und empirisch zu erfassen und bildet, auch wenn indirekt, politische Präferenzen von Individuen ab. Es ist vorstellbar und auch beobachtbar, dass politische Partizipation in einigen auch demokratischen politischen Systemen nicht freiwillig erfolgt. Eine politische Beteiligung unter Zwang, mit Ausnahme der Wahlpflicht, stuft ich als eine illegitime Handlung ein (Kaase 1992). Ich glaube, dass für die Analyse von politischer Partizipation eine Unterscheidung zwischen Freiwilligkeit und Freiheit getroffen werden muss. Das Prinzip der Freiheit stellt, neben der Gerechtigkeit und Gleichheit, Grundlage eines demokratischen politischen Systems dar. Es ist aus normativer Sicht vorstellbar, dass man Wahlpflicht befürwortet, um die politische Gleichheit zwischen den Bürgern zu gewährleisten (Merkel und Petring 2012). Wahlpflicht verstößt gegen das Prinzip der Freiwilligkeit und nicht der Freiheit.

Unter indirekter Beeinflussung politischer Entscheidung werden in der vorliegenden Arbeit solche Handlungen verstanden, die unmittelbar politische Dimension annehmen, indem sie sich indirekt auf institutionellen Rahmenbedingungen eines politischen Systems und seine Akteure beziehen oder diese zu beeinflussen versuchen.

4.2.1 Dimensionen politischer Partizipation

Wie angedeutet haben sich die meisten Forscher in den Anfängen der Partizipationsforschung für eine Operationalisierung des Begriffes über Wahl- und Parteiaktivitäten entschieden (van Deth 2001b). Diese Formen politischer Beteiligung werden in der Forschung mit dem Adjektiv „verfasst“ bzw. „konventionell“ versehen (Uehlinger 1988, S. 110; Kaase 1992, S. 148). Man versteht darunter alle Beteiligungsmöglichkeiten, die einen republikanischen Charakter haben und als Hauptinstrumente der Einflussnahme auf politische Entscheidungen in einer repräsentativen Demokratie gelten und im Grunde eine Staatsbürgerrolle abbilden. Kaase (1992, S. 148) zählt die Stimmenabgabe (Wahlen, Referenden) und Mitgliedschaft in einer politischen Organisation (Partei, Gewerkschaften) auf. Diese konventionelle Dimension der politischen Partizipation bezieht sich *direkt* auf institutionellen Rahmenbedingungen eines politischen Systems und

seine Akteure und wird von Individuen und Gruppen in Anspruch genommen (Ekman und Amnå 2012, S. 8).

Die zweite Dimension stellen alle Formen politischer Beteiligung dar, die in der Literatur als unkonventionelle, unverfasste bzw. außer-parlamentarische Formen zusammengefasst werden (Uehlinger 1988, S. 110; Kaase 1992, S. 148; Ekman und Amnå 2012). Diese unkonventionelle Dimension der politischen Partizipation bezieht sich *indirekt* auf institutionellen Rahmenbedingungen eines politischen Systems und seine Akteure und wird überwiegend als Protestverhalten operationalisiert. Dieses Protestverhalten kann, um den Bezug auf die institutionellen Rahmenbedingungen eines politischen Systems wiederherzustellen, einen *legitimen* oder *illegitimen* Charakter⁷⁷ haben und wiederum von Individuen und Gruppen in Anspruch genommen werden. Als legitim gilt dieses Protestverhalten, welches durch moralische Vorstellungen, meistens umgesetzt ins geltende Recht, nicht verboten sind z. B. genehmigte Demonstrationen und Proteste, Arbeitsstreiks, das Unterschreiben von Petitionen, das Kontaktieren von Politikern, die Teilnahme an politischen Meetings/Kundgebungen, politisch-korrektes Einkaufen und ziviles Ungehorsam (Stolle et al. 2005; van Deth 2001b; Ekman und Amnå 2012; Norris 2002). Das wichtigste Kriterium stellt der Verzicht auf Gewalt dar. Alle Formen von politischer Gewalt gelten in diesem Zusammenhang als illegitimes Handeln und sind nicht nur rechtlich aber auch moralisch sanktioniert. In der Tabelle 4-1 werden den jeweiligen politischen Partizipationsformen in Anlehnung an Ekman und Amnå (2012, S. 295) und Uehlinger (1988, S. 110) ihre unterschiedlichen Charakteristika zugeordnet.

⁷⁷ Es bezieht sich hierbei auf die moralische bzw. gesellschaftliche Legitimität der Handlung und nicht auf politische oder rechtliche Legitimität, die wiederum als legal oder illegal charakterisiert werden kann.

Tabelle 4-1 Dimensionen politischer Partizipation

	Politische Partizipation		
	Konventionelle politische Partizipation	Unkonventionelle politische Partizipation	
		Legitimes Handeln	Illegitimes Handeln
Individualisierte Formen	<ul style="list-style-type: none"> - Stimmenabgabe (auch „blank voting“) - Spenden an politische Partei oder Gewerkschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - das Unterschreiben von Petitionen - das Kontaktieren von Politikern - Produktboykott bzw. politisch-korrektes Einkaufen 	<ul style="list-style-type: none"> - Politischer Gewalt - Straßenblockaden, nicht genehmigte Demonstrationen und Streiks
Kollektive Formen	<ul style="list-style-type: none"> - Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder Gewerkschaft - Arbeit für eine politische Partei oder Gewerkschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme an politischen genehmigten bzw. legalen Meetings/Kundgebungen/Demonstrationen - Legale Streiks - das Kontaktieren von Politikern - Mitgliedschaft in politischen Organisationen z. B. neue soziale Bewegungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Politischer Gewalt - Straßenblockaden, nicht genehmigte Demonstrationen und Streiks

Selbstverständlich findet politische Beteiligung nicht „selbstinduziert“ statt. In der Partizipationsforschung werden vier Prädispositionen genannt, die den Einfluss auf die Häufigkeit der Beteiligung haben (Kaase 1992, S. 158; Niedermayer 2005, S. 200). Es sind situative Elemente, subjektive Elemente und institutionelle Elemente als auch individuelle Ressourcen und demographische Merkmale. Situative Elemente sind als mobilisierende Anreize zu verstehen, die aktiv zum Handeln veranlassen (Norris et al. 2009). Subjektive Einstellungen lassen sich als individuelle Wahrnehmung der Handlungsfähigkeiten und Vertrauen in eigene politische Kompetenzen verstehen (Becker 2005; Vetter 1997). Demnächst sind institutionelle Gegebenheiten entscheidend für die politische Partizipation (Blais und Dobrzynska 1998; Perea 2002). Abschließend ist es die Ausstattung mit individuellen Ressourcen und demographische Merkmalen von Bedeutung (Verba et al. 1995).

Politische Partizipation kann man, wie in der Tabelle 4-1 dargestellt, nach ihren Formen und Dimensionen unterscheiden, aber auch nach Umfang und Streuung der verschiedenen Handlungen. Dafür wird meistens untersucht, wie viele Bürger eine bestimmte Partizipationsform ange-

wandt haben. Die empirische Partizipationsforschung fokussiert auf die Mikroebene, da sie im Hinblick auf die Konzeptualisierung die politische Partizipation als ein individueller Beteiligungsakt betrachtet und weitgehend auf die Analyse von Umfragedaten basiert. Allerdings spielen Überschneidungen zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene in verschiedenen Ansätzen in der zunehmenden Maße eine wichtige Rolle, wobei die Einbettung einzelner Bürger und Bürgerinnen in Gruppen und die damit verbundenen Mobilisierungsprozesse betrachtet werden. Die Abgrenzung zwischen den verschiedenen Forschungsstrategien ist in der Literatur nicht übereinstimmend (van Deth 2009, S. 145).

Die verschiedenen Dimensionen der politischen Partizipation berücksichtigen die symbolische und nicht-symbolische (instrumentelle bzw. funktionalistische) Dimension der politischen Beteiligung. Symbolische Beteiligungsformen können die negativen und stereotypischen Einstellungen der Individuen gegenüber politischen Institutionen abbauen oder die Identifikation mit dem Staat stärken (Conway 1985, S. 8). Die symbolische Dimension kann nicht einer bestimmten Form politischer Beteiligung zugeschrieben werden. Sowohl unkonventionelle wie konventionelle Formen weisen symbolische und nicht-symbolische Dimensionen auf. Stimmenabgabe kann als Systemunterstützung oder im Falle von „blank ballot“ als das Misstrauen verstanden werden (Conway 1985, S. 10). Symbolische Dimension kann folgend typologisiert werden. Sie kann referentiellen oder kondensationalen Charakter aufweisen. Referentielle Symbole sind Elemente die von Individuen auf die gleiche Weise definiert werden. Sie helfen den Individuen die soziale Umwelt zu verstehen und reduzieren damit ihre Komplexität. Es kann z. B. die Zahl der Städte als Symbol der Entwicklung einer Gesellschaft sein. Kondensationale Symbole sind evozierte Einstellungen und Emotionen die mit einer Situation in Verbindung gebracht werden (Edelman 1985, S. 6). Es kann z. B. das Hießen einer Fahne am Feiertagen als Patriotismus bzw. Nationalismus verstanden werden. Im Kontext politischer Beteiligung kann der Mangel an politischer Partizipation ein Zeichen für die politische Verdrossenheit sein. Die Forschung weist darauf hin, dass der Begriff der politischen Verdrossenheit mehrere Darlegungen hat und ein sehr komplexes Phänomen ist (Arzheimer 2002; Schwartz 1973). In der Praxis beinhaltet jede Form der politischen Partizipation funktionalistische und symbolische Dimension (Edelman 1985, S. 7).

4.2.2 Ansätze zur Erklärung politischer Partizipation

Theorien der Partizipation stellen grundsätzlich drei Modelle auf, die uns Antworten auf die Frage geben können, warum Individuen politisch aktiv werden? Einerseits gehören der Deprivationsansatz (Jahoda et al. 1975; Gurr 1970) und der Ressourcenansatz (Norris 2002; Verba und Nie 1972; Brady et al. 1995) zu den bedeutendsten Erklärungsmustern moderner Partizipationsforschung. Andererseits wird auf die politische Kultur und Werte innerhalb der Gesellschaft hingewiesen (Almond und Verba 1963; Inglehart und Welzel 2005). Alle diese Konzeptionen er-

fassen in der gleichen Maße die Vorkonditionen der unterschiedlichen Qualitäten, Graden und Formen politischer Beteiligung. Im Folgenden soll auf die Erklärungskraft dieser Ansätze verwiesen und empirische Untersuchungen dargestellt werden. Diese Ansätze stellen gewissermaßen Vorbedingungen politischer Partizipation dar, die dank eklektischer Zusammenstellung auf die Mehrdimensionalität von Präkognitionen der politischen Beteiligung hinweisen.

Deprivationsansatz

Die Aktivität der Individuen in Bezug auf politische Beteiligung ist signifikant von psychologischen Faktoren abhängig (Conway 1985). Der Deprivationsansatz (Jahoda et al. 1975; Gurr 1970; Davies 1962) versucht diese Einstellungen analytisch zu untersuchen, um eine Antwort auf die Frage zu geben, warum Individuen aktiv bzw. nicht aktiv sind? Die Vorgesankten des Ansatzes sind auf die damals sehr innovative Forschung von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel zurückzuführen. Ausgegangen von einem multiplen Armutmodell als Messinstrument untersuchten die Forscher/-innen die Auswirkung von Arbeitslosigkeit und Armut auf Mitglieder einer Gemeinde. Diese Faktoren wirken auf die individuelle Haltung und die Gesellschaft. Resignation und Apathie innerhalb von 77% der Haushalte war die Folge (Jahoda et al. 1975, S. 75) Es breitete sich pathologisches Verhalten aus. Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel beschreiben den Zustand dieser Gesellschaft mit dem Adjektiv „müde“. Sie beobachteten den Niedergang von der Solidargemeinschaft⁷⁸, des kulturellen und politischen Lebens (Jahoda et al. 1975, S. 55–63). In ihrer Studie bewiesen „Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel (1975 [1933]) eindrucksvoll, wie erlebtes Unrecht zur kollektiven Lähmung und zum resignativen Verzicht auf jegliche politische Einflußnahme führen kann“ (Liebig und Wegener 1999, S. 265).

Ted Gurr (1970) fragt in seinem Werk nach dem Zusammenhang zwischen Deprivation und individuellem Verhalten. Gurr definiert relative Deprivation als „the actors' perception of discrepancy between their value expectations and their value capacities“ (Gurr 1970, S. 24). Selbstverständlich sehen Davies (1962), der als Vordenker des Deprivationsansatzes gilt, und Gurr (1970) ein, dass diese Diskrepanz in den meisten Fällen vorhanden ist. Es gibt aber Situationen, in denen das Missverhältnis als ungerecht empfunden wird. Die Wahrnehmung der Erwartungen und der Möglichkeiten hängt von der Referenzgruppe bzw. dem Referenzzustand ab und stellen die Grundlage revolutionärer Einstellungen dar (Davies 1962, S. 6). Gurr verfasst drei typische Formen der Deprivation, die er analytisch mit Formen des politischen Protests verbindet. Unter *decremental deprivation* definiert Gurr die Situation, wenn die Erwartungen an die eigene Lage stabil sind, verschlechtern sich die (wahrgenommenen) Möglichkeiten. Als Beispiel nennt Gurr (1970, S. 47) die russische Revolution. *Aspirational deprivation* tritt auf, wenn die Erwartungen an die eigene Lage steigen, die (wahrgenommenen) Möglichkeiten bleiben aber stabil. Gurr (1970, S. 51) liegt als Beispiel die bürgerliche Revolutionen des 18. und 19. Jahr-

⁷⁸ Dies steht im engen theoretischen Zusammenhang mit sozialer Integration.

hunderts. *Progressiv deprivation* wird beobachtet, wenn die Erwartungen an die eigene Lage steigen, während die (wahrgenommenen) Möglichkeiten, relativ zu den gestiegenen Anforderungen, nicht im gleichen Maße steigern. Gurr (Gurr 1970, S. 53) sieht hierbei den Kampf um die rechtliche und politische Gleichstellung von Afroamerikaner seit den 1940er Jahren.

Im Kontext des Deprivationsansatzes ist es lehrreich einen Blick auf Durkheims Theorie zu werfen (Durkheim 1992; Baumann 1999). Wird eine Gesellschaftsordnung als gerecht wahrgenommen, sind Individuen in der Gesellschaft integriert. Im Folge dessen werden Normen und Werte akzeptiert, was die Stabilität der Gesellschaftsordnung sichert. Falls die Gesellschaftsordnung als ungerecht wahrgenommen wird, können Individuen in die Gesellschaft nicht integriert werden. Es folgt deren Rückzug aus dem öffentlichen Leben, die gesellschaftliche Ordnung wird instabil. Darauf reagieren Individuen mit abweichendem Verhalten, was Durkheim als Anomie definiert (Baumann 1999, Sztompka 2010). „Eine politische Ordnung wird aus Durkheims Sicht immer dann freiwillig anerkannt, wenn die bestehenden Ungleichheiten auf Verteilungsprozessen beruhen, die mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen in Einklang stehen“ (Liebig und Wegener 1999, S. 265).

In der Literatur findet man auch Ansätze die relative Deprivation über die Handlungstheorie zu erklären versuchen. Baum (Baum 1978) definiert die relative Deprivation über strukturelle Beschränkungen des Handelns. „(gesellschaftliche) Positionen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie einen Rahmen struktureller Gegebenheiten schaffen, den das Individuum nicht unmittelbar verändern oder beeinflussen kann“ (Baum 1978, S. 33). Baum unterscheidet drei Bereiche, in denen die ungleiche Verteilung von Handlungschancen entsteht:

- i. *Ungleiche Verteilung sozioökonomischer Mittel und Chancen (Reproduktionsprinzip)*
- ii. *Ungleiche Verteilung des Prestiges (Interaktionsprinzip)*
- iii. *Ungleiche Verteilung von Interaktionschancen (Integrationsprinzip)*

Die Auswahl der Bereiche begründet Baum (1978, S. 27) in einer Analyse gesellschaftlicher Realität, in der er für bestätigt hält, dass für Individuen „durch einen relativen Verlust ihres sozialen Status“ eine Vielzahl von Kommunikationsmöglichkeiten, Rollen und Positionen nicht erreichbar sind. Die ungleichen Verteilungen verursachen verschiedene Deprivationslagen, die auch einen kumulativen Charakter aufweisen können (Baum 1978, S. 31). Über die drei oben genannten Prinzipien operationalisiert Baum die relative Deprivation als soziale Schwäche, Stigmatisierung und soziale Isolation. Niedriger Zugang zur Handlungschancen hat einen signifikanten Einfluss auf politische Partizipation (Baum 1978). Dieser Befund überrascht nicht, wenn man die Ergebnisse der Forschung aus dem Bereich politischer Entfremdung (alienation) berücksichtigt (Templeton 1966; Schwartz 1973). Des Weiteren werden dieser Befunde in einer komparatistischen Perspektive Verba, Nie und Kim (1978) und zwei Jahre später Allerbeck

(1980) bestätigt. Empirische Untersuchungen von Rosenstone bekräftigen die Tendenz, dass Armut und Arbeitslosigkeit negativen Einfluss auf Wahlbeteiligung haben (Rosenstone 1982). Dabei muss berücksichtigt werden, dass in einer Vielzahl von Studien belegt wurde, dass objektive Deprivationsfaktoren, z. B. Einkommen oder Arbeitslosigkeit „kaum direkten Einfluss auf die Entwicklung von Vorurteilen oder Gewalttätigkeit haben“ (Baier und Rippl 2005, S. 648). Kritisch wurde zu Recht von Baier und Rippl bemerkt, dass sich Deprivationsansätze teils auf soziale Marginalisierung beschränken und Deprivationslagen in den Mittelschicht nicht erfassen können (Baier und Rippl 2005).

Liebig und Wegener haben im Kontext der Untersuchung über die Folgen der sozialen Ungerechtigkeit im vereinten Deutschland festgestellt, dass Ost-West Unterschiede in Bezug auf ordnungsbezogene Gerechtigkeit in der Wahrnehmung der Ost- und Westdeutschen weitgehend vorhanden sind. Die verteilungsbezogene Gerechtigkeit fällt in ostdeutscher Wahrnehmung negativer als unter den Westdeutschen aus. Darüber hinaus führt die relative Deprivation zum inkonsistenten Verhalten. Unter den Westdeutschen kommt es zu Protest, die Ostdeutschen neigen eher zu politischer Verweigerung. Empirische Ergebnisse dieser Untersuchung weisen darüber hinaus auf Inkonsistenz des Ansatzes auf. Personen mit einem Hochschulabschluss neigen öfter zur Protest als andere Bildungsgruppen (Liebig und Wegener 1999, S. 11). Die Partizipationsforschung stellt andere alternative Ansätze zur Erklärung politischer Beteiligung zur Verfügung.

Kulturansatz

Die Kultur gehört zu den zentralen Begriffen der Anthropologie und stellt eine Art Modus dar, wie sich Individuen in einer Gesellschaft verhalten (Sztompka 2010). In der Partizipationsforschung steht die Kultur im Spannungsfeld zwischen der Gemeinschaft, Herrschaft und den Konflikten (Pickel und Pickel 2006).

Mit ihrer vergleichenden Studie prägten Almond und Verba (1963) den Begriff „Civic Culture“. Politische Kultur bezieht sich in ihrem Ansatz auf die Einstellungen der Subjekte gegenüber den politischen Objekten. Das politische Verhalten von Subjekten resultiert aus deren Einstellungen und Orientierungen (Niedermayer 2005). Almond und Verba definierten politische Kultur einer Gesellschaft als „political system as internalised in the cognitions, feelings and evaluations of its population“ (Almond und Verba 1963, S. 14). Die Forschungsstrategie der Politischen Kulturforschung zielt darauf, die Funktionalitäten und Leistungen einer Demokratie an kulturelle Normen und Verhaltenspositionen von Subjekten im Verhältnis zum Staat und Politik zu erklären (Inglehart und Welzel 2005, S. 159). Daraus werden Interpretationen für politisches Verhalten entwickelt.

Einer der Ursachen für Veränderung der politischen Beteiligung wird in der Modernisierung und Individualisierung gesehen. Modernisierung wird in der Forschung als ein Prozess der „Entwicklung verstanden, in welchen die sozioökonomische Entwicklung den kulturellen Wandel hervorbringt“, welcher Einfluss auf Einstellungen von Individuen und in Folge dessen auf das politische System hat (Inglehart und Welzel 2005, S. 2). Inglehart und Welzel (2005) nehmen an, dass pro-demokratische Einstellungen in Sozialisationsprozessen gefördert werden, wobei die optimal strukturierte Institutionen eine kompatible Massenkultur als Unterstützung benötigen (Inglehart und Welzel 2005, S. 159).

Der kulturelle Wandel und die Modernisierung haben der politischen Partizipation einen neuen Charakter gegeben. Durch die Veränderung der sozialen Struktur wurde politische Beteiligung zu einem Massenphänomen. In den modernen Gesellschaften änderten sich infolge der Modernisierung die politischen Mobilisationsformen von den traditionellen Inhalten zur problemspezifischen Themenbereichen (Inglehart und Welzel 2005, S. 44). Ferner beobachtet man in der empirischen Partizipationsforschung die Änderung der Präferenzen bezüglich Formen der politischen Partizipation. In den modernen Gesellschaften spielen unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung eine zunehmende Rolle (Norris 2002; Dalton 2008). „Citizen participation is becoming more closely linked to citizen influence“ (Dalton 2008, S. 94). Darüber hinaus wird unter jüngeren Kohorten politisches Verhalten bevorzugt, welches in der Opposition zur politischen und gesellschaftlichen Eliten darstellt (Inglehart und Welzel 2005, S. 118). Auch wenn der Zusammenhang nicht deterministisch ist, „gibt es einen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen, Werten der Selbstdarstellung und Selbstbestimmung und der Praxis eines demokratischen Systems“ (Inglehart und Welzel 2005, S. 164).

Empirische Partizipationsforschung befasst sich im Kontext des kulturellen Wandels mit der Veränderung von sozialen Normen, die Dalton als *citizenship norms* bezeichnet (Dalton 2008). Im Hinblick auf die Wahlnorm deuten die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass „die Motivation eines Individuums bei der Wahlnorm einer vielschichtigen Gemengelage von Erfahrungen in der Gesellschaft (...), der Beziehungen zwischen Individuum und staatlichen System, sowie dem demokratischen Kontext, in dem sich das Individuum befindet“ (Goerres 2010, S. 293).

Ressourcenansatz

Politische Partizipation wie jede andere Form des sozialen Handelns benötigt bestimmte Ressourcen. Niedrige Kosten der Partizipation fördern diese, unabhängig von deren Art. Individuen mit mehr Geld, Zeit, Wissen, Selbstvertrauen, Fähigkeiten und Fertigkeiten partizipieren öfter als diejenigen, die nicht im gleichen Maße über diesen Ressourcen verfügen (Verba et al. 1995; Brady et al. 1995; Conway 1985; van der Meer et al. 2010).

Auch wenn dieser Zusammenhang in unzähligen Studien empirisch bestätigt wurde, kann man in der Literatur alternative Erklärungen für politische Beteiligung finden. Diese Erklärungsansätze reichen von demographischen Merkmalen bis hin zu komplexen Modellierungen, die sich auf Verfügbarkeit über bestimmte Ressourcen berufen. Moderner Ressourcenansatz wurde unter anderem aus dem aus der Wahlforschung stammenden sozio-strukturellen Ansatz entwickelt. Der sozio-strukturelle Ansatz unterstellt auf der Makroebene anhand historischer wie empirischer Analysen, dass Parteien expressive wie instrumentelle Funktionen haben, die sie als quasi Angebot den Wähler vorstellen. Die Wähler haben bestimmte von der sozialen Lage abhängige politische Präferenzen, die darüber entscheiden, welches Angebot in Anspruch genommen wird. Parteiensysteme spiegeln somit zu großen Teilen typische Interessenkonflikte wider, wie z. B. zwischen Land und Stadt oder Religiosität und Säkularisierung (Lipset und Rokkan 1967). Der Milieu-Ansatz von Lepsius (1966) ruft die Bedeutung von sozialen Gruppen hervor. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu beeinflusst individuelle politische Entscheidungen, da Milieus die gruppenspezifische Wahrnehmung von Interessengegensätzen verstärkt. Moderne empirische Wahlforschung hat einen Zusammenhang zwischen sozialer Mobilität, Religiosität, Lebensstandard, Zahl der Gewerkschaftsmitgliedern und Wahlbeteiligung belegt (Nieuwbeerta und Wout 1999). Untersuchungen bezüglich neuer Demokratien weisen ähnliche Befunde auf, wobei man sehr große Parteifluktuaton innerhalb der Wählerschaft betonen muss (Domanski 2008; Tavits 2008).

Ferner spielt das Alter eine Rolle im Kontext politischer Beteiligung (Beck und Jennings 1982). Jüngere Kohorten sind weniger aktiv als andere Altersjahrgänge und neigen mehr zur unkonventionellen politischen Partizipation, wobei je älter sie werden, desto mehr stagniert dieses Effekt (Hadjar und Becker 2007, S. 433). Die mittlere Kohorten gehören zu den aktivsten (Engels 2004, S. 22; Fahmy 2003, S. 9). Auch die Zugehörigkeiten zur ethnischen Minderheiten hat einen negativen Einfluss auf politische Beteiligung (Conway 1985, S. 24), wobei dies heutzutage stark an der Bedeutung verloren hat und zunehmend andere Faktoren, wie Bildung, eine Rolle spielen (Verba et al. 1995, Kap. XIII).

Individuen mit einem hohen soziökonomischen Status sind aktiver als diejenigen deren Status als niedrig erfasst wird (Verba und Nie 1972, S. 132). Die Stärke dieses Effektes variiert im internationalen Vergleich. Die soziökonomischen Ansätze greifen auf die meritokratische Triade: Einkommen, Bildung, Beruf zurück. Die Höhe des Einkommens gehört zu den wichtigsten Determinanten politischer Beteiligung (Milbrath und Goel 1977, S. 96; Verba et al. 1995, S. 188; Rosenstone 1982), genauso wie die Bildung (Conway 1985, S. 21; Verba et al. 1978, S. 67) und das Prestige des ausgeübten Berufes (Milbrath und Goel 1977, S. 92) aber auch der Arbeitsstatus (Rosenstone 1982, S. 34), wobei die Mobilisation seitens politischer und sozialer Organisationen die Wirkung von soziökonomischem Status verringern kann.

Entscheidend für politische Beteiligung sind die für jedes Individuum verfügbaren Ressourcen. Verba, Scholzman und Brady (1995) unterteilten diese Ressourcen in drei Kategorien. Individuelle Ressourcen, politische Orientierung⁷⁹ und Zugang zu Rekrutierungsnetzwerken. Zu den individuellen Ressourcen zählen Einkommen, persönlich verfügbare Zeit und *civic skills*. Individuen brauchen Zeit-Ressourcen um sich politisch einsetzen zu können. Das Einkommen kann sich z. B. als Spende für eine politische Organisation artikulieren. Vergleicht man die ersten zwei Faktoren, ist die verfügbare Zeit gleichmäßiger verteilt. Der Tag hat genau 24 Stunden und die Zeit kann, anders als Geld nicht akkumuliert werden (Verba et al. 1995, S. 288ff).

Civic skills sind organisatorische und kommunikative Fertigkeiten oder auch Fähigkeiten die bereits in der Schule, bei der Arbeit und in freiwilligen Vereinigungen erlernt, eingeübt und praktiziert werden. Es können Fähigkeiten sein, wie Argumente zu formulieren und zu diskutieren oder Informationen zu beschaffen und diese zu verarbeiten. Nach Verba, Scholzman und Brady gibt es vier Formen von *civic skills*, die man mit vier „Orten“ gleichsetzen kann (Verba et al. 1995, S. 304ff). Es sind:

- i. *die Schule: Wissen, Sprachfähigkeit, Schulgremien*
- ii. *der Beruf: Darstellung und Organisation - job skills*
- iii. *der Verein: Darstellung und Organisation - organizational skills*
- iv. *die Kirche: Organisation und Gremienarbeit - church skills.*

Menschen in den unteren sozialen Lagen haben geringere Chancen im Beruf und gesellschaftlichen Leben diese Fähigkeiten zu erwerben. Infolge dessen ist die politische Partizipation für sie mit höheren Kosten verbunden (Verba et al. 1995, Kap. XI).

Mobilisation ist „ein Prozess, indem die Individuen von Kandidaten, Parteien, Aktivisten und politische Gruppen zur politischen Partizipation veranlasst werden“ (Rosenstone und Hansen 1993, S. 25). Eine der Ursachen für politische Apathie ist das fehlende Netzwerk „of recruitment, through which citizens are mobilized to politics“ (Verba et al. 1995, S. 16). In diesem Kontext wird in der Forschung zwischen der direkten und indirekten Mobilisierung unterschieden. Direkte Mobilisierung findet durch direkte, persönliche Kommunikation bzw. Ansprache statt. Im Gegensatz stellt indirekte Mobilisierung durch unpersönliche Kommunikation dar (Rosenstone und Hansen 1993, S. 26).

⁷⁹ Politische Orientierungen werden unter anderen Erklärungsfaktoren im nachfolgenden Unterkapitel berücksichtigt, da es in der Literatur nicht klar ist, ob diese zum Ressourcenansatz oder zum Kulturansatz zugeordnet werden sollen (Almond und Verba 1963, S. 13; Niedermayer 2005, S. 17).

Andere Erklärungsfaktoren

Neben diesen anerkannten Ansätzen findet man in der Literatur andere Erklärungsfaktoren, die einen signifikanten Einfluss auf politische Beteiligung haben. Sie werden nicht selten mit politischer Institutionen und psychologischen Vorkonditionen verbunden.

Empirische Studien haben einen Zusammenhang zwischen struktureller Dimension und politischer Partizipation bestätigt. Zu einem spielt im Hinblick auf Wahlen die institutionelle Ausrichtung des Wahlsystems (z. B. Mehrheits- und Verhältniswahlen) und Wahlpflicht eine wichtige Rolle. Zum anderen ist die Anzahl politischer Parteien und Parlamentskammern bedeutend (Jackman 1987; Blais und Dobrzynska 1998). Ferner ist die Wahlbeteiligungsquote stark von dem Grad ökonomischer Entwicklung, der Analphabetismusquote und der Anzahl der Einwohner abhängig. Reiche, kleine Länder mit Mehrheitswahlen und einer Wahlpflicht weisen höhere Wahlbeteiligung auf (Blais und Dobrzynska 1998, S. 252). Norris (2002) untersuchte, neben „klassischen“ politischen Institutionen (z. B. Mehrheits- und Verhältniswahlen) die spezifischen institutionalisierten Dimensionen von Wahlsystemen, wie Häufigkeit einer Wahl, Wahlen am Arbeitsfreientag, Möglichkeit einer Briefwahl, die Notwendigkeit einer Registrierung etc.. Auch wenn nach Norris die Effekte dieser Dimensionen als nicht signifikant einzustufen sind, bestätigt ihre Studie die Ergebnisse von Blais und Dobrzynska auf Makroebene (Norris 2002, S. 82).⁸⁰ Politische Institutionen, wie wohlfahrtstaatliche Institutionen und Wahlrecht haben signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung (Radcliff 1992). Auch soziale Ungleichheit hat auf Grund niedriger Umverteilung als Form des Sozialstaates einen Effekt auf die Wahlbeteiligung und verschärft das Problem der politischen Ungleichheit (Anderson und Beramendi 2012; Schäfer et al. 2013).

Politische Orientierung, die „Individuen den Umgang mit politischer Realität ermöglicht beziehen sich auf eine Vielzahl von Objekten“ (Niedermayer 2005, S. 16). In der Literatur wird eine Unterscheidung zwischen Orientierungsarten und Orientierungsobjekten getroffen. Orientierungsobjekte beziehen sich auf die strukturelle (z. B. politische Institutionen) und inhaltliche Dimension (z. B. Umverteilung von Gütern) des politischen Systems. Orientierungsarten beziehen sich auf kognitive (descriptive), evaluative und konative Orientierungen (Conway 1985, S. 35; Niedermayer 2005, S. 17). Auch kognitive (descriptive) Orientierungen beeinflussen politische Beteiligung. Großes politische Interesse und objektives wie subjektives Wissen haben einen positiven Effekt auf politische Beteiligung (van Deth 1990). Normen bezogen auf die Staatsbürgerrolle (civic duty) wie auch die Wahrnehmung von Bedeutung der eigenen politischen Stimme und ihre Wirksamkeit, spielen eine wichtige Rolle. In der Literatur wird dieses als politische Wirksamkeit oder politische Einflussüberzeugung definiert (political efficacy) (Beierlein et al. 2012). Man unterscheidet zwischen interner politischer Wirksamkeit, die als

⁸⁰ Diese Indikatoren scheinen wichtige Relevanz als Kontrollvariablen aufzuweisen.

„individual’s self-perceptions that they are capable of understanding politics and competent enough to participate in a political act“ und externer politischer Wirksamkeit, die als „expressed beliefs about political institutions’ and the belief that leaders and institutions are responsive to the participation of individuals“ dargelegt werden (Karp und Banducci 2008, S. 8). Mit wachsender politischer Wirksamkeit und klaren Parteipräferenzen, steigt die Wahlbeteiligung (Karp und Banducci 2008). Evaluative Orientierungen, wie Beurteilung auf positiv bzw. negativ, aber auch wertbezogene Bewertungen, haben Einfluss auf politische Partizipation (Verba und Nie 1972; Rosenstone und Hansen 1993; Inglehart und Welzel 2005). Ferner stehen auch im Zusammenhang mit politischer Beteiligung konative Orientierungen also Verhaltensabsichten. Diese weisen positive Effekte auf, nur wenn es zur Mobilisierung bzw. Impulsen kommt, um politisch aktiv zu werden (Conway 1985; Norris 2002).

Teil II – Empirie

5 Analytischer und methodologischer Rahmen

Im folgenden Kapitel wird der analytischer Rahmen und das methodische Vorgehen beschrieben. Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit wird mithilfe von vergleichenden Aggregatdaten demokratisch-verfasster politischer Systeme untersucht, die als etablierte Demokratien gelten und unterschiedliche breite der wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen aufweisen.⁸¹ Somit ist die Studie dem *multi-cross Research* und *cross-sectional analysis* zuzuordnen (Hopkins und Wallerstein 1967). Durch die Fokussierung der Untersuchung auf demokratisch-verfasste politische Systeme, deren Gesellschaften ähnlichen Grad der funktionalen Differenzierung und Modernisierung erreichten, kann das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit als *most-similar-system-Design* bezeichnet werden (Przeworski und Teune 1970; Jahn 2011, S. 75ff; Strykow 2007, S. 42–44). Die vorliegende Studie nimmt an, dass der Effekt der sozialen Integration auf politische Partizipation in untersuchten Demokratien verhältnismäßig ähnlich ist. Hinweise auf die Plausibilität dieser Annahme liefern uns im Kapitel 4.2.2 vorgestellte empirische Befunde. Die zentrale Annahme der vorliegenden Untersuchung lautet, dass jeder Indikator und jede Dimension gleiche Bedeutung für soziale Integration haben. Somit besteht keine Notwendigkeit der Gewichtung jeweiliger Indikatoren und Dimensionen sozialer Integration.

Bezogen auf das Konzept des *most-similar-system-Designs* und das Gesamtmodell unter Berücksichtigung der Literatur müssen in der empirischen Untersuchung Kontextvariablen einbezogen werden. Aus theoretischer Sicht sind es auf das Wahlsystem und auf die nicht-symbolischen Ressourcen bezogenen Variablen. Hierbei bedient sich die Arbeit den Erkenntnissen der Partizipationsforschung. Ferner wird die Analyse durch die Aufnahme von Kontrollvariablen die Bedeutung sozialer Integration, als auch ihrer Dimensionen, festgelegt, da in Regressionsmodellen zur Schätzung des Effektes der Integration auf politische Partizipation die Kontextfaktoren, wie z. B. Wahl- oder Parteiensysteme zusätzlich modelliert werden können.

In der Abbildung 3 wird das Vorgehen bei der Bildung von dimensionspezifischen Indizes graphisch dargestellt. Bei der empirischen Konstruktion der Indizes⁸² sozialer Integration und politischer Partizipation wurde auf bereits vorhandene Datenbestände zurückgegriffen. Dieses Vorgehen wird in der Forschungsliteratur als Sekundäranalyse bezeichnet (Pickel und Pickel 2006, S. 33–35). Es kann sich dabei um Indikatoren handeln, die auf der Länderebene erhoben

⁸¹ Mit der Bezeichnung: „demokratisch-verfasste politische Systeme (...), die als etablierte Demokratien gelten und unterschiedliche breite der wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen aufweisen“ wurde die Grundgesamtheit definiert. Die in den Analysen zu berücksichtigenden Fälle (Länder) werden aus forschungspragmatischen Gründen (u.A. Datenverfügbarkeit) ausgewählt.

⁸² „Oft werden Termini Indikator und Index in der methodologischen Literatur alternativ verwendet“ (Besozzi und Zahnpfening 1976, S. 13). In der vorliegenden Arbeit werden die Begriffe Indikator oder Variable für einzelne erhobene Merkmale, z.B. die Arbeitslosenquote, benutzt. Der Begriff des Index bezieht sich auf n-Dimensionalen Konstrukt, z.B. Subdimension sozialer Integration.

worden sind, wie z. B. wohlstaatliche Politik, die gleichzeitig externe Einflussfaktoren (z. B. Effekte der Globalisierung) nicht berücksichtigen (Jahn 2009, S. 178). Ferner können es Indikatoren sein, die durch Aggregation von Individualdaten zustande kamen und als Aggregatdaten erfasst werden (Pickel 2009, S. 298). Aggregatdaten können statistische Zahlen und Daten unterschiedlichster Art sein, die in eine direkte statistische Beziehung gesetzt werden. (...) Darunter versteht man solche Merkmale von Untersuchungseinheiten, die aus Merkmalen der einzelnen Untersuchungseinheit abgeleitet wurden“ (Schnell et al. 1999, S. 105 und 239). Bei den Aggregatdatenanalysen werden kollektive Eigenschaften miteinander in Beziehung gesetzt. In der vergleichenden Aggregatdatenanalyse stellen häufig Länder die Analyseebene dar. Dabei werden die Informationen auf der Länderebene ermittelt oder Individualaussagen auf die Länderebene übertragen.⁸³

Der empirische Teil der Untersuchung wurde mit dem Statistikprogramm SPSS 20 für Mac OS X durchgeführt. Die angewandten Methoden der statistischen Analyse werden vor der Anwendung in vereinfachter Form mithilfe eines Beispiels dargestellt. Dabei kann nicht eine Einführung in die jeweilige Methode das Ziel sein, sondern nur die Erläuterung von Grundsatzentscheidungen, um ihre Anwendung im Kontext der Studie nachvollziehen zu können.

⁸³ Die Beobachtungsebene ist das ganze Land. Da dabei die Differenzen innerhalb der untersuchten Länder nicht mehr beobachtbar sind, hat Rokkan (1970, S. 49) dieses Problem als der *whole nation bias* definiert.

6 Operationalisierung

Im Folgenden sollte die Operationalisierung von Dimensionen sozialer Integration und des Index politischer Partizipation beschrieben werden. Bei einer Indexkonstruktion muss das Problem der Anzahl der Dimensionen gelöst werden. Die Dimension eines Begriffes kann auf einer Achse abgebildet werden, die zwei oder mehrdimensional sein kann. Diese Achsen bildet ein „Merkmalraum“ ab, wobei jede Variable ihre Stellung im Raum annimmt und sich dadurch lokalisieren lässt (Schnell et al. 1999, S. 161). „Ein Index kann daher als Abbildung eines n-dimensionalen Merkmalraumes auf eine Variable definiert werden“ (Schnell et al. 1999, S. 161). Dabei steht man vor dem Problem, wie latente aus der Theorie abgeleitete Begriffe auf die Beobachtungsebene geführt werden (Besozi und Zahnpfenning 1976, S. 14). Zwecks Lösung dieses Problems bedient sich die vorliegende Untersuchung sich des typologisch-induktiven Ansatzes. „Die abstrakten Begriffe werden nicht direkt gemessen – dazu wäre eine Theorie notwendig, die Konzepte und Indikatoren eindeutig miteinander verbindet –, sondern nach einem bestimmten Induktionsmodell aus den empirischen Daten abgeleitet bzw. konstruiert werden (Besozi und Zahnpfenning 1976, S. 14).

Vor der tatsächlichen Konstruktion eines Index steht am Anfang die Beobachtung spezifischer Phänomene. Im ersten Schritt wird der Begriff bzw. das Index theoretisch konzeptualisiert. Der zweite Schritt stellt die Dimensionierung von Begriffen dar, wobei es sich um n-dimensionale Merkmalraum handeln kann, also auch mehrere Dimensionen möglich sind. Schließlich müssen Indikatoren gefunden werden, die diesen n-dimensionalen Merkmalraum erfassen (Besozi und Zahnpfenning 1976, S. 24–25). Die Abbildung 3 stellt in einem graphischen Entwurf die Konstruktion eines Index dar.



Abbildung 3 Graphische Darstellung des Vorgehens bei der Bildung von dimensionspezifischen Indizes

6.1 Datenlage und ihre Beschreibung

Bei der Auswahl der Datenbestände wurde stets darauf geachtet, dass die ausgewählten Datenbestände mit angestrebtem Ziel der vorliegenden Arbeit kompatibel sind. Dabei dienten vor allem folgende Kriterien für die Auswahl der Daten:

1. Aufgrund des Forschungsdesigns sollten die Daten aus internationalen vergleichbaren Studien stammen.

2. Als Grundlage des Auswahlkriteriums gilt die Angemessenheit und Homogenität der Indikatoren.⁸⁴

Bei der Entscheidung über die Auswahl der Indikatoren werden folgende Kriterien zur Anwendung kommen:⁸⁵

1. Aufrechterhaltung der inhaltlichen und theoretischen Breite.
2. Nutzung des neusten Datenstandes (möglich 2011).
3. Vergleichbarkeit von Skalenniveaus.
4. Vermeidung von Fehlendenwerten auf der Aggregatebene.

Die Kernaussagen der vorliegenden Arbeit beziehen sich auf die Makroebene. Die Grundlage für empirische Operationalisierung von beiden Indizes bilden folgende Datensätze: der Datensatz des *European Values Survey* (EVS), der Datensatz des *European Social Survey* (ESS), der Datensatz des *International Social Survey Programme* (ISSP), der Datensatz des *European Quality of Life Survey* (EQLS). Darüber hinaus wurden die Daten der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) und des *Eurostat* verwendet. Durch die Berücksichtigung dieser Datensätze kann gewährleistet werden, dass die theoretische Konzeptualisierung möglichst präzise durch Operationalisierung abgebildet wurde und der Index sozialer Integration, wie die Kernhypothese möglichst umfassend geprüft werden können.

Der *European Values Studie* untersucht in regelmäßigen Abständen die politischen und soziokulturellen Veränderungen in Europa. Für diese Studie wird der Datensatz der fünften Umfragerunde aus dem Jahr 2008 verwendet, da er die für diese Studie zentralen Variablen enthält. Die Umfrage wurde in 48 Ländern durchgeführt.

Der *European Social Survey*⁸⁶ ist eine *Cross-sectional data* Studie mit dem Ziel, die Zusammenhänge zwischen dem gesellschaftlichen und institutionellen Wandel in Europa und den Einstellungen sowie Verhaltensmustern der Bevölkerung zu untersuchen. Für die vorliegende Untersuchung wird der Datensatz der fünften Umfragerunde aus dem Jahr 2010 benützt.⁸⁷

Der Datensatz des *International Social Survey Programme* ist ein internationales Kooperationsprogramm, das jährlich eine gemeinsame Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen

⁸⁴ Zur Kritik an Anwendung von Sekundäranalysen siehe G. Pickel (2009, S. 302) und Indikatorenproblematik bei S. Pickel und G. Pickel (2006, S. 37–40).

⁸⁵ Die zur Operationalisierung der einzelnen Indikatoren verwendeten Fragen werden in der vorliegenden Arbeit in der englischsprachigen Version dargestellt. Der Grund liegt daran, dass bei allen Datensätzen ein auf Englisch verfasster Basisfragebogen als Ausgangspunkt für die Übersetzung und die Formulierung der jeweiligen Länderfragebögen diente. Ferner kann somit die Homogenität der Fragen überprüft werden.

⁸⁶ Weitere Informationen zum European Social Survey können von www.europeansocialsurvey.org entnommen werden (abgerufen am 19.06.2013).

⁸⁷ Mit der Ausnahme von Österreich, Italien und Luxemburg. Diese Länder haben an der fünften Umfragerunde nicht teilgenommen. In der Konsequenz wurden die Daten aus der vierten Umfragerunde verwendet (Jahr 2008).

durchführt. Jede Umfrage beinhaltet einen Modul-Schwerpunkt, das heißt ein Hauptthema der Umfrage.⁸⁸

Die Erhebung im Rahmen des *European Quality of Life Survey* wurde im Jahr 2011 veröffentlicht. Die Umfrage untersucht eine Reihe von Fragen, wie Beschäftigung, Einkommen, Bildung, Wohnen, Familie, Gesundheit, Work-Life-Balance, Zufriedenheit mit dem Leben und wahrgenommene Qualität der Gesellschaft. Für die vorliegende Untersuchung werden Daten aus dem Jahr 2007 verwendet.

Das *Eurostat*⁸⁹ ist das statistische Amt der Europäischen Union (EU) mit Sitz in Luxemburg. Es stellt Statistiken für die Länder der EU zusammen, die von den nationalen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten erhoben und zur Verfügung gestellt werden. Bei der Operationalisierung werden Daten aus dem Jahr 2011 verwendet.

6.2 Das methodische Vorgehen zur Operationalisierung der Dimensionen sozialer Integration

Bei der Operationalisierung von dargestellten Konzepten wird bei jeder Dimension ein gleiches, methodisches Vorgehen eingesetzt. Zuerst wird die Vorauswahl der Indikatoren nach Plausibilität unter Berücksichtigung der Literatur getroffen. Dieser Prozess sollte transparent dargestellt werden. Im nächsten Schritt werden Datensätze gesucht, die möglichst nah das theoretische Konstrukt abbilden. Im Theorieteil wurde aufgezeigt, dass sich die soziale Integration aus mehreren Dimensionen zusammensetzt. Weil es sich bei diesen Dimensionen um nicht direkt beobachtbare soziale Phänomene handelt (latente Variablen), werden sie über verschiedene Variablen gemessen, um sie möglichst genau abzubilden. Mithilfe der Faktoranalyse kann empirisch überprüft werden, ob diesen Variablen die jeweilige Dimension sozialer Integration tatsächlich unterliegt. Die Faktoranalyse stellt ein statistisches Verfahren dar, das zwecks Identifizierung von Gruppen oder Clustern von Variablen dient (Field 2009, S. 628) und Zusammenhänge zwischen diesen Variablen systematisiert (Wolff und Bacher 2010, S. 333). Die explorative Faktoranalyse dient in der vorliegenden Untersuchung zu der Bestimmung der dimensional Struktur, der Konstruktion des Index und gegebenenfalls der Datenreduktion (Wolff und Bacher 2010, S. 335) und „geht von den wechselseitigen Zusammenhängen der Einzelindikatoren aus, die als Korrelationen quantifizierbar sind (sog. Korrelationsmatrix)“. Die wichtigste Prämisse ist es dabei die Annahme, dass Variablen gemeinsame Varianzanteile aufweisen müssen, um sie als

⁸⁸ Ein Überblick über alle Module: <http://www.gesis.org/issp/overview> (aufgerufen am 16.08.13).

⁸⁹ Weitere Informationen sind auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 16.08.13).

gemeinsame Indikatoren für ein komplexes Merkmal verwenden zu können (Bortz und Döring 2006, S. 147).

Im Folgenden wird die Strategie geschildert, die bei der Auswahl der Variablen verwendet wurde. Ziel dieser Strategie war es, in dem Theorieteil der vorliegenden Untersuchung angenommene, auch wenn rein theoretische, Struktur möglichst beizubehalten, wobei mögliche Abweichungen von den ursprünglich angenommenen Zusammenhängen dokumentiert und interpretiert werden sollten. Daher kamen folgende Kriterien zur Anwendung:

1. Positive Faktorladungen auf einem Faktor (Korrelationen zwischen Item und Faktor).
2. Höchste Ladung auf dem Faktor, für den die Variable ein Indikator sein soll (möglichst $r > .400$).
3. Aufrechterhaltung der inhaltlichen und theoretischen Breite (Wolff und Bacher 2010, S. 356; Field 2009, S. 638).

Es wird bei jeder Subdimension eine explorative, varimax-rotierte Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Darauffolgend werden die Ergebnisse der Faktorenanalyse interpretiert, wobei genaue Ergebnisse, wie z. B. Korrelationen, Faktorladungen etc., können aus dem Anhang entnommen werden. Sollte auf Grund der Verletzung von statistischen Annahmen die Durchführung der explorativen Faktorenanalyse nicht möglich sein, werden andere statistische Verfahren gesucht, mithilfe deren die Struktur der Daten explorativ geprüft und ihre Reduktion vorgenommen werden kann. Das beschriebene Vorgehen, ihre Annahmen, Grenzwerte für Ladungen etc. werden gleich bei jeder Subdimension sozialer Integration zum Einsatz kommen.

6.2.1 Funktionale Integration

Vorauswahl der Indikatoren

Wie bereits in Abschnitt Theorie dargestellt wurde, liegen die entscheidenden, makrostrukturellen Variablen für funktionale Integration in den ökonomischen Bedingungen der Arbeitswelt. Zentral bleibt es dabei die Frage, wie viel Individuen in Rahmen der funktionalen Integration zur Herstellung von Gütern und Erbringung von Leistungen innerhalb einer Gesellschaft beitragen. Wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen langfristig von der Herstellung von Gütern und Erbringung von Leistungen und somit von der Reproduktion der Teilressourcen sozialer Integration ausgeschlossen sind (z. B. durch Arbeitslosigkeit), lassen sich deren Lebensziele und Erwartungen mit ihnen zu Verfügung stehenden Ressourcen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht realisieren. Unter Umständen kann dies zur sozialen Desintegration in diesen Gesellschaften führen (Kühnel 1997, S. 591; Dörre und Fuchs 2005, S. 26). Empirische Untersuchungen zur Arbeit im Kontext sozialer Integration zeigen, dass „wir gegenwärtig eine Krise der gesellschaftlichen Integration durch Abbau sozial geschützter Lohnarbeit erleben“ (Dörre 2012, S.

49). Dörre unterstreicht mit empirischer Studie die Bedeutung dieser Dimension der sozialen Integration. Ferner argumentiert Dörre, dass „die Teilhabe an geschützter Vollzeitbeschäftigung (oder ihrem flexiblen Pendant), aber auch die Gruppenkonkurrenzen um eine solche Teilhabe sind zentrales Medium der neuen Konfliktdynamik“ wurde (Dörre 2012, S. 49). Dieser Argumentation folgend stellt die Arbeitslosenrate 2011, die durch die Bildung eines Mittelwertes aus dem Jahr 2011 nach der Statistik des Eurostats erfolgte, einen Indikator für empirische Abbildung der funktionellen Integration dar. Auf die gleiche Weise wurde Langzeitarbeitslosenrate für das Jahr 2011 ermittelt.⁹⁰ Die Langzeitarbeitslosigkeit bildet, auch wenn nur in dieser Dimension, die Marginalisierung in der Arbeitswelt ab. Die Langzeit- und Arbeitslosenrate stellen auch in der Literatur einen anerkannten Indikator sozialer Integration dar (Commission of the European Communities 2003, S. 7f; Hamm et al. 1993, S. 218ff; Engel und Simonson 2007, S. 77).

Ferner beinhaltet die Ausbreitung von unsicheren Arbeitsverhältnissen weitere multidimensionale Desintegrationspotenziale, da „prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht allein Unsicherheit und materiellen Mangel bedeuten, vielfach bewirken sie Anerkennungsdefizite und eine Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen“ (Dörre und Fuchs 2005, S. 27).⁹¹ Diese Lage kann durch zwei Indikatoren abgebildet werden. Zu einem stellt die Erwerbsarmut (*in-work poverty rate*), zum anderen materielle Deprivation (*material deprivation*) geeignete Indikatoren dar. Die Erwerbstarmsut wird in der Forschung mikro- und meso-spezifisch betrachtet. Auf der Mikroebene fokussiert die Forschung auf Personen die trotz der Arbeit unter der Armutsgrenze⁹² leben. Auf der Mesoebene werden ganze Haushalte als Untersuchungseinheiten betrachtet (Nollmann 2009). Die vorliegende Arbeit liegt ihr Fokus auf Mikroperspektive. Der Grund dafür ist, dass Indikatoren in anderen Dimensionen der Integration, auch wenn sie aggregiert werden, auf eine Individualerhebung basieren. *In-work poverty rate*⁹³ wird mit Daten des Eurostats operationalisiert. Bei der Operationalisierung wurden Arbeitnehmer/innen mit einer befristeten oder unbefristeten und vollen Arbeitsstelle berücksichtigt. *In-work poverty rate* wird als einfache Summe beider Raten zusammengefasst, da man annehmen kann, dass Arbeitneh-

⁹⁰ Eurostat definiert Arbeitslose als Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, die ohne Arbeit sind, innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben. Langzeitarbeitslose sind Arbeitslose, die zwölf oder mehr Monate ohne Arbeit sind und, innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben. Weitere Informationen sind auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 20.08.13).

⁹¹ Es ist vorstellbar, dass soziale Netzwerke aus der Not entstehen können, bzw. aus der Wahrnehmung des Mangels an Ressourcen und damit verbundener Notwendigkeit der Kooperation bzw. des Handelns. Studien wie von Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel (1975 (1933)) oder Gabriel, Kunz, Roßteutscher und van Deth (2002) beweisen eher das Gegenteil.

⁹² Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle, die bei 60 % des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt. Weitere Informationen sind auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 20.08.13).

⁹³ Tabelle-Kennnummer (ilc iw05). Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 20.08.13).

mer/innen nur eine volle Stelle ausüben können. Es muss darauf hingewiesen werden, dass Teilzeitstellen nicht berücksichtigt wurden. Dieses Vorgehen ist mit der Annahme verbunden, dass sich zum einem der Indikator *In-work poverty rate* auf Individuen bezieht, zum anderen Teilzeitstellen größtenteils kein Einkommen sichern können, die über die Armutsgrenze liegen.⁹⁴ Somit bildet die Variable nicht die Einbindung eines Haushaltes in den Arbeitsmarkt, sondern des Individuums und dies nur in einer Vollzeitbeschäftigung ab (Nollmann 2009, S. 38).

Schwache Einbindung von allen Individuen in den Arbeitsmarkt im Sinne der Unsicherheiten und materiellen Mangels wird durch die Quote der materiellen Deprivation (*material deprivation*) erfasst. Darunter versteht man ein Maß, der die „Unfähigkeit ausdrückt, sich verschiedene Ausgaben leisten zu können, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder gar notwendig angesehen werden“ (O A 2013). Nach Eurostat zählen dazu folgende Güter und Leistungen: Hypotheken- oder Mietschulden oder Rechnungen für Versorgungsleistungen, angemessene Beheizung der Wohnung, unerwartete Ausgaben decken zu können, regelmäßige fleisch- oder eiweißhaltige Mahlzeiten, Urlaubsreisen, Fernseher, Kühlschrank, Auto, Telefon. „Die Quote der erheblichen materiellen Entbehrung ist definiert als die unfreiwillige Unfähigkeit, für mindestens vier der vorstehend genannten Ausgaben aufkommen zu können“ (O A 2013). Für die vorliegende Arbeit wurde die von Eurostat ermittelte Quote aus dem Jahr 2011 übernommen.⁹⁵ Materielle Deprivation als Indikator sozialer bzw. ökonomischer Integration ist ein breit verbreitetes Instrument zur Abbildung der Teilnahme an Arbeitswelt (Böhnke 2008, S. 137). Die Armutgefährdung nach Transferleistungen (*risk of poverty rate after social transfer*) dient als Ergänzungsindikator für materielle Deprivation. Vor allem unter Berücksichtigung der Annahme, dass soziale Integration die Reproduktion bestimmter Ressourcen sozialer Integration darstellt und von der Politik maßgeblich beeinflusst wird, können staatliche Transferleistungen als Indikator für funktionale Integration gesehen werden. Diese Leistungen ermöglichen Individuen, die aus der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen durch Arbeit ausgeschlossen sind, an dem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. In der Logik der vorliegenden Arbeit bedeutet es die Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration durch Teilung mittels staatlichen Handlungen. Neben der ausgeführten, theoretischen Plausibilität stellt die Armutgefährdung nach Transferleistungen ein anerkanntes Indikator für Messung soziales Zusammenhaltes (Atkinson et al. 2002; Böhnke 2008). Der Indikator *risk of poverty rate after social transfer* wurde mit den Daten des Eurostat operationalisiert.⁹⁶ Ein zweiter Indikator für die materielle Deprivation wird durch die haushaltbezogene Unfähig-

⁹⁴ Tabelle-Kennnummer (tesov110). Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 24.09.15).

⁹⁵ Tabelle-Kennnummer (tessi080). Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 21.08.13).

⁹⁶ Tabelle-Kennnummer (tsdsc350). Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 16.09.13).

keit, finanziell über die Runden zu kommen (*inability to make ends meet*) abgebildet.⁹⁷ Selbstverständlich kann an der Stelle, aufgebaut sowohl auf theoretischen, wie empirischen Grundlagen, die Kritik geäußert werden, dass die Unfähigkeit, finanziell über die Runden zu kommen auch Haushalte betreffen kann, die über eine gute bzw. sehr gute finanzielle Lage, im Vergleich zur Rest der Haushalte, verfügen. Um diese begründete Kritik einzubeziehen, werden in der Indexkonstruktion nur Haushalte berücksichtigt, die über weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens verfügen und durch ihre Selbstzuschreibung ihre Lage als schwer und sehr schwer beschreiben.⁹⁸

Ferner die dargestellte Logik folgend stellt aus der theoretischen Sicht die Einkommensungleichheit einen geeigneten Indikator für die Abbildung der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration in Bezug auf funktionale Integration. Um diese Art der Ungleichheit angemessen operationalisieren zu können, wurden zwei Indizes in Betracht gezogen. Zu einem handelt es sich um das *income share held by ...*, zum anderen um den *Gini coefficient* (Wilkinson und Pickett 2010, Kap. 2). Mit dem *income share held by* verbindet man die theoretische Annahme, dass die Differenzierung der Arbeit zur fortschreitenden Differenzierung bei dem auf dem Arbeitsmarkt erzielbaren Einkommen führt und in der Konsequenz zum Anstieg der Einkommensungleichheit zwischen Berufsgruppen z. B. ungelernten und hochqualifizierten Arbeitskräften kommen wird. Dies kann unter den Begriff funktionaler Einkommensungleichheit erfasst werden. Der *income share held by* Indikator bildet ab, wie viel der reichste Teil der Bevölkerung im Vergleich zu den ärmsten Teil an Einkommen (aus der Arbeit, Kapitalerträgen usw.) erzielt.⁹⁹ Der *Gini coefficient* des Einkommens basiert auf der Lorenzkurve, „which plots the share of population against the share of income received“ (Deininger und Squire 1996). Dabei handelt es sich um eine idealtypische vollständige Gleichheit, wenn χ % der Einkommensbezieher die χ % des Einkommens erhalten. Die vollständige Ungleichheit besteht, wenn ein einziger Einkommensbezieher die 100% des gesamten Einkommens erhält. Der *Gini coefficient* des Einkommens variiert von null bis eins (je größer der Wert, desto größer die Ungleichheit) (Cowell 2009, S. 21, 33, 46–61). Somit erfasst der *Gini coefficient* die Abweichung von Gleichverteilung (Hamm et al. 1993). Neben dem unterschiedlichen, theoretischen Hintergrund ist es für die vorliegende Arbeit bedeuten, ob Daten für alle Untersuchungseinheiten vorliegen, darüber hin-

⁹⁷ Die offizielle, deutschsprachige Übersetzung von *inability to make ends meet* lautet „Unfähigkeit, finanziell zu recht zu kommen“. Sollte es damit gemeint sein, dass man unfähig ist, mit dem zur Verfügung stehenden Geld zu recht zu kommen, muss dabei bedacht werden, dass es sich nicht nur um ökonomisches Kapital aber auch um kulturelles und soziales Kapital handelt.

⁹⁸ Tabelle-Kennnummer (ilc_md09). Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 16.10.13).

⁹⁹ Das *income share held by* Index wird meistens auf die ärmsten bzw. reichsten 10% oder 20% gerechnet und ist in der empirischen Ungleichheitsforschung verbreitet. Beispiele dafür siehe auf der Seite der Weltbank <http://data.worldbank.org/indicator/SI.DST.FRST.20> oder <http://www.statista.com/statistics/268282/income-shareheld-by-highest-10-percent-of-total-income/> (aufgerufen am 21.09.13). Der Wert 35% bei *income share held by highest 10%* bedeutet, dass 10% der oberen Einkommen, 35% des Gesamteinkommens alle Haushälter erzielt.

aus kostenfrei und unkompliziert zugänglich sind. Diese Voraussetzung ist bei dem *Gini coefficient of equivalised disposable income* gegeben. Ferner bringt die Messung der Ungleichheit mithilfe von *Gini coefficient* den Vorteil, dass sie Einkommensstruktur ganzer Gesellschaft abbildet und nicht Randerscheinungen berücksichtigt (Wilkinson und Pickett 2010, S. 34). Der *Gini coefficient* als Indikator sozialer Integration wird in Studien an der Makroebene (Klitgaard und Fedderke 1995; Wilkinson und Pickett 2010), wie Mehrebenen-Analysen genutzt (Schnabel und Grötsch 2012). In der vorliegenden Arbeit wird der *Gini coefficient* mit Daten des Eurostats operationalisiert.¹⁰⁰ Ferner sollte mit dem Indikator Vermögensungleichheit (*Gini of wealth distribution*) die ungleiche Reproduktion von Vermögen innerhalb untersuchten Länder operationalisiert werden. Die Daten wurden aus der Studie von Davies und Kollegen übernommen (Davies et al. 2011).¹⁰¹ Es handelt sich dabei um eine Ungleichheit der Verteilung von Vermögen mithilfe von *Gini* Koeffizienten. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede (*gender pay gap*) stellen eine weitere Dimension der ungleichen Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration.¹⁰² Die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit im Hinblick auf Geschlecht steht, sowohl in der Theorie, wie in der Praxis, nicht in der Auflehnung der hier schon ausgeführten Annahme, dass die Differenzierung der Arbeit zur fortschreitenden Differenzierung bei dem auf dem Arbeitsmarkt erzielbaren Einkommen führt. Vielmehr geht es hierbei um eine Norm der gleichen und gerechten Teilhabe an Reproduktion gesellschaftlichen Ressourcen. „Sollten Lohnunterschiede zwischen gleich produktiven Beschäftigten, mit gleicher Arbeitszeit, gleichem Beruf und im gleichen Betrieb bestehen“, würden diese Unterschiede gegen dieser Norm verstoßen (Hinz und Garnter 2005, S. 23). Untersuchungen von T. Hinz und R. Gartner (2005) „belegen einen hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied, selbst wenn wir es mit sonst „gleichen“ Frauen und Männern zu tun haben“. Ähnliche Ergebnisse in europäischen Kontext liefern neuere Untersuchungen (Fransen et al. 2011). Hierbei spielen für die vorliegende Arbeit die Ursachen von geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden keine Rolle. Diese Unterschiede zwischen gleich produktiven Beschäftigten, mit gleicher Arbeitszeit, gleichem Beruf und im vergleichbaren Betrieb weisen auf die illegitime und ungleiche Reproduktion gesellschaftlicher Ressourcen. Auf Grund der Tatsache, dass die Operationalisierung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden in Form von Unterschiede zwischen gleich produktiven Beschäftigten, mit gleicher Arbeitszeit, gleichem Beruf und im vergleichbaren Betrieb nur mit Längsschnittstudien möglich ist, was im Rahmen der vorliegenden Untersuchung unter Berücksichtigung der Datenlage nicht realisierbar ist, wurde das *Gender pay gap* mit Hilfe von Daten des Eurostats opera-

¹⁰⁰ Tabelle-Kennnummer [(SILC)&(ilc_di12)]. Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 25.09.13).

¹⁰¹ Die erhobenen Daten sind aus dem Jahr 2000, mit der Ausnahme von Zypern (Daten aus dem Jahr 2010).

¹⁰² Diese Lohnunterschiede stellen eine spezifische Dimension der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt dar (Aigner und Cain 1977).

tionalisiert. Dabei handelt es sich um den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied ohne Anpassung.¹⁰³

Unter Berücksichtigung dieser Argumentation sollte man die Lohnunterschiede, die zwischen Einheimischen und Migranten bestehen (*immigrants pay-gap* oder *native-immigrant income gap*) als Indikator für funktionale Integration berücksichtigen. Die Differenz bezüglich des erzielbaren Einkommens erfasst in der Literatur ökonomische Integration (Grand und Szulkin 2002) und kann als ein Instrument des Ausschlusses, gradueller Integration (Rydgren 2004) oder der Diskriminierung gesehen werden (Kee 1995). Die auf dem Migrationshintergrund zurückführenden Lohnunterschiede stellen eine weitere Dimension der ungleichen Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration dar. Bei der Operationalisierung von *native-immigrant income gap* werden die Grenzen der Sekundäranalyse und des *record-linkage* Verfahrens deutlich, da die Datenlage keine Indikatoren liefert, die das *native-immigrant income gap* abbilden. In Folge dessen müsste das *native-immigrant income gap* auf die Armutsgefährdungsquote unter Migranten¹⁰⁴ (*At-risk-of-poverty rate by broad group of country of birth*) reduziert werden. Somit wird nicht der Lohnunterschied sondern Armutsgefährdungsquote unter Migranten als Dimension der ungleichen Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration als Indikator für funktionale Integration operationalisiert. Die Operationalisierung des *Gender pay gap* und des *at-risk-of-poverty rate by broad group of country of birth* auf diese Weise ist mit einem Fehler belastet, da sie die Unterschiede im Humankapital zwischen Männer und Frauen bzw. Einheimischen und Migranten nicht abbildet (Grand und Szulkin 2002, S. 39–41). Den beiden Kritikpunkten muss an der Stelle hinzugefügt werden, dass die Dimension Kooperation *sensu stricto* nicht durch Operationalisierung mit manifesten Variablen abgebildet wurde, da bis dato keine öffentlich zugängliche und international vergleichbare Datensätze zur diesen Subdimension der Integration vorliegen.¹⁰⁵

Die folgende Tabelle 6-1 bietet ein Überblick über Vorauswahl der Indikatoren funktionaler Integration, Anzahl der Fälle und deskriptive Statistik für diese Indikatoren [Minimum (Min.), Maximum (Max.), Mittelwert (M) und Standardabweichung (SD)]. Alle Indikatoren können einen Wert zwischen ,000 und 1 annehmen.

¹⁰³ Tabelle-Kennnummer (tsdcs340) (aufgerufen am 11.10.13). Das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle ohne Anpassungen bezeichnet den Unterschied zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Die Grundgesamtheit umfasst alle Beschäftigten in Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr in der NACE Rev. 2 Aggregat B bis S (ohne O) - vor dem Referenzjahr 2008: NACE Rev. 1.1 Aggregat C bis O (ohne L). Für diesen Indikator werden die erhobenen Daten entsprechend der Rahmenbedingung über die Methodik der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung (EG-Verordnung 530/1999) berechnet. Diese ersetzen die Daten, die auf nicht harmonisierten Quellen basierten.

¹⁰⁴ Tabelle-Kennnummer (ilc_li32) (aufgerufen am 15.10.13).

¹⁰⁵ Dies konnte mit einer Frage nach Kooperation auf der Arbeitsstelle manifest operationalisiert werden (z.B. Hängen Ergebnisse Ihrer Arbeit von der (Zu)arbeit anderen ab?).

Tabelle 6-1 Überblick über Vorauswahl der Indikatoren funktionaler Integration

Indikator	N	Min.	Max.	M	SD
Employ Employment rate	26	,524	,793	,653	,072
GenPayGap Gender pay gap	24	,023	,273	,158	,060
Gini Gini coefficient of equivalised disposable income	26	,229	,351	,291	,037
LongUnempl Long unemployment rate	26	,186	,678	,412	,139
MakeEnds Inability to make ends meet	26	,071	,600	,272	,158
MatDepv Material deprivation	25	,010	,436	,087	,090
Riskpov Risk of poverty rate after social transfer	24	,098	,223	,154	,035
RiskpovIM Risk of poverty by immigrants	24	,097	,364	,221	,075
SocialExp Social Expenditure	26	,172	,321	,240	,039
Unemploy Unemployment rate	26	,028	,217	,094	,045
Workpov In work poverty rate	25	,054	,325	,178	,067

Interpretation von Ergebnissen der Faktorenanalyse

Die Ergebnisse der explorativen Faktorenanalyse weisen ambivalente Schlüsse auf. Zu einem wurden die Dimensionen der funktionalen Integration abgebildet, zum anderen verweist die Analyse auf Unklarheiten des theoretischen Modells. Diese Unklarheiten stammen meines Ach- tens zum kleinen Teil aus der theoretischen Überlegung, großsteil aber aus der begrenzten Mög- lichkeiten bzw. offensichtlichen Grenzen einer Sekundäranalyse.¹⁰⁶

Die auf den ersten Faktor ladenden Variablen (*Inability to make ends meet*, *Employment rate [umgepolt]*, *Material deprivation*, *Long unemployment rate*, *Unemployment rate*) beziehen sich auf ausreichende bzw. mangelhafte Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration durch Arbeit. Die klassischen „Armutsvariablen“ (*Risk of poverty by immigrants*, *Risk of poverty rate after social transfer*, *Social Expenditure*, *Gini coefficient of equivalised disposable income*) laden auf den zweiten Faktor. Interessanterweise laden die Ausgaben des Staates für soziale Leistungen (*Social Expenditure*) auch auf diesem Faktor. Dieses Ergebnis kann ein Hinweis darauf sein, dass nicht die Höhe der Ausgaben, gemessen an Anteil des BIP keine Bedeutung für Armutsbekämpfung aufzeigt, sonder die Art und Weise wie das Geld umverteilt wird.¹⁰⁷

¹⁰⁶ Dieser Kritik konnte man entgehen, indem man den Index ohne Reduktionsverfahren bilden würde, zumal dessen Reliabilität auf einem marginal akzeptablen Niveau gelegen hätte (Field 2009, S. 668; Rammstedt 2010).

¹⁰⁷ Ähnliche Ergebnisse werden bezüglich der Lebenswertung und Ausgaben pro Kopf für Gesundheitsweisen beobachtet (Wilkinson und Pickett 2010).

Aus theoretischer Perspektive unerwartet, laden zwei Variablen auf einem eigenen Faktor (*Gender pay gap*, *In work poverty rate*). Aufgrund der Analyse unter Berücksichtigung theoretischer Ausführungen wird die Variable *Gender pay gap* aus der Analyse ausgeschlossen. Die Variable *In work poverty rate* wird in der Dimension Arbeit/Reproduktion berücksichtigt. Dieses Vorgehen kann nur unter zwei Prämissen als akzeptabel gesehen werden. Zu einem die theoretische Nähe der Variable *In work poverty rate* zu den auf den ersten Faktor ladenden Variablen.¹⁰⁸ Zu anderem muss die Reliabilitätsanalyse einen mindestens guten Wert ($\alpha \geq ,700$) aufweisen (Field 2009, S. 668; Rammstedt 2010). Der Wert des Crombachs Alpha für die neu gebildete Dimension Arbeit/Reproduktion beträgt $\alpha = ,793$. Die zweite Dimension der funktionalen Integration, die aus vier Variablen besteht (SocialExp, Gini, Riskpo, RiskpovIM) weist mit $\alpha = ,592$ nur mäßigen Wert der Reliabilitätsanalyse auf (Field 2009, S. 668; Rammstedt 2010). In der Tabelle 6-2 wurden die Ergebnisse der deskriptiven Analyse der Indikatoren dargestellt.

Tabelle 6-2 Überblick über Dimensionen und Indikatoren funktionaler Integration

Dimension/Indikator	N	Min.	Max.	M	SD
<i>Arbeitsteilung/Reproduktion</i>					
Employ - Employment rate [umgepolt]	26	,207	,476	,347	,072
LongUnempl - Long unemployment rate	26	,186	,678	,412	,139
MakeEnds - Inability to make ends meet	26	,071	,600	,272	,158
MatDepv - Material deprivation	26	,010	,436	,087	,090
Unemploy - Unemployment rate	26	,028	,217	,094	,045
Workpov - In work poverty rate	25	,054	,325	,178	,067
α Crombachs Alpha	,793				
<i>Teilhabe/Armut</i>					
Gini - Gini coefficient of equivalised disposable income	26	,229	,351	,291	,037
Riskpov - Risk of poverty rate after social transfer	24	,098	,223	,154	,035
RiskpovIM - Risk of poverty by immigrants	24	,097	,364	,221	,075
SocialExp - Social Expenditure	26	,172	,321	,240	,039
α Crombachs Alpha	,592				

Die gebildeten Indizes müssen vor weiteren empirischen Analysen umgepolt werden, damit höhere Werte positiv sind. Aus der durchgeführten explorativen Faktoranalyse lassen sich fol-

¹⁰⁸ Siehe Kriterien (Wolff und Bacher 2010, S. 365; Field 2009, S. 638).

gende Schlussfolgerungen für weitere theoretische, wie empirische Überlegungen hinsichtlich sozialer Integration ziehen. Aus der Theorie abgeleiteten Variablen für funktionale Integration, die die ökonomischen Bedingungen der Arbeitswelt abbilden und auf die ausreichende bzw. mangelhafte Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration durch Arbeit hinweisen sollen erwiesen sich als stabile Indikatoren für das Abbilden der funktionalen Dimension sozialer Integration. Darüber hinaus deutet die Faktorenanalyse darauf hin, dass nicht die Höhe der Ausgaben, gemessen an Anteil des BIP keine Bedeutung für Armutsbekämpfung aufzeigt, sondern die Art und Weise wie das Geld umverteilt wird. Dieses Ergebnis korrespondiert mit unter anderem mit Befunden von Wilkinson und Pickett (2010). Wie schon angedeutet und aus der theoretischen Perspektive unerwartet, ladeten zwei Variablen (*Gender pay gap*, *In work poverty rate*) auf einem eigenen Faktor. Auch wenn in der vorliegenden Untersuchung aus analytischen Gründen dieser Befund nicht berücksichtigt wurde stellt sich die Frage danach, ob auf spezifische Ungleichheiten (wie das Geschlecht) bezogene Differenzen in der modernen Arbeitswelt eine eigene Subdimension der funktionalen Integration abbilden. Es ist leider mit den vorhandenen Daten nicht möglich, die anderen Dimensionen der Ungleichheit wie z.B. die Lohnunterschiede, die zwischen Einheimischen und Migranten bestehen (*immigrants pay-gap* oder *native-immigrant income gap*; *at-risk-of-poverty rate by broad group of country of birth*) als Indikatoren für funktionale Integration berücksichtigen. Es ist aber aus theoretischer Sicht denkbar, dass diese auch auf dem beobachtbaren dritten Faktor laden und eigene Subdimension bilden würden. Diese Frage kann im Rahmen der vorliegenden Untersuchung leider nicht berücksichtigt werden, nichtsdestotrotz bleibt sie für weitere Forschung offen.

6.2.2 Kulturelle Integration

Vorauswahl der Indikatoren

In der Theorie der vorgelegten Arbeit wurde die kulturelle Integration als eine Form der „Übereinstimmung in Wertvorstellungen“, und „gemeinsame Sinndeutungen und Konzeptionen“, die sich auf „das Kollektiv im Ganzen“ beziehen (Peters 1993, S. 104) definiert. Die Operationalisierung dieser Dimension wird in der Anlehnung an unterschiedliche Konzeptionen der Kultur durchgeführt. Zum einen an die Konzeption der kulturellen Integration von Linton (Linton 1936), die Kultur in drei Dimensionen differenziert: universelle, spezielle (*specialities*) und alternative Kultur. Zum anderen wird auf die Konzepte von Honneth (1992), Almond und Verba (1963) und Easton (1975) Bezug genommen. Im Kontext der sozialen Integration differenzierter Gesellschaften wird in der vorliegenden Arbeit angenommen, dass sich universelle Kultur nur durch Akzeptanz und Identifikation mit den Grundbedingungen der Gesellschaftsordnung und ihren institutionalisierten Regeln äußert. Diese Bedingungen sind Grundprämissen

der Demokratie, wie z. B. gewaltfreie Austragung politischer Konflikte.¹⁰⁹ Somit spielen spezielle und alternative Kultur für die Integration moderner Gesellschaften so weit keine Rolle, wenn sie die Grundprämissen der universellen Kultur nicht in Frage stellen oder verachten. In der Konsequenz sind für die Theorie, wie Operationalisierung zwei Begriffe bedeutend: Identifikation mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung und ihrer Anerkennung als Gegensatz zur Ablehnung (Berger-Schmitt 2000).

Die Identifikation mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung, die in der vorliegenden Arbeit gleich mit politischer Gemeinschaft¹¹⁰ zusetzen ist, wird auch als subjektives Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmaren Ordnung verstanden (Easton 1979, S. 185).¹¹¹ Die Identifikation für eine gesellschaftliche und rechtliche Ordnung kann auf drei verschiedenen Objektebenen stattfinden: die Werte-, Struktur- und Performanzebene (Fuchs 1997). Die Wertebene bezieht sich auf die normative Idee der Demokratie. Angesicht der Diversität der Werte in einer modernen Gesellschaft kann man nur von einer begrenzten Anzahl von Werten sprechen, die Ideen der Demokratie gemeinsam aufweisen. Die Strukturebene verbindet Fuchs (1997) der Verfassungsnormen also mit rechtlicher Grundordnung des politischen Systems also implementierte Struktur einer Demokratie. Die Performanzebene bezieht sich auf den demokratischen Prozess und seine Resultate. Für die vorliegende Arbeit sind nur die ersten zwei Ebenen relevant. Die Ebene der Performanz wird aufgrund der Überlegung ausgeschlossen, dass man negative Resultate der politischen Praxis starken subjektiven Charakter aufweisen (Kumlin 2010; Easton 1979, S. 444).¹¹² Ferner sollte damit ausgeschlossen werden, dass „kritische Demokraten“, Individuen die Demokratie als Ideal sehen, beim gleichzeitigen Auftreten der Unzufriedenheit mit der Performanz des politischen Systems, in die Analyse als negative Erscheinung einfließen. Den Überlegungen von Fuchs (1997) folgend in der Anlehnung an empirische Untersuchungen zu politischen Kultur in Bezug auf neue Demokratien in Osteuropa (Pickel et al. 2006), handelt es sich bei der Operationalisierung der kulturellen Integration um empirisch beobachtbare Phänomene, die sich auf Demokratie als Ideal und demokratische Verfassung beziehen. Dabei greift die Forschung auf Untersuchungen zu Einstellungen der Bürger gegenüber politischen Objekten auf Werte- oder Strukturebene zurück (Pickel 2009). Pickel und Jacob schlagen nach theoretischer Diskussion folgende Indikatoren vor (Pickel und Jacobs 2006, S. 39):

¹⁰⁹ Diese Annahme kann in der Anlehnung an Nunner-Winkler (2008) als kontraktualistisches Werteverständnis begriffen werden.

¹¹⁰ Nach Easton wird als politische Gemeinschaft eine Personengruppe bezeichnet, die durch ein politisches Zugehörigkeitsgefühl verbunden ist (Easton 1979, S. 177). Das Übergeordnete Ziel der politischen Gemeinschaft ist die Sicherung ihrer Konsistenz.

¹¹¹ Um empirische Durchführbarkeit zu sichern, wird die gesellschaftliche und rechtliche Ordnung als nationalstaatliche Ordnung definiert.

¹¹² Selbstverständlich ist eine Rückkopplung der zwischen den Ebenen der Performanz, der Struktur und den Werten nicht ausgeschlossen.

- *Die Idee der Demokratie ist in jedem Fall gut*
- *Die Demokratie ist die beste Regierungsform*
- *Die Diktatur ist beste Regierungsform*
- *Starker Führer statt Parlament.*

Im Hinblick auf die theoretische Diskussion und folgende Operationalisierung wird es angenommen, dass es sich bei den Indikatoren um Grundprämissen der Demokratie, wie z. B. gewaltfreie Austragung politischer Konflikte, handelt. In der Konsequenz sind Konzepte des Nationalismus und des Patriotismus ausgeschlossen, da diese Einstellungsmerkmale nicht nur in demokratischen Systemen auftreten.¹¹³ Ferner gibt es keine klare theoretische Grenze zwischen Nationalismus und Patriotismus als Form der Identifikation mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung (Klingemann 1999, S. 39f; Szacki 1997, S. 15–18) der Basis dieser Überlegungen werden aus den verfügbaren Datensetzen Indikatoren gesucht, die diese Dimension (Identifikation mit der rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung) der kulturellen Integration abbilden.

In den Datensatz des EVS findet man folgende Fragen, die als Indikatoren für Abbildung der Identifikation mit Grundprämissen der Demokratie geeignet sind.

1. *I'm going to describe various types of political systems and ask what you think about each as a way of governing this country. For each one, would you say it is a very good, fairly good, fairly bad or very bad way of governing this country?*
 - a. *Having a strong leader who does not have to bother with parliament and elections*
 - b. *Having experts, not government, make decisions according to what they think is best for the country*
 - c. *Having the army rule the country*
 - d. *Having a democratic political system*
2. *I'm going to read off some things that people sometimes say about a democratic political system. Could you please tell me if you agree strongly, agree, disagree or disagree strongly, after I read each of them?*
 - a. *Democracy may have problems but it's better than any other form of government*
 - b. *Democracies are indecisive and have too much squabbling*
 - c. *Democracies aren't good at maintaining order.*

Ferner wird bei der Operationalisierung eine Frage in die Analyse aufgenommen, die sich auf nicht systemkonforme Umsetzung von Zielen bezieht.

¹¹³ Der Nationalstolz ist den autoritären, politischen Systemen nicht fremd, dessen Ambivalenz und Instrumentalisierung ist aber meines Erachtens offensichtlich.

3. *Terrorism is everyday news. In principle, most people are against it, but there is still room for differences of opinion. Which of these two statements do you tend to agree with?*

1 – *There may be certain circumstances where terrorism is justified*

2 – *Terrorism for whatever motive must always be condemned*

Eine Zustimmung der Gewalt wurde in einer pluralistischen Gesellschaft die Verletzung von Grundprämissen der kulturellen Integration bedeuten.

Die Operationalisierung der Anerkennung der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung ist aufgrund des Mangels an Daten mit folgenden Problemen konfrontiert. Zu einem muss in der vorliegenden Arbeit angenommen werden, dass sich die Anerkennung der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung in dem Vertrauen in die Institutionen dieser Ordnung äußert. Damit rückt aus der theoretischen Sicht im Vordergrund das Problem, dass die Anerkennung eine asymmetrische Beziehung darstellen kann, die aus dem Verhältnis, z. B. Herrschaftsverhältnis, zwischen Akteuren resultieren kann (Hartmann 2011, S. 245), und dies auch unter theoretischer Prämisse, dass „wenn wir anderen vertrauen, das eine Form der Anerkennung ist (...)“¹¹⁴ Handelt es sich (...) um politische Institutionen im engeren Sinne, vertrauen wir darauf, dass die politischen Repräsentanten ihr Handeln am Gemeinwohl und nicht an ihren persönlichen Interessen“ orientieren (Hartmann 2011, S. 180f).¹¹⁵ Das zweite Problem der Operationalisierung der Anerkennung liegt daran, dass sich bei den Institutionen der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung um wählbare Institutionen (z. B. Regierungen) handelt, deren Anerkennung seitens Mitglieder dieser Ordnungen mit politischen Einstellungen und Orientierungen verbunden ist.¹¹⁶ Bei der Operationalisierung sollten neben politischer Institutionen im engeren Sinne auch diese Institutionen politischer Ordnung berücksichtigt werden, die nicht elektiven Charakter aufweisen (z. B. Gewerkschaften, freie Presse) aber Teil der institutionalisierten Ordnung sind.

Die Operationalisierung der Anerkennung der gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung wird mit den folgenden Fragen aus dem Datensatz des ESS durchgeführt.

4. *Using this card, please tell me on a score of 0-10 how much you personally trust each of the institutions I read out. 0 means you do not trust an institution at all, and 10 means you have complete trust. Firstly...*

a. ... [country]'s parliament?

b. ... the legal system?

¹¹⁴ Das Vertrauen ist von anderen Einstellungen und Dispositionen umgeben. Es kann in verschiedenen Beziehungskonzepten gefunden werden, in denen sich nicht nur um das Vertrauen aber auch um z.B. Macht oder Einsehen handelt (Hartmann 2011, S. 14).

¹¹⁵ Es ist vorstellbar, dass bei der Abfragung der Anerkennung in der empirischen Forschung nicht von der theoretischen Differenzierung zwischen Anerkennung der Performanz und Anerkennung der Institution als solche, in ihrer Notwendigkeit oder Unverzichtbarkeit der Existenz für moderne Gesellschaften, unterschieden werden kann. Somit wird in die Frage nach Anerkennung, die Ebene der Performanz einfließen.

¹¹⁶ In der Konsequenz ist es aus der theoretischen Perspektive vorstellbar, dass ich kein Vertrauen in die Regierung habe, weil ich z.B. mit der Performanz oder der Politiklinie nicht einverstanden bin oder einfach die Regierungsparteien nicht wählte.

c. ... *the police*?

Der Datensatz des EVS beinhaltet folgende Fragen, die Dimension der Anerkennung empirisch erfassen lassen.

5. *Please look at this card and tell me, for each item listed, how much confidence you have in them, is it a great deal, quite a lot, not very much or none at all?*

- a. *The church*
- b. *The armed forces*
- c. *The press*
- d. *Civil service*
- e. *Trade Union*

Das Skalenniveau der Indikatoren in der EVS-Studie lag bei 1 – very good, 2 – good, 3 – bad, 4 – very bad bei den Fragen 1. bis 2.. Bei der Frage 3. lag das Skalenniveau zwischen 1 – *There may be certain circumstances where terrorism is justified* und 2 – *Terrorism for whatever motive must always be condemned*. Im Falle der Fragen 5. in der EVS-Studie lag das Skalenniveau bei 1 – a great deal, 2 – quite a lot, 3 – not very much, 4 – non at all. Um Vergleichbarkeit der Indikatoren zu sichern wurden diese, wenn notwendig, auf ein Skalenniveau von ,000 bis 1 umkodiert, indem die Antworten *very good* und *good* und *bad* und *very bad* zusammengefasst wurden.¹¹⁷ Die folgende Tabelle 6-3 bietet ein Überblick über die Vorauswahl von Indikatoren kultureller Integration.

¹¹⁷ Genauere Informationen siehe Anhang-CD-ROM – Syntax.

Tabelle 6-3 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren kultureller Integration

Indikator	N	Min.	Max.	M	SD
ArmyRule Army ruling	26	,007	,175	,066	,044
ArmyTr Confidence in army	26	,333	,899	,599	,148
ChurchTr Confidence in church	26	,208	,749	,472	,133
CivilSTr Confidence in civil service	26	,174	,724	,475	,143
DemBest Democracy best pol. sys.	26	,810	,992	,922	,047
DemGood Democracy is good	26	,801	,993	,905	,054
DemNoDec Democracy is indecisive	26	,327	,742	,542	,119
DemNoOrd Democracy cannot est. order	26	,137	,612	,319	,136
EcoOrgTr Confidence in environmental org.	26	,308	,758	,579	,114
Experts Experts makes decision	26	,181	,897	,566	,194
LeglSysTr Confidence in legal sys.	26	,250	,735	,502	,128
ParlTr Confidence in parlament	26	,204	,628	,424	,120
PolicTr Confidence in police	26	,438	,803	,598	,099
PressTr Confidence in press	26	,148	,620	,357	,109
Strong Strong leader make decision	26	,072	,624	,260	,126
TerrJust Terrorism can be justified	26	,876	,979	,937	,024
UnionsTr Confidence in trade unions	26	,106	,636	,392	,131

Interpretation von Ergebnissen der Faktorenanalyse

Der erste Faktor entspricht der Identifikation mit der rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung, wobei auf diesem Faktor auch Variablen laden, die aus der Sicht der Theorie zur Subdimension der Anerkennung gehören. Zwei Variablen (*Democracy cannot establish order* und *Experts makes decision*) weisen eine negative Ladung auf und müssen vor weiteren Analysen umgepolt werden. Aufgrund theoretischer Überlegungen unter Berücksichtigung von Auswahlkriterien wurden die Variablen *Strong leader make decision* und *Army ruling* in diese Subdimension eingezogen. Diese Variablen müssen auch vor weiteren Analysen umgepolt werden.

Die Variable *Terrorism can be justified* wird aufgrund der methodologischen Annahmen nicht berücksichtigt, da sie die oben vorgestellten Kriterien nicht erfüllt. Ferner weist diese Variable zu niedrigen Wert $h^2 < .600$ (MacCallum et al. 1999).

Die Ergebnisse der Faktorenanalyse im Hinblick auf die im Theorieteil getroffene Unterscheidung zwischen Identifikation und Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung weisen darauf hin, dass eine wechselseitige, empirisch beobachtbare Abhängigkeit zwischen beiden Begriffen auftritt. Dieses Ergebnis kann einerseits auf die nicht ausreichende theoretische Trennschärfe zurückgeführt werden. Andererseits kann der Grund dafür an der Operationalisierung mit Sekundärdaten liegen. Durch die Operationalisierung der Identifikation mit dargestellten Fragen gelangt es nicht, die Identifikation von Anerkennung der Institutionen politischer Ordnung zu trennen, zumal aufgrund der Datenlagen dies über das Vertrauen erfasst wurde. Somit fließt in die Beurteilung eines demokratischen Systems das Vertrauen in seine ihm zu Grunde liegenden Institutionen. Aus theoretischen Sicht muss vermerkt werden, dass somit auch die Performanz eines demokratischen System ungewollt erfasst wurde, da es schwer vorstellbar ist, dass das Vertrauen in einer politischen Institution nicht mit ihrer Performanz zu tun vermag (Kumlin 2002; van der Meer 2010). Dieses Problem kann zum Teil aufgehoben werden, indem man bei der Fragenbogenkonstruktion die theoretische Trennung zwischen Anerkennung der Notwendigkeit einer Institution (z. B. öffentliches, kostenfreies Schulsystem) im demokratischen System und der Identifikation mit gesamten rechtlich-politischen Ordnung übernimmt. Die dritte mögliche Dimension wäre die Beurteilung der Performanz bzw. wahrgenommener Demokratie-realität.¹¹⁸ Die restlichen Variablen können nicht berücksichtigt werden, da diese die höchste Ladung auf dem Faktor, für den die Variable ein Indikator sein soll nicht aufweisen oder das Kriterium der Aufrechterhaltung der inhaltlichen und theoretischen Breite verletzen.¹¹⁹ Die Tabelle 6-4 stellt die Indikatoren der kulturellen Integration dar.

¹¹⁸ Es sind meines Erachtens klassische Problemlagen der Sekundäranalyse. Bei der Fragenbogenkonstruktion konnte die Identifikation und die Anerkennung über die Werteebene und Einstellungen über erfragt werden (z.B. unabhängig von der Realität ist die Idee der Demokratie gut? Unabhängig von der Leistung in Ihrem Land, braucht die Demokratie eine allgemeine Krankenversicherung?) und die Performanz als Bewertung des Outputs politischen Systems (z.B. Wie bewerten Sie ökonomische Entwicklung in ihrem Land). Dieser Vorschlag orientiert sich an Eastonischen Konzept mit der Abweichung, dass Elemente des Sozialstaates (Krankenversicherung) als demokratische Kriterien erfasst sind. Der Grund dafür liegt in der Annahme, dass nicht die Stabilität eines politischen Systems sonder seine Qualität ausschlaggebend ist. Einige empirische Studien zeigen die Diskrepanz zwischen theoretischen Begriffen und empirischer Messung (Bouckaert und Van de Walle 2003).

¹¹⁹ Weitere Informationen siehe Anhang; S. 9.

Tabelle 6-4 Überblick über Dimensionen und Indikatoren kultureller Integration

Dimension/Indikator	N	Min.	Max.	M	SD	VAR
<i>Identifikation und Anerkennung</i>						
ArmyRule Army ruling [umgepolt]	26	,825	,993	,934	,044	,002
CivilSTr Confidence in civil service	26	,174	,724	,475	,143	,020
DemBest Democracy best pol. sys.	26	,810	,992	,922	,047	,002
DemGood Democracy is good	26	,801	,993	,905	,054	,003
DemNoOrd Democracy cannot est. order [umgepolt]	26	,388	,863	,681	,136	,018
Experts Experts makes decision [umgepolt]	26	,103	,819	,434	,194	,038
LeglSysTr Confidence in legal sys.	26	,250	,735	,502	,128	,016
ParlTr Confidence in parliament	26	,204	,628	,424	,120	,014
PolicTr Confidence in police	26	,438	,803	,598	,099	,010
PressTr Confidence in press	26	,148	,620	,357	,109	,012
Strong Strong leader make decision [umgepolt]	26	,376	,928	,740	,127	,016
UnionsTr Confidence in trade unions	26	,106	,636	,392	,131	,017
α Crombachs Alpha	,897					

Die Ergebnisse der Faktorenanalyse lassen auf folgende Zusammenhänge auf der Aggregatebene schließen. Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Presse und *enviromental organisations* und Kritik der Demokratie als „nicht entscheidungsfähig“ (*democracy is indecisive*). Man kann vermuten, dass es sich zu einem um die Kritik der repräsentativen Demokratie handelt, zum anderen um Typus der „kritischen Demokraten“. Dem widersprechen die Korrelationen zwischen den Variablen (siehe Korrelationsmatrix in Anhang). So besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Variable *democracy is indecisive* und *Strong leader make decision*, *Experts makes decision* und *democracy can not establish order*.¹²⁰

Interessante Ergebnisse der Faktorenanalyse weisen die Ladungen auf den dritten Faktor auf. Dabei handelt es sich um folgende Variablen: *Confidence in church*, *Confidence in army*, *Army ruling*, die Indirekt die konservativen Werte und Einstellungen messen. Offensichtlich besteht auf der Aggregatebene ein Zusammenhang zwischen traditionellen Werten (Dogan 1998) und spezifischen Vorstellungen des demokratischen Regierens, die wiederum ab bestimmten Stadium undemokratisch sind.

¹²⁰ Bei der Variable *democracy can not establish order* ist der positive Zusammenhang statistisch signifikant.

6.2.3 Kommunikative Integration

Vorauswahl der Indikatoren

In der theoretischen Teil der Arbeit wurde darauf hingewiesen, dass die Sprache zu den Grundmedien der Interaktion gehört (Esser 2000, S. 273). Der Ausmaß und die Art von kommunikativen Interaktionen zwischen sozialen Einheiten stellt die kommunikative Dimension der sozialen Integration dar. Die Operationalisierung von Dimension der kommunikativen Integration wird in der Anlehnung an die Idee von Landecker durchgeführt (Landecker 1951, S. 336). Ein kleines Netzwerk von Personen und geringe Zahl von inter-personellen Kontakten sind Merkmale für soziale Ausgrenzung (Castel 2000) oder Exklusion (Kronauer 2010; Stichweh 2005). Dies korrespondiert stark mit Überlegungen von Bourdieu (1983). „Der Umfang des Sozialkapitals¹²¹, das der einzelne besitzt, hängt (...) von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die er tatsächlich mobilisieren kann, (...) auch von Umfang des (...) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht“ (Bourdieu 1983, S. 191). Die Operationalisierung des sozialen Kapitals als „level of interpersonal relations, such as family, friends, neighbours“ (Berger-Schmitt 2000, S. 6) oder „Freundschafts- und Beziehungsnetzwerke“ (Friedrichs und Jagodzinski 1999, S. 20) ist in der Integrationsforschung, unabhängig von untersuchten Kontext, breit verbreitet (Haug et al. 2007; Dimeglio et al. 2013; Dickes und Valentova 2013). Ein breites empirisches Instrument bietet die Forschung im Kontext von nachbarschaftlichem Zusammenhalt an (Lochner et al. 1999).

Dickens, Valentova und Borsenberger haben die Intensität sozialer Relationen mit folgenden Variablen aus den Daten des EVS operationalisiert: *spend time with friends; spend time with colleagues outside the workplace; spend time with people in clubs and voluntary associations* (Dickes et al. 2008). Berger-Schmitt schlägt nach theoretischer Analyse im Hinblick auf soziale Interaktionen folgende Indikatoren vor (Berger-Schmitt 2000, S. 6):

- *Availability of a close friend*
- *Frequency of contacts to close relatives*
- *Support in Case of feeling depressed*
- *Percentage of people, who feel lonely*
- *Existence of close relatives*
- *Existence of at least one close friend*
- *Weekly contacts to close relatives*
- *Weekly contacts to the best friends*
- *Regular attendance of church*¹²²

¹²¹ Es handelt sich nach meiner Auffassung um eine fehlerhafte Übersetzung des Begriffes aus dem Französischen (*capital social*). Der Begriff muss, um eine Differenzierung zwischen *capital social (fr.)* und *social capital (eng.)* zu ermöglichen, als soziales Kapital übersetzt werden.

¹²² Es ist meines Achters aus theoretischer Sicht eine sehr spezifische Form der Interaktion, die einen Potenzial der Exklusion und Homogenität beinhaltet (z.B. konservative Kirchengemeinden in Osteuropa wie z.B. „Rodzina Radia Maryja“).

Die Datensätze von EVS und ESS beinhalten folgende Fragen, die Dimension kommunikative Integration empirisch erfassen lassen.

In Bezug auf Kirchenbesuch (EVS):

1. Apart from weddings, funerals and christenings, about how often do you attend religious services these days?

- 1 – more than once week*
- 2 – once a week*
- 3 – once a month*
- 4 – only on specific holy days*
- 5 – once a year*
- 6 – less often*
- 7 – never, practically never*
- 8 – don't know (spontaneous)*
- 9 – no answer (spontaneous)*

Mit den Daten des ESS lassen sich folgende Indikatoren kommunikative Integration empirisch erfassen. *Frequency of contacts to close relatives:*

2. Using this card, how often do you meet socially with friends, relatives or work colleagues?

- 1 - Never*
- 2 - Less than once a month*
- 3 - Once a month*
- 4 - Several times a month*
- 5 - Once a week*
- 6 - Several times a week*
- 7 - Every day*
- 77 - Refusal*
- 88 - Don't know*
- 99 - No answer*

Und auch das Gefühl der Einsamkeit - *Percentage of people, who feel lonely:*

3. I will now read out a list of the ways you might have felt or behaved during the past week. Using this card, please tell me how much of the time during the past week...

... you felt lonely?

- 1 - None or almost none of the time*
- 2 - Some of the time*
- 3 - Most of the time*
- 4 - All or almost all of the time*
- 7 - Refusal*
- 8 - Don't know*
- 9 - No answer*

Ferner lässt sich die Existenz einer Vertrauensperson - *Existence of at least one close friend* mit Daten des ESS operationalisieren.

4. *Do you have anyone with whom you can discuss intimate and personal matters?*

- 1 - *Yes*
- 2 - *No*
- 7 - *Refusal*
- 8 - *Don't know*
- 9 - *No answer*

Aus theoretischer Sicht spielt die Anzahl von Haushaltmitgliedern eine Rolle in Bezug auf Intensität sozialer Kontakte. Ein Haushalt mit mehreren Mitgliedern intensiviert die Anzahl von Kontakten. Dieser Indikator lässt sich mit Daten des Eurostats abbilden, wobei es sich um durchschnittliche Haushaltsgröße im Jahr 2011 handelt.¹²³ Zwecks Vergleich wurde mit den Daten des ESS Ein-Person Haushalte dichotom erfasst (*Numer of people living as member of household*).¹²⁴

Im Hinblick auf die Operationalisierung kommunikativer Integration unter Berücksichtigung der theoretischen Analyse bitten die ausgewählten Datensätze sehr begrenzte Anzahl von Indikatoren. Aus theoretischer Sicht gibt es zwei Lösungsansätze für diese Problematik. Zu einem konnten auf andere Datensätze zurückgegriffen werden, wobei das Erhebungsjahr beachtet werden muss. Zu anderen sollten andere Formen der Kommunikation bzw. der Interaktionen als von Autoren vorgeschlagen berücksichtigt werden (z. B. via Internet).

Mit dem Datensatz des *European Quality of Life Survey* (EQLS: Erhebungsjahr 2011) lassen face-to-face Kontakte mit der Familie (Kinder, Eltern, Geschwister) und Freunden bzw. Nachbarn operationalisieren.

6. *On average, thinking of people living outside your household. How often do you have direct (face-to-face) contact with....*

- ... *Parents*
- ... *Children*
- ... *Brothers/Sisters*
- ... *Friends/Neighbours*

Die möglichen Antworten waren: 1 – *More than once a day*; 2 – *Every day of almost every day*; 3 – *At least once a week*; 4 – *One or three times in a month*; 5 – *Less often*; 6 – *Never*.

Ferner kann der Zugang und die Nutzung des Internets die Intensität sozialer Kontakte erfasst als soziales Kapital beeinflussen (Arnold und Schneider 2004). Der Zugang zum Internet wird mit Daten des Eurostats als Prozent der Haushalte mit einem Internet Zugang operationali-

¹²³ Tabelle-Kennnummer (ilc_lvph01) (aufgerufen am 15.01.14).

¹²⁴ Die Variable wurde umkodiert. Die Ein-Person Haushalte wurden als 0 kodiert, Haushalte mit 2 und mehr Personen (max. 21) wurden als 1 kodiert.

siert.¹²⁵ Mit dem Datensatz des *European Quality of Life Survey* lassen Kontakte über Internet, Telefon und Brief mit der Familie (Kinder, Eltern, Geschwister) und Freunden bzw. Nachbarn operationalisieren.

7. *On average, thinking of people living outside your household. How often do you have contact by phone, internet or by post with....*

... *Parents*

... *Children*

... *Brothers/Sisters*

... *Friends/Neighbours*

Das Antwortformat war: 1 – *More than once a day*; 2 – *Every day of almost every day*; 3 – *At least once a week*; 4 – *Once, two or three times in a month*; 5 – *Less often*; 6 – *Never*.

Weiter lässt sich mit den Daten des EQLS das Gefühl der Ausgrenzung aus der Gesellschaft und soziale Nähe empirisch erfassen.

8. *Please tell me whether you strongly agree, agree, neither agree or disagree, disagree or strongly disagree with each statement.*¹²⁶

... *I feel left out of society.*

... *I feel close to people in the area where I live.*

Die möglichen Antworten waren: 1 – *Strongly agree*; 2 – *Agree*; 3 – *Agree nor Disagree*; 4 – *Disagree*; 5 – *Strongly disagree*.

Darüber hinaus sollte die soziale Nähe über die Variablen „Freunde haben“, „Rat suchen“ und „Vertrauensperson haben II“ ergänzt werden.

9. *There are some things that many people cannot afford, even if they would like them. For each of the following:*

... *Having friends or family for a drink or meal at least once a month*

1 – *Yes, I can afford if want*

2 – *No, I can't afford it*

3 – *Don't know*

10. *If you needed advice about a serious personal or family matter / From whom would you get support?*

11. *If you were feeling a bit depressed and wanting someone to talk to / From whom would you get support?*

1 – *A member of your family / relative*

¹²⁵ Tabelle-Kennnummer (tin00134) (aufgerufen am 20.01.14).

¹²⁶ Daten für Norwegen stammen aus EQLS 2007, da Norwegen an der Erhebung in Jahre 2011 nicht teilnahm. Die Frage nach sozialer Nähe wurde nur im EQLS 2011. In der Konsequenz ergibt sich der fehlende Wert für Norwegen.

- 2 - *A friend, neighbour, or someone else, who does not belong to your family or relatives*
 3 - *A service provider, institution or organisation*
 4 - *Nobody*

Vor weiteren empirischen Analysen müssen alle genannten Variablen umkodiert bzw. umgepolt werden. Die Variable Kirchenbesuch wurde in eine dichotome Variable umkodiert.¹²⁷ Die Variable Häufigkeit sozialer Kontakte mit Freunden, Bekannten, Arbeitskollegen wurde, um Vergleichbarkeit zu ermöglichen auch umkodiert.¹²⁸ Die Variablen die Existenz einer Vertrauensperson und „Freunde haben“ wurden umkodiert, damit höherer Wert positiv ist.¹²⁹ Zwecks Vergleichbarkeit wurde die Variable das Gefühl der Ausgrenzung aus der Gesellschaft und soziale Nähe auf dichotome Variable reduziert.¹³⁰ Die Variablen „Rat suchen“ und „Vertrauensperson haben II“ wurden Im Hinblick auf die Theorie der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration durch Institutionen in zwei neuen Variablen umkodiert. Zu einem wurden die Werte eins und zwei (Familie, Verwandte, Freunde, Nachbarn usw.) in einen positiven Wert (1,2=1) umgewandelt. Die restlichen Werte wurden als null kodiert. Zu anderen um die Reproduktion zu erfassen, wurde eine Dummy-Variable konstruiert, die nur die Hilfestellung der Institutionen erfasst.¹³¹ Aus der Tabelle 6-5 können Informationen über ausgewählte Indikatoren kommunikativer Interaktion mit deskriptiver Statistik entnommen werden.

¹²⁷ Kirchenbesuch ein mal pro Woche wurde als 1 kodiert, seltener als 0.

¹²⁸ Die Umkodierung folgte nach dem Prinzip Werte unter ein Treffen in Monat als 0, mehr als ein Treffen in Monat als 1.

¹²⁹ „Ja“ wurde als 1 und „Nein“ als 0, andere Werte als fehlende Werte kodiert.

¹³⁰ Beide Variablen wurde folgend umkodiert (1,2=0) (3,4,5=1). Die Schweiz und Norwegen nahmen an der Erhebung aus Jahr 2011 nicht teil. Im Fall von Norwegen wurden die Daten aus dem Jahr 2007 eingesetzt. Dabei ist es zu vermerken, dass die Antwortmöglichkeiten fehlerhaft konstruiert waren. Man konnte keine Antwort „nie“ geben und sollte man dreimal in Monat in Kontakt treten, konnte man keine Antwort geben (die Vorgabe war: *Once or two times in a month*).

¹³¹ In Fall von Norwegen kann bei dieser Variable nicht auf EQLS 2007, um fehlende Werte zu vermeiden, zurückgegriffen werden, da sich die Antwortmöglichkeiten unterscheiden. Es fehlt die Differenzierung zwischen Familie, Freunde usw. und Institutionen. Somit ergeben sich für die auf Institutionen bezogene Dummy-Variable fehlende Werte.

Tabelle 6-5 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren kommunikativer Integration

Indikator	N	Min	Max	M	SD
Anytodis Anyone to discuss intimate and personal matters with	26	,796	,967	,897	,046
AreaClose I feel close to area where i live	24	,202	,392	,292	,059
CallBroSis How often do you have contact by phone, internet or by post with Bro/Sis	25	,499	,872	,702	,093
CallKids How often do you have contact by phone, internet or by post with Kids	25	,557	,968	,721	,099
CallNeigh How often do you have contact by phone, internet or by post with Friends	25	,703	,974	,902	,069
CallPrnts How often do you have contact by phone, internet or by post with Parents	25	,325	,923	,561	,124
FtoFBroSis How often do you have direct (face-to-face) contact with Brothers/Sisters	25	,324	,775	,601	,100
FtoFKids How often do you have direct (face-to-face) contact with Children	25	,547	,896	,773	,086
FtoFNeigh How often do you have direct (face-to-face) contact with Friends/Neighbours	25	,964	,998	,990	,008
FtoFPrnts Parents how often do you have direct (face-to-face) contact with..	25	,414	,717	,572	,059
HaveFriends Having friends or family for a drink or meal at least once a month	25	,611	,976	,839	,109
HelpDep If you needed help because of depression	25	,890	,986	,948	,028
HelpDepInst If you needed help because of depression (dummy Institutions)	24	,002	,072	,030	,022
HelpPro If you needed advice about a serious personal or family matter	25	,941	,989	,969	,013
HelpProInst If you needed advice about a serious personal or family matter (dummy Institutions)	24	,002	,106	,037	,027
hhmmb Number of people living as member of household (ESS 2010 dummy)	26	,706	,899	,805	,056
Intathome Percentage of households who have Internet access at home	26	,450	,940	,733	,132
LeftOut I feel left out form society	25	,233	,962	,558	,174
RelServ Apart from weddings, funerals and christenings, about how often do you attend religious services these days?	26	,026	,527	,173	,138
selmeet How often socially meet with friends, relatives or colleagues	26	,513	,932	,802	,113

Im Hinblick auf die Faktorenanalyse unter Berücksichtigung der Operationalisierung lässt sich die Vermutung aufstellen, dass anhand der Analyse drei Faktoren (d.h. Subdimensionen der kommunikativer Integration) beobachtet werden können – sozialer Netzwerk/soziale Nähe; Face-to-Face Kontakte und Kontakte über Medien (via Internet, Post usw.).

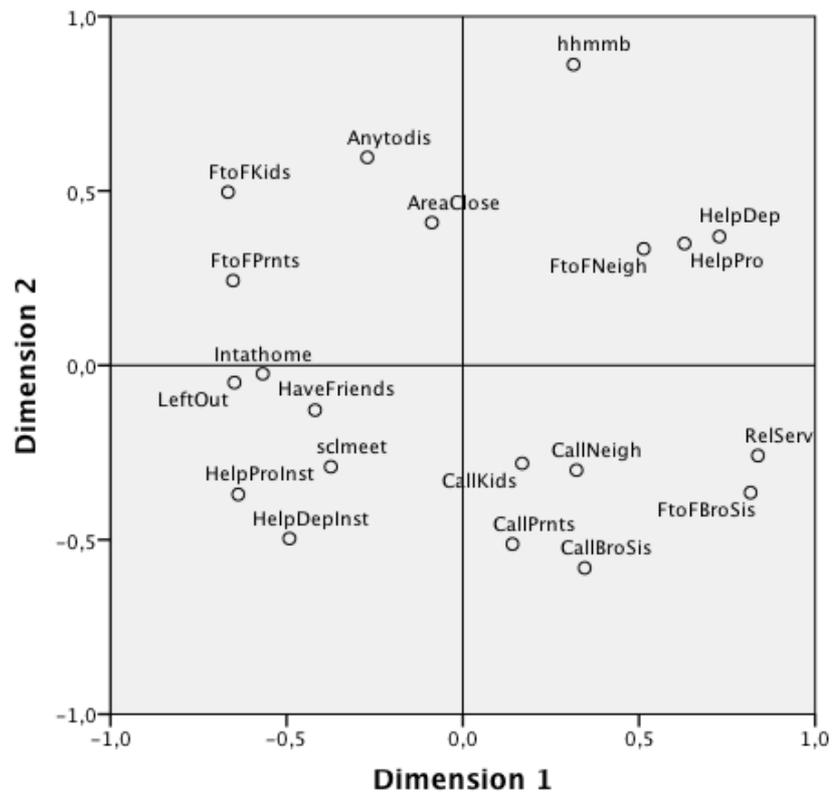
Datenreduktion mithilfe von multidimensionaler Skalierung

Es wurde eine explorative, varimax-rotierte Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Der Wert des Kaiser-Meyer-Olkin (KMO) Kriteriums liegt bei ,283, welcher nach A. Field einen Wert darstellt, der die Durchführung der Faktorenanalyse nicht erlaubt (Field 2009, S. 647). Im Folge dessen müssen weitere methodische Überlegungen getroffen werden, wie die Struktur der Daten explorativ geprüft und ihre Reduktion vorgenommen werden kann.

Die Multidimensionale Skalierung (MDS) wird als Verfahren zur explorativen Datenanalyse angewendet (Bortz und Döring 2006, S. 171ff). Das Verfahren der MDS stellt die Objekte (Variablen) als Punkte in einem möglichst niedrigdimensionalen (zwei- bzw. höchstens dreidimensionalen) Koordinatensystem (Dimensionen) dar. Dabei sollen die Abstände zwischen den Objekten im Koordinatensystem so gut wie möglich den Ähnlichkeiten (bzw. Unähnlichkeiten) der Objekte entsprechen (Janssen und Laatz 2013, S. 587).¹³² Bevor der Anpassungsprozess im Lösungsverfahren der MDS beginnt, muss die Anzahl der Dimensionen der Konfiguration bestimmt werden (Janssen und Laatz 2013, S. 587). Aufgrund der theoretischen Überlegungen werden zwei Dimensionen bestimmt. Es wurden im Modell keine Einschränkungen vorgenommen und die Werte wurden nach Z-Transformation standardisiert. Als Skalierungsmodell wurde euklidische Distanz gewählt. Die Iterationskriterien lauteten für Stress-Konvergenz $S = ,001$ und Mindest-Stress $S^{\text{mind}} = ,005$.

Nach sieben Iterationsschritten wurde das Optimierungsverfahren zur Erzielung einer MDS-Konfiguration abgebrochen, da die Verringerung des Stresswertes nach Young kleiner als der voreingestellte Grenzwert von 0,005 war. Der Wert des normalisiertes Roh-Stress nach Young liegt bei ,0541 und des Stressses nach Kruskal bei ,1326. Die Werte weisen nach Janssen und Laatz eine gute Übereinstimmung auf (Janssen und Laatz 2013, S. 587).

¹³² Bei der Anwendung orientiere ich mich an die Literatur (Janssen und Laatz 2013; Dickes et al. 2008) und dort vorgeschlagenes Verfahren.



Tucker's coefficient = .9726

Abbildung 4 Multidimensionale Skalierung für 20 Indikatoren der kommunikativen Integration

Interpretation von Ergebnissen der MDS

Die Interpretation einer MDS-Lösung kann problematisch sein, da „fehlerhafte oder nachlässige Urteile (...) zu wenig aussagekräftigen Strukturen führen. (...) Die Interpretation sollte deshalb nur der Anregung inhaltlicher Hypothesen über diejenigen Merkmale dienen (...) (Bortz und Döring 2006, S. 171ff). Die Präsentation der Ergebnisse zielt darauf, die Annahme über Subdimensionen der kommunikativer Integration – sozialer Netzwerk/soziale Nähe; Face-to-Face Kontakte und Kontakte über Medien (via Internet, Post usw.) durch Interpretation der Abbildung 4 bestätigen bzw. ablehnen zu lassen. Dabei gilt das Kriterium der Erhaltung der theoretischen Breite.

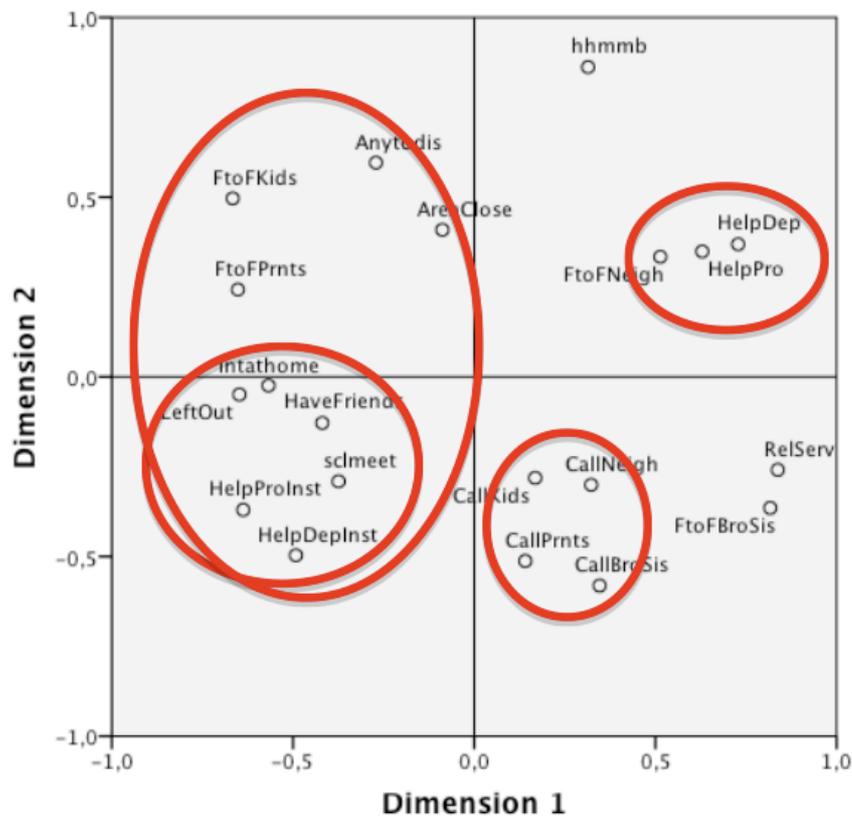


Abbildung 5 Graphische Interpretation der Ergebnisse der MDS-Analyse.

Aus der Abbildung 5 wird deutlich, dass soziale Interaktionen über Medien (via Telefon, Internet, Post) eine Subdimension bilden (*Callkids*, *CallPrnts*, *CallBroSis*, *CallNeigh*). Die Annahme über Nähe der Lösungen im Hinblick auf Face-to-Face Kontakte konnte nicht bestätigt werden, da diese zerstreut über den Koordinatensystem liegen. Soziales Kapital als Netz sozialer Interaktionen wurde in dem zwei-dimensionalen Raum als aufgesplittet dargestellt. Zu einem bilden die Variablen *FtFNeigh*, *HelpDep* und *HelpPro* eine Subdimension sozialer Nähe ab. Zum anderen kann die zweite Subdimension beobachtet werden, die aus Variablen des sozialen Kapitals, der sozialen Nähe und der institutionalisierten Hilfestellung besteht. Unter Berücksichtigung der theoretischen Auseinandersetzung und empirischen Analysen zum Thema soziales Kapital wird in der Untersuchung angenommen, dass die soziale Interaktionen durch zwei Subdimensionen abgebildet werden können – soziale Nähe (*FtFNeigh*, *HelpDep*, *HelpPro*) und soziales Kapital (*HelpProInst*, *HelpDepInst*, *HaveFriends*, *LeftOut*, *AreaClose*, *FtoFKids*, *FtoFPrnts*, *Intathome*, *Anytodis*, *sclmeet*).¹³³ Die Variablen *hhmmb* und *FtoFBroSis* als auch *RelServ* werden von weiteren Analysen aufgrund der Lage in Koordinatensystem ausgeschlos-

¹³³ Diese Annahme ist an die Voraussetzung gebunden, dass die Reliabilitätsanalyse einen sehr guten Wert aufweisen wird ($\alpha \geq .800$). Sollte es nicht der Fall sein, wird das soziale Kapital ohne vier im Koordinatensystem von dem Kern entfernten Variablen empirisch erfasst.

sen. Die Tabelle 6-6 bietet ein Überblick über Dimensionen und Indikatoren kommunikativer Integration mit den Werten der Reliabilitätsanalyse (α Crombachs Alpha).

Tabelle 6-6 Überblick über Dimensionen und Indikatoren kommunikativer Integration

Dimension/Indikator	N	Min	Max	M	SD	VAR
<i>Soziale Interaktionen: via Medien</i>						
CallBroSis How often do you have contact by phone, internet or by post with Bro/Sis	25	,499	,872	,702	,093	,009
CallKids How often do you have contact by phone, internet or by post with Kids	25	,557	,968	,721	,099	,010
CallNeigh How often do you have contact by phone, internet or by post with Friends	25	,703	,974	,902	,069	,005
CallPrnts How often do you have contact by phone, internet or by post with Parents	25	,325	,923	,561	,124	,015
α Crombachs Alpha	,860					
<i>Soziale Nähe</i>						
HelpDep If you needed help because of depression	25	,890	,986	,948	,028	,001
HelpPro If you needed advice about a serious personal or family matter	25	,941	,989	,969	,013	,000
FtoFNeigh How often do you have direct (face-to-face) contact with Friends/Neighbours	25	,964	,998	,990	,008	,000
α Crombachs Alpha	,666					
<i>Soziales Kapital</i>						
FtoFPrnts How often do you have direct (face-to-face) contact with Parents	25	,414	,717	,572	,059	,004
HaveFriends Having friends or family for a drink or meal at least once a month	25	,611	,976	,839	,109	,012
HelpDepInst If you needed help because of depression (dummy Institutions)	24	,002	,072	,030	,022	,000
HelpProInst If you needed advice about a serious personal or family matter (dummy Institutions)	24	,002	,106	,037	,027	,001
Intathome Percentage of households who have Internet access at home	26	,450	,940	,733	,132	,017
LeftOut I feel left out form society	25	,233	,962	,558	,174	,030
selmeet How often socially meet with friends, relatives or colleagues	26	,513	,932	,802	,113	,013
Anytodis Anyone to discuss intimate and personal matters with	26	,796	,967	,897	,046	,002
AreaClose I feel close to area where i live	24	,202	,392	,292	,059	,004
FtoFKids How often do you have direct (face-to-face) contact with Children	25	,547	,896	,773	,086	,007
α Crombachs Alpha	,897					

Die Ergebnisse der MDS-Analyse zeigen, dass aus der Theorie abgeleitete Dimension sozialer Integration – kommunikative Integration ein valides Instrument darstellt. Interessanterweise haben die Ergebnisse der MDS-Analyse gezeigt, dass Anzahl der Haushaltsmitglieder und Besuch religiöse Veranstaltungen nicht in der Subdimension: soziale Nähe im Koordinatensystem liegen. Ferner könnte die Annahme über Nähe der Lösungen im Hinblick auf Face-to-Face Kontakte konnte nicht bestätigt werden.

6.2.4 Moralische Integration

Vorauswahl der Indikatoren

Wie im theoretischen Teil dargelegt wurde, entstehen Moral und moralische Einstellungen in der Reproduktion von situativen Elementen des Alltags, die durch die Wahrnehmung und Reflexion zustande kommt. Dies passiert unter Prämisse, dass Moral ein Produkt der Persönlichkeit und diese wiederum ein Produkt der Gesellschaft ist. Dabei gilt an der ersten Stelle, dass „jeder Mensch als Subjekt der moralischen Rechte und Verpflichtungen gilt und insofern (ein) Mitglied einer universalistischen moralischen Gemeinschaft“ ist (Peters 1993, S. 101).¹³⁴ Hierbei findet man bewährte Prinzipien und moralische Grundnormen, die historisch unter anderen aus religiösen Überzeugungen entstanden sind, wie z. B. Schutz der Person, die Bewahrung von körperlichen, seelischen Verletzungen etc., und in den modernen Gesellschaften in den Sozialisationsprozessen geprägt und durch das rechtlich-institutionalisierte System geregelt werden. So sichert das rechtlich-institutionalisierte System soziale Pflichten, konstruiert das Recht und garantiert die Handlungsfreiheit der Individuen, darunter das Recht auf Teilnahme an verschiedenen Formen des sozialen und politischen Lebens. Die Sozialisationsprozesse bringen Individuen Gerechtigkeit- und Freiheitsvorstellungen, als auch soziale Normen, die über reziproke Beziehungen hinausgehen, bei, wie uns das Beispiel des Vertrauens lehrt. „Ein reifes moralisches Verhalten hängt nicht nur von moralischen Idealen und Vorsätzen ab“, aber auch davon, wie diese Ideale im Alltag angewandt werden (Lind 2003, S. 18).

Wenn, wie in der theoretischen Teil der Arbeit angenommen, moralische Integration auf den Gedanken des Vertrauens, der Gleichheit, der Freiheit und Gerechtigkeit und der Solidarität jenseits der Reziprozität basiert (Peters 1993, S. 104), werden zwei Grundprobleme der Operationalisierung sozialer Integration deutlich, die man als dialektische Konflikte zwischen Theorie und Praxis beschreiben kann. Zu einem zielt die Messung darauf die Homogenität einer Gesellschaft zu erfassen, besonders in Bezug auf Gleichheit, obwohl in der Theorie die Pluralität angenommen wurde (Joppke und Lukes 1999; Berman und Phillips 2004). Dieses Problem lässt sich als Konflikt zwischen Maximalisierung und Optimierung bezeichnen (Berman und Phillips

¹³⁴ Diese Annahme unterstellt nicht, dass nicht jeder sich an universalistische Vorstellungen hält und die Abweichung als Phänomen der Desintegration beobachtbar ist.

2004, S. 4).¹³⁵ Das zweite Problem bezieht sich auf die Trennschärfe der Begrifflichkeiten und ihre theoretische Grundlagen. Die Interdependenzen zwischen Solidarität und Vertrauen sind offensichtlich, wenn man das Vertrauen als eine intensive Form der Anerkennung und infolgedessen der Solidarität versteht. In der Konsequenz wird bei der Operationalisierung moralischer Integration vor allem auf die einschlägige empirischorientierte Literatur zum normativen bzw. moralischen Zusammenhalt zurückgegriffen.

Das Vertrauen als Ressource wird mit einem klassischen Verständnis des Sozialkapital verbunden (Lochner et al. 1999) und über die Frage nach generalisiertem Vertrauen operationalisiert (Berger-Schmitt 2000; Dickes et al. 2008; Jenson 2010). Auch minimalistische Theorien sozialer Integration basieren auf dem Gedanken der Notwendigkeit des Vertrauens in der Gesellschaft und greifen bei der Messung auf das generalisierte Vertrauen zurück (Dimeglio et al. 2013, S. 758). In der empirischen Forschung wird neben dem Vertrauen auch nach Fairness gefragt, wobei in der theoretischen Auseinandersetzung ein faires Verhalten mit den Vorstellungen der Gleichheit und der Gerechtigkeit verbunden wird (Berman und Phillips 2004, S. 25; Nunner-Winkler et al. 2012).

Das Vertrauen und Fairness wird mithilfe folgender Fragen aus dem Datensatz des ESS operationalisiert.

1. Using this card, generally speaking, would you say that most people can be trusted, or that you can't be too careful in dealing with people? Please tell me on a score of 0 to 10, where 0 means you can't be too careful and 10 means that most people can be trusted.

2. Using this card, do you think that most people would try to take advantage of you if they got the chance, or would they try to be fair?(0-10).

In der vorliegenden Untersuchung wird die Gleichheit als Anerkennung den Anderen als Mitglied der moralischen Gemeinschaft definiert. In der Konsequenz wird die Gleichheit in der Anlehnung an Kritik der bisherigen Konzepten sozialer Integration von Bernard (1999) nicht als Chancengleichheit bzw. Chancengerechtigkeit erfasst.¹³⁶ Im Hinblick auf Operationalisierung müssen in den vorhandenen Datensätzen Items gefunden werden, die die Anwendung bzw. die Wahrnehmung moralischer Grundnormen beanspruchen. Dabei geht es vor allem um die Stellung von Individuen in der Gesellschaft, indem ihre Anerkennung als Mitglieder der morali-

¹³⁵ Der dialektische Konflikt zeigt sich besonders an Beispiel der Gleichheit und der Freiheit, die selber in gewissen Konflikt zu einander stehen. Es wundert in Hinblick auf dieses Problem nicht, dass vor allem Diktaturen starken sozialen Zusammenhang aufweisen, da sie diesen Konflikt nicht mit demokratischen Mitteln sondern mit Gewalt lösen bzw. mildern.

¹³⁶ Bernard (1999) konstruiert sein Konzept der sozialen Integration als dialektisches Spiel zwischen der Elementen: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, welches in einer demokratischen, pluralistischen Umgebung stattfindet.

schen Gemeinschaft befragt wird.¹³⁷ Die Anerkennung als Mitglieder der moralischen Gemeinschaft wird mithilfe folgender Frage aus dem Datensatz des EVS operationalisiert.

3. On this list are various groups of people. Could you please sort out any that you would not like to have as neighbours?

- ... People of a different race*
- ... People with large families*
- ... Emotionally unstable people*
- ... Immigrants/foreign workers*
- ... People who have AIDS*
- ... Gypsies*

Im Hinblick auf den Indikator 3. lautete das Antwortformat: „1 – genannt“ und „2 – nicht genannt“. In folgenden wurden alle Variablen die dichotome Ausprägung aufweisen, z. B. „ja“ und „nein“, „genannt“ und „nicht genannt“, jeweils auf „eins“ als positiver Wert und „null“ als negativer Wert umkodiert.

Ferner kann mit den Daten des ESS die subjektive Wahrnehmung der Anerkennung operationalisiert werden.

4. Would you describe yourself as being a member of a group that is discriminated against in this country?

Das Antwortformat lautete: „1 – Ja“ und „2 – Nein“.¹³⁸ Die Anerkennung sexueller Minderheiten wird mithilfe folgender Fragen aus dem Datensatz des ESS operationalisiert. Das Antwortformat lautete: 1 - *Strongly agree*; 2 - *Agree*; 3 - *Neither agree nor disagree*; 4 - *Disagree*; 5 - *Strongly disagree*.

5. Using this card, please say to what extent you agree or disagree with each of the following statements: Gay men and lesbians should be free to live their own life as they wish.

Und aus dem Datensatz des EVS.

6. On this list are various groups of people. Could you please sort out any that you would not like to have as neighbours?

- ... Homosexuals*

Die Anerkennung religiöser Minderheiten bzw. Mehrheiten wird mithilfe folgender Frage aus dem Datensatz des EVS operationalisiert.

¹³⁷ Ein Beispiel dafür wäre die Frage nach der Ablehnung einer Person als Nachbarn aufgrund der Hautfarbe oder des ausgeübten Berufes.

¹³⁸ Damit wird unterstellt, dass Diskriminierung mit fehlender Anerkennung gleichzusetzen ist (Fraser 2003, S. 66–69).

7. *On this list are various groups of people. Could you please sort out any that you would not like to have as neighbours?*

... *Christians*

... *Muslims*

... *Jews*

Im Hinblick auf den Indikator 6. und 7. lautete das Antwortformat: „1 – genannt“ und „2 – nicht genannt“.

Im Hinblick auf die Solidarität unterscheiden Dickens und Kollegen (Dickes et al. 2008), die die empirische Messung auf der Grundlage theoretischen Überlegungen von Bernard (1999) mit Daten des EVS aus dem Jahr 1999 durchführen, zwischen vier Arten der Solidarität: proximale Solidarität, gruppenbezogene Solidarität, familiäre Solidarität, intentionale Solidarität (die Intention zum bestimmten pro-sozialen Verhalten).¹³⁹ Die Operationalisierung der Solidarität in der vorliegenden Untersuchung richtet sich auf die von Dickens et al. vorgestellte Struktur (Dickes et al. 2008). Dieses Vorgehen ist mit den Daten des EVS, ESS und EQLS möglich, da sich vor allem die EVS-Studie an ihre Vorläufer aus dem Jahr 1999 orientiert.

Die proximale Solidarität wird mithilfe folgender Fragen aus den Datensätzen des ESS und EVS operationalisiert. Aus dem Daten des ESS:

8. *Would you say that most of the time people try to be helpful or that they are mostly looking out for themselves?*¹⁴⁰

Ferner lassen die Daten des EVS folgende Fragen zu, deren Antwortformat 1 – *very much*, 2 – *much*, 3 – *to a certain extent*, 4 – *not so much*, 5 – *not at all* war.

9. *To what extent do you feel concerned about the living conditions of:*

... *people in your neighbourhood*

... *people in your region*

... *fellow countrymen*

Die gruppenbezogene Solidarität wird mithilfe folgender Fragen aus dem Datensatz des EVS operationalisiert.

10. *To what extent do you feel concerned about the living conditions of:*

... *elderly people in your country*

... *unemployed people in your country*

... *immigrants in your country*

... *sick and disabled people in your country*

¹³⁹ Die theoretische Begründung dieser Differenzierung wird nicht eingehend dargestellt. Sie ist ein Resultat einer Datenreduzierung (Faktorenanalyse). Bernard (1999, S. 10 und 14) betont, dass die Solidarität nicht auf gemeinsame Werte reduziert werden kann und als die gegenseitige Verantwortung für alle Mitglieder der Gesellschaft zu verstehen ist.

¹⁴⁰ Der Antwortformat war von 0 bis 10.

... *children in poor families in your country*

Alle auf die Frage 9. Und 10. Bezogene Variablen wurden umkodiert. Die Antworten *very much* und *much* wurden als „eins“ kodiert, *to a certain extend* bis *not at all* als „null“ kodiert.

Die Intention zum pro-sozialen Verhalten als Form der Solidarität kann mit neueren Daten nicht operationalisiert werden, da die Fragen nach der Intention im EVS 2009 nicht gestellt wurden. Dies wurde mit einer Frage aus dem ESS ersetzt.¹⁴¹

11. Now I will briefly describe some people. Please listen to each description and tell me how much each person is or is not like you. Use this card for your answer.

... It's very important to her/him to help the people around her/him. She/he wants to care for their well-being.

Das mögliche Antwortformat lag zwischen 1 - *Very much like me*, 2 - *Like me*, 3 - *Somewhat like me*, 4 - *A little like me*, 5 - *Not like me*, und 6 - *Not like me at all*. Die Variable wurde folgend umkodiert: Antworten von *Very much like me* bis *Somewhat like me* wurden als „eins“ kodiert, *A little like me* bis *Not like me at all* als „null“ kodiert.

Die Operationalisierung der Gerechtigkeit zielt darauf die Wahrnehmung, wie gerecht die Verteilung von Ressourcen sozialer Integration ist, zu messen. Bewusst wird dabei auf rein moralische Sachverhalte, wie z. B. die Frage nach gerechter Strafe bei bestimmten Vergehen, da diese, auch wenn es klassische Konfliktlinien in einer Gesellschaft sind, mit dem Pluralismus der Demokratie vereinbar sind. „Wert- und Normenkonflikte sind der unausweichliche Preis, den die (...) Gesellschaft und ihre Mitglieder (...) zu zahlen haben“ (Pfürtner 1978, S. 183). Ferner sollen hierbei nicht „Gerechtigkeitsideologien“ abgebildet werden (Wegener 1995, S. 207). Viel mehr geht es hierbei um die Wahrnehmung der gerechten bzw. ungerechten Verteilung von Ressourcen und die Wahrnehmung von Konflikten um diese Ressourcen, wie z. B. eine gerechte Entlohnung, den gerechten Zugang zum Bildungssystem oder Spannungen zwischen Mitgliedern der Gesellschaft.¹⁴² Die Wahrnehmung der Konflikte wird mithilfe der Daten des ISSP operationalisiert. Dabei stehen folgende Items zur Verfügung.

12. In all countries, there are differences or even conflicts between different social groups. In your opinion, in yours country how much conflict is there:

... between poor people and rich people?

... between the working class and the middle class

... between management and workers?

... between people at the top of society and people at the bottom?

¹⁴¹ Diese Frage bildet nicht die von Dickens und Kollegen (2008) abgebildete Dimension der Solidarität ab. Die Formulierung der Frage lässt die Vermutung zu, dass es sich dabei um proximale Form der Solidarität handelt. Nach der Datenreduktion sollte diese Frage geklärt sein.

¹⁴² Diese Auffassung korrespondiert mit der klassischen Frage der Gerechtigkeitsforschung, wie soll die Gesellschaft eingerichtet werden, damit die Verteilung von Gütern und Lasten gerecht ist? (Wegener 1995, S. 195).

Das Antwortformat lautete: 1 - *Very strong conflicts*; 2 - *Strong conflicts*; 3 - *Not very strong conflicts*, 4 - *There are no conflicts*.

Die Umkodierung dieser Variablen berücksichtigt die theoretische Annahme, dass Konflikte endemischen Charakter in einer modernen Gesellschaft haben. In der Konsequenz wurde nur „sehr starke Konflikte“ als negativ für die Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration gesehen.¹⁴³

Die Wahrnehmung der gerechten bzw. ungerechten Verteilung von nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration wird mit folgender Frage aus dem Datensatz des ISSP operationalisiert.

*13. To what extent do you agree or disagree with the following statements?
... Differences in income in yours country are too large.*

Aus dem Datensatz des ESS wurde folgende Frage eingesetzt.

... Using this card, please say to what extent you agree or disagree with each of the following statements: The government should take measures to reduce differences in income levels.

Das Antwortformat lautete: 1 - *Strongly agree*; 2 - *Agree*; 3 - *Neither agree nor disagree*; 4 - *Disagree*; 5 - *Strongly disagree*. Beide Variablen wurden umkodiert. Die Antworten *Strongly agree* und *Agree* wurden als „eins“ kodiert, die restlichen Ausprägungen als „null“.

Zwei auf die Gerechtigkeit der Einkommensverteilung bezogene Fragen aus der ISSP.

14. Is your pay just? We are not asking about how much you would like to earn - but what you feel is just given your skills and effort. If you are not working now, please tell about your last job.

Das Antwortformat lautete: 1 - *Much less than is just*; 2 - *A little less than is just*; 3 - *About just for me*; 4 - *A little more than is just*; 5 - *Much more than is just*.

15. Would you say that you earn much less or much more than deserved? If you are not working now, please tell about your last job.

Das Antwortformat lautete: 1 - *Much less than I deserve*; 2 - *Less than I deserve*; 3 - *What I deserve*; 4 - *More than I deserve*; 5 - *Much more than I deserve*.

Da er sich dabei um die Wahrnehmung der gerechten bzw. ungerechten Verteilung von nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration handelt, wurden beide Variable auf folgende Weise umkodiert. Die Antworten *Much less* und *Much more* wurden als die Wahrnehmung der Ungerechtigkeit verstanden und mit „null“ eine negative Kodierung zugewiesen. Die restlichen

¹⁴³ Diese starke Reduzierung kann zur fehlenden Varianz zwischen untersuchten Einheiten führen.

Ausprägungen wurden als „eins“ kodiert. Die Tabelle 6-7 stellt ein Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren moralischer Integration dar.

Tabelle 6-7 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren moralischer Integration

Indikator	N	Min	Max	M	SD	VAR
trust Most people can be trusted or you can't be too careful	26	,350	,684	,495	,095	,009
fair Most people try to take advantage of you, or try to be fair	26	,392	,718	,549	,091	,008
solIEld Solidarity elderly people	25	,459	,762	,616	,097	,009
solIUnemp Solidarity unemployed people	26	,160	,625	,404	,123	,015
solIImm Solidarity immigrants	26	,056	,383	,210	,097	,009
solISick Solidarity sick people	26	,372	,700	,586	,096	,009
solIPoor Solidarity poor people	26	,405	,774	,616	,101	,010
help Most of the time people helpful or mostly looking out for themselves	26	,325	,617	,481	,090	,008
iphlppl Important to help people and care for others well-being	26	,787	,975	,912	,046	,002
recgChr Recognition christians	20	,790	1,000	,956	,050	,002
recgMus Recognition muslims	26	,640	,930	,802	,077	,006
recgJews Recognition jews	26	,720	,980	,896	,073	,005
recgRace Recognition different race	26	,710	,970	,883	,069	,005
recgRoma Recognition sinti & roma	26	,370	,780	,634	,114	,013
recgFam Recognition large families	26	,710	,990	,900	,070	,005
recgEmo Recognition emotionally unstable people	26	,240	,972	,685	,189	,036
recgImm Recognition immigrants	26	,680	,960	,854	,081	,006
recgAids Recognition ppl with AIDS	26	,480	,970	,765	,149	,022
recgHomo Recognition Homosexuals	26	,460	,950	,771	,160	,026
discr Member of discr group in cnrty	26	,363	,981	,921	,116	,014
freehms Gay men and lesbians should be free to live their own life	26	,396	,930	,692	,172	,029
gincdif Government should reduce differences in income levels	26	,074	,606	,261	,124	,015
diffUnjust Differences in income are to big	22	,029	,393	,154	,114	,013
payLessMore Is your pay that what you deserve?	22	,676	,937	,831	,077	,006
payUnjust Is pay unjust?	22	,666	,904	,811	,080	,006
confTB Conflicts Top-Bottom	22	,280	,972	,806	,159	,025
confMgW Conflicts Manager-Workers	22	,647	,988	,895	,097	,009
confWM Conflicts Workers-Middle Class	22	,840	,997	,967	,038	,001
confPR Conflicts Poor-Rich	22	,519	,991	,889	,107	,011

Anhand der operationalisierten Indikatoren lassen sich vier Subdimensionen moralischer Integration abbilden. Es sind das Vertrauen, die Solidarität, die Gerechtigkeit (der Verteilung) und die Gleichheit (durch Anerkennung).

Interpretation

Die dargestellten Subdimensionen moralischer Integration wurden mithilfe von geprüften empirischen Modellen operationalisiert. In der Konsequenz besteht keine Notwendigkeit der Datenreduktion und die Subdimensionen können so übernommen werden, wie sie in der Forschung angesetzt werden (Dickes et al. 2008). Diese Annahme ist an die Voraussetzung gebunden, dass die Reliabilitätsanalyse der Subdimensionen einen sehr guten Wert aufweisen wird ($\alpha \geq .800$). In der Tabelle 6-8 wurden Indikatoren moralischer Integration nach Dimensionen dargestellt.

Tabelle 6-8 Überblick über Dimensionen moralischer Integration

	korrigierte Item-Skala Korrelation	α wenn Item weg- gelassen wird
<u>Vertrauen</u>		
trust Most people can be trusted or you can't be too careful	,925	-
fair Most people try to take advantage of you, or try to be fair	,925	-
α Crombachs Alpha ,961		
<u>Solidarität</u>		
solIEld Solidarity elderly people	,862	,728
solIUnemp Solidarity unemployed people	,576	,787
solIImm Solidarity immigrants	,633	,772
solISick Solidarity sick people	,896	,721
solIPoor Solidarity poor people	,809	,736
help Most of the time people helpful or mostly looking out for themselves	-,089	,881
iphlppl Important to help people and care for others well-being	,269	,824
α Crombachs Alpha ,812		
<u>Gleichheit</u>		
recgChr Recognition christians	,498	,881
recgMus Recognition muslims	,613	,875
recgJews Recognition jews	,819	,870
recgRace Recognition different race	,859	,870

	korrigierte Item-Skala Korrelation	α wenn Item weg- gelassen wird
recgRoma Recognition sinti & roma	,594	,873
recgFam Recognition large families	,416	,882
recgEmo Recognition emotionally unstable people	,685	,874
recgImmg Recognition immigrants	,798	,868
recgAids Recognition ppl with AIDS	,920	,849
recgHomo Recognition Homosexuals	,876	,852
discr Member of discr group in cntry	-,022	,907
freehms Gay men and lesbians should be free to live their own life	,790	,860
α Crombachs Alpha ,882		
<u>Gerechtigkeit</u>		
gincdif Goverment should reduce differences in income levels	,790	,892
diffUnjust Differences in income are to big	,838	,881
payLessMore Is your pay that what you deserve?	,807	,903
payUnjust Is pay unjust?	,844	,879
confTB Conflicts Top-Bottom	,747	,891
confMgW Conflicts Manager-Workers	,601	,901
confWM Conflicts Workers-Middle Class	,636	,900
confPR Conflicts Poor-Rich	,738	,888
α Crombachs Alpha ,904		

Alle Subdimensionen der moralischen Integration weisen sehr gute Werte der Reliabilitätsanalyse auf ($\alpha \geq .800$). In der Konsequenz kann man die aus der Literatur abgeleiteten Messinstrumente als bestätigt sehen. Wie mehrmals in der empirischen Forschung bestätigt, konnte die Subdimension: Vertrauen abgebildet werden (Delhey und Newton 2002; Newton 2001; Misztal 1996). Da sich die Operationalisierung auf die vorhandenen Konzepte orientierte, ist dieses Ergebnis keine Überraschung.

Die Operationalisierung der Solidarität in der vorliegenden Untersuchung richtet sich auf die von Dickens et al. vorgestellte Struktur (Dickes et al. 2008). In Bezug darauf lässt sich nur gruppenbezogene Solidarität abbilden. So entspricht das Ergebnis mehr dem Konzept von Bernard (1999). Bernard nimmt an, dass die Solidarität nicht auf gemeinsame Werte reduziert wer-

den kann und als die gegenseitige Verantwortung für alle Mitglieder der Gesellschaft zu verstehen ist. Die auf die Subdimension: Solidarität ladende Items beziehen sich auf die gegenseitige Verantwortung. Die indirekte Messung der Anerkennung eines Individuums als Mitglieder einer moralischen Gemeinschaft, welches sich durch die Anwendung bzw. die Wahrnehmung moralischer Grundnormen äußert, konnte mithilfe der zur Verfügung stehenden Indikatoren abgebildet werden. Es zeigt sich, dass alle gewählten Items auf dem Faktor laden, was für das Modell spricht. Die Operationalisierung der Gerechtigkeit zielt darauf die Wahrnehmung, wie gerecht die Verteilung von Ressourcen sozialer Integration ist, zu messen. Bewusst wird dabei auf rein moralische Sachverhalte, wie z. B. die Frage nach gerechter Strafe bei bestimmten Vergehen, da diese, auch wenn es klassische Konfliktlinien in einer Gesellschaft sind, mit dem Pluralismus der Demokratie vereinbar sind. „Wert- und Normenkonflikte sind der unausweichliche Preis, den die (...) Gesellschaft und ihre Mitglieder (...) zu zahlen haben“ (Pfürtner 1978, S. 183). Ferner sollten hierbei nicht „Gerechtigkeitsideologien“ abgebildet werden (Wegener 1995, S. 207). Viel mehr geht es hierbei um die Wahrnehmung der gerechten bzw. ungerechten Verteilung von Ressourcen und die Wahrnehmung von Konflikten um diese Ressourcen, wie z. B. eine gerechte Entlohnung, den gerechten Zugang zum Bildungssystem oder Spannungen zwischen Mitgliedern der Gesellschaft. So laden die Vorstellungen über gerechte Verteilung von Ressourcen und die Wahrnehmung von Konflikten um diese Ressourcen auf einen Faktor auf.

6.2.5 Politische Integration

Vorauswahl der Indikatoren

In dem theoretischen Teil der Arbeit wurde angenommen, dass der moderne, demokratische Staat ohne einen bestimmten Grad der Selbstorganisation seiner Gesellschaft nicht möglich ist. Im Hinblick darauf, stellte Luhmann fest, dass die Selbstorganisation einer Gesellschaft die Voraussetzung für seine Konsistenz bildet (Luhmann 1997, S. 93). Dabei geht es nicht darum, die politische Integration als die Fähigkeit des Staates die Wahrnehmung und die Umsetzung seiner Aufgaben durch politische Eliten und mithilfe des Staatsapparats zu definieren. Es ist mehr die Fähigkeit der Mitglieder einer Gesellschaft sich selbständig zu organisieren. In der modernen Gesellschaft äußert sich die politische Integration in der Kooperation auf der Ebene der Gemeinschaft (Sennett 2012, Kap. IX). Diese Kooperation findet in den Organisationen der Zivilgesellschaft statt.¹⁴⁴ Infolge dessen zeichnet sich eine integrierte Gesellschaft dadurch aus, dass bedeutende Anzahl ihrer Mitglieder aktiv in zivilgesellschaftlichen Organisationen mitwirkt.¹⁴⁵

¹⁴⁴ Damit ist die theoretische Annahme verbunden, dass durch solche Kooperationen symbolische und nicht-symbolische Ressourcen sozialer Integration reproduziert werden.

¹⁴⁵ Diese Annahme schließt die passive Mitgliedschaft als Indikator für politische Integration aus.

Die Messung der aktiven Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen ist mit zwei Problemen verbunden. Zu einem ist die aus der Theorie resultierende Breite an Organisationen in der empirischen Forschung problematisch, da die Kategorien (z. B. *professional associations* oder *local community actions*) unterschiedliche Voraussetzungen mit sich bringen und durch Formulierung (bzw. Übersetzung) von Befragten unterschiedlich interpretiert werden können (van Deth und Kreuter 1998, S. 139). Das zweite Problem ergibt sich aus der Annahme, dass durch aktive Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Organisationen die Ressourcen sozialer Integration reproduziert werden. Es ist offensichtlich, dass in jeweiligen Organisation unterschiedliche Ressourcen reproduziert werden (Brady et al. 1995), da diese Organisationen nicht die gleichen Ziele und durch gleiche Methoden verfolgen. In der Literatur findet man eine auf empirischen Basis untermauerte Differenzierung zivilgesellschaftlichen Organisationen in traditionelle, politische Organisationen (z. B. Parteien), neue soziale Bewegungen (z. B. Friedensbewegung) und soziale Organisationen (z. B. Obdachlosenhilfe) (Weßels 1997, S. 203). Auch van Deth und Kreuter unterscheiden zwischen drei Dimensionen: neue politische Agenda, soziale Fürsorge und traditionelle Interessengruppen (van Deth und Kreuter 1998, S. 142).¹⁴⁶ Die Operationalisierung erfolgt mit Daten des EVS. Diese beinhalten folgende Frage:

1. *Please look carefully at the following list of voluntary organisations and activities and say which, if any, are you currently doing unpaid voluntary work for?*
 - a) *Social welfare services for elderly, handicapped or deprived people*
 - b) *Religious or church organisations*
 - c) *Education, arts, music or cultural activities*
 - d) *Local community action on issues like poverty, employment, housing, racial equality*
 - e) *Third world development or human rights*
 - f) *Conservation, the environment, ecology, animal rights*
 - g) *Professional associations*
 - h) *Youth work (e.g. scouts, guides, youth clubs etc.)*
 - i) *Sports or recreation*
 - j) *Women's groups*
 - k) *Peace movement*
 - l) *Voluntary organisations concerned with health*
 - m) *Other groups*

Die Antwortmöglichkeiten waren dichotom in Form von „ja“ und „nein“. Die Studien von van Deth und Kreuter (1998) als auch von Weßels (1997) nutzen die Daten des WVS an die sich die Verfasser des Fragebogens von EVS orientierten und die vorhandene Formulierung wörtlich übernahmen. In der Konsequenz wird erwartet, dass die genutzten Sekundärdaten annähernd, ausgeschlossen politische Institutionen, in ihrer Struktur an die genannten Autoren sein werden.

¹⁴⁶ In der neueren empirischen Forschung wird diese Differenzierung nicht ganz berücksichtigt, wobei man parallelen feststellen kann. In der EQLS-Studie werden vier Kategorien gebildet: *community and social services*, *social movements*, *associations*, *traditional political institutions* und die Daten nach dieser Kategorien erhoben.

In der Tabelle 6-9 wurden Vorauswahl der Indikatoren politischer Interaktion mit deskriptiver Statistik dargestellt.

Tabelle 6-9 Überblick über die Vorauswahl der Indikatoren politischer Integration

Indikator	N	Min	Max	M	SD	VAR
unpaid28 do you work unpaid for: social welfare (EVS 2008)	26	,007	,132	,041	,027	,001
unpaid29 do you work unpaid for: relig. organisation (EVS 2008)	26	,010	,168	,053	,033	,001
unpaid30 do you work unpaid for: cult. activities (EVS 2008)	26	,005	,127	,052	,029	,001
unpaid33 do you work unpaid for: local community	26	,001	,046	,017	,013	,000
unpaid34 do you work unpaid for: 3thWorld/Human rights (EVS 2008)	26	,000	,113	,019	,023	,001
unpaid35 do you work unpaid for: ecology (EVS 2008)	26	,003	,070	,023	,017	,000
unpaid36 do you work unpaid for: professional associations (EVS 2008)	26	,004	,057	,021	,014	,000
unpaid37 do you work unpaid: youth (EVS 2008)	26	,004	,075	,030	,019	,000
unpaid38 do you work unpaid: sport (EVS 2008)	26	,013	,205	,080	,053	,003
unpaid39 do you work unpaid: woman's movement (EVS 2008)	26	,002	,045	,017	,011	,000
unpaid40 do you work unpaid: peace movement (EVS 2008)	26	,001	,019	,005	,004	,000
unpaid41 do you work unpaid for: voluntary health organisations (EVS 2008)	26	,001	,095	,023	,018	,000
unpaid42 do you work unpaid for: others (EVS 2008)	26	,009	,099	,043	,023	,001

Interpretation von Ergebnissen der Faktorenanalyse

Die Analyse widerspricht zum Teil der Ergebnissen von Weßels (Weßels 1997, S. 203) und van Deth zusammen mit Kreuter (van Deth und Kreuter 1998, S. 142), da in der Literatur diskutierte Dimensionen nicht abgebildet sind (siehe Anhang S. 12). Der Grund dafür kann daran liegen, dass in der vorliegenden Untersuchung im Vergleich zu genannten Autoren die Faktorenanalyse auf der Aggregatebene durchgeführt wurde. Auf dem ersten Faktor (*cult. activities, professional associations, ecology, social welfare, local community, 3thWorld/Human rights*) und auf dem zweiten Faktor ladende Variablen (*others organisation, sport, voluntary health organisations, youth*) können beide als klassische bürgerliche Partizipation (civic participation) interpretiert werden (van der Meer et al. 2010). Die auf dem dritten Faktor ladenden Variablen (*women's movement, relig, organisation, peace movement*) bilden eine Dimension ab, die als soziale und religiöse Bewegungen interpretiert werden kann. Wie aus der Tabelle 1-6 im Anhang (S. 12) entnommen werden kann, weist das α Crombachs Alpha der Subdimension Civic Participation I

und Civic Participation II einen sehr guten bzw. guten Wert auf (Field 2009, S. 668). Die Subdimension soziale (Frauen- und Friedensbewegung) und religiöse Bewegungen zeichnet sich durch einem schlechten Wert der Reliabilitätsanalyse aus und wird in der Konsequenz aus der weiteren Analysen ausgeschlossen. Zusammenfassen muss an der Stelle kritisch vermerkt werden, dass die in der Literatur vorschlagenden Dimensionen mit den vorhandenen Daten nicht abgebildet werden konnten.

6.3 Politische Partizipation und Kontrollvariablen

Wie in der theoretischen Teil dargelegt wurde, wird politische Partizipation als direkte oder indirekte Beeinflussung kollektiv verbindlicher Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen eines politischen Systems durch Individuen oder Gruppen definiert (van Deth 2001b, S. 5; Parry et al. 1992, S. 16; Ekman und Amnå 2012, S. 289). Durch dem Fokus der Definition auf die direkte und indirekte Beeinflussung politischer Entscheidungen verbleiben solche Handlungen, wie der Boykott oder der bewusste Kauf von Produkten aus politischen Motiven, die Geldspende an politische Organisationen oder das Tragen von Stickers/Buttons in den Rahmen der Definition und können als indirekte Beeinflussung operationalisiert werden. Auf Grund von fehlenden Daten können die Form politischer Partizipation: das Spenden an politische Parteien, nicht operationalisiert werden. Die illegalen Handlungen, wie Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen, illegale Streiks, Gebäudebesetzung, konnten mit den Daten des EVS operationalisiert werden. Bei Befragung nach diesen Handlungen gab es kein Zeitrahmen und Antwortmöglichkeit – würde ich tun – die Operationalisierung und in Folge die Interpretation der Daten erheblich erschwären. Aus diesem Grunde wurde auf die Operationalisierung illegalen Formen politischer Partizipation verzichtet. Die Tabelle 6-10 bietet einen Überblick über die ausgewählten Indikatoren für politische Partizipation.

Tabelle 6-10 Überblick über Indikatoren nach Dimensionen politischer Partizipation in der Anlehnung an Ekman und Amnå (2012)

Dimension	Indikator	Datensatz	Erhebungsjahr
<i>Konventionelle Formen</i>	Turnout last national elections	Eurostat	2009-2011
	Turnout last European elections	Eurostat ¹⁴⁷	2009
	Member of political party	ESS	2010
	Member of trade unions	ESS	2010
	Worked for party or action group	ESS	2010
	Worked for trade unions	EVS	2008
<i>Unkonventionelle Formen</i>	Contacted politician	ESS	2010
	Signed petition	ESS	2010
	Worn campaign sticker	ESS	2010
	Participation in legal demonstration	ESS	2010
	Boycotted certain products	ESS	2010

Die Auswahl konkreter Indikatoren erfolgte mit Hilfe der in Theorieteil aufgeführten Literatur. Dabei wurde berücksichtigt, dass Daten aus dem ESS bezogen auf Wahlbeteiligung starke Verzerrung aufweisen.¹⁴⁸ In der Konsequenz wurde bei der Operationalisierung von Wahlbeteiligung zwecks Vermeidung von *overreporting* auf die amtliche bzw. europäische Statistik zurückgegriffen. In der Studie weisen fünf Ländern eine Wahlpflicht auf: Belgien, Griechenland, Italien, Luxemburg und Zypern. Ferner unterschieden sich die Fragen zur politischen Partizipation hinsichtlich des Zeitrahmens, in welchem die politische Partizipation stattgefunden haben soll. Während im Datensatz des EVS danach gefragt wird, ob eine Partizipationsform genutzt wurde, ohne einen konkreten Zeitrahmen anzugeben, werden die Fragen im Datensatz des ESS mit konkreten Zeitangaben (letzte zwölf Monate) gestellt.

¹⁴⁷ Tabelle-Kennnummer (tsdgo310). Weitere Informationen auf der Seite des Eurostats abrufbar <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (aufgerufen am 24.09.15).

¹⁴⁸ Aufgezeigt kann es am Beispiel Polens mit Wahlbeteiligung nach ESS bei 65% (N=3196) und nach amtlicher Statistik bei 48,9% (2011) oder 53,8% (2007). Solche Abweichungen weisen vor allem Polen, Portugal und Tschechische Republik auf.

Tabelle 6-11 Überblick über Indikatoren politischer Partizipation

Indikator	N	Min.	Max.	M	SD
Elect Turnout last national elections (2009-2011)	26	,431	,908	,697	,127
ElectEU Turnout last european elections (2009)	23*	,196	,908	,463	,181
Mmbpart Member of political party (ESS 2010)	26	,010	,150	,051	,035
Mmbtru Member of trade union (ESS 2010)	26	,040	,576	,195	,168
Wrkprty Worked in party or action group (ESS 2010)	26	,020	,080	,038	,016
Wrktru Worked for trade union (EVS 2008)	26	,003	,140	,027	,027
Contplt Contacted politician (ESS 2010)	26	,050	,220	,139	,049
Sgnptit Signed petition (ESS 2010)	26	,030	,370	,195	,103
Badge Worn campaign sticker (ESS 2010)	26	,020	,280	,072	,060
Demo Legal demonstration (ESS 2010)	26	,010	,180	,062	,048
Boyprd Boycoted products (ESS 2010)	26	,020	,360	,143	,097

* Die Schweiz und Norwegen sind keine Mitglieder der EU. Kroatien war im Jahre 2009 noch kein Mitglied der EU.

Basierend auf theoretischen Annahmen wurde die Skalierung in zwei Dimensionen politischer Partizipation durchgeführt. Dabei handelt es sich um konventionelle und unkonventionelle Dimension politischer Beteiligung. Die Bildung solche Skalen ist nur unter Annahme möglich, dass jede Form politischer Partizipation gleichen Einfluss auf verbindliche Entscheidungen innerhalb des politischen Systems hat. Als weitere Prämisse für Bildung solcher Skalen steht, neben der aufgeführten Theorie, ein guter Wert der Reliabilitätsanalyse ($\alpha \geq .700$) (Field 2009, S. 279f). Der Wert des Crombachs Alpha für die konventionellen Formen politischer Partizipation liegt bei $\alpha = ,658$. Dieser Wert ist nach A. Field (2009, S. 680) als mittelmäßig einzustufen. In der Konsequenz kann diese Skala mit ausgeführten sechs Indikatoren in dieser Form konstruiert werden. Der Wert des Crombachs Alpha für die unkonventionellen Formen politischer Partizipation lautet $\alpha = ,810$ und weist somit einen sehr guten Maß auf.

Wie im vierten Kapitel rekapituliert wurde, wurde in den empirischen Studien ein Zusammenhang zwischen struktureller Dimension eines politischen Systems und politischer Partizipation bestätigt. Zu einem spielt im Hinblick auf Wahlen die institutionelle Ausrichtung des Wahlsystems (z. B. Mehrheits- und Verhältniswahlen) und Wahlpflicht eine wichtige Rolle (Jackman 1987; Blais und Dobrzynska 1998). Ferner ist die Wahlbeteiligungsquote stark von dem Grad ökonomischer Entwicklung, der Analphabetismusquote und der Anzahl der Einwohner abhängig. Reiche, kleine Länder mit Mehrheitswahlen und einer Wahlpflicht weisen höhere Wahlbeteiligung auf (Blais und Dobrzynska 1998, S. 252). Norris (2002) untersuchte, neben „klassischen“ politischen Institutionen (z. B. Mehrheits- und Verhältniswahlen) die spezifischen institutionalisierten Dimensionen von Wahlsystemen, wie Häufigkeit einer Wahl, Wahlen am Arbeitsfreientag, Möglichkeit einer Briefwahl, die Notwendigkeit einer Registrierung etc.. Auch wenn nach Norris die Effekte dieser Dimensionen als nicht signifikant einzustufen sind, bestätigt ihre Studie die Ergebnisse von Blais und Dobrzynska auf Makroebene (Norris 2002, S. 82). Diese Variablen sollen in die empirischen Modellierung einbezogen werden. Aufgrund der Verfügbarkeit von Daten werden folgende Kontrollvariablen, die sich auf das Wahlsystem und wirtschaftliche Leistung beziehenden, berücksichtigt – Wahlpflicht (ja, nein), BIP pro Kopf, Wahlsystem (Mehrheits- und Verhältniswahlen) und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene (ja, nein).

Tabelle 6-12 Überblick über Kontrollvariablen

Indikator	N	Min.	Max.	M	SD
Vote_fore Right of foreigners to vote (dichotomy)	26	0	1	,350	,485
Voting Compulsory voting (dichotomy)	26	0	1	,190	,402
GDP_Capita_R DGP in 2011 per capita (Euro in Tsd.)	26	5,200	80,300	29,196	18,834
Demo Legal demonstration (ESS 2010)	26	,010	,180	,062	,048
Voting_sys Proportio-nal repre-sentation	26	0	1	,920	,272

In Hinblick auf die dichotom ausgeprägten Variablen weisen nur neun Länder das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene auf. Dazu gehören: Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Luxemburg, Großbritannien, Schweden, Niederlande und Norwegen. Bei dem Wahlpflicht¹⁴⁹

¹⁴⁹ Es wurde nicht berücksichtigt, ob und welche Formen der Sanktionen bei der Nicht-Teilnahme an Wahlen gelten.

sind es fünf Länder: Belgien Bulgarien, Zypern, Griechenland und Italien. Das Mehrheitswahlrecht¹⁵⁰ gilt in Frankreich und Großbritannien.

6.4 Fehlende Werte

Mithilfe einer Missing Values Analysis (MVA) wird das Muster der fehlenden Werte für alle verwendeten Variablen analysiert. Die Analyse der Daten, die aus 105 Indikatoren aus 26 Ländern (N=26) bestehen, ergibt, dass 29 (27,6% aller Indikatoren) Indikatoren und 13 (50%) aller Fälle fehlende Werte, bzw. mindestens einen fehlenden Wert aufweisen. Von 2730 Werten fehlen lediglich 62, was nur 2,3% aller Werten darstellt. Die abhängigen Variablen sind im noch geringeren Maß davon getroffen (1,1%). Die Tabelle 6-13 stellt die Zusammenfassung der MVA dar.

Tabelle 6-13 Überblick über fehlende Werte

	Fehlend		Gültige N	M	SD
	N	Prozent			
recgChr Recognition christians	6	23,1%	20	,956	,050
confPR Conflicts Poor-Rich	4	15,4%	22	,889	,107
confWM Conflicts Workers-Middle Class	4	15,4%	22	,967	,038
confMgW Conflicts Manager-Workers	4	15,4%	22	,895	,097
confTB Conflicts Top-Bottom	4	15,4%	22	,806	,159
payUnjust Is pay unjust?	4	15,4%	22	,811	,080
payLessMore Is your pay that what you deserve?	4	15,4%	22	,831	,077
diffUnjust Differences in income are to big	4	15,4%	22	,154	,114
ElectEU Turnout last european elections	3	11,5%	23	,463	,181
AreaClose I feel close to area where i live	2	7,7%	24	,292	,059
HelpDepInst If you needed help because of depression (dummy Institutions)	2	7,7%	24	,030	,022
HelpProInst If you needed advice about a serious personal or family matter (dummy Institutions)	2	7,7%	24	,037	,028
Genpaygap_R High value positiv	2	7,7%	24	,843	,060
RiskpovIM Risk of poverty by immigrants	2	7,7%	24	,221	,074
solIEld Solidarity elderly people	1	3,8%	25	,616	,097
IntNever Individuals who never used the Internet - whether at home, at work or from anywhere else	1	3,8%	25	,230	,134

¹⁵⁰ Hierbei handelt es sich um eine grobe Vereinfachung, was dem Verfasser bewusst ist.

FtoFBroSis Brothers/Sisters LIVING OUTSIDE YOUR HOUSEHOLD how often do you have direct (face-to-face) contact with..	1	3,8%	25	,601	,100
FtoFPrnts Parents LIVING OUTSIDE YOUR HOUSEHOLD how often do you have direct (face-to-face) contact with..	1	3,8%	25	,572	,059
FtoFKids Children LIVING OUTSIDE YOUR HOUSEHOLD how often do you have direct (face-to-face) contact with..	1	3,8%	25	,773	,086
FtoFNeigh Friends/Neighgours LIVING OUTSIDE YOUR HOUSEHOLD how often do you have direct (face-to-face) contact with..	1	3,8%	25	,990	,008
LeftOut I feel left out form society	1	3,8%	25	,558	,174
CallBroSis How often do you have contact by phone, internet or by post with Bro/Sis	1	3,8%	25	,702	,093
CallPrnts How often do you have contact by phone, internet or by post with Parents	1	3,8%	25	,561	,124
CallKids How often do you have contact by phone, internet or by post with Kids	1	3,8%	25	,721	,100
CallNeigh How often do you have contact by phone, internet or by post with Friends	1	3,8%	25	,902	,069

Das Auftreten fehlender Werte kann in einigen Fällen erklärt werden. Die Anerkennung von Christen als Nachbarn wurde als Frage in sechs überwiegend christlichen Ländern bei der EVS Studie nicht gestellt.¹⁵¹ Die fehlenden Werte der weiteren sieben Variablen resultieren aus der Übernahme der Daten des ISSP. An dieser Studie haben Griechenland, Irland, Luxemburg und Niederlande nicht teilgenommen. Die Ursache für die fehlenden Werte bei der Variable ElectEU liegt daran, dass die Schweiz und Norwegen keine Mitglieder der EU sind und Kroatien im Jahre 2009 noch kein Mitglied der EU war und in Folge an Wahlen zum EU-Parlament nicht teilnehmen. Die restlichen fehlenden Werte sind größtenteils darauf zurückzuführen, dass die Schweiz nicht an der EQLS 2011 Studie teilnahm. Welche Auswirkung das Auftreten fehlender Werte auf jeweilige Indizes haben wird und ob bei bestimmten Subdimensionen einige Fälle ausgeschlossen werden müssen, wird erst nach einer deskriptiven Analyse verwendeteter Subindizes klar.

¹⁵¹ Es handelt sich um Österreich, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen und Slowakei.

6.5 Zusammenfassung

Im sechsten Kapitel wurde die Operationalisierung des dargelegten Konzeptes sozialer Integration und politischer Partizipation durchgeführt. Die eingehende Weise der Begründung, Darstellung und die Entscheidung für diesen oder anderen Indikator sollte einerseits die Überprüfbarkeit der Studie ermöglichen, andererseits dafür sorgen, weitere Forschung auf dem Gebiet einzuleiten, da der Bedarf, vor allem in der empirischen Forschung, offensichtlich ist. Die Tabelle 6-14 bietet einen Überblick über alle Indikatoren unterteilt nach Dimensionen und Subdimensionen sozialer Integration.

Tabelle 6-14 Überblick über Indikatoren sozialer Integration (klassifiziert nach (Sub)Dimensionen)

Dimension		Soziale Integration										
Funktionale Integration		Kommunikative Integration			Moralische Integration			Politische Integration				
Arbeit	Armut	Kulturelle Integration	Soziale Nähe	Soziales Kapital	Soziale Interaktionen: Medien	Vertrauen	Solidarität	Gleichheit	Gerechtigkeit	Zivil. Partizipation I	Zivil. Partizipation II	
Quelle	5)(Dörre 2012; Hamm et al. 1993; Engel und Simonson 2007; Dörre und Fuchs 2005; Böhnke 2008; Atkinson et al. 2002; Hinz und Garner 2005)	(Nunner-Winkler 2008; Pöckel und Jacobs 2006; Berger-Schmitt 2000)	(Landscker 1951; Haug et al. 2007; Lochner et al. 1999)	(Bourdieu 1983; Berger-Schmitt 2000; Castel 2000)	(Bourdieu 1983; Berger-Schmitt 2000; Castel 2000)	(Bourdieu 1983; Berger-Schmitt 2000; Castel 2000)	(Dickes et al. 2008; Dienes und Valentova 2013; Berger-Schmitt 2000; Jensen 2010)	(Bourdieu 1983; Berger-Schmitt 2000; Castel 2000)	(Bourdieu 1983; Berger-Schmitt 2000; Castel 2000)	(Bourdieu 1983; Berger-Schmitt 2000; Castel 2000)	(Semmet 2012; Weibels 1997; van Deeth und Kreuter 1998)	
Variablen	Employ - Employment rate [umgepol]	ArmyRule Army ruling [umgepol]	HelpDep If you needed help because of depression	FiofPrms Parents how often do you have direct (face-to-face) contact with...	CallBroSis How often do you have contact by phone, internet or by post with Bro/Sis	trust Most people can be trusted or you can't be too careful	solifid Solidarity elderly people	recgChr Recognition christians	ginedif Govern-ment should reduce differences in income levels	unpaid30 do you work unpaid for: cult. activities	unpaid42 do you work unpaid for: others	
	LongUnempl - Long unemployment rate	CivilSTR Confidence in civil service	HelpPro If you needed advice about a serious personal or family matter	HaveFriends Having friends or family for a drink or meal at least once a month	CallKids How often do you have contact by phone, internet or by post with Kids	solUnemp Solidarity unemployed people	recgMus Recognition muslims	diffUnjust Differences in income are to big	unpaid36 do you work unpaid for: professional associations	unpaid38 do you work unpaid for: sport		
	MakeEnds - Inability to make ends meet	DemBest Democracy best pol. sys.	FiofNeigh How often do you have direct (face-to-face) contact with Friends/Neighbours	HelpDepInst If you needed help because of depression (dummy institutions)	CallNeigh How often do you have contact by phone, internet or by post with Friends	solImmig Solidarity immigrants	recgJews Recognition jews	payLessMore Is your pay that what you deserve?	unpaid35 do you work unpaid for: ecology	unpaid41 do you work unpaid for: health organi-sations		
	MatDepv - Material deprivation	DemGood Democracy is good		HelpPrms Inst If you needed advice about a serious personal or family matter (dummy institutions)	CallPrms How often do you have contact by phone, internet or by post with Parents	solSick Solidarity sick people	recgRace Recognition different race	payUnjust Is pay unjust?	unpaid28 do you work unpaid for: social welfare	unpaid37 do you work unpaid for: youth		
	Unemployment rate	DemNoOrd Democracy cannot est. order [umge-pol]		Intathome Percentage of households who have Internet access at home		solPoor Solidarity poor people	recgRoma Recognition sinti & roma	confTB Conf-licts Top-Bottom	unpaid33 do you work unpaid for: local community			
	Workpov - In work poverty rate	Experts Experts makes decision [umgepol]		LeftOut I feel left out form society		help Most of the time people helpful or mostly looking out for them-selves	recgFam Recognition large families	confMgW Conflicts Manager-Workers	unpaid34 do you work unpaid for: 3rdWorld/Human rights			
		LegSysTr Confidence in		schmeet How often socially		iphlppl Import-ant to help	recgEmo Recognition	confWM Conflicts				

7 Ergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der deskriptiven, bivariaten sowie multivariaten empirischen Analysen dargestellt.

7.1 Die Messung sozialer Integration

Bevor auf die Regressionsanalyse eingegangen wird, wird eine deskriptive Analyse der verwendeten Subindizes vorgenommen.¹⁵² Theoretisch abgeleitet und operationalisiert wurden fünf Dimensionen sozialer Integration. Aus der deskriptiven Analyse werden jeweils die Fälle (Länder) ausgeschlossen, welche fehlende Werte bei der Bildung von Dimensionen bzw. Subdimensionen aufweisen. Damit sollte vermieden werden, dass in die späteren Analysen Fälle eingeschlossen werden, deren Index-Werte nicht gleiche Anzahl von Variablen, bzw. Subdimensionen bilden.

7.1.1 Die dimensionspezifische Messung sozialer Integration

Die dargestellten Ergebnisse der dimensionsspezifischen Messung sozialer Integration lassen folgende Schlüsse zu: nach der in der Arbeit vorgenommenen Messung sozialer Integration sind Dänemark, Schweden und Finnland am stärksten integrierte Länder in Europa, wobei Finnland in jeder Dimension bzw. Subdimension immer in obersten Quartil liegt. Am anderen Ende der Skala ist kein entsprechend klares Muster über mehrere Fälle erkennbar, auch wenn Bulgarien immer in dem untersten Quartil zu finden ist. Es ist gleichzeitig ein Hinweis darauf, dass nicht alle Dimensionen sozialer Integration gleichermaßen ausgeprägt sind und sein müssen, obwohl die theoretischen und empirischen Interdependenzen vorhanden sind. Im Folgenden sollen die Ergebnisse der dimensionspezifischen Messung mithilfe von Netzdiagrammen dargestellt werden. Zuerst werden Ergebnisse der dimensionspezifischen Messung im Kontext der Länder deskriptiv analysiert. Im späteren Verlauf werden die untersuchten Einheiten anhand der Typologie des wohlfahrtsstaatlichen Regimes nach klassischer Auffassung von Esping-Andersen klassifiziert (Esping-Andersen 2006), um einen deskriptiven Vergleich innerhalb der untersuchten Ländern zu ermöglichen.

¹⁵² Eingehende Beschreibung der deskriptiven Datenanalyse siehe Anhang-CD-ROM.

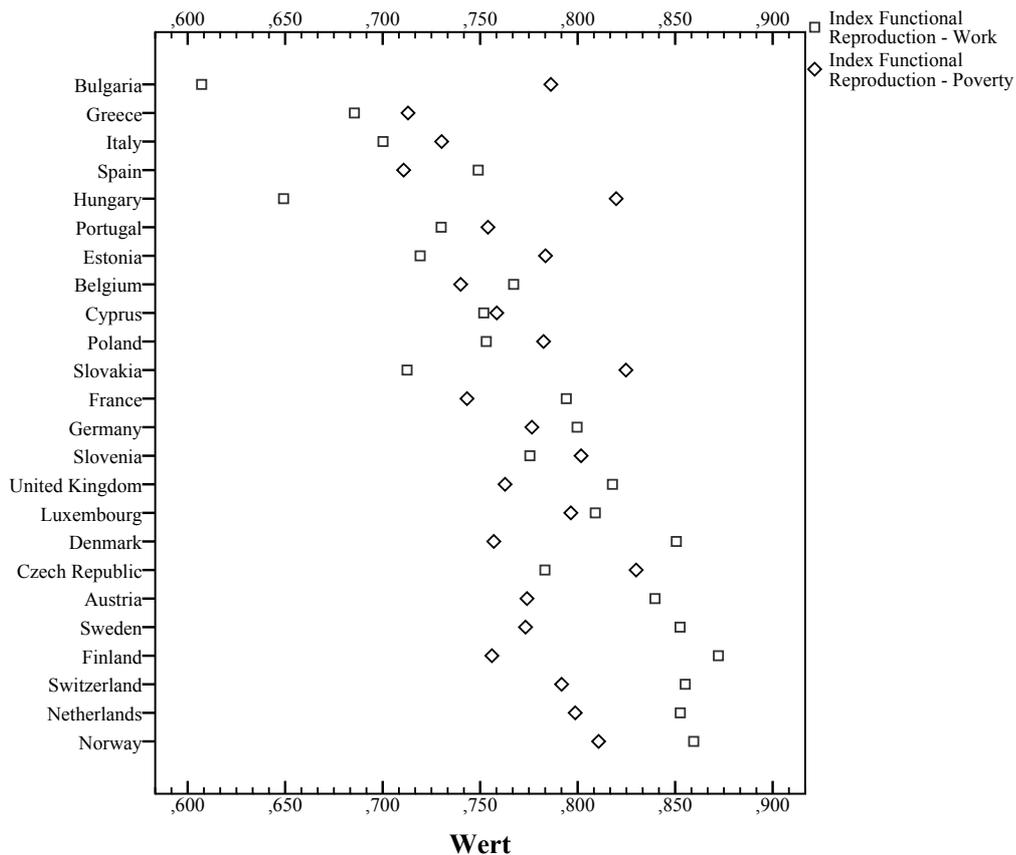


Abbildung 6 Subdimensionen funktionaler Integration

In Abbildung 6 wurde die Messung der Subdimensionen funktionaler Integration dargestellt. Die relativ gesehene schwache Position von einigen Ländern in der Subdimension: *Armut* (z. B. Belgien, Frankreich, Finnland, Dänemark) ergibt sich aus der Tatsache, dass diese Länder relativ hohen Wert des Gini-Index aufweisen (Frankreich, Spanien, Portugal, Italien) bei gleichzeitig hoher Ausbreitung der Armut unter Migranten (Griechenland, Spanien, Belgien). Dies kann nicht nur auf die Struktur der Migration¹⁵³ zurückgeführt werden und stellt meines Erachtens einen Hinweis auf die teilweise vorhandene strukturelle Benachteiligung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt dar. Bezüglich der Subdimension funktionaler Integration: *Arbeit* weisen post-sozialistische Länder immer einen niedrigeren Wert als in der Subdimension: *Armut*. Zu dieser Gruppe gehören auch Griechenland und Italien.

¹⁵³ Allgemein lassen sich diese Tatsachen mit der Migration von niedrig qualifizierten Bevölkerungsschichten in die westeuropäischen Länder und umgekehrt hoch qualifizierten Bevölkerungsschichten in die osteuropäischen Staaten erklären. Dies scheint mir aber mehr als eine grobe Vereinfachung zu sein, zumal empirische Ergebnisse die Annahme der strukturellen Benachteiligung verstärken (Grand und Szulkin 2002).

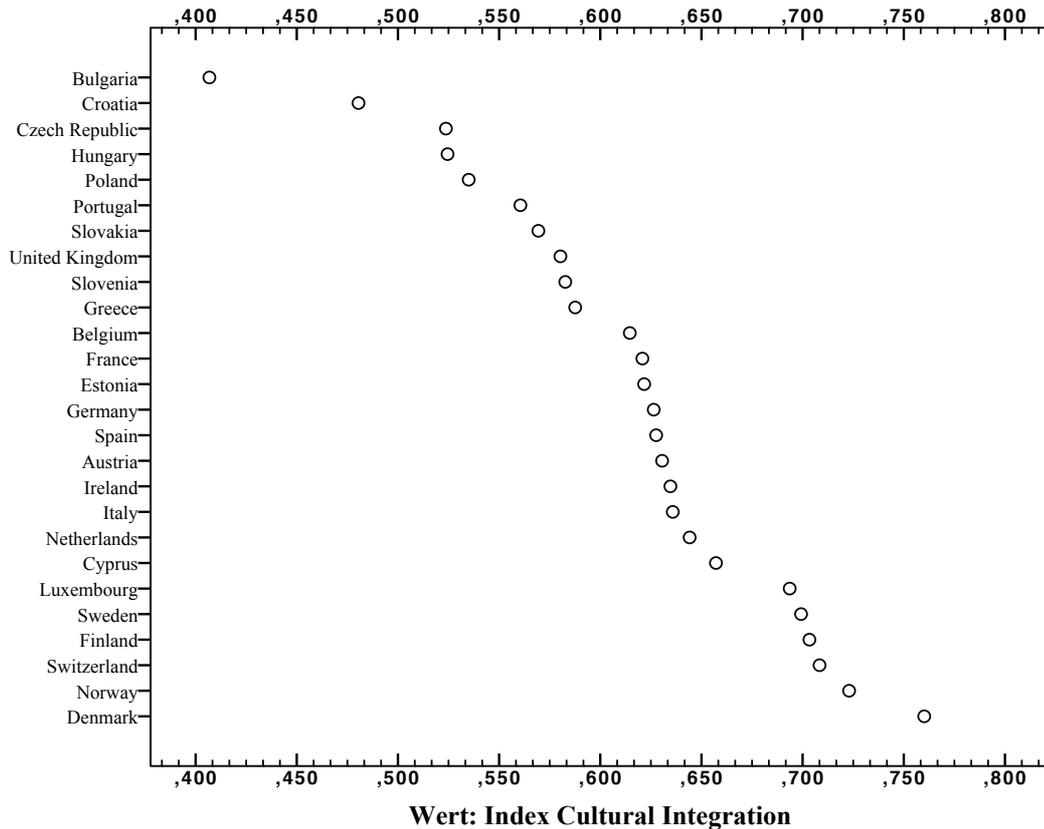


Abbildung 7 Dimension der kulturellen Integration

Die Ergebnisse der Messung kultureller Integration (Abbildung 7) korrespondieren sowohl mit Ergebnissen der Forschung aus dem Bereich politischer Kulturen (S. Pickel und G. Pickel 2006; G. Pickel und Jacobs 2006; G. Pickel et al. 1997) als auch mit der komplexen Demokratiemesung (Schmidt 2010, Kap. 22). Dabei weisen die jüngeren Demokratien kontinuierlich niedrigere Werte auf. Die Ausnahme bildet hierbei Estland, das sich in der Gruppe der etablierten Demokratien platzieren konnte. Ferner lassen sich mithilfe der Abbildung vier Gruppen definieren, die einen ähnlichen Grad der kulturellen Integration aufweisen. In der ersten Gruppe sind skandinavischen Länder und Luxemburg. Die zweite Gruppe besteht aus etablierten Demokratien Westeuropas und Estland. Die dritte Gruppe besteht aus den damaligen (2010-2011) Krisenländern (Griechenland, Portugal, Großbritannien) und Slowakei und Slowenien. Die vierte Gruppe bilden Länder Mittel- und Osteuropas.

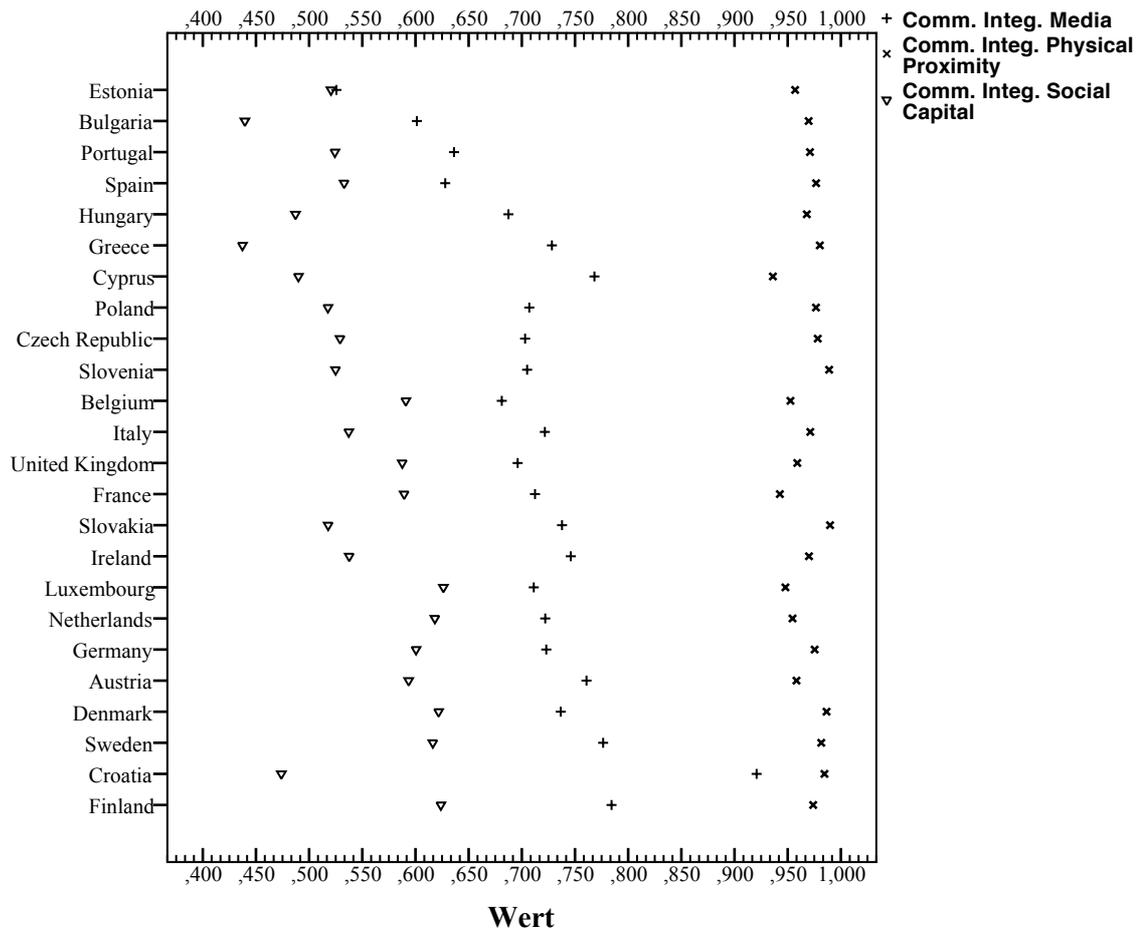


Abbildung 8 Subdimensionen kommunikativer Integration

Die Messung der kommunikativen Integration (Abbildung 8) zeigt, dass im Falle der sozialen Nähe alle untersuchten Länder sehr hohe Werte aufweisen. Bei den Interaktionen über Medien oben auf der Skala befinden sich folgende Länder: Kroatien, Norwegen, Finnland, Schweden, Zypern, Österreich. Das Schlusslicht bilden Bulgarien, Spanien, Portugal, Belgien und Ungarn. Bei der Messung des sozialen Kapitals weisen die höchste Werte Luxemburg, Finnland, Dänemark, Niederlande, Schweden und Deutschland auf. Unten auf der gebildeten Skala liegen Griechenland, Bulgarien, Kroatien, Ungarn und Zypern.

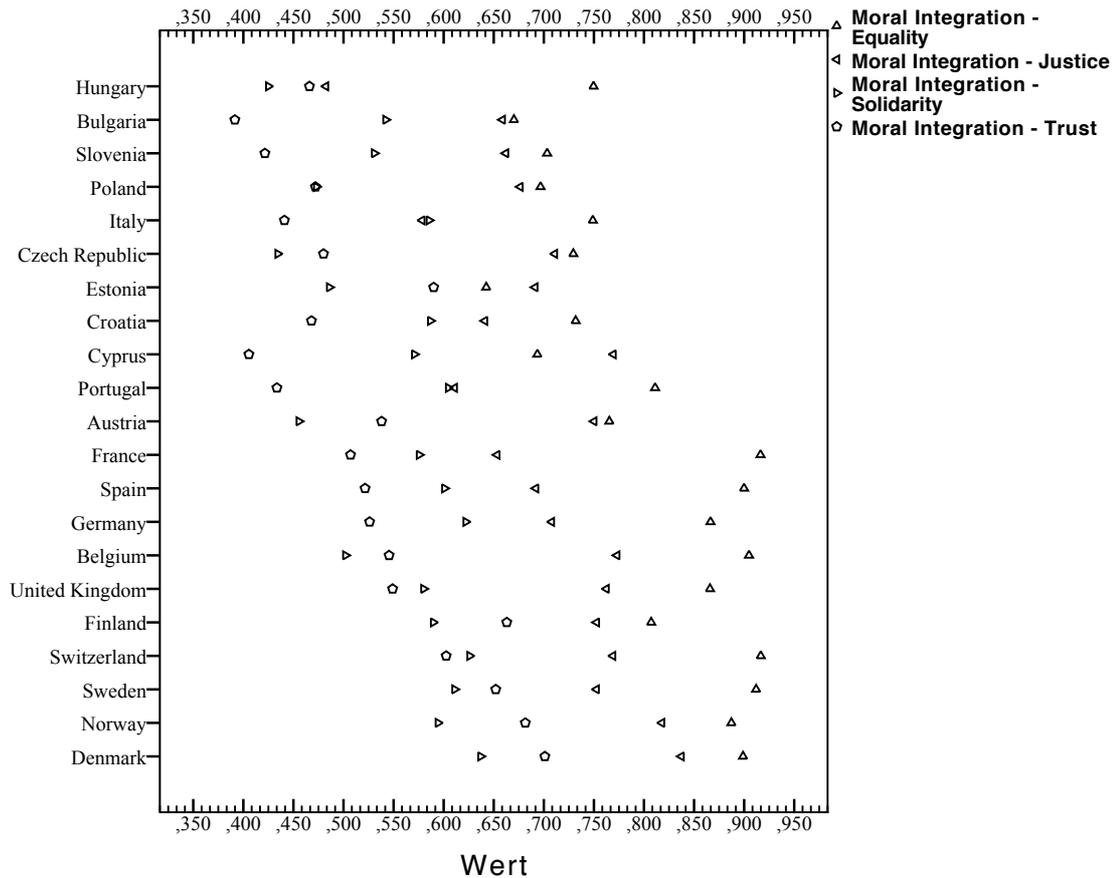


Abbildung 9 Subdimensionen moralischer Integration

In Abbildung 9 wurde die Messung der Subdimensionen moralischer Integration mithilfe eines Diagramms abgebildet. Bei der Subdimension der moralischen Integration - Vertrauen erzielten die höchste Werte: Dänemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Niederlande und die Schweiz. Unten auf der gebildeten Skala liegen Bulgarien, Griechenland, Zypern, Slowenien, Slowakei und Portugal. Diese Ergebnisse überraschen nicht und sind den Ergebnissen der Forschung aus dem Bereich politischer Kulturen sehr ähnlich (S. Pickel und G. Pickel 2006; G. Pickel und Jacobs 2006; G. Pickel et al. 1997).

Bei der Subdimension: *Solidarität* im obersten Quartil befinden sich Dänemark, die Schweiz, Deutschland, Schweden, Portugal, Spanien und Norwegen. Am Ende des Index liegen: Ungarn, Tschechische Republik, Niederlande, Österreich, Polen und Luxemburg. Hinsichtlich der Subdimension der moralischen Integration: *Gleichheit* befinden sich oben auf der Skala: die Schweiz, Frankreich, Schweden, Belgien, Spanien und Dänemark. Am Ende des Index stehen: Estland, Bulgarien, Zypern, Polen, Slowenien und Tschechische Republik. Bei der Subdimension der moralischen Integration: *Gerechtigkeit* sind Dänemark, Norwegen, Belgien, Zypern, die Schweiz und Großbritannien oben auf der gebildeten Skala zu finden. Ungarn, Italien, Portugal, Kroatien, Frankreich und Bulgarien erzielen die niedrigsten Werte unter den untersuchten Einheiten.

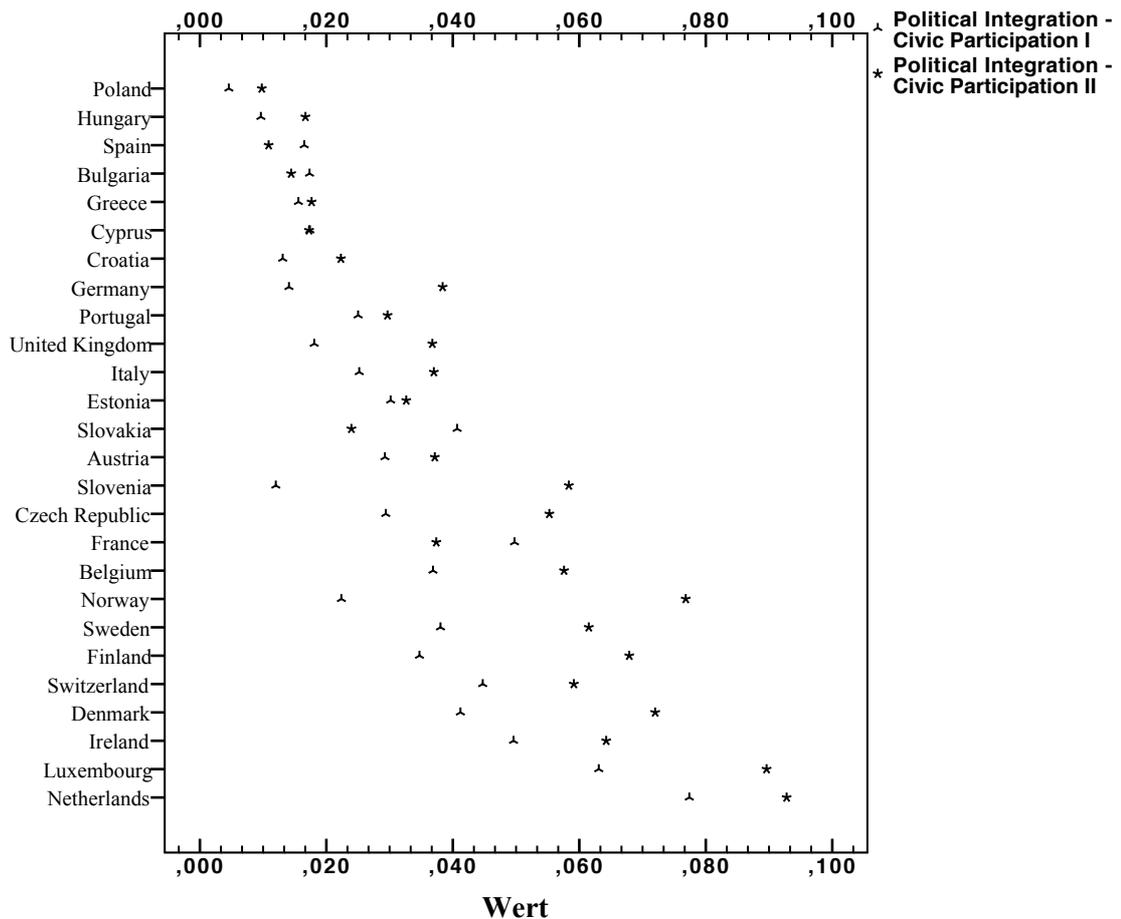


Abbildung 10 Subdimension politischer Integration

Bezogen auf die Subdimension der politischen Integration (Abbildung 10): *zivilgesellschaftliche Partizipation I* im obersten Quartil befinden sich Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Irland, die Schweiz und Dänemark. Die niedrigsten Werte weisen Polen, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Deutschland und Griechenland auf. Bei der Messung der politischen Integration: *zivilgesellschaftliche Partizipation II* weisen Niederlande, Luxemburg, Norwegen, Dänemark, Finnland und Schweden die höchsten Werte auf. Die niedrigsten Werte sind bei Polen, Spanien, Bulgarien, Zypern, Griechenland und Kroatien zu beobachten.

Die untersuchten Einheiten wurden anhand der wohlfahrtsstaatlichen Regime nach klassischer Auffassung von Esping-Andersen klassifiziert, um einen deskriptiven Vergleich zwischen den Ländern innerhalb der Regime zu ermöglichen. Es wurden vier Regime gebildet. Zum einem die drei klassischen Regime: sozialdemokratisches, christdemokratisches und liberales (Esping-Andersen 2006). Im Weiteren wurde aus den Ländern Mittel- und Osteuropas eine Regimekategorie gebildet, da deren wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung und somit die Zuschreibung zum einem der genannten Regime in der Literatur nicht klar ist und diese Länder als eigene Kategorie

genannt werden (Ebbinghaus 2012).¹⁵⁴

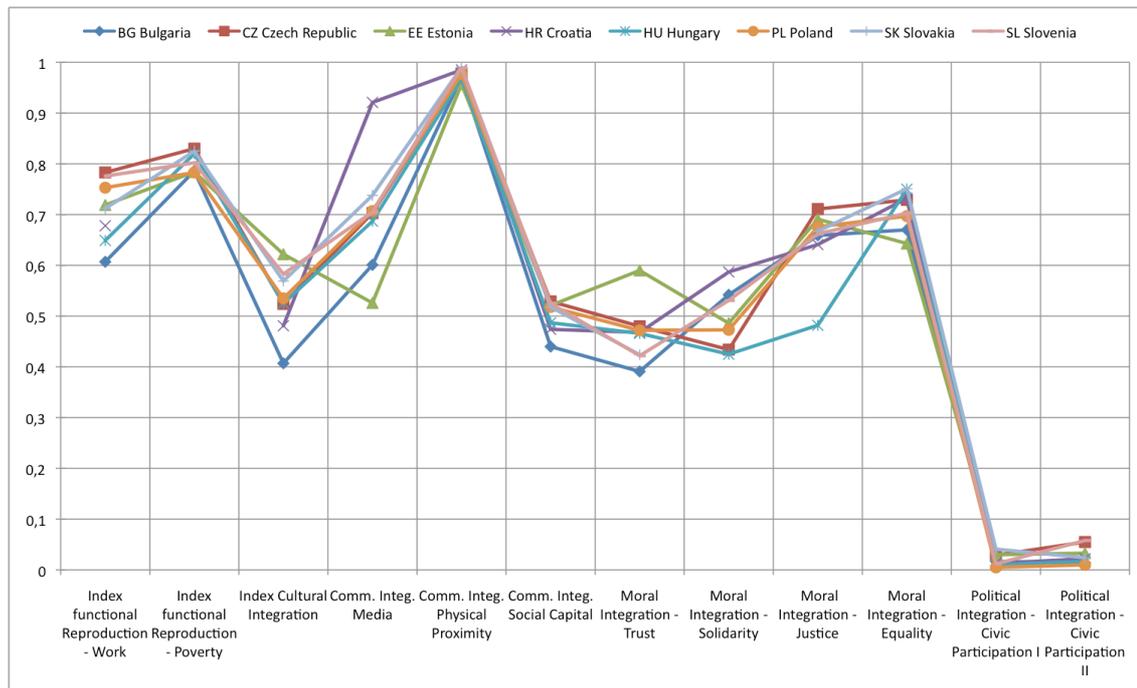


Abbildung 11 Dimensionen sozialer Integration (CEE-Länder)

In Abbildung 11 wurden die Daten für die Messung der Subdimensionen sozialer Integration für Länder Mittel- und Osteuropas dargestellt. Der Abbildung nach sind in der untersuchten Gruppe Tschechische Republik und Slowakei am stärksten und Bulgarien am schwächsten integriert. Dabei sind die Linien von einer horizontalen Darstellung weit entfernt. Die dimensionsspezifische soziale Integration variiert und keine der untersuchten Einheiten weist konstante Werte auf, sodass infolge dessen kein konstantes Bild des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts entsteht.

Bezogen auf Subdimensionen funktionaler Integration zeigte es sich, dass die Länder Mittel- und Osteuropas schwächer in der Arbeitswelt integriert sind als die restlichen untersuchten Staaten ($M=,710$; $SD=,062$), wobei die Tschechische Republik im Hinblick auf alle Länder überdurchschnittlich gut steht. Im Kontext der Armut sind die Länder Mittel- und Osteuropas deutlich besser integriert als die restlichen untersuchten Staaten ($M=,804$; $SD=,021$). Im Hinblick auf kulturelle Integration in osteuropäischen Gesellschaften zeigt sich, dass die untersuchten Länder mittelmäßig integriert sind ($M=,503$; $SD=,066$). Die Messung der kommunikativen Integration weist darauf hin, dass die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas gut in Bezug auf die Subdimension: *kommunikative Integration via Media* ($M=,699$; $SD=,114$) bis hin zu sehr gut

¹⁵⁴ In den Abbildungen 11, 12, 13, 14 sind fehlende Werte bei der Messung der Subdimensionen nicht in Liniendiagrammen abgebildet. In der Konsequenz sind in einigen Fällen (z.B. die Schweiz, Irland) die Liniendiagramme nicht durchgezogen.

im Hinblick auf soziale Nähe ($M=,977$; $SD=,011$) integriert sind. Bezüglich sozialen Kapitals weist die Messung einen mittelmäßigen Wert auf ($M=,501$; $SD=,032$).

Die Messung der Subdimensionen moralischer Integration zeigt, dass die Länder Mittel- und Osteuropas schwächer als die restlichen untersuchten Staaten integriert sind. Im Hinblick auf die Subdimensionen des Vertrauens ($M=,464$; $SD=,060$) und der Solidarität ($M=,497$; $SD=,059$) weist die Messung einen mittelmäßigen Wert und in Bezug auf die Gerechtigkeit ($M=,649$; $SD=,071$) und Gleichheit ($M=,709$; $SD=,039$) einen guten Wert auf. Bezogen auf die politische Integration sind die Länder Mittel- und Osteuropas schwächer als restliche Staaten integriert (zivilgesellschaftliche Partizipation I: $M=,020$; $SD=,012$ und zivilgesellschaftliche Partizipation II: $M=,029$; $SD=,018$).

In Zusammenhang mit Subdimensionen funktionaler Integration zeigte sich, dass die in Abbildung 12 aufgezählten Länder des liberalen wohlfahrtstaatlichen Regimes sehr gut im Kontext der Arbeit integriert sind ($M=,808$; $SD=,052$). In Bezug auf Armut sind die untersuchten Länder gut integriert ($M=,771$; $SD=,018$). Im Hinblick auf kulturelle Integration in dem liberalen wohlfahrtstaatlichen Regime zeigt sich, dass die untersuchten Länder gut integriert sind ($M=,645$; $SD=,053$).

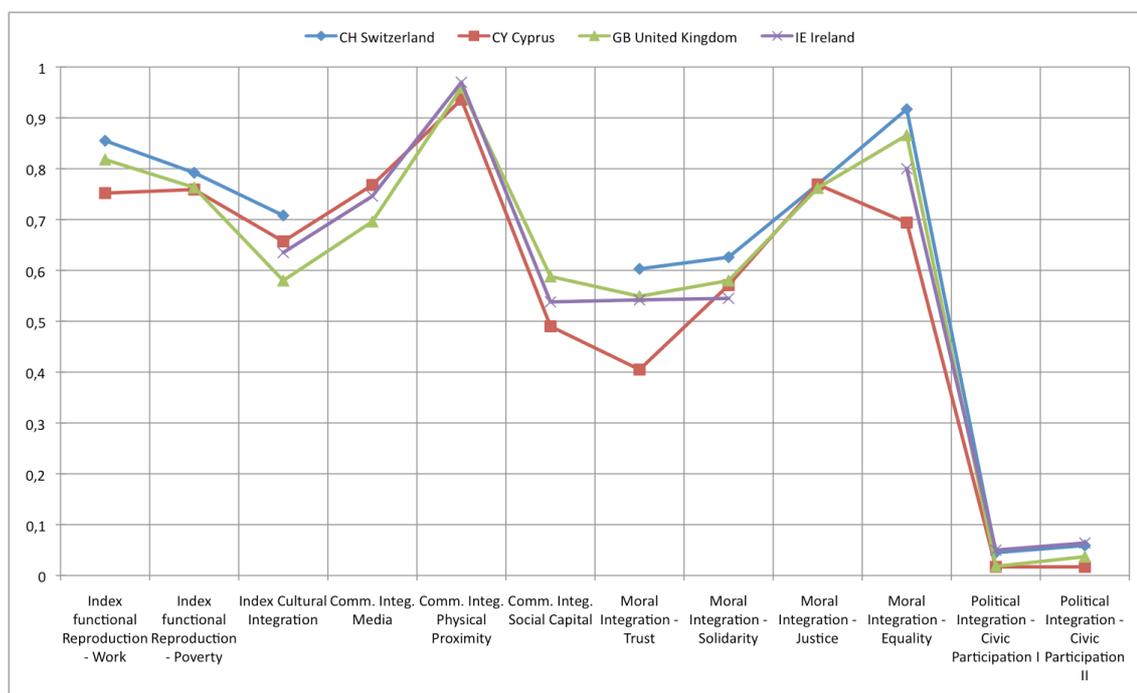


Abbildung 12 Dimensionen sozialer Integration (liberales Regime)

Die Messung der kommunikativen Integration weist darauf hin, dass die Gesellschaften des liberalen wohlfahrtstaatlichen Regimes sehr gut (kommunikative Integration via Medien $M=,737$; $SD=,037$; soziale Nähe $M=,955$; $SD=,017$) integriert sind. Bezüglich sozialen Kapitals weist die Messung einen mittelmäßigen Wert auf ($M=,538$; $SD=,049$).

Die Messung moralischer Integration zeigt, dass die Länder des liberalen wohlfahrtsstaatlichen Regimes schwächer als Staaten des sozialdemokratischen und korporatistischen Regimes in den Subdimensionen integriert sind. Im Hinblick auf die Subdimensionen des *Vertrauens* ($M=,525$; $SD=,084$) und der *Solidarität* ($M=,581$; $SD=,034$) weist die Messung einen mittelmäßigen Wert und auf die Gerechtigkeit ($M=,767$; $SD=,004$) einen guten Wert auf. Hinsichtlich der Gleichheit ($M=,819$; $SD=,096$) kann von einem sehr guten Zusammenhalt gesprochen werden. Unter Berücksichtigung von deskriptiven Ergebnissen ist es zu vermerken, dass in den Ländern des liberalen Regimes ein Konsensus über die Vorstellung der Gerechtigkeit herrscht.¹⁵⁵ Bezogen auf die politische Integration sind die Länder des liberalen Regimes besser integriert als diejenigen in Mittel- und Osteuropa und als die des korporatistischen Regimes (zivilgesellschaftliche Partizipation I: $M=,032$; $SD=,017$ und zivilgesellschaftliche Partizipation II: $M=,044$; $SD=,022$).

In der Abbildung 13 wurden die Daten für die Messung der Subdimensionen sozialer Integration für Länder des sozialdemokratischen Regimes dargestellt. Der Abbildung nach handelt es sich um eine homogene Gruppe. Die Ausnahme bildet hierbei Niederlande.

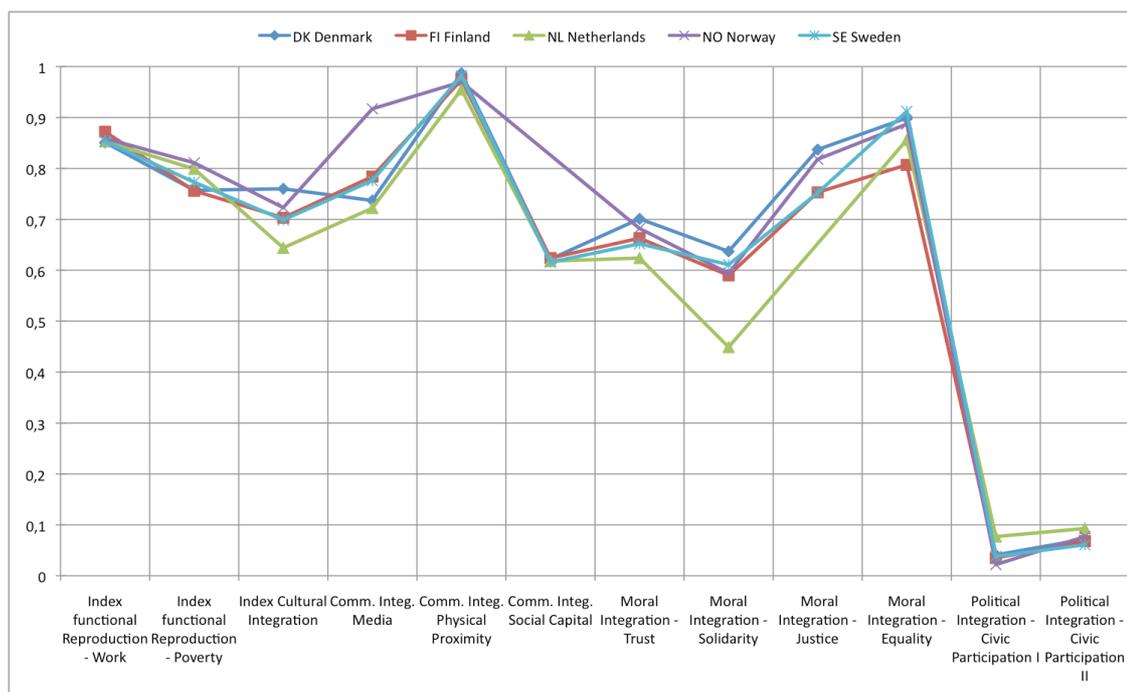


Abbildung 13 Dimensionen sozialer Integration (sozialdemokratisches Regime)

Bezogen auf Subdimensionen funktionaler Integration zeigte es sich, dass die Länder des sozialdemokratischen Regimes deutlich besser in der Arbeitswelt integriert sind als die restlichen untersuchten Staaten ($M=,857$; $SD=,009$), wobei das Bild starke Homogenität aufweist. Im Kontext der Armut sind die untersuchten Länder gut integriert ($M=,779$; $SD=,025$). Im Hinblick auf kulturelle Integration zeigt es sich, dass die untersuchten Länder gut integriert sind

¹⁵⁵ Meines Erachtens kann man diese Tatsache wie folgt erklären. Zum einem ist die Entlohnung in der Tat gerecht und die Anzahl der gesamtgesellschaftlichen Konflikte gering. Zum anderen schafft die Kultur der Länder diese Akzeptanz für den Grad bzw. das Niveau der Entlohnung. Dabei sind die Interdependenzen zwischen den beiden Erklärungen nicht ausgeschlossen.

($M=,706$; $SD=,042$) und als Gruppe den besten kulturellen Zusammenhalt aufweisen. Die Messung der kommunikativen Integration weist darauf hin, dass die Gesellschaften des sozialdemokratischen Regimes im Falle der kommunikativen Integration via Media ($M=,787$; $SD=,077$) gut bis hin zu im Hinblick auf soziale Nähe ($M=,973$; $SD=,012$) sehr gut integriert sind. Bezüglich sozialen Kapitals weist die Messung einen guten Wert bei starker Homogenität auf ($M=,602$; $SD=,003$).

Die Messung der Subdimensionen moralischer Integration zeigt, dass die in Abbildung 13 dargestellten Länder stärker integriert sind, als die restlichen untersuchten Staaten. In Zusammenhang mit den Subdimensionen des *Vertrauens* ($M=,664$; $SD=,029$) und der *Gerechtigkeit* ($M=,790$; $SD=,044$) weist die Messung einen guten Wert und im Hinblick auf die Gleichheit ($M=,872$; $SD=,042$) einen sehr guten Wert auf. Bezüglich der Solidarität ist der Zusammenhalt mittelmäßig ($M=,576$; $SD=,073$). Bezogen auf die politische Integration sind die Länder des sozialdemokratischen Regimes stärker als restliche Staaten integriert (zivilgesellschaftliche Partizipation I: $M=,043$; $SD=,020$ und zivilgesellschaftliche Partizipation II: $M=,074$; $SD=,012$).

In Abbildung 14 wurden die Ergebnisse der Messung von Dimensionen sozialer Integration mithilfe eines Liniendiagramms für das korporatistische Regime dargestellt. Betreffs der Subdimensionen funktionaler Integration zeigte es sich, dass die Länder des korporatistischen Regimes deutlich besser in die Arbeitswelt integriert sind ($M=,763$; $SD=,052$), wobei als Gruppe schwächer als die Länder des liberalen und sozialdemokratischen Regimes. Im Kontext der Armut sind die untersuchten Länder gut integriert ($M=,749$; $SD=,029$). In Zusammenhang mit kultureller Integration zeigt es sich, dass die untersuchten Länder gut integriert sind ($M=,623$; $SD=,036$), wobei sie wiederum schwächer als Länder des liberalen und sozialdemokratischen Regimes integriert sind.

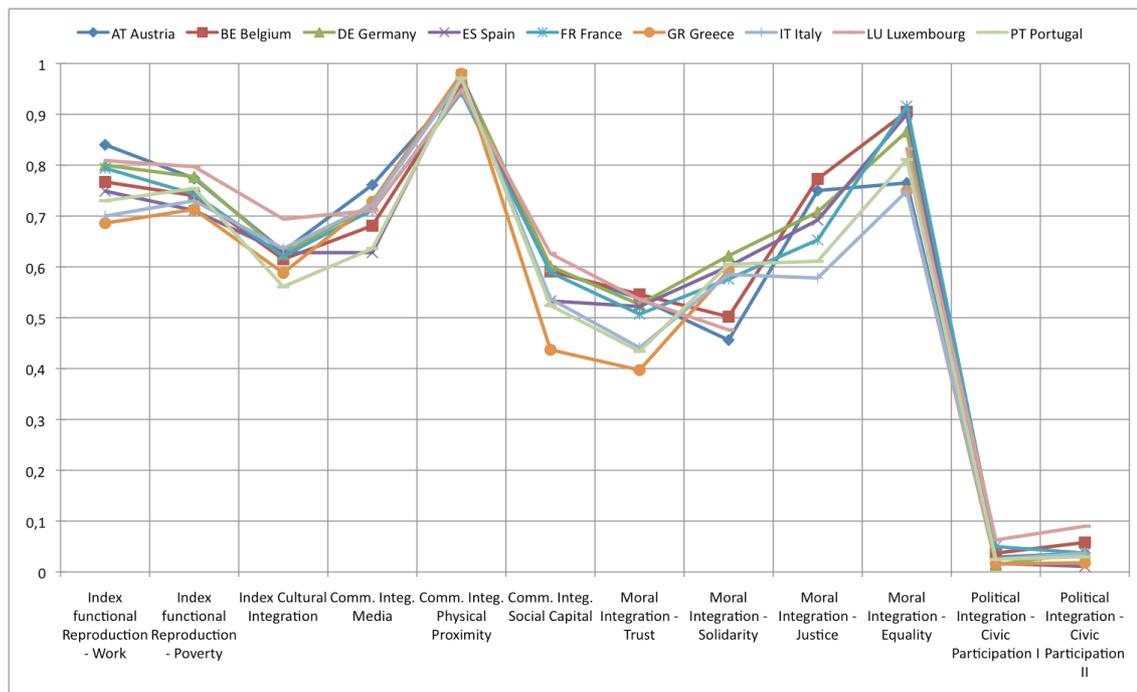


Abbildung 14 Dimensionen sozialer Integration (christdemokratisches bzw. korporatistisches Regime)

Die Messung der kommunikativen Integration weist darauf hin, dass die Gesellschaften des korporatistischen Regimes gut im Falle der kommunikativen Integration via Media ($M=,700$; $SD=,044$) bis hin zu sehr gut im Hinblick auf soziale Nähe ($M=,964$; $SD=,013$) integriert sind. Bezüglich sozialen Kapitals weist die Messung einen mittelmäßigen Wert auf ($M=,559$; $SD=,058$).

Die Messung der Subdimensionen moralischer Integration zeigt, dass Länder des korporatistischen Regimes schwächer als Länder des liberalen und sozialdemokratischen Regimes integriert sind. In Zusammenhang mit der Subdimensionen des Vertrauens ($M=,493$; $SD=,055$) und der Solidarität ($M=,557$; $SD=,062$) weist die Messung einen mittelmäßigen Wert und im Hinblick auf die Gerechtigkeit ($M=,681$; $SD=,071$) und Gleichheit ($M=,833$; $SD=,068$) einen guten Wert auf. Bezogen auf die politische Integration sind die Länder des korporatistischen Regimes schwächer als Länder des liberalen und sozialdemokratischen Regimes integriert (zivilgesellschaftliche Partizipation I: $M=,031$; $SD=,017$ und zivilgesellschaftliche Partizipation II: $M=,039$; $SD=,023$).

7.1.2 Der Gesamtindex sozialer Integration

In Abbildung 15 wurden die deskriptiven Ergebnisse der Messung gesamtgesellschaftlicher, sozialer Integration dargestellt. Insgesamt werden die dimensionspezifischen Ergebnisse der Messung bei dem Gesamtindex bestätigt. Auch im Hinblick auf die wohlfahrtstaatliche Kategorisierung ähnelt das Gesamtergebnis der Messung von Subdimensionen (siehe Tabelle 7-1).

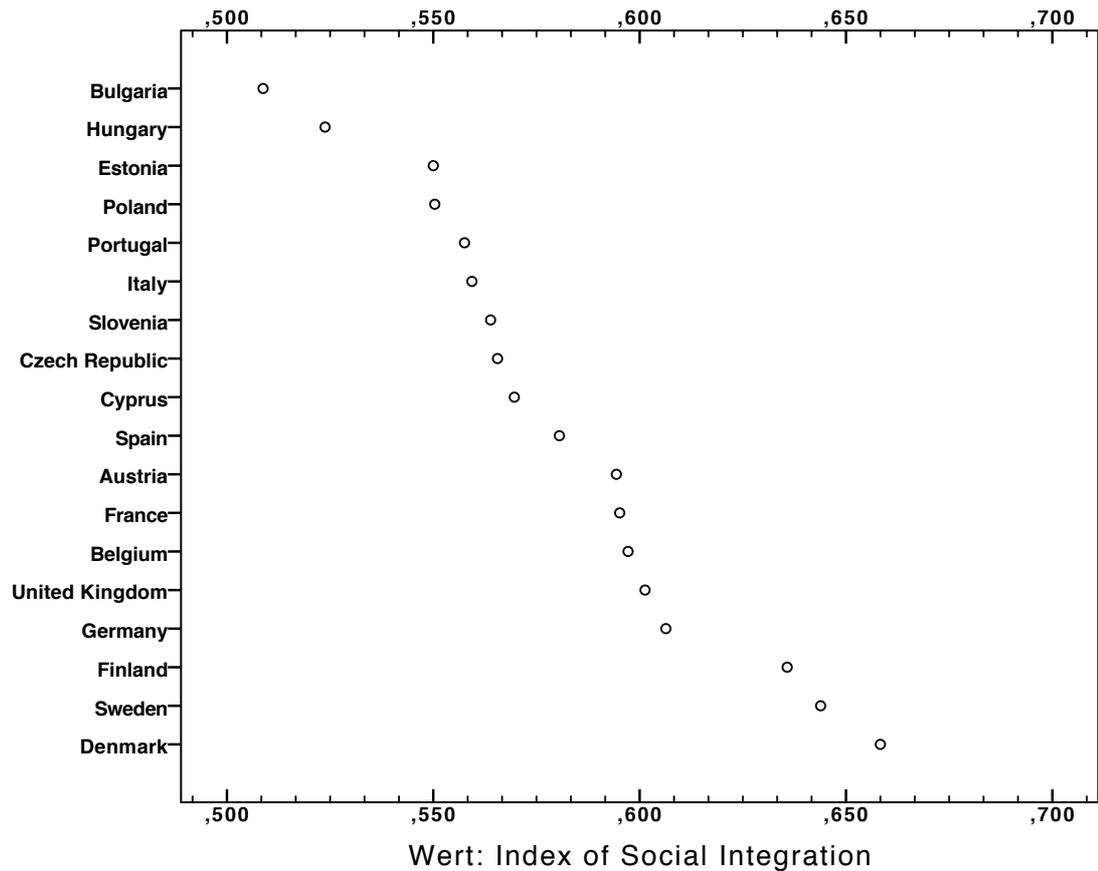


Abbildung 15 Gesamtgesellschaftliche soziale Integration

Am stärksten integriert sind Dänemark, Schweden und Finnland, am schwächsten Bulgarien, Ungarn und Estland. Das arithmetische Mittel beträgt ,581 ($M=,581$; $SD=,039$), die Spannweite $R=,149$, was fast das Vierfache der Standardabweichung darstellt.

Tabelle 7-1 Überblick über die Messung der gesamtgesellschaftlichen sozialen Integration: Klassifizierung nach wohlfahrtsstaatlichem Regime

Wohlfahrtsstaatliches Regime	N	Min	Max	M	SD	VAR
Länder des Mittel- und Osteuropa	6	,509	,566	,544	,023	,001
Liberales Regime	2	,570	,601	,585	,022	,001
Sozialdemokratisches Regime	3	,636	,658	,646	,011	,000
Korporatistisches Regime	7	,558	,606	,584	,019	,000

Die in der Tabelle 7-1 dargestellten Ergebnisse bestätigen die Teilergebnisse. Die Länder des sozialdemokratischen Regimes weisen die höchsten Werte auf. Auch wenn die Anzahl der Fälle

bei den Ländern des liberalen Regimes sehr gering ist, weist der Mittelwert des liberalen und korporatistischen Regimes fast den gleichen Wert auf. So schaffen es unterschiedlich institutionalisierte wohlfahrtstaatliche Regime durch Reproduktion von gesamtgesellschaftlichen Ressourcen das gleiche Niveau sozialer Integration zu erreichen. Am schwächsten integriert sind Länder von Mitteleuropa.

7.2 Die Messung politischer Partizipation

Die Häufigkeit der konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipation in den untersuchten Ländern wurde in Abbildung 16 mithilfe eines Punktdiagramms dargestellt. Bezogen auf konventionelle Formen politischer Partizipation ($M=,242$; $SD=,072$; $VAR=,005$; $R=,249$) stehen folgende Länder unten in der gebildeten Skala: Polen, Tschechische Republik, die Schweiz, Kroatien, Slowakei, Bulgarien und Ungarn. Am aktivsten sind Luxemburg, Belgien, Dänemark, Italien, Schweden und Finnland. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in Belgien und Italien eine Wahlpflicht besteht. Die relativ geringe Position der Schweiz lässt sich mit der niedrigen Wahlbeteiligungsquote erklären, deren Ursachen in der Literatur breit diskutiert worden sind (Freitag 1996; Weiss 2012). Die Schweiz weist als einziges Land höhere Werte der unkonventionellen Formen auf.

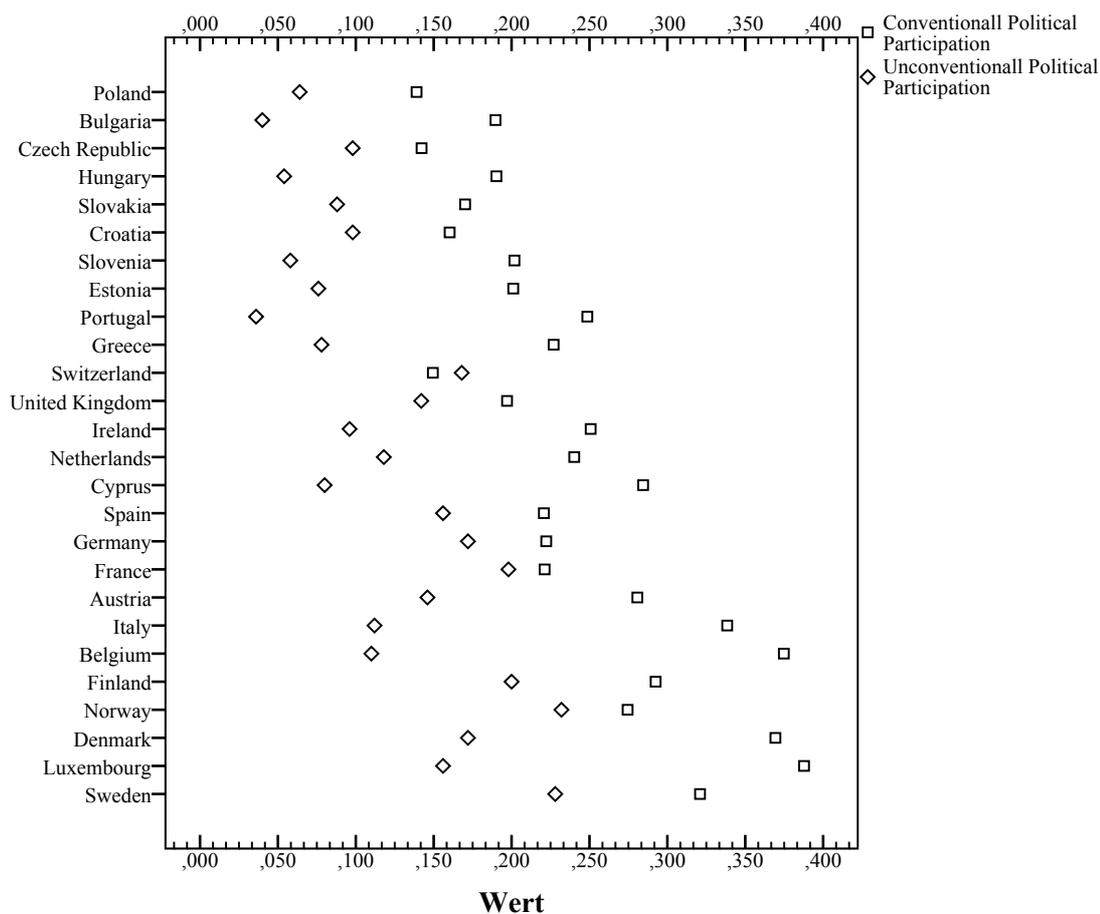


Abbildung 16 Konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Partizipation

Im Hinblick auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation ($M=,122$; $SD=,056$; $VAR=,003$; $R=,196$) befinden sich am Ende der Skala Norwegen, Schweden, Finnland, Frankreich, Dänemark und Deutschland. Am Ende der Skala stehen Portugal, Bulgarien, Ungarn, Slowakei, Polen und Estland.

Betrachtet man einzelne Indikatoren so ist unter den konventionellen Formen die Teilnahme an zu Letzt abgehaltenen nationalen Wahlen, wie erwartet, am häufigsten genutzte Form politischer Partizipation ($M=,697$; $SD=,127$; $VAR=,016$; $R=,477$). In Abbildung 17 wurde mithilfe eines Punktdiagramms die Messung konventioneller Formen politischer Partizipation dargestellt.

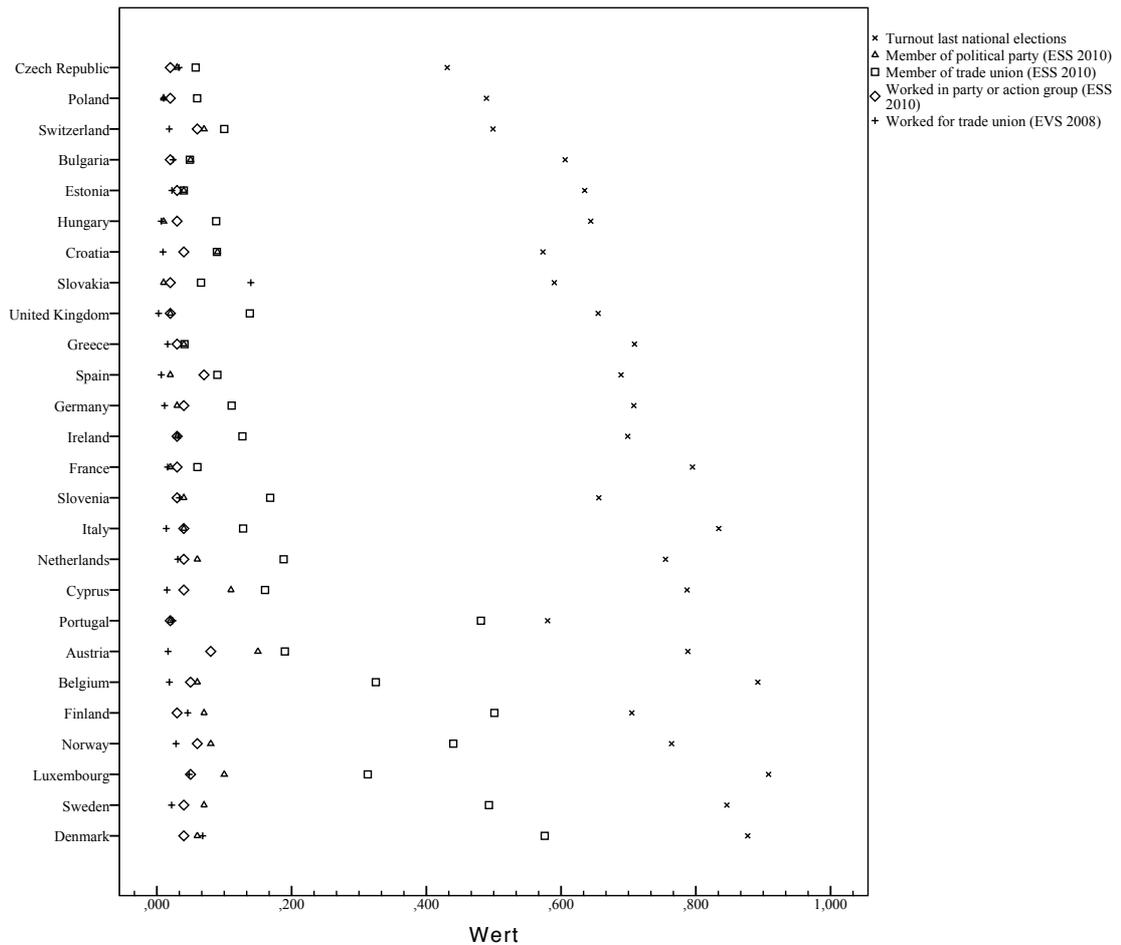


Abbildung 17 Konventionelle Formen politischer Partizipation

Die am wenigsten verbreitete konventionelle Form politischer Partizipation in den untersuchten Ländern ist die Arbeit für Gewerkschaften ($M=,027$; $SD=,027$; $VAR=,001$; $R=,137$). Zu beobachten ist eine Gruppe von Ländern mit stark ausgeprägtem Wert der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (Dänemark, Schweden, Luxemburg, Norwegen, Belgien und Portugal).

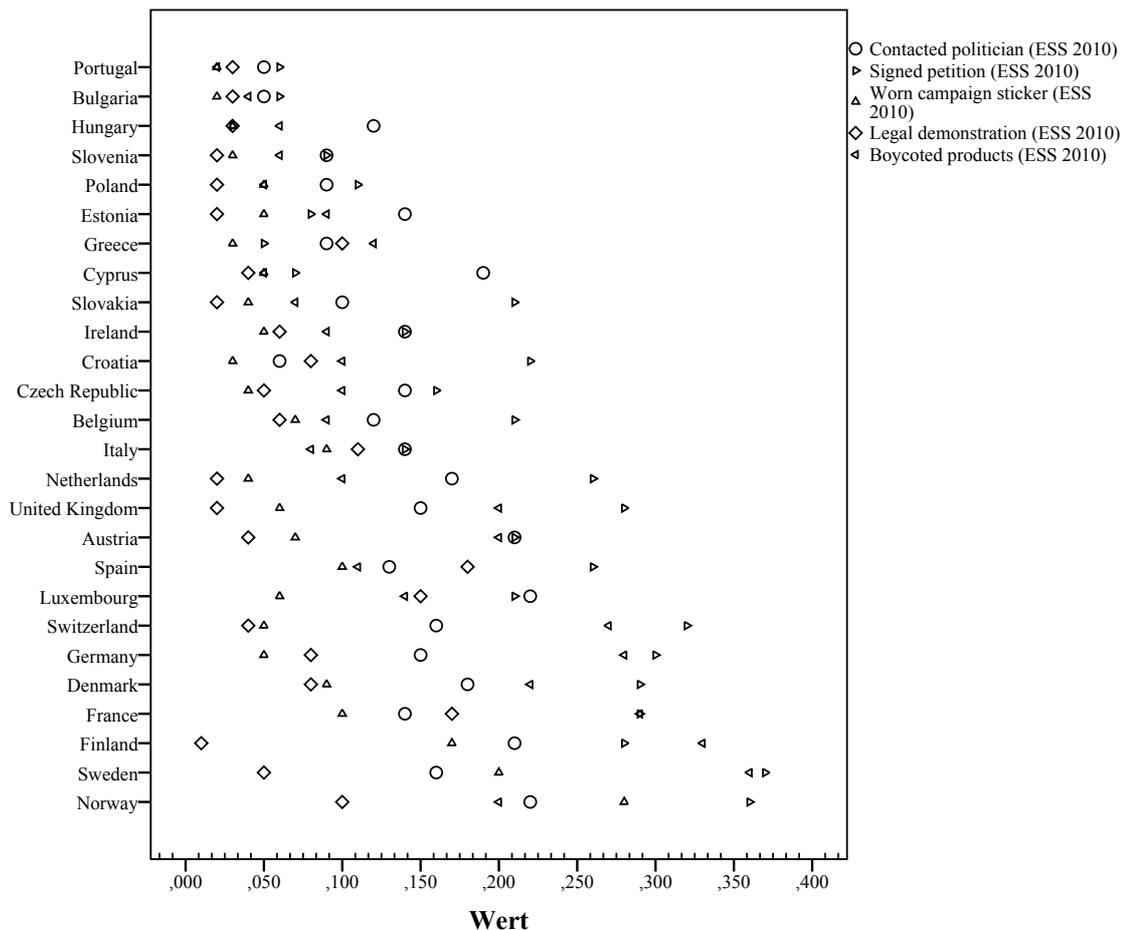


Abbildung 18 Unkonventionelle Formen politischer Partizipation

In Abbildung 18 wurden die Ergebnisse der deskriptiven Statistik für unkonventionelle Formen politischer Partizipation dargestellt. Unter diesen Formen ist das Unterschreiben einer Petition ($M=,196$; $SD=,103$; $VAR=,011$; $R=,340$) die am meisten verbreitete Form politischer Partizipation. Die am wenigsten verbreitete unkonventionelle Form in den untersuchten Ländern ist die Teilnahme an legalen Demonstrationen ($M=,062$; $SD=,048$; $VAR=,002$; $R=,170$).

7.3 Hypothesenüberprüfung

7.3.1 Soziale Integration und politische Partizipation

Soziale Integration und konventionelle Formen politischer Partizipation

Im Hinblick auf politische Partizipation wird in der vorliegenden Arbeit ein positiver Effekt von sozialer Integration erwartet. Je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die konventionelle politische Partizipation (**H1a**). In Abbildung 18 wird den Zusammenhang

zwischen dem Index konventionellen Formen politischer Partizipation und dem Gesamtindex sozialer Integration in graphischer Form dargestellt.¹⁵⁶

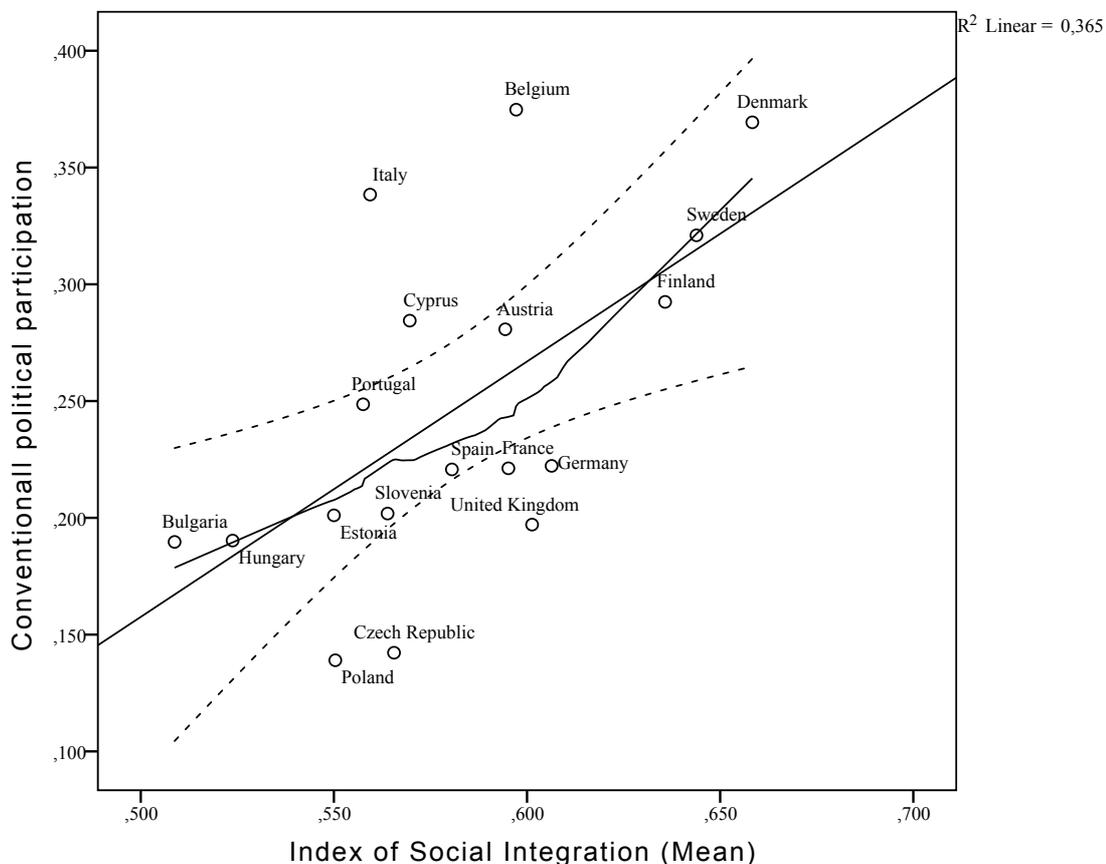


Abbildung 19 Zusammenhang zwischen der konventionellen politischen Partizipation und dem Gesamtindex sozialer Integration (R^2 Loess = 0,389).

Die Lage der Punkte (Länder) in Abbildung 19 zeigt eine eindeutige Tendenz, dass der Zusammenhang zwischen konventioneller politischer Partizipation und sozialer Integration positiv ist. Die Linie der robusten lokal gewichteten Regression (Loess-Regression) zeigt, dass die Länder mit Wahlpflicht (Italien, Belgien) überproportionalen Einfluss auf die Erklärung von Varianz der konventionellen politischen Partizipation haben. In der nachfolgenden Tabelle wurden die Ergebnisse der bivariaten und multivariaten Regressionsanalyse dargestellt. Mithilfe von B-Koeffizienten können Aussagen darüber verfasst werden, in welchem Grad jeder der ausgewählten Prädiktoren die abhängige Variable beeinflusst. Dieses gilt nur unter der Annahme, dass andere Prädiktoren konstant bleiben.

¹⁵⁶ Die gerade durchgezogene Linie zeigt die Regressionsgerade an. Die ungerade durchgezogene Linie stellt die LOESS (Robuste lokal gewichtete Regression) Linie mit einer Bandbreite die jeweils 80% der Beobachtungen enthält (Jacoby 2000). Darüber hinaus zeigen die nicht-durchgezogenen Linien die Ober- und Untergrenze der 95%-Konfidenzintervalle der Vorhersage an. Die Werte sind aufgrund der fehlerhaften Funktion des Programms: SPSS 20 in der Beschriftung der Abbildung angegeben und mit STATA 12 berechnet worden.

Das erste Modell bezieht sich auf die oben dargestellte bivariate lineare Regressionsanalyse.¹⁵⁷ Die Erklärung von Varianz abhängiger Variable liegt bei 36,5%. (N=19; $R^2=,365$; B=1,094; SE B=,361; $\beta=,604$; $p=,008$). Steigt die gesamtgesellschaftliche soziale Integration um eine Einheit, so steigt die konventionelle politische Partizipation um 1,094 ihrer Skalenpunkte. Aufgrund gleicher Skalierung beider Indizes ist die folgende Aussage zulässig. Steigt die gesamtgesellschaftliche soziale Integration um ,100 ihrer Skalenpunkte, so wächst die konventionelle Partizipation in dieser Gesellschaft um ,109 Skalenpunkte. Der Effekt von gesamtgesellschaftlicher, sozialer Integration ist als groß einzuschätzen. Unter Berücksichtigung der dargestellten bivariaten Ergebnisse zeigte es sich, dass Gesellschaften, die ihre gesamtgesellschaftlichen Ressourcen besser reproduzieren, bedeutend politisch aktiver sind.

Das zweite Modell berücksichtigt die sich auf das Wahlsystem und wirtschaftliche Leistung beziehenden Kontrollvariablen (Wahlpflicht, Gesamtes BIP, Wahlsystem und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene; siehe Tabelle 7-2; Modell 2). Da die ins Modell eingefügten Kontrollvariablen unterschiedliche Skalierung aufweisen, wird bei der multivariaten Modellierung der standardisierte β -Koeffizient berücksichtigt, der als relative Wichtigkeit der entsprechenden Variablen für die Vorhersage interpretiert werden darf.

Tabelle 7-2 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch soziale Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>
	B (SE B)	β-Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,389 (,210)	
<i>Social Integration</i>	1,094** (,361)	-,537
<i>Compulsory voting</i>		,346*
<i>GDP per capita</i>		1,221*
<i>Proportional system</i>		,277
<i>Right to vote for foreigners</i>		,240*
	$R^2=,365$	$R^2=,889$
	N=19	N=19

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Die Erklärungskraft der Varianz von abhängigen Variable nahm im Modell 2 stark zu und liegt bei 88,9%. Unerwartet im zweiten Modell ist der negative Einfluss der sozialen Integration. Den stärksten signifikanten positiven Effekt unter den Kontrollvariablen weist das GDP per capita

¹⁵⁷ Es wurde die Regression unter folgenden Kriterien durchgeführt: der Gesamtindex und Dimensionen der sozialen Integration wurden nach Einschussmethode, mit einem Listenweisausschluss und Fallweise Diagnose für die Ausreißer außerhalb der dreifachen SD eingefügt (Field 2009, S. 279f).

auf. Das GDP per capita trägt über dreieinhalb Mal mehr als die Wahlpflicht und etwa viermal mehr als das Wahlrecht für die Ausländer auf kommunaler Ebene zur Vorhersage der politischen Partizipation bei. Der erwartete Einfluss des proportionalen Wahlsystems ist positiv aber statistisch nicht signifikant.

Betrachtet man die Ergebnisse der bivariaten Regressionsanalyse gilt die H1a als bestätigt. Unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen kann aber diese Hypothese (H1a) nicht bestätigt werden. Der DGP per capita, die Wahlpflicht und das Wahlrecht für die Ausländer auf kommunaler Ebene sind stärkere Prädiktoren für die Erklärung der Varianz der politischen Partizipation als der Gesamtindex sozialer Integration.

Zusammenfassend können die dargestellten Ergebnisse folgendermaßen interpretiert werden: Die soziale Integration hat einen statistisch signifikanten starken positiven Effekt auf konventionelle Partizipation. Unter Einbeziehung der Kontrollvariablen zeigt sich, dass der Einfluss der sozialen Integration negativ wird und die Kontrollvariablen die politische Partizipation positiv beeinflussen. Das BIP pro Kopf trägt am stärksten zur Vorhersage konventionellen der politischen Partizipation bei. Auch restliche Kontrollvariablen weisen einen positiven Einfluss auf. Bezogen auf konventionelle Formen der Partizipation unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen zeigt es sich, dass die Elemente des Wahlsystems und der Reichtum einer Gesellschaft wichtiger für die Wahrscheinlichkeit der konventionellen politischen Partizipation als soziale Integration sind.

Soziale Integration und unkonventionelle Formen politischer Partizipation

Unter Berücksichtigung von Ergebnissen der empirischen Partizipationsforschung wurde folgende Hypothese bezüglich unkonventioneller Formen politischer Partizipation formuliert. Die Hypothese (H1b) lautet: Je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die unkonventionelle politische Partizipation. Wie bei der H1a, wird hierbei ein positiver Effekt der Integration auf unkonventionelle politische Partizipation erwartet. Zur Überprüfung dieser Hypothese wurde eine bivariate und multivariate lineare Regressionsanalyse durchgeführt.

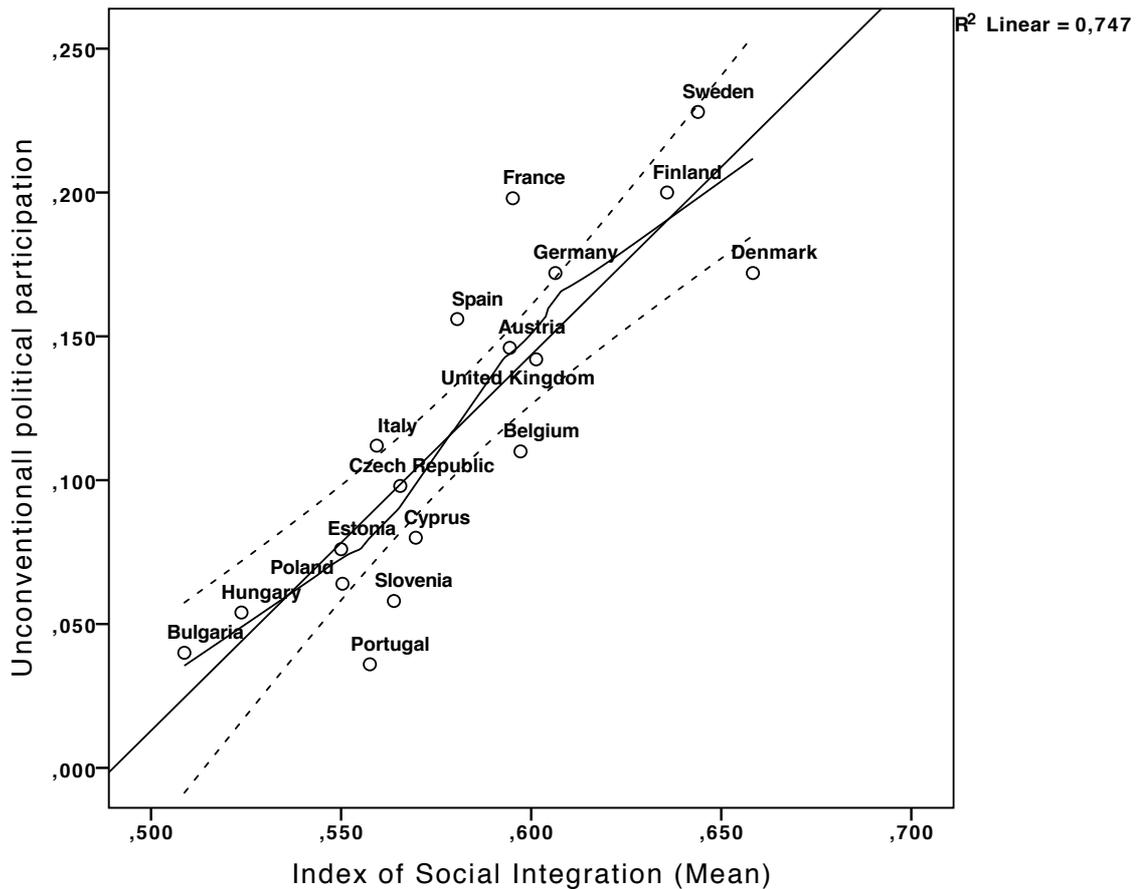


Abbildung 20 Zusammenhang zwischen der unkonventionellen politischen Partizipation und sozialer Integration (R^2 Loess = 0,859).

Im ersten Modell (siehe Tabelle 7-3) ist es zu beobachten, dass mit der steigenden sozialen Integration die unkonventionelle politische Partizipation steigt. Wenn der Wert des Gesamtindex sozialer Integration um eine Einheit steigt, so steigt um 1,306 ihrer Einheit ($N=19$; $R^2=,747$; $B=1,306$; $SE\ B=,190$; $\beta=,864$; $p=,000$). Dabei gilt, wenn die gesamtgesellschaftliche soziale Integration um ,100 ihrer Skalenpunkte steigt, so wächst konventionelle Partizipation in dieser Gesellschaft um ihrer ,131 Skalenpunkte. Der Effekt von gesamtgesellschaftlicher, sozialer Integration auf unkonventionelle politische Partizipation ist als sehr groß und theoriekonform einzuschätzen. Das Modell 2 (siehe Tabelle 7-3) enthält die Elemente des Wahlsystems und die Höhe des BIP als Kontrollvariablen.

Tabelle 7-3 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch soziale Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>
	B (SE B)	β-Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,640*** (,111)	
<i>Social Integration</i>	1,306*** (,190)	,462
<i>Compulsory voting</i>		-,088
<i>GDP per capita</i>		,439
<i>Proportional system</i>		-,159
<i>Right to vote for foreigners</i>		-,100
	R ² = ,747	R ² = ,808
	N = 19	N = 19

a. Abhängige Variable: Unconventionall political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Im zweiten Modell bestätigt sich der erwartete Einfluss der sozialen Integration auf unkonventionelle Partizipationsformen. Dieses Ergebnis ist gegen den Zufall nicht abgesichert. Darüber hinaus zeigt sich der positive Einfluss der Höhe von BIP per Kopf auf die unkonventionelle Partizipation. Die Wahlpflicht, das proportionale Wahlsystem und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene weisen kleinen negativen Einfluss auf.

Zusammenfassend können die dargestellten Ergebnisse folgendermaßen interpretiert werden: Die soziale Integration hat einen statistisch signifikanten starken positiven Effekt auf unkonventionelle Partizipation. Unter Einbeziehung der Kontrollvariablen bleibt der Einfluss der sozialen Integration mäßig positiv, wobei der BIP pro Kopf in gleichem Maße zur Vorhersage unkonventionellen der politischen Partizipation beiträgt. Dieses Ergebnis ist gegen den Zufall nicht abgesichert. Eine mögliche Interpretation kann einerseits die Wahrnehmung der erfüllten Pflicht bezüglich der Wahlpflicht sein und andererseits der guten Repräsentation, hinsichtlich des Wahlsystems und des Wahlrechtes. Ferner weisen die Ergebnisse darauf hin, dass reichere Gesellschaften (gemessen an der Höhe des BIP) politisch aktiver sind, wenn es sich um unkonventionelle Formen der Partizipation handelt.

7.3.2 Effekte Dimensionen sozialer Integration auf Formen politischer Partizipation

Effekte auf konventionelle Formen politischer Partizipation

Der in der Theorie präsentierte Forschungsstand zeigt, dass die politische Partizipation primär durch die politische Kultur eines Landes und die sozio-ökonomischen Faktoren positiv beeinflusst wird. Dieser Annahme zufolge wurde die Hypothese 2 formuliert (**H2**): Der in H1 spezifizierte Zusammenhang ist am stärksten für die kulturelle, politische und funktionale Integration und wirkt bei kommunikativer und moralischer Integration am schwächsten. Die Überprüfung der zweiten Hypothese erfolgt mithilfe der multivariaten Regressionsanalyse. Die konventionelle bzw. unkonventionelle politische Partizipation stellt im Modell die abhängige Variable, die Sub- bzw. Dimensionen sozialer Integration die Prädiktoren (unabhängige Variablen) dar. Man kann das Modell mithilfe einer Gleichung wie folgt beschreiben:

$$\text{Politische Partizipation} = B_0 + B_1 \text{funktionelle Integration} + B_2 \text{kulturelle Integration} + B_3 \text{kommunikative Integration} + B_4 \text{moralische Integration} + B_5 \text{politische Integration}$$

Es wurden die Annahmen der multivariaten Regressionsanalyse berücksichtigt (Field 2009, S. 279f).¹⁵⁸ In der Konsequenz wurden drei Subdimensionen sozialer Integration in die Regressionsgleichung nicht aufgenommen. Aufgrund der fehlenden Varianz (VAR=,000) war es die soziale Nähe und politische Integration I. Ferner aufgrund der Verletzung der Annahme über Normalität der Verteilung musste die Subdimension moralischer Integration: Solidarität aus der Analyse ausgeschlossen werden.

In der Tabelle 7-4 wurden die Ergebnisse der Regressionsanalyse zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch funktionale Integration dargestellt. Das erste und zweite Modell berücksichtigt nur die Subdimensionen funktionaler Integration und stellt im Grunde die Ergebnisse der bivariaten Regressionsanalysen dar. Im dritten und vierten Modell wird der Einfluss der Subdimensionen unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen abgebildet. Im fünften Modell wird der Einfluss der beiden Subdimensionen unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen dargestellt. Dieses Vorgehen wird bei jeder dimensionspezifischen Regressionsanalyse wiederholt.

¹⁵⁸ Es wurde die Regression unter folgenden Kriterien durchgeführt: (Sub)Dimensionen der sozialen Integration wurden nach Einschlussmethode, mit einem Listenweisausschluss und Fallweise Diagnose für die Ausreißer außerhalb der dreifachen SD eingefügt (Field 2009, S. 279f). Da die ins Modell eingefügten Kontrollvariablen unterschiedliche Skalierung aufweisen, wird bei den multivariaten Modellierung der standardisierte β -Koeffizient berücksichtigt.

Tabelle 7-4 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen funktionaler Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>
	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	β- Koeffizient	β- Koeffizient	β- Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,028 (,154)	,905* (,341)	,682 (,350)			
<i>Functional Integration Work</i>	,350 (,199)		,339 (,194)	,101		-,044
<i>Functional Reproduction - Poverty</i>		-,852 (,440)	-,904* (,442)		-,351*	-,359*
<i>Compulsory voting</i>				,461*	,251	,232
<i>DGP total</i>				,377	,409*	,431
<i>Proportional system</i>				,116	,211	,210
<i>Right to vote for foreigners</i>				,387	,413	,413
	R ² = ,119 N = 24	R ² = ,145 N = 25	R ² = ,254 N = 24	R ² = ,605 N = 25	R ² = ,671 N = 24	R ² = ,671 N = 24

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Das erste Modell berücksichtigt die Subdimension funktionaler Integration: Arbeit, die einen moderaten, positiven nicht-signifikanten Einfluss auf konventionelle Partizipationsformen aufweist. Wenn der Wert dieser Subdimension der funktionalen Integration um eine Einheit steigt, so steigt die unkonventionelle politische Partizipation um ,350 ihrer Skalenpunkte. Im Modell 2 wird die Subdimension funktionaler Integration: Armut berücksichtigt. Diese weist einen sehr starken nicht-signifikanten negativen Effekt auf. Wenn der Wert dieser Subdimension der funktionalen Integration um eine Einheit steigt, so sinkt die unkonventionelle politische Partizipation um ,852 ihrer Skalenpunkte. Im dritten Modell wurden die beiden Subdimensionen berücksichtigt. Von der Tendenz her bleibt der Einfluss der beiden Subdimensionen stabil.

Das vierte und fünfte Modell berücksichtigt die einzelnen Subdimensionen zusammen mit Kontrollvariablen. Hierbei bleibt auch von der Tendenz her bleibt der Einfluss der beiden Subdimensionen stabil, wird aber sehr schwächer sein. Es zeigt sich vor allem bei viertem Modell, dass die Kontrollvariablen, das BIP und die Elemente des Wahlsystems bis fast viermal stärker die Varianz der konventionellen Partizipation erklären, als die Subdimensionen: Arbeit.

In das sechste Modell wurden die Kontrollvariablen in die Regressionsgleichung zusammen mit beiden Subdimensionen der funktionalen Integration zugefügt. Unter der Kontrolle der Wahlpflicht, des proportionalen Wahlsystems und des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler

Ebene als auch der Höhe des BIP pro Kopf haben die Subdimensionen funktionaler Integration: Arbeit einen geringen, negativen Einfluss und die Subdimensionen funktionaler Integration: Armut einen moderaten, negativen, signifikanten Einfluss auf abhängige Variable: konventionelle Partizipationsformen. Ferner üben Elemente des Wahlsystems (Wahlpflicht, Wahlsystem und das Wahlrecht für Ausländer auf Kommunalebene) als auch die Höhe des BIP pro Kopf moderate, positive, nicht-signifikante Effekte auf konventionelle Formen aus. Mit einer graphischen Darstellung der bivariaten Regression sollte eine bessere Interpretation der Ergebnisse ermöglicht werden (siehe Abbildung 21).

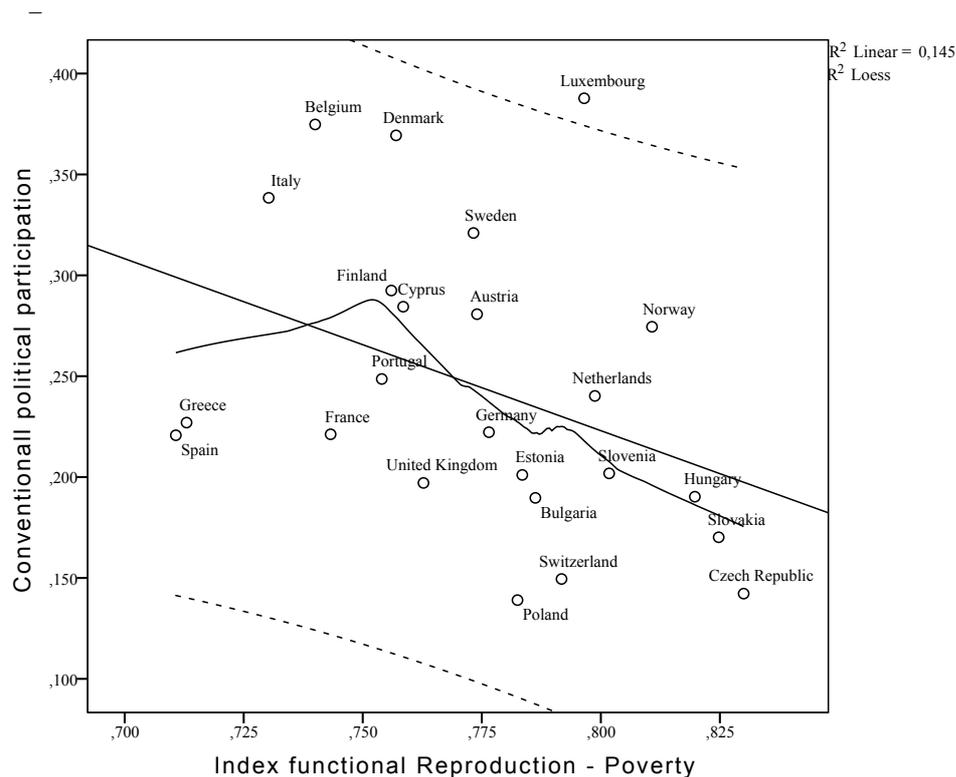


Abbildung 21 Zusammenhang zwischen funktionaler Integration: Armut und konventionellen Formen politischer Partizipation (R^2 Loess = 0,238).

Die dargestellten Ergebnisse können folgend interpretiert werden. Wenn ganze Gesellschaften besser funktional integriert sind, sinkt das Niveau politischer Partizipation. Dieses Resultat steht im Gegensatz zu Ergebnissen der Forschung auf der Mikroebene. Zum einen kann die Einbindung in die Arbeitswelt und ein ausgebautes Sozialsicherungssystem einen bestimmten Grad der Zufriedenheit mit Ergebnissen des politischen Systems bedeuten, welcher einen negativen Effekt auf politische Partizipation ausübt. Somit bei steigender funktionaler Integration: Armut verringert sich das Niveau konventioneller politischer Partizipation. Zum anderen kann die Vermutung aufgestellt werden, wie im Falle der Systemunterstützung, dass es einen umgedrehten U-förmigen Effekt der funktionalen Integration gäbe (Allenspach 2012, S. 217ff). Bei der geringen Reproduktion in den Subdimensionen funktionalen Integration, käme es zur politi-

schen Apathie in Sinne der „müden Gemeinschaft“ (Jahoda et al. 1975), bei der sehr guten Reproduktion in den Subdimensionen funktionalen Integration, würde ein umgedrehter Effekt der „müden Gemeinschaft“ auftreten, also eine „zufriedengestellte Gemeinschaft“, die politisch auch nicht aktiv ist, da die Notwendigkeit des Handelns nicht gegeben ist. Aus der Sicht der Theorie, sowohl der empirischen Demokratietheorie (Downs 1957), als auch Partizipationsforschung (Aldrich 1993), wäre diese Beobachtung keine Überraschung. Eine weitere Erklärung für die beobachtete Instabilität der Variablen kann durch die geringe Fallzahl verursacht werden und wir mit einem statistischen Artefakt zu tun haben.

In einem weiteren Schritt wurde der Effekt der kulturellen Integration untersucht (siehe Tabelle 7-6). In einem bivariaten Modell 1 weist die kulturelle Integration einen starken positiven, höchst signifikanten Effekt auf konventionelle Formen der Partizipation auf ($N=19$; $R^2=,385$ $B=,564$; $SE\ B=,145$; $\beta=,621$; $p=,001$). Auch unter der Kontrolle der Wahlpflicht, des proportionalen Wahlsystems, des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene als auch der Höhe des BIP pro Kopf hat die kulturelle Integration einen moderaten, positiven Einfluss auf konventionelle Partizipationsformen (siehe Modell 2; Tabelle 7-6). Einzelbetrachtet hat die Wahlpflicht unter Kontrollvariablen den stärksten, positiven und signifikanten Effekt, auch wenn dieser als schwach ausfällt.

Tabelle 7-5 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Dimension kultureller Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>
	B (SE B)	β-Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,104 (,096)	
<i>Cultural Integration</i>	,652*** (,157)	,401
<i>Compulsory voting</i>		,438**
<i>DGP per capita</i>		,180
<i>Proportional system</i>		,083
<i>Right to vote for foreigners</i>		,312
	$R^2=,386$	$R^2=,654$
	$N=19$	$N=19$

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Die Tabelle 7-7 stellt die Ergebnisse der Regressionsanalysen für Subdimensionen kommunikativer Integration dar. In den bivariaten Modellen 1 und 2 weisen beide Subdimensionen kommunikativer Integration einen positiven Effekt auf konventionelle Formen der Partizipation auf. Dabei fällt der Effekt der Kommunikation via Media klein und nicht-signifikant ($N=25$;

$R^2=,016$; $B=,098$; $SE\ B=,210$; $\beta=,099$; $p=,467$) und des sozialen Kapitals stark und signifikant aus ($N=25$; $R^2=,333$; $B=,758$; $SE\ B=,279$; $\beta=,577$; $p=,003$).

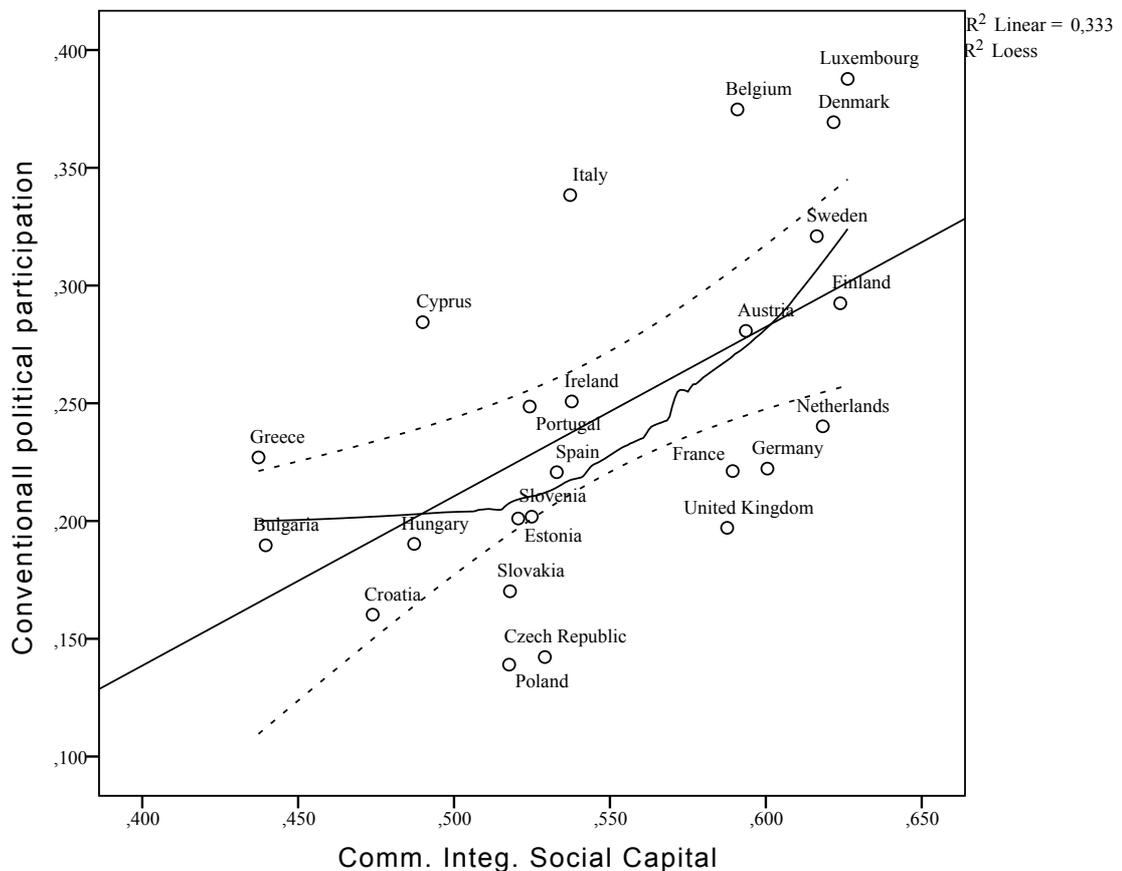


Abbildung 22 Zusammenhang zwischen kommunikativer Integration: soziales Kapital und konventionellen Formen politischer Partizipation (R^2 Loess = 0,318).

Unter der Kontrolle der Wahlpflicht, des proportionalen Wahlsystems, des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene als auch der Höhe des BIP pro Kopf hat die Subdimensionen kommunikativer Integration: Media einen moderaten, negativen Einfluss auf konventionelle Partizipationsformen (siehe Modell 3 Tabelle 7-6). Einzelbetrachtet weisen Wahlpflicht und die Höhe des BIP einen moderaten, positiven und signifikanten Effekt auf die konventionellen Formen politischer Partizipation. Im Modell 5 wurde die multivariate Regressionsanalyse zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch kommunikative Integration: Soziales Kapital dargestellt. Es zeigt sich die Stabilität des Prädiktors – soziales Kapital (moderater Einfluss) wobei die Wahlpflicht und BIP pro Kopf einen moderaten, signifikanten Einfluss auf die Erklärung der Varianz der konventionellen politischen Partizipation aufweisen.

Tabelle 7-6 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen kommunikativer Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>
	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	β- Koeffizient	β- Koeffizient	β- Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,031 (,177)	-,174 (,154)	-,161 (,165)			
<i>Comm. Integration Media</i>	,098 (,210)		,019 (,178)	-,129		-,011
<i>Comm. Integration Social Capital</i>		,758** (,279)	,716** (,244)		,377	,397
<i>Compulsory voting</i>				,404**	,514***	,514***
<i>DGP per capita</i>				,379***	,538**	,541**
<i>Proportional system</i>				,137	,195	,196
<i>Right to vote for for- eigners</i>				,171	,074	,070
	R ² = ,123	R ² = ,333	R ² = ,333	R ² = ,726	R ² = ,843	R ² = ,961
	N=25	N=25	N=25	N=24	N=24	N=24

a. Abhängige Variable: Conventioll political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Bezogen auf die Subdimension Media kann die Hypothese über einen positiven Zusammenhang nicht bestätigt werden. Bei der multivariaten Regressionsanalyse tragen der BIP pro Kopf und die Wahlpflicht mehr zur Erklärung der Varianz der konventionellen politischen Partizipation bei. Gesellschaften mit höheren Werten der kommunikativen Integration: Media weisen höhere Werte der Messung von konventionellen politischen Partizipation auf. Offensichtlich besteht, wie es aus der Abbildung 23 entnommen werden kann, kein linearer Zusammenhang zwischen diese Subdimension und konventioneller politischer Partizipation. Es handelt sich (siehe Loess-Regression Linie) um einen kurvilinearen Zusammenhang zwischen kommunikativer Integration: Media und konventionellen Formen politischer Partizipation. Erst ab den Skalenwert um 0,700 steigt die konventionelle politische Partizipation an.

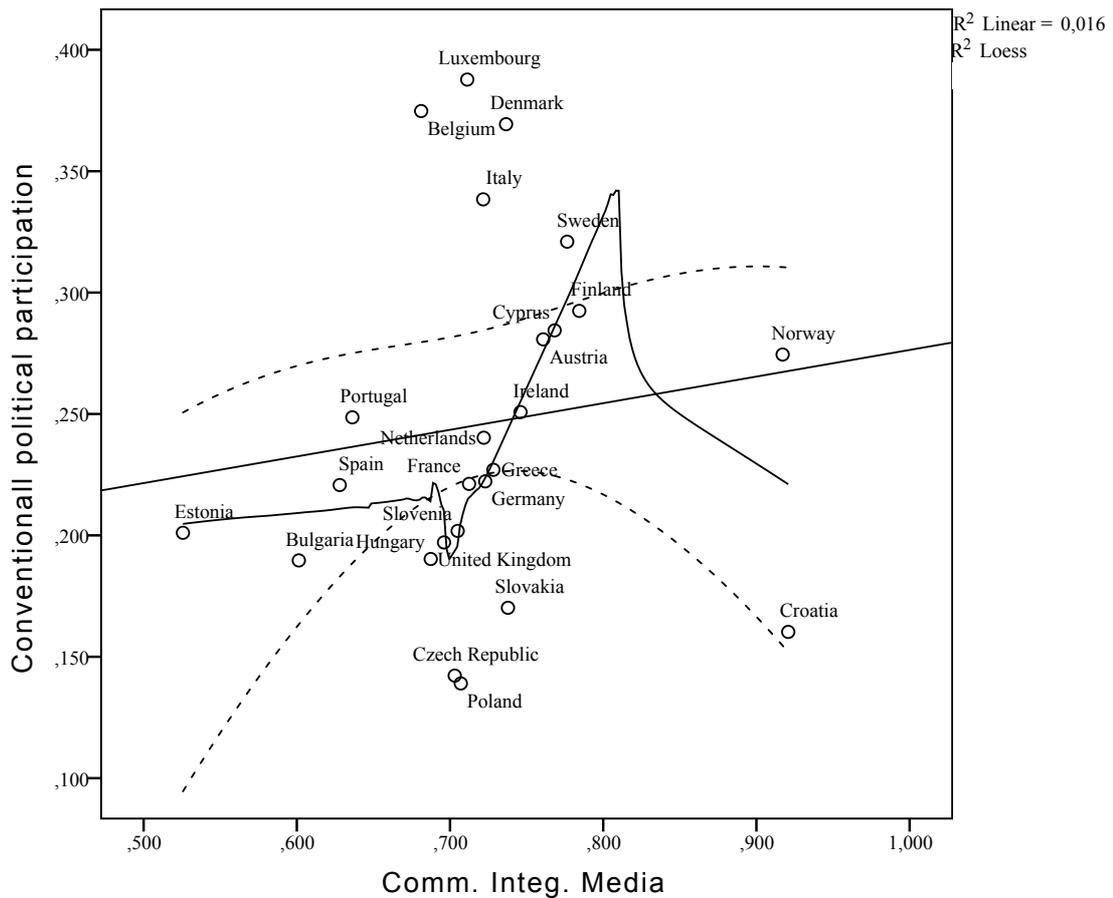


Abbildung 23 Zusammenhang zwischen kommunikativer Integration: Media und konventionellen Formen politischer Partizipation (R^2 Loess = 0,118).

In der nachfolgenden Tabelle 7-9 wurden die Ergebnisse der Regressionsanalysen in Hinblick auf moralische Integration dargestellt. Im ersten Modell ist der signifikante Effekt des Vertrauens auf konventionelle Partizipationsformen moderat positiv ($N=26$; $R^2=,145$; $B=,302$; $SE B=,149$; $\beta=,381$; $p=,055$). Im zweiten und dritten Modell ist der Einfluss der Subdimensionen: Gerechtigkeit ($N=22$; $R^2=,140$; $B=,329$; $SE B=,182$; $\beta=,374$; $p=,087$) und Gleichheit ($N=26$; $R^2=,149$; $B=,325$; $SE B=,158$; $\beta=,386$; $p=,051$) auch moderat positiv. Im vierten Modell ist der Einfluss von allen Subdimensionen der moralischen Integration schwach.

Tabelle 7-7 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen moralischer Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>	<i>Modell 7</i>	<i>Modell 8</i>
	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	β- Koeffi- zient	β- Koeffi- zient	β- Koeffi- zient	β- Koeffi- zient
<i>Konstante</i>	,085 (,09)	-,006 (,137)	-,018 (,127)	-,018 (,127)				
<i>Moral Integration - Trust</i>	,302* (,149)			,146 (,243)	-,020			217
<i>Moral Integration - Justice</i>		,329 (,182)		,139 (,244)		-,155*		-,124
<i>Moral Integration - Equality</i>			,379* (,167)	,162 (,205)			,196	,384
<i>Compulsory voting</i>					,415*	,479*	439**	,574*
<i>DGP per capita</i>					,455*	,392	,328	,004
<i>Proportional system</i>					,115	,125	,170	,205
<i>Right to vote for foreigners</i>					,400	,488*	,383*	,356
	R ² =,241	R ² =,140	R ² =,149	R ² =,220	R ² =,595	R ² =,579	R ² =,613	R ² =,464
	N=26	N=22	N=26	N=22	N=26	N=22	N=26	N=22

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Unter der Kontrolle der Wahlpflicht, des proportionalen Wahlsystems, des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene und der Höhe des BIP pro Kopf haben die Subdimensionen moralischer Integration: Vertrauen und Gerechtigkeit einen kleinen, negativen Einfluss auf konventionelle Partizipationsformen (Modell 5 & 6). Der Effekt der Anerkennung der Gleichheit ist unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen bis beinahe moderat positiv. In allen Modellen (Modell 5, 6 und 7) beobachten wir positive, moderate und zum Teil signifikante Effekte der Wahlpflicht, des Wahlrechtes für Ausländer auf Kommunalebene und des BIP pro Kopf. Ferner weist das proportionale Wahlsystem einen positiven, nicht signifikanten Einfluss auf.

Die positiven Effekte der Subdimensionen politischer Integration, die bei den bivariaten Modellen beobachten worden sind, erwiesen sich als instabil. Das Vertrauen weist einen marginalen negativen Effekt auf (Modell 5). In diesem Modell zeigt es sich, dass die Wahlpflicht und die wirtschaftliche Leistung viermal größeren positiven Einfluss auf die Varianz der konventionellen politischen Partizipation haben, als das Vertrauen. Die Vorstellungen über die Gerechtigkeit

(Modell 6) weisen signifikante, negative Effekte auf. Hierbei spielen die Elemente des Wahlrechtes (Wahlpflicht und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene) wichtigere Rolle. Zusammenfassen für diese Dimension gilt, dass sich positive, signifikante Effekte der Wahlpflicht, dem Wahlrecht für Ausländer auf Kommunalebene beobachten lassen. Diese Faktoren scheinen wichtiger für konventionelle Formen politischer Partizipation als moralischer Integration zu sein. Nur die Vorstellungen über die Gleichheit, die indirekt auf den Umgang mit den Konflikten innerhalb der Gesellschaft zielen, sind in Kontext der Partizipation wichtig.

Im Weiteren wurde die Regressionsanalyse für die letzte Dimension der sozialen Integration durchgeführt. Die nachfolgende Tabelle stellt die Ergebnisse dieser Regressionsanalysen im Hinblick auf politische Integration dar.

Tabelle 7-8 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimension politischer Integration II

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>
	B (SE B)	β-Koeffizient
<i>Konstante</i>	,177*** (,026)	
<i>Political Integration - Civic Participation II</i>	1,481** (,520)	,091
<i>Compulsory voting</i>		,435***
<i>DGP per capita</i>		,399
<i>Proportional system</i>		,101
<i>Right to vote for foreigners</i>		,356
	R ² = ,253	R ² = ,597
	N=26	N=26

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Bezüglich der bivariaten Analyse ist der positive Effekt der politischen Integration sehr groß und diese Subdimension der sozialen Integration weist den stärksten Effekt von allen Dimensionen bei der bivariaten Modellierung auf (N=26; R²=,253; B=1,481; SE B=,520; β=,503; p=,050). Steigt die politische Integration um eine Einheit, so steigt die konventionelle politische Partizipation um 1,49 ihrer Skalenpunkte. Unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen ist der Effekt der politischen Integration gering positiv. Dabei zeigten sich positive signifikante Effekte der Wahlpflicht, und nicht signifikante Effekte des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene und der Höhe des BIP.

Im nächsten Schritt wird das Gesamtmodell mit allen Subdimensionen sozialer Integration und Kontrollvariablen geprüft. Die Ergebnisse des multivariaten Modells wurden in der Tabelle 7-11 dargestellt.

Tabelle 7-9 Zusammenfassung der multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der konventionellen politischen Partizipation durch Subdimension sozialer Integration (Gesamtmodell)

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>
	β -Koeffizient	β -Koeffizient	β -Koeffizient
<i>Compulsory voting</i>		,421**	,017
<i>DGP per capita</i>		,448*	1,166
<i>Proportional system</i>		,113	,251
<i>Right to vote for foreigners</i>		,389*	,404
<i>Functional Integration Work</i>	-1,198**		-,471
<i>Functional Integration Poverty</i>	-,513*		-,280
<i>Cultural Integration</i>	,400		,140
<i>Comm. Integration Media</i>	,399		,089
<i>Comm. Integration Social Capital</i>	,379		-,263
<i>Moral Integration - Trust</i>	,065		-,347
<i>Moral Integration - Justice</i>	,295		-,081
<i>Moral Integration - Equality</i>	-,092		-,102
<i>Political Integration - Civic Participation II</i>	,542		,199
	R ² = ,881	R ² = ,594	R ² = ,961
	N=19	N=26	N=19

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Das erste Modell stellt die multivariate Regressionsanalyse mit allen Subdimensionen der sozialen Integration als unabhängige Variable dar. Das Modell erklärt 88% der Varianz der konventionellen politischen Partizipation. Die Ergebnisse der Analyse müssen als ambivalent bezeichnet werden. Bezogen auf kulturelle Dimension, die beiden Subdimensionen der kommunikativen Integration, die Subdimension der moralischen Integration und politische Integration werden die Ergebnissen der Forschung aus dem Bereich politischer Kulturen (S. Pickel und G. Pickel 2006; G. Pickel und Jacobs 2006; G. Pickel et al. 1997) als auch der Wahlforschung (Blais und Dobrzynska 1998; Jackman 1987; Norris 2002) bestätigt, auch wenn diese keine statistische Signifikanz aufweisen. Bezüglich der Subdimension: funktionelle Integration widersprechen die Ergebnisse der Partizipationsforschung. Gute Integration in die Arbeitswelt innerhalb einer Gesellschaft wirkt sich negativ auf konventionelle politische Partizipation aus. Die Einbindung in die Arbeitswelt und ein ausgebautes Sozialsicherungssystem kann einen bestimmten Grad der Zufriedenheit mit Ergebnissen des politischen Systems bedeuten, welcher

einen negativen Effekt auf politische Partizipation ausübt. Zu anderen kann vermutet werden, wie im Falle der Systemunterstützung, dass es sich bei dem sozialen Kapital und dem Vertrauen um einen umgedrehten U-förmigen Effekt handelt (Allenspach 2012, S. 217ff), da die Notwendigkeit eines bestimmten Grades von sozialen Kapital und gegenseitigem Vertrauen für politische Partizipation mehrfach empirisch belegt wurde. Bei umgedrehtem Effekt würde man eine *zufriedengestellte Gemeinschaft*, die die demokratische Pflicht der politischen Partizipation nicht sieht, da die Konflikte um Ressourcen sozialer Integration nicht auf der Ebene des Politischen ausgetragen werden müssen.

Im zweiten Modell wurden nur die Kontrollvariablen als Prädiktoren der konventionellen politischen Partizipation in die Regressionsanalyse eingeführt. Die Entscheidung darüber dieses Modell zu überprüfen ergibt sich aus der empirischen Beobachtung bezüglich der konventionellen Formen politischer Partizipation. Das Modell erklärt fast 60% der Varianz von abhängiger Variable. Dabei zeigten sich positive signifikante Effekte der Wahlpflicht, des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene und der Höhe des BIP.

Die Ergebnisse des dritten Modells lassen folgende Schlussfolgerungen zu. Das Modell erklärt fast 96% der Varianz von abhängiger Variable. Die positiven Effekte zeigten sich bei der Höhe des BIP pro Kopf, die Verhältniswahl und beim Wahlrecht für Ausländer. Ferner fördern drei Dimensionen sozialer Integration konventionelle Partizipationsformen: politische, kulturelle Integration und kommunikative Integration: Media. Die wichtigste Erkenntnis dieses Modells ist, dass die Höhe des BIP pro Kopf fast dreimal stärker die konventionelle Partizipation positiv beeinflusst, als die alle anderen Prädiktoren. Die Wahlpflicht weist nur einen marginalen Effekt auf. Ferner erwiesen sich das Verhältniswahl und Wahlrecht für Ausländer als positive Prädiktoren. Aus der Ergebnisse der Regressionsanalyse lässt sich bezogen auf Dimensionen sozialer Integration schlussfolgern, dass demokratische kulturelle Prägung, bürgerschaftliches Engagement und tägliche Kontakte positiv die konventionellen Partizipationsformen auf Ebene ganzer Gesellschaften beeinflussen. Dieses Erkenntnis korrespondiert mit Ergebnissen der Forschung aus dem Bereich politischer Kulturen (S. Pickel und G. Pickel 2006; G. Pickel und Jacobs 2006; G. Pickel et al. 1997) als auch der Wahlforschung (Blais und Dobrzynska 1998; Jackman 1987; Norris 2002). Hinsichtlich des BIP pro Kopf als auch von Elementen des Wahlsystems werden die Ergebnisse der Forschung bestätigt (Lancee und van de Wefhorst 2012; Blais und Dobrzynska 1998; Acemoglu und Robinson 2006).

Unterwartet sind die Effekte von Subdimensionen des sozialen Kapitals, des Vertrauens und beider Subdimensionen funktionaler Integration negativ. Auch die Vorstellungen über Gerechtigkeit und Gleichheit wirken negativ, fallen aber relativ klein aus. Diese Ergebnisse widersprechen nicht nur der in der Arbeit dargestellten theoretischen Ableitung der Hypothesen aber auch den empirischen Ergebnissen aus der politischen Kultur und Wahlforschung. Bezüglich des dritten Modells zeigte es sich, dass das Vertrauen, das Sozialkapital, das niedrigere Armutsni-

veau einen negativen Einfluss auf konventionelle Formen politischer Partizipation hat. Die dargestellten Ergebnisse können auf folgende Weise interpretiert werden. Wenn ganze Gesellschaften besser funktional integriert sind, über ein hohes Niveau des sozialen Kapitals und des gegenseitigen Vertrauens verfügen, sinkt in diesen Gesellschaften das Niveau politischer Partizipation. Die Annahme, dass der Zusammenhang am stärksten für kulturelle, politische und funktionale Integration ist und sich bei kommunikativer und moralischer Integration am schwächsten auswirkt, konnte nur zum Teil bestätigt werden. Die Dimensionen kulturelle und politische Integration wirken am stärksten positiv aus, die funktionale Integration im Gegensatz zu der theoretischen Annahme negativ. Bei den Dimensionen der kommunikativen und moralischen Integration sind die dargestellten Ergebnisse ambivalent und je nach Subdimension unterschiedlich.

Die an der Stelle berechtigte Frage nach den Ursachen für dieses Ergebnis kann meines Erachtens nicht eindeutig beantwortet werden. Infolge dessen ist eine Interpretation der dargestellten Ergebnisse unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Der Widerspruch zu den berichteten Ergebnissen kann mit ökologischem Fehlschluss erklärt werden. Falter und Zintl (1989, S. 124) weisen darauf hin, dass die Aussagen über Wahlverhalten im Aggregat zwar aus Aussagen über Individualhandlungen abgeleitet werden können, jedoch sind logische Schlussfolgerungen in die Gegenrichtung nicht möglich, weil diese einem ökologischen Fehlschluss unterliegen. Bei der bestehenden Möglichkeit eines Fehlschlusses sollte somit vor zu weitgehender Dateninterpretation gewarnt werden. Ferner kann es sich um die Messartefakte handeln, die aufgrund der Frageformulierungen, Übersetzungen und der Antwortskala zu Verzerrungen führen, die in der Aggregation noch verstärkt zur Geltung kamen. Eine weitere Möglichkeit kann daran liegen, dass bis dato publizierte Forschung auf andere Daten zurückgreifen und andere Kontrollvariablen berücksichtigen. Dieses Ergebnis muss als eine Anregung für weitere empirische Forschung als auch theoretische Überlegungen bezüglich des Zusammenhanges zwischen sozialer Integration und politischer Partizipation verstanden werden.

Effekte auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation

Im Folgenden werden die Ergebnisse von bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen im Zusammenhang mit unkonventionellen Formen politischer Partizipation dargestellt. Das Vorgehen ist analog zum Vorgehen bei konventionellen Partizipationsformen. In der Tabelle 7-12 wurde die Zusammenfassung der Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen Partizipationsformen durch funktionale Integration dargestellt.

Tabelle 7-10 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen funktionaler Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>
	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	β- Koeffizient	β- Koeffizient	β- Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,315*** (,082)	-,292 (,294)	-,135 (,195)			
<i>Functional Integration - Work</i>	,615*** (,105)		,652*** (,108)	,442		,416
<i>Functional Reproduction - Poverty</i>		-,217 (,379)	-,317 (,235)		-,274	-,204
<i>Compulsory voting</i>				-,020	-,291	-,107
<i>DGP per capita</i>				,412*	,640**	,427
<i>Proportional system</i>				-,173	-,137	-,128
<i>Right to vote for foreigners</i>				,000	,086	,008
	R ² =,597	R ² =,015	R ² =,639	R ² =,694	R ² =,681	R ² =,681
	N=25	N=24	N=24	N=25	N=24	N=24

a. Abhängige Variable: Unconventionall political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Im ersten Modell wird die Subdimension funktionaler Integration: Arbeit berücksichtigt. Diese weist einen signifikanten starken positiven Effekt auf (N=25; $R^2=,597$ B=,615; SE B=,105; $\beta=,733$; $p=,000$). Wenn diese Subdimension funktionaler Integration um eine Einheit wächst, steigt sich die unkonventionelle Partizipation um ,615 ihrer Skalenpunkte. Das zweite Modell berücksichtigt die Subdimension funktionaler Integration: Armut, die einen nicht signifikanten, mittelgroßen negativen Einfluss auf unkonventionelle Partizipationsformen aufweist (N=24; $R^2=,015$; B=-,217; SE B=,379; $\beta=-,122$; $p=,572$). Wenn der Wert der Subdimension der funktionalen Integration um eine Einheit steigt, so sinkt die unkonventionelle politische Partizipation um ,217 ihrer Skalenpunkte.

Im dritten Modell wurden beide Subdimensionen der funktionalen Integration in die Regression eingefügt. Die Subdimension: Arbeit hat einen starken, signifikanten Einfluss auf die Erklärung der Varianz unkonventioneller Partizipation. Die zweite Subdimension: Armut weist einen negativen mittleren Einfluss auf. Im den Modellen 4 und 5 wurden die Kontrollvariablen in die Regressionsgleichung eingeführt. Zu erst muss darauf hingewiesen werden, dass beide Subdimensionen sozialer Integration stabil bleiben. Im beiden Modellen weisen die Wahlpflicht und das proportionale Wahlsystem einen marginalen, bzw. mittleren negativen Einfluss auf abhängige Variable. Dabei zeigt sich, dass die Höhe des BIP einen starken, signifikanten Einfluss ausübt.

Bezüglich der Dimension: kulturelle Integration. In der folgenden Tabelle 7-11 wurden die Ergebnisse der Regressionsanalyse zur Vorhersage unkonventioneller Partizipation durch kulturelle Integration dargestellt.

Tabelle 7-11 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Dimension kultureller Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>
	B (SE B)	β-Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,198 (,061)	
<i>Cultural Integration</i>	,522*** (,099)	,435*
<i>Compulsory voting</i>		-129
<i>DGP per capita</i>		,338
<i>Proportional system</i>		-,246
<i>Right to vote for foreigners</i>		-,036
	R ² = ,535	R ² = ,684
	N=26	N=26

a. Abhängige Variable: Conventional political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

In Hinblick auf die bivariate Regressionsanalyse (Modell 1) zeigt es sich ein höchst signifikanter, großer, positiver Effekt der kulturellen Integration auf unkonventionelle Partizipationsformen (N=26; $R^2 = ,535$; $B = ,522$; $SE B = ,099$; $\beta = ,732$; $p = ,001$). Unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen im zweiten Modell (Tabelle 7-11) weist die kulturelle Integration einen mittleren positiven signifikanten Effekt auf. Hierbei bestätigt sich der positive Einfluss des BIP pro Kopf. Wie bei den Subdimensionen funktionaler Integration sind die Effekte von Elementen des Wahlsystems als negativ und klein bzw. als auf einem mittleren Niveau einzustufen.

Die Tabelle 7-12 stellt die Ergebnisse der Regressionsanalysen für Subdimensionen kommunikativer Integration dar. In bivariaten Modellen 1 und 2 weisen beide Subdimensionen kommunikativer Integration einen positiven Effekt auf unkonventionelle Formen der Partizipation auf. Der Effekt der Kommunikation via Media fällt signifikant und mittelmäßig (N=25; $R^2 = ,214$; $B = ,321$; $SE B = ,128$; $\beta = ,462$; $p = ,020$) und des sozialen Kapital sehr groß aus (N=24; $R^2 = ,619$; $B = ,722$; $SE B = ,121$; $\beta = ,787$; $p = ,000$). Im dritten Modell stellt die Subdimension kommunikativer Integration via Media einen mittleren nicht-signifikanten Effekt dar. Die zweite Subdimension: soziales Kapital weist einen signifikanten großen Effekt auf.

Tabelle 7-12 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen kommunikativer Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>
	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	β- Koeffizient	β- Koeffizient	β- Koeffizient
<i>Konstante</i>	-,111 (,093)	-,280*** (,067)	-,381*** (,086)			
<i>Comm. Integration</i> <i>Media</i>	,321* (,128)		,164 (,093)	,261		,226
<i>Comm. Integration</i> <i>Social Capital</i>		,722*** (,121)	,694*** (,117)		,726*	,691*
<i>Compulsory voting</i>				-,130	,042	,051
<i>DGP per capita</i>				,480*	,145	,086
<i>Proportional system</i>				-,231	-,164	-,177
<i>Right to vote for for-</i> <i>eigners</i>				,174	-,106	-,029
	R ² =,214 N=25	R ² =,619 N=24	R ² =,668 N=24	R ² =,659 N=24	R ² =,797 N=24	R ² =,797 N=24

a. Abhängige Variable: Unconventionall political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Unter der Kontrolle der Wahlpflicht, des proportionalen Wahlsystems, des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene als auch der Höhe des BIP pro Kopf weisen beide Subdimensionen kommunikativer Integration einen positiven Effekt auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation. Im vierten Modell ist der Effekt der kommunikativen Integration via Media schwächer als im bivariaten Modell (Modell 1). Hierbei erweist sich die Höhe des BIP pro Kopf als der stärkste Prädiktor. Ferner weisen die Wahlpflicht und das proportionale Wahlsystem einen negativen kleinen bzw. mittelmäßigen Effekt, und das Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene einen positiven Effekt auf. Das fünfte Modell stellt die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalyse unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen dar. Das soziale Kapital beeinflusst am stärksten die unkonventionelle politische Partizipation. Die Effekte der anderen Prädiktoren sind geschwächt und zum Teil marginal. Hierbei zeigt sich wieder, wie bei anderen Subdimensionen der sozialen Integration, dass das proportionale Wahlsystem die unkonventionelle politische Partizipation negativ beeinflusst. In das sechste Modell wurden beiden Subdimensionen kommunikativer Integration zusammen mit Kontrollvariablen eingefügt. Die beiden Subdimensionen weisen stärkste Effekte auf. Ferner sind die Effekte der Wahlpflicht,

des BIP und des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene klein bis marginal. Das proportionale Wahlsystem weist einen negativen kleinen Effekt auf.

Tabelle 7-13 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen moralischer Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>	<i>Modell 7</i>
	B (SE B)	B (SE B)	B (SE B)	β- Koeffi- zient	β- Koeffi- zient	β- Koeffi- zient	B (SE B)
<i>Konstante</i>	-,132* (,043)	-,182 (,094)	-,279*** (,071)				
<i>Moral Integration -</i> <i>Trust</i>	,476*** (,082)			,844*			,829*
<i>Moral Integration -</i> <i>Justice</i>		,437** (,194)			,052		,048
<i>Moral Integration -</i> <i>Equality</i>			,501*** (,088)			,415*	,182
<i>Compulsory voting</i>				,134	-,165	-,110	,100
<i>DGP per capita</i>				,393*	,705***	,374	,194
<i>Proportional system</i>				-,283*	-,171	-,092	-,218
<i>Right to vote for</i> <i>foreigners</i>				-,364	,097	,106	-,368
	R ² = ,585	R ² = ,349	R ² = ,557	R ² = ,856	R ² = ,746	R ² = ,696	R ² = 832
	N=26	N=22	N=26	N=26	N=22	N=26	N=22

a. Abhängige Variable: Unconventionall political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Das gegenseitige Vertrauen allein (Modell 1; Tabelle 7-13) hat einen höchstsignifikanten großen positiven Effekt auf unkonventionelle politische Partizipation (N=26; R²=,585; B=,476; SE B=,105; β =,765; p =,000). Unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen wird dieser Effekt noch verstärkt. Das Vertrauen ist ein bedeutender Prädiktor auf der Makroebene für unkonventionelle politische Partizipation.

Im Modell 2 wurde die Vorstellung bzw. die Wahrnehmung der Gerechtigkeit in die bivariate Regression eingeführt. Der signifikante Effekt dieser Subdimension moralischer Integration ist groß (N=22; R²=,349; B=,437; SE B=,194; β =,591; p =,004). Diese Stärke des Effekts wird unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen (Modell 5; Tabelle 7-13) stark verringert und weist nur einen marginalen positiven Effekt auf. Hierbei zeigt sich die, dass das BIP pro Kopf stärkste Erklärungskraft aufweist.

Der höchstsignifikante Effekt der Subdimension: Gleichheit auf unkonventionelle Partizipationsformen ist im bivariaten Modell (Modell 3; Tabelle 7-13) groß und positiv (N=26; R²=,557;

B=,501; SE B=,088; β =,758; p =,000). Unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen wird die Stärke des Effektes marginal geringer, dabei weist diese Subdimension moralischer Integration einen mittleren, positiven und signifikanten Effekt auf.

Im siebten Modell wurden alle Dimensionen der moralischen Integration zusammen mit Kontrollvariablen in die Regressionsanalyse eingeführt. Das Modell erklärt 88% von Varianz der unkonventionellen politischen Partizipation. Das Vertrauen weist den stärksten signifikanten positiven Effekt auf. Die Vorstellung über Gleichheit und das BIP pro Kopf beeinflusst die unkonventionelle politische Partizipation positiv. Im Gegensatz beeinflussen die Elemente des Wahlsystems negativ die abhängige Variable.

Die letzte zu überprüfende Subdimension sozialer Integration stellt die politische Integration dar. Die Ergebnisse der Regressionsanalysen wurden in der nachfolgenden Tabelle 7-14 dargestellt.

Tabelle 7-14 Zusammenfassung der bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen (N=26) zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimension politischer Integration

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>
	B (SE B)	β-Koeffizient
<i>Konstante</i>	,069** (,020)	
<i>Political Integration - Civic Participation II</i>	1,211** (,403)	-,207
<i>Compulsory voting</i>		-,178
<i>DGP per capita</i>		,741**
<i>Proportional system</i>		-,185
<i>Right to vote for foreigners</i>		,194
	R ² =,273	R ² =,628
	N=26	N=26

a. Abhängige Variable: Unconventionall political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Das erste Modell stellte eine bivariate Regressionsanalyse dar. Der Effekt der politischen Integration auf unkonventionelle Partizipation ist als groß einzustufen (N=26; R²=,273; B=1,211; SE B=,403; β =,523; p =,006). Unter der Kontrolle der Wahlpflicht, des proportionalen Wahlsystems, des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunaler Ebene als auch der Höhe des BIP pro Kopf weist diese Subdimension sozialer Integration einen mittleren negativen Effekt auf (siehe Model 2). Hierbei erweist sich das BIP pro Kopf als der stärkste Prädiktor. Die Elemente des Wahlsystems haben einen mittleren negativen Effekt auf die unkonventionelle politische Partizipation.

Im letzten Schritt wird das Gesamtmodell mit allen Subdimensionen sozialer Integration und Kontrollvariablen geprüft. Die Ergebnisse dieses multivariaten Modells wurden in der Tabelle 7-15 dargestellt.

Tabelle 7-15 Zusammenfassung der multivariaten Regressionsanalysen (N=19) zur Vorhersage der unkonventionellen politischen Partizipation durch Subdimensionen sozialer Integration (Gesamtmodell)

	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>
	β -Koeffizient	β -Koeffizient	β -Koeffizient
<i>Compulsory voting</i>		-,147	,356
<i>DGP per capita</i>		,629***	-,057
<i>Proportional system</i>		-,213	-,243
<i>Right to vote for foreigners</i>		,119	-,532
<i>Functional Integration Work</i>	,101		,282
<i>Functional Integration Poverty</i>	-,089		,137
<i>Cultural Integration</i>	-,028		,108
<i>Comm. Integration Media</i>	,258		,073
<i>Comm. Integration Social Capital</i>	,251		,104
<i>Moral Integration - Trust</i>	,410		,979
<i>Moral Integration - Justice</i>	-,039		-,078
<i>Moral Integration - Equality</i>	,247		,267
<i>Political Integration - Civic Participation II</i>	-,166		-,124
	R ² = ,827	R ² = ,615	R ² = ,882
	N=19	N=26	N=19

a. Abhängige Variable: Unconventionall political participation; $p \leq .05 = *$; $p \leq .01 = **$; $p \leq .001 = ***$

Bei dem multivariaten Modell, welches 83% der Varianz der abhängigen Variable erklärt, zeigte sich, dass dem stärksten positiven Prädiktor das gegenseitige Vertrauen darstellt. Ferner weisen die beiden Subdimensionen funktionaler Integration, Subdimension der Gleichheit und das soziale Kapital einen moderaten positiven Effekt auf. Die aus der Theorie abgeleitete Annahme, dass der Zusammenhang am stärksten für kulturelle, politische und funktionale Integration ausfallen wird und sich bei kommunikativer und moralischer Integration am schwächsten auswirkt, fand nur zum Teil ihre Bestätigung. Überraschend aus der Sicht der Theorie sind der kleine Effekt kultureller Integration, und die angesprochene Stärke des Effekts von Subdimensionen moralischer Integration. Der stärkste negative Effekt ist bei politischer Integration zu beobachten.

Das zweite Modell soll untersuchen, wie sich die Kontrollvariablen auf die unkonventionelle Partizipation auswirken. Aufgrund der dargestellten Ergebnisse (Tabellen 7-12 bis 7-16) muss

angenommen werden, dass die Wahlpflicht und das proportionale Wahlsystem negativ die Varianz der abhängigen Variable (unkonventionelle Partizipation) beeinflussen wird. Dies wird durch die in der Tabelle 7-15 dargestellten Ergebnisse bestätigt. Ferner erweist sich das BIP pro Kopf als der stärkste Prädiktor.

Im Modell 3 (siehe Tabelle 7-15), welches 82% der Varianz der abhängigen Variable erklärt, weist die Subdimension der moralischen Integration – das Vertrauen stärksten positiven Effekt auf die Varianz der unkonventionellen Formen politischer Partizipation. Etwa dreimal schwächer, auf dem moderaten Niveau, fallen die Subdimensionen: Arbeit und Gleichheit aus. Darüber hinaus weisen die Subdimensionen: Armut, Sozialkapital, Kulturelle Integration, kommunikative Integration: Media einen kleinen positiven Effekt auf. Bezogen auf die Kontrollvariablen lässt sich bezüglich des Gesamtmodells beobachten, dass die Wahlpflicht einen starken positiven Effekt aufweist. Der Effekt des BIP pro Kopf ist marginal. Der Effekt des proportionalen Wahlsystems und des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunalen Ebene ist negativ.

Aus der Ergebnisse der Regressionsanalyse lässt sich bezogen auf Dimensionen sozialer Integration schlussfolgern, dass das Vertrauen, die funktionale Integration in der Arbeitswelt und die Vorstellungen über Gleichheit positiv die unkonventionellen Partizipationsformen auf Ebene ganzer Gesellschaften beeinflussen. Darüber hinaus weisen nur zwei Subdimensionen sozialer Integration einen kleinen negativen Effekt auf. Dieses Erkenntnis korrespondiert mit Ergebnissen der Forschung aus dem Bereich politischer Kulturen (S. Pickel und G. Pickel 2006; G. Pickel und Jacobs 2006; G. Pickel et al. 1997) als auch der Wahlforschung (Blais und Dobrzynska 1998; Jackman 1987; Norris 2002). Hinsichtlich der unkonventionellen politischen Partizipation ist die eine generelle Aussage zulässig, dass Subdimensionen sozialer Integration die Wahrscheinlichkeit der unkonventionellen politischen Partizipation auf Ebene ganzer Gesellschaften positiv beeinflussen.

Interessant aus Sicht der Partizipationsforschung sind die Ergebnisse bezüglich der Kontrollvariablen. Bezüglich der konventionellen Formen politischer Partizipation bestätigten die Resultate der vorliegenden Studie die Ergebnisse aus der Partizipationsforschung. Das Verhältniswahlsystem wirkt sich positiv auf die Wahlbeteiligung (Blais und Dobrzynska 1998; Norris 2002; Jackman 1987). Im Modell 3 (siehe Tabelle 7-15) weisen das Verhältniswahlsystem und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene einen negativen Einfluss auf unkonventionelle politische Partizipation. Dieses Ergebnis widerspricht der bisherigen Forschung z.B. de Rooij und Reeskens (De Rooij und Reeskens 2014, S. 203). Eine mögliche Erklärung dafür kann die unterschiedliche Datengrundlage sein, da De Rooij und Reeskens auf die Daten des European Values Survey zurückgriffen. Aus der theoretischen Sicht kann dies bedeuten, dass gute Repräsentation von Interessen der Bürger ein niedrigeres Niveau unkonventioneller Partizipation bedeutet, weil die Politikfelder oder politische *issues* in dem politischen Diskurs vertreten sind.

Unter Annahme der Richtigkeit dieser empirischen Beobachtung stellt sich aus der Sicht der Parteienforschung die Frage danach, ob die fehlende Repräsentation also die Nichtberücksichtigung von bestimmten Politikfeldern oder politischen *issues* in dem politischen Diskurs, die Veränderung der Politik, zur Entstehung neuer Parteien führt. Hierbei dürfte das Wahlsystem eine wichtige Rolle spielen, zumal bei einem Mehrheitswahlsystem eine neue Partei keine Chance hätte ins Parlament zu kommen.

7.4 Zusammenfassung

Im theoretischen Teil der Arbeit wurde auf die Ergebnisse der empirischen Partizipationsforschung hingewiesen und die Verfügbarkeit über symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen als Prädiktor für politisches Verhalten identifiziert. Unter Berücksichtigung dieser Befunde wurden Hypothesen formuliert. Im Hinblick auf konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation wurde ein positiver Effekt erwartet und dies auch unter Kontrolle der Elemente des Wahlsystems und der wirtschaftlichen Leistung. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Studie zusammengefasst.

Hinsichtlich der Hypothesen H1a (Je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die konventionelle politische Partizipation) zeigte es sich, dass die soziale Integration im bivariaten Modell einen statistisch signifikanten, starken, positiven Effekt auf konventionelle Partizipation aufweist. Unter Einbeziehung der Kontrollvariablen zeigte es sich, dass der Einfluss der sozialen Integration negativ wird und die Kontrollvariablen die politische Partizipation positiv beeinflussen. Das BIP pro Kopf trägt am stärksten zur Vorhersage konventionellen der politischen Partizipation bei. Auch restliche Kontrollvariablen weisen einen positiven Einfluss auf. Bezogen auf konventionelle Formen der Partizipation unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen zeigt sich, dass die Elemente des Wahlsystems und der Reichtum einer Gesellschaft wichtiger für die Wahrscheinlichkeit der konventionellen politischen Partizipation als soziale Integration sind. Die H1a kann nur in einem bivariaten Modell als bestätigt gelten. Die Ergebnisse des multivariaten Modells widersprechen der Hypothese H1a.

Im Hinblick auf die unkonventionelle Partizipation (H1b) weist die soziale Integration einen statistisch signifikanten starken positiven Effekt auf unkonventionelle Partizipation auf. Unter Einbeziehung der Kontrollvariablen bleibt der Einfluss der sozialen Integration mäßig positiv, wobei der BIP pro Kopf in gleichem Maße zur Vorhersage unkonventionellen der politischen Partizipation beiträgt. Eine mögliche Interpretation kann einerseits die Wahrnehmung der erfüllten Pflicht bezüglich der Wahlpflicht sein und andererseits der guten Repräsentation, hinsichtlich des Wahlsystems und des Wahlrechtes. Ferner weisen die Ergebnisse darauf hin, dass reichere Gesellschaften (gemessen an der Höhe des BIP) politisch aktiver sind, wenn es sich um

unkonventionelle Formen der Partizipation handelt. Somit kann angenommen werden, dass die Hypothese H1b bestätigt wurde.

Bezogen auf die Hypothese H2 werden die empirischen Ergebnisse der bivariaten Analyse in einer Tabelle zusammengefasst. Dies soll der Lesbarkeit dienen. Genauere Ergebnisse können aus vorherigem Kapitel entnommen werden. Die H2 Hypothese lautet: Der in der H1 spezifizierte Zusammenhang ist am stärksten für kulturelle, politische und funktionale Integration und wirkt bei kommunikativer und moralischer Integration am schwächsten. Dieser Effekt wird sowohl bei konventionellen wie unkonventionellen erwartet.

Tabelle 7-16: Überblick über die Ergebnisse von bivariaten Regressionsanalysen zur Vorhersage Formen politischer Partizipation (Wert des B-Koeffizienten)

Subdimensionen sozialer Integration	Partizipationsform	
	konventionelle	unkonventionelle
Funktionale Integration: Arbeit	++	+++
Funktionale Integration: Armut	---	--
Kulturelle Integration	+++	+++
Kommunikative Integration: Media	+	++
Kommunikative Integration: Soziales Kapital	+++	+++
Moralische Integration: Vertrauen	++	+++
Moralische Integration: Gleichheit	++	+++
Moralische Integration: Gerechtigkeit	++	+++
Politische Integration II	+++	+++

Legende: + = 0 bis 200; ++ = 201 bis 400; +++ = ≥ 401 / - = 0 bis - 200; -- = - 201 bis - 400; --- = ≤ - 401

Unter Berücksichtigung von bivariaten Ergebnissen der Regressionsanalysen kann die Hypothese H2 als teilweise bestätigt gelten.

Unter Einbeziehung der Kontrollvariablen zeigt sich, dass der Einfluss der sozialen Integration negativ wird und die Kontrollvariablen die politische Partizipation positiv beeinflussen. Das BIP pro Kopf trägt am stärksten zur Vorhersage konventionellen der politischen Partizipation bei. Auch restliche Kontrollvariablen weisen einen positiven Einfluss auf. Bezogen auf konventionelle Formen der Partizipation unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen zeigt sich, dass die Elemente des Wahlsystems und der Reichtum einer Gesellschaft wichtiger für die Wahrscheinlichkeit der konventionellen politischen Partizipation als soziale Integration sind. Unter Einbeziehung der Kontrollvariablen bleibt der Einfluss der sozialen Integration auf unkonven-

tionelle Partizipation mäßig positiv, wobei der BIP pro Kopf in gleichem Maße zur Vorhersage unkonventionellen der politischen Partizipation beiträgt. Eine mögliche Interpretation kann einerseits die Wahrnehmung der erfüllten Pflicht bezüglich der Wahlpflicht sein und andererseits der guten Repräsentation, hinsichtlich des Wahlsystems und des Wahlrechtes. Ferner weisen die Ergebnisse darauf hin, dass reichere Gesellschaften (gemessen an der Höhe des BIP) politisch aktiver sind, wenn es sich um unkonventionelle Formen der Partizipation handelt.

Betrachtet man die Ergebnisse der multivariaten Regressionen mit Kontrollvariablen bezüglich der einzelnen Subdimensionen der sozialen Integration muss resümiert werden, dass die aus der theoretischen Teil abgeleiteten Annahmen über die Wichtigkeit der Dimensionen sozialer Integration für politische Partizipation nur in Modellen ohne Kontrollvariablen gültig ist.

In Kontext der konventionellen Partizipation zeigt es sich, dass es die Elemente des Wahlsystems – also die Wahlpflicht, die Verhältniswahl und das Wahlrecht für Ausländer auf der kommunalen Ebene neben dem BIP pro Kopf wichtiger sind als die Dimensionen sozialer Integration. In den Modellen mit Subdimensionen der Integration weisen folgende Subdimensionen einen positiven Einfluss auf: Kulturelle Integration, Soziales Kapital und die Gleichheit.

Hinsichtlich der unkonventionellen Partizipation zeigte sich ein differenziertes Bild mit einigen Ergebnissen, die Implikationen für weitere Forschung beinhalten. Wie bei den konventionellen Formen ist die Höhe des BIP pro Kopf ein wichtiger Prädiktor für unkonventionelle Formen politischer Partizipation. Ferner erwiesen sich hierbei die folgenden Subdimensionen sozialer Integration als wichtig: Arbeit, Kulturelle Integration, Vertrauen, Soziales Kapital und die Gleichheit beeinflussen positiv die das Niveau der unkonventioneller Partizipation. Für weitere Forschung sind die Ergebnisse hinsichtlich des Verhältniswahlsystems und der Wahlpflicht interessant, dass diese Elemente des Wahlsystems einen negativen Einfluss auf unkonventionelle politische Partizipation aufweisen.

8 Zusammenfassung und Diskussion

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse statistischen Verfahren zusammengefasst und anschließend ihre Konsequenzen für Theorien gesamtgesellschaftlicher sozialer Integration und Demokratietheorie diskutiert.

8.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorliegende Studie untersuchte die Frage, wie sich die soziale Integration einer Gesellschaft auf politische Partizipation auswirkt. Diese Fragestellung ergab sich aus Rekapitulation von Erkenntnissen der Partizipationsforschung im Kontext der sozialen Ungleichheit und der Sozialstruktur (Delhey 2004; Kronauer 2010; Kister et al. 1999; Heitmeyer und Imbusch 2005; Kohler 2002; Quandt 2008). In der vorliegenden Arbeit wurde zuerst ein empirisch anwendbares Konzept sozialer Integration modernen Gesellschaften theoretisch fundiert, operationalisiert und empirisch validiert. Dies geschah auf der Grundlage einer komplexen Weiterentwicklung der Integrationstheorie von Landecker (1951), B. Peters (1993) und Bernard (1999) unter Berücksichtigung von Erkenntnissen des Reproduktionsansatzes und der soziologischen Konfliktforschung. Das Konzept wurde mithilfe von 114 Variablen aus den öffentlich zugänglichen Datensätzen operationalisiert und bildete fünf Dimensionen gesamtgesellschaftlicher sozialer Integration, darunter elf Subdimensionen, für 26 demokratische Gesellschaften ab. In einigen Fällen bzw. Variablen wurden erhebliche Fehler in den Datensätzen mithilfe eines Vergleiches mit Online-Tools verbessert.¹⁵⁹

Nach der in der Arbeit vorgenommenen Messung sozialer Integration sind Dänemark, Schweden und Finnland am stärksten integrierte Länder in Europa, wobei Finnland in jeder Dimension bzw. Subdimension immer zu den drei am besten integrierten Ländern gehört. Am anderen Ende der Skala ist so ein klares Muster über mehrere Fälle, mit der Ausnahme Bulgariens, nicht erkennbar. Die Ergebnisse der Messung kultureller Integration als auch Subdimension moralischer Integration: Vertrauen korrespondieren mit Ergebnissen der Forschung aus dem Bereich politischer Kulturen (S. Pickel und G. Pickel 2006; G. Pickel und Jacobs 2006; G. Pickel et al. 1997) als auch der komplexen Demokratiemessung (Schmidt 2010:Kap. 22). Dabei weisen die jüngeren Demokratien kontinuierlich niedrigerer Werte auf. Dieses Ergebnis kann im Hinblick auf das wohlfahrtstaatliche Regime jüngere Demokratien interpretiert werden. Diese reprodu-

¹⁵⁹ Dies betraf Dänemark, Italien und Irland. Die Anzahl der gültigen Fälle weichte bei einigen Variablen sehr stark von anderen Variablen ab. Da die Datensätze auch mit einem Onlinetool analysiert werden können, wurden die Ergebnisse der deskriptiven Analysen verglichen und an die Datenlage aus dem Onlinetool angepasst.

zieren die symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen nicht so stark, wie andere Regime, wobei die Ausnahme Estland darstellt, es sich in der Gruppe etablierten Demokratien platzieren konnte.

Nach der vorgenommenen Messung haben funktionale, kommunikative und moralische Integration eine große Bedeutung für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt, wobei es sich bei moralischer Integration um die Subdimensionen: Gleichheit und Gerechtigkeit, bei kommunikativer Integration um soziale Nähe und soziale Kontakte handelt. Ferner sind starke Wechselbeziehungen zwischen den Subdimensionen sozialer Integration zu beobachten. Die Subdimension funktionaler Integration: Arbeit korreliert sehr stark und signifikant mit fast allen anderen Subdimensionen sozialer Integration. Ähnliche Werte erreichen die kulturelle Integration, die Subdimensionen kommunikativer Integration: soziales Kapital und moralischer Integration: Vertrauen. Es ist meines Erachtens ein Hinweis darauf, dass theoretische Interdependenzen zwischen den Dimensionen sozialer Integration empirische Evidenz aufweisen.

Die empirische Überprüfung der Hypothesen erfolgte mithilfe von bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen. Die überprüften Hypothesen lassen sich folgend in einer Hypothese zusammenfassen: je stärker die soziale Integration einer Gesellschaft, desto größer ist die konventionelle bzw. unkonventionelle politische Partizipation.

Verallgemeinert ist die Aussage zulässig, dass soziale Integration einer Gesellschaft starke, positive Effekte auf die Häufigkeit politischer Partizipation innerhalb dieser Gesellschaft hat. Stärker integrierte Gesellschaften sind politisch aktiver und dies unabhängig der Form (konventionelle oder unkonventionelle) politischer Beteiligung. Dabei ist der direkte Effekt der gesamtgesellschaftlichen Integration auf die konventionellen Formen stärker als auf unkonventionellen. Diese Aussage ist nur zulässig, wenn die Elemente des Wahlsystems, wie z.B. Verhältniswahlrecht, und das BIP nicht berücksichtigt werden. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse erlauben die Daten die auf der Makroebene bezogene Aussage, dass neben einem hohen Niveau sozialer Integration auch ein durch (Mit-)Beteiligung bestimmtes Wahlsystem und hoher wirtschaftlicher Entwicklungsgrad notwendig und begünstigend für politische Partizipation ist.

Differenziert man die Ergebnisse empirischer Analysen zwischen den Sub- und Dimensionen sozialer Integration und konventionellen bzw. unkonventionellen Formen politischer Partizipation fallen die direkten Effekte der Sub- und Dimensionen Integration stärker für unkonventionelle Formen politischer Partizipation aus. Diese Aussage ist nur unter Voraussetzung des Ausschlusses von Kontextvariablen zulässig.

Betrachtet man die Sub- und Dimensionen sozialer Integration zusammen mit Kontextvariablen lassen sich die Ergebnisse der multivariaten Analyse folgend zusammenfassen. Bezogen auf die konventionelle Formen politischer Partizipation beeinflussen die Elemente des Wahlsystems: Wahlpflicht, das Wahlrecht für Ausländer und das BIP pro Kopf in den meisten Modellen stär-

ker diese Form der politischen Partizipation als die Subdimensionen der sozialen Integration. Hinsichtlich der unkonventionellen Formen politischer Partizipation weist bei den Modellen mit funktionaler und politischer Integration das BIP pro Kopf den stärksten positiven Effekt auf. Die Subdimensionen kulturelle Integration, kommunikative Integration: Soziales Kapital, moralische Integration: Vertrauen erweisen sich als stärkste Prädiktoren in den entsprechenden Modellen. Die Elemente des Wahlsystems, vor allem das Verhältniswahl, weisen hinsichtlich der unkonventionellen Partizipationsformen negative Effekte auf.

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalysen (alle Subdimensionen und Kontrollvariablen) zur Erklärung der konventionellen Partizipation lassen folgende Schlussfolgerungen zu. Die positiven Effekte zeigten sich bei der Höhe des BIP pro Kopf, der Verhältniswahl und beim Wahlrecht für Ausländer. Ferner fördern drei Dimensionen sozialer Integration konventionelle Partizipationsformen: politische, kulturelle Integration und kommunikative Integration: Media. Die wichtigste Erkenntnis dieses Modells ist, dass die Höhe des BIP pro Kopf fast dreimal stärker die konventionelle Partizipation positiv beeinflusst, als alle anderen Prädiktoren. Die Wahlpflicht weist nur einen marginalen Effekt auf. Ferner erwiesen sich das Verhältniswahl und Wahlrecht für Ausländer als positive Prädiktoren.

Unterwartet sind die Effekte von Subdimensionen des sozialen Kapitals, des Vertrauens und beider Subdimensionen funktionaler Integration negativ. Auch die Vorstellungen über Gerechtigkeit und Gleichheit wirken negativ, fallen aber relativ klein aus. Diese Ergebnisse widersprechen nicht nur der in der Arbeit dargestellten theoretischen Ableitung der Hypothesen aber auch der empirischen Ergebnissen aus der politischen Kultur und Wahlforschung (Putnam 1995b; Warren 1999). Bezüglich des dritten Modells zeigte es sich, dass das Vertrauen, das Sozialkapital, das niedrigere Armutsniveau einen negativen Einfluss auf konventionelle Formen politischer Partizipation hat. Die dargestellten Ergebnisse können auf folgende Weise interpretiert werden. Wenn ganze Gesellschaften besser funktional integriert sind, über ein hohes Niveau des sozialen Kapitals und des gegenseitigen Vertrauens verfügen, sinkt in diesen Gesellschaften das Niveau politischer Partizipation. Die Annahme, dass der Zusammenhang am stärksten für kulturelle, politische und funktionale Integration ist und sich bei kommunikativer und moralischer Integration am schwächsten auswirkt, konnte nur zum Teil bestätigt werden. Die Dimensionen kulturelle und politische Integration wirken am stärksten positiv aus, die funktionale Integration im Gegensatz zu der theoretischen Annahme negativ. Bei den Dimensionen der kommunikativen und moralischen Integration sind die dargestellten Ergebnisse ambivalent und je nach Subdimension unterschiedlich.

Im Modell mit unkonventionellen Formen der Partizipation als abhängige Variable weist die Subdimension der moralischen Integration – das Vertrauen stärksten positiven Effekt auf die Varianz der unkonventionellen Formen politischer Partizipation. Etwa dreimal schwächer, auf dem moderaten Niveau, fallen die Subdimensionen: Arbeit und Gleichheit aus. Darüber hinaus

weisen die Subdimensionen: Armut, Soziales Kapital, Kulturelle Integration, kommunikative Integration: Media einen kleinen positiven Effekt auf. Bezogen auf die Kontrollvariablen lässt sich bezüglich des Gesamtmodells beobachten, dass die Wahlpflicht einen starken positiven Effekt aufweist. Der Effekt des BIP pro Kopf ist marginal. Der Effekt des proportionalen Wahlsystems und des Wahlrechtes für Ausländer auf kommunalen Ebene ist negativ.

8.2 Diskussion

Im Weiteren sollen aus den empirischen Ergebnissen der Arbeit mögliche Konsequenzen für theoretische Auseinandersetzung mit sozialer Integration und der Demokratie diskutiert werden.

8.2.1 Konsequenzen für Theorien sozialer Integration

Die vorliegende Studie nahm nach Peters an, dass Integration sowohl einen Prozess der Einbeziehung als auch das Ergebnis eines solchen Prozesses bezeichnet (Heitmeyer und Rucht 2005, S. 15; Peters 1993, S. 92). Die zentrale Frage im Hinblick auf diese Annahmen lautet: Wie kommt die Integration in einer modernen Gesellschaft zustande? Durch eine Weiterentwicklung der Theorie von B. Peters (1993) und die Rekapitulation von Ergebnissen der empirischen Partizipationsforschung wurde in der Studie gezeigt, dass die gesamtgesellschaftliche soziale Integration durch Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen zustande kommt. Dank der Konzeptualisierung einer empirischen Theorie sozialer Integration und der Operationalisierung mit absoluten Indizien ist die Aussage zulässig, dass gesamtgesellschaftliche soziale Integration vor allem in der Arbeitswelt - funktionale Integration und durch direkte wie indirekte soziale Interaktionen – kommunikative Integration in einem dynamischen Prozess praktiziert wird. Auch wenn dieses Resultat nur unter theoretischer Annahme der gleichen Bedeutung der Subdimensionen sozialer Integration gilt, können die Ergebnisse der Studie als Grundlage der Kritik gegenüber solchen Theorien sozialer Integration dienen, die die Dimension funktionaler Integration ausblenden und das Konzept der Integration nur auf moralische Übereinstimmungen in der Gesellschaft beschränken (Bernard 1999). Der Ausschluss der Arbeitswelt passierte nicht selten ohne eine theoretische Begründung der Entscheidung, als ob die Beziehungen der Arbeitswelt von den Fragen der Moral und der Ethik entkoppeln wären und für gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt keine Bedeutung hätten (Dragolov et al. 2013).

Ferner zeigt die Studie, dass durch Synthese von modernen soziologischen und psychologischen Theorien, unter Berücksichtigung von Ergebnissen der empirischen Forschung, komplexe Weiterentwicklung von der Theorie der gesamtgesellschaftlichen sozialen Integration geleistet wer-

den kann. Würde man nach dem Hauptkriterium vorgelegter Theorie fragen, wäre sie gleichzeitig als funktionalistisch, konflikt-, wert- und vertragsorientiert zu bezeichnen. Nur auf diese Weise kann eine Theorie sozialer Integration dem Vorschlag von Imbusch und Rucht gerecht werden, dass es „unzureichend die Integrationsproblematik ausschließlich auf der Ebene von Individuen und Gemeinschaften (...) anzugehen ist (Imbusch und Rucht 2005, S. 60). Die Stärke des in der Arbeit vorgeschlagenen Ansatzes liegt in der systematischen Berücksichtigung bis dato von anderen Autoren theoretisch herausgearbeiteten Kriterien sozialer Integration. Es muss also sicher gestellt werden, dass soziale Integration als Lösung für die Probleme innerhalb moderner Gesellschaften dient und sozialstrukturelle, institutionelle und personelle Ebene berücksichtigt (Imbusch und Rucht 2005, S. 60). Mit einer empirischen Überprüfung des weiterentwickelten Ansatzes von B. Peters (Peters 1993, S. 205), der u. a. die Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern, die Anerkennung als Individuum, die Konzeptualisierung von expressiven Beziehungen, wie Solidarität, und die institutionalisierte Konfliktaustragung durch demokratischen Prozess erfasst, gelang es in der vorliegenden Studie eine Theorie gesamtgesellschaftlicher, sozialer Integration zu konzeptualisieren und zu eruieren.

Mit der Idee der Reproduktion von Ressourcen wurde ein Mechanismus der Integration genannt, der nicht auf eine Ebene bzw. ein System spezifiziert werden kann, sondern über die Dimensionen der Integration übergreifend die Prozesse der gelungenen bzw. misslungenen Integration beschreibt. Das Verständnis der Integration als ein Reproduktionsprozess kann die Frage nach dem Mechanismus der Integration, unabhängig von der normativen Beurteilung von Ergebnissen dieses Prozesses, klären. Ferner erlaubt dieser Mechanismus der Integration die Differenzierung zwischen funktionalen und dysfunktionalen Formen der Reproduktion zu treffen, was breit gefasst, den Vorschlag von Heitmeyer entspricht, dass es sowohl in der Theorie wie in der Empirie zwischen positiver, z. B. Solidarität, und negativer Integration, z. B. Zwang, unterschieden werden muss (Heitmeyer 1997).

Der Begriff der Integration bezieht sich in der vorgelegten Studie auf die Konsistenz. Modernen Gesellschaften als komplexe soziale Systeme schaffen durch die Intensivierung sozialer Interaktionen und Interdependenzen zahlreiche Integrationsprobleme hinsichtlich der Dimensionen sozialer Integration (Peters 1993, S. 205). Diese Integrationsprobleme können unter den Begriff der sozialen Desintegration und als eine Frage - was gefährdet die soziale Integration? - gefasst werden. Die Antwort auf diese Frage kann unter Berücksichtigung der theoretischen Auseinandersetzung, wie der empirischen Ergebnisse der Studie, verfasst werden, wobei es sich um auf dem ersten Blick widersprüchliche Antworten handelt. Einerseits kommt es auf die ungleiche Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration in ihren Subdimensionen, andererseits auf die dysfunktionale Reproduktion an.

Die Frage danach, wie gleich bzw. ungleich die Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration sein sollte, um die gesamtgesellschaftliche Inte-

gration nicht zu gefährden, lässt sich mit den in der Studie gesammelten Daten nicht beantworten. Unter normativer Beurteilung der Ergebnisse und Berücksichtigung starker Korrelationen zwischen den Dimensionen sozialer Integration, kann aber argumentiert werden, je gleicher die Verteilung innerhalb der Gesellschaft, desto stärker ist die gesamtgesellschaftliche Integration. Selbstverständlich kann die vollkommene gleiche Verteilung und Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration in keiner Gesellschaft geleistet werden (Dworkin 2011, S. 83). Vielmehr handelt es sich dabei meines Erachtens um *notwenige Ressourcengleichheit*, auf die ich noch eingehen werde. Ferner zeigt es sich, dass diese Ressourcen sozialer Integration, auch auf der Makroebene, akkumuliert werden können und durch Interdependenzen zur Konsistenz des gesellschaftlichen Gefüges beitragen. Damit lassen sich fast unveränderliche hohe bzw. niedrige Positionen bei der Messung der Sub- und Dimensionen sozialer Integration von Finnland, Schweden, Bulgarien oder Ungarn erklären. Als Folge dessen muss an der Stelle festgehalten werden, dass komplexe Theorien gesamtgesellschaftlicher Integration von Interdependenzen zwischen Dimensionen sozialer Integration ausgehen und dies sowohl bei der Konzeptualisierung wie Operationalisierung berücksichtigen müssen. Ferner kann dieses Ergebnis als Beweis für Komplexität des Zusammenhaltes ganzer Gesellschaften interpretiert werden.

8.2.2 Konsequenzen für Partizipationsforschung

Interessant aus Sicht der Partizipationsforschung sind die Ergebnisse bezüglich der Kontrollvariablen. Bezüglich der konventionellen Formen politischer Partizipation bestätigten die Resultate der vorliegenden Studie die Ergebnisse aus der Partizipationsforschung. Das Verhältniswahlsystem wirkt sich positiv auf die Wahlbeteiligung (Blais und Dobrzynska 1998; Norris 2002; Jackman 1987). Im Modell 3 (siehe Tabelle 7-15) weisen das Verhältniswahlsystem und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene einen negativen Einfluss auf unkonventionelle politische Partizipation. Dieses Ergebnis widerspricht der bisherigen Forschung z.B. de Rooji und Reeskens (De Rooij und Reeskens 2014, S. 203). Eine mögliche Erklärung dafür kann die unterschiedliche Datengrundlage sein, da De Rooji und Reeskens auf die Daten des European Values Survey zurückgriffen. Aus der theoretischen Sicht kann dies bedeuten, dass gute Repräsentation von Interessen der Bürger ein niedrigeres Niveau unkonventioneller Partizipation bedeutet, weil die Politikfelder oder politische *issues* in dem politischen Diskurs vertreten sind. Unter Annahme der Richtigkeit dieser empirischen Beobachtung stellt sich aus der Sicht der Parteienforschung die Frage danach, ob die fehlende Repräsentation also die Nichtberücksichtigung von bestimmten Politikfelder oder politischen *issues* in dem politischen Diskurs, die Veränderung der Politik, zur Entstehung neuer Parteien führt. Hierbei dürfte das Wahlsystem eine wichtige Rolle spielen, zumal bei einem Mehrheitswahlsystem eine neue Partei keine Chance hätte ins Parlament zu kommen.

8.2.3 Konsequenzen für Theorien und Praxis der Demokratie

Demokratie bedeutet Partizipation, und es nicht nur an politischen Prozess in Form der politischen Partizipation, aber auch an den Ergebnissen den politischen Prozessen, indem man an gesellschaftlichen Ressourcen teilhat. Dabei verspricht die Demokratie die Gleichheit. Fragt man nach der Form der Gleichheit, kann man die rechtliche und infolge die politische Gleichheit als das Grundversprechen der Demokratie sehen. Die politische Gleichheit impliziert, dass die gleiche Berücksichtigung der Interessen aller Mitglieder einer Gesellschaft ein Ziel des demokratischen Systems ist (Dworkin 2011, S. 249). Umgekehrt kann argumentiert werden, dass in einer Gesellschaft, in der alle Menschen politisch aktiv sind, die symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen idealtypisch gleich verteilt sind. Nehmen wir an, dass die Ressourcengleichheit als Prinzip so viele Ressourcen zuspricht, die notwendig sind, um politische Gleichheit herzurichten. Dabei wird die politische Gleichheit als gleiche Berücksichtigung von objektiven Interessen definiert (Christiano 2008, S. 77). In der empirischen Forschung wird die politische Gleichheit meistens über die Ungleichheit definiert. „Political inequality refers to structured differences in the distribution and acquisition of political resources“ (Dubrow 2007, S. 3). Diese Annahme impliziert als Folge, dass man nicht von einer egalitistischen Ressourcengleichheit ausgeht. Der Begriff der Egalität setze ich mit dem Postulat im Sinne von J.J. Rousseau - gleiches Recht für alle, gleich. Die Opposition dem gegenüber ist Gleichmacherei (Egalitarismus). Dysfunktionale Gleichmacherei wird in Diktaturen als Vorwand um Gewalt und Zwang ausüben zu können, beobachtet. Sie dient der Machterhaltung. In der Konsequenz kann die Egalität im ersten Schritt als eine Form der Gleichberechtigung verstanden werden. Die Gleichberechtigung ist gleichzeitig die Garantie der individuellen Freiheit, wobei diese Freiheit nicht absolut ist und beschränkt werden kann. Der Gleichberechtigung folgt ein Prinzip der Freiheit, wenn alle gleich vom Gesetz sind, sind aller gleich frei. Der Fokus, wie in dem theoretischen Teil der Arbeit angenommen, liegt auf der *notwendigen Ressourcengleichheit*. Die Notwendigkeit der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration wird nicht auf die minimale Sicherung der Konsistenz einer Gesellschaft, die u. a. dysfunktional durch den Zwang oder Gewalt erfolgen kann, zurückgeführt. Vereinfacht beschrieben, kann die *Ressourcengleichheit* als solche Form der Gleichheit verstanden werden, die die physische Existenz sichert. Diese Form der Reproduktion, verstanden als Sicherung der Konsistenz, ist meines Erachtens als *minimale Ressourcengleichheit* zu bezeichnen. In der vorliegenden Arbeit wird die Notwendigkeit der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration durch das Versprechen der Demokratie, die politische Gleichheit, definiert. Es bedeutet also, dass so viele und soweit symbolische und nicht-symbolische Ressourcen reproduziert und geteilt werden müssen, damit die politische Gleichheit erreicht werden kann. Es geht also wie Dahrendorf es betont, um „die volle bürgerli-

che Teilnahme von Menschen (...) um Anrechte, die die Position des Bürgers zu einem erfüllten Status machen (Dahrendorf 1994, S. 62). Unter Berücksichtigung von Ergebnissen der Studie, dass gelungene Reproduktion von symbolischen und nicht-symbolischen Ressourcen sozialer Integration den Anstieg der politischen Partizipation bedeutet, stellt sich die berechtigte Frage nach den Konsequenzen für die Demokratietheorie und ihre alltägliche Praxis.

Die Annahme der politischen Gleichheit, die über die notwendige Reproduktion symbolische und nicht-symbolische Ressourcen sozialer Integration zustande kommt, determiniert die Form der Demokratie und die Ausrichtung der Theorie. Da Ressourcen „im Voraus“ geteilt werden, können eventuelle Konsequenzen nur in Bezug auf die inputorientierten Demokratietheorien untersucht werden. In normativen Demokratietheorien werden die Output orientierte Konzeption abgelehnt, da diese zu einer Instrumentalisierung der Demokratie auf das Ergebnis führen würde (Christiano 1996b, S. 58). Dworkin definiert solche Konzeptionen als unabhängige Konzeption. Dabei geht es nach Dworkin um die Fairness des demokratischen Prozesses (Dworkin 2011, S. 251). Diese Fairness kann meines Erachtens nur durch die politische Gleichheit also durch *notwendige Ressourcengleichheit* sichergestellt werden. In der Anlehnung an Dworkin können vier Arten der Konsequenzen für Demokratietheorie und ihre Praxis spezifiziert werden: symbolische, handlungsspezifische, distributive und gemeinschaftliche Konsequenzen (Dworkin 2011, S. 252).

Durch die gelungene Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration und infolge dessen durch die politische Partizipation bestätigt die Gesellschaft, dass sie Individuen als freie und gleiche Mitglieder anerkennt, indem sie die Rolle als Bürger bei Treffen kollektiver Entscheidungen zuschreibt.¹⁶⁰ Das ist die symbolische Konsequenz, die faire Austragung von Konflikten ermöglicht, um kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen. Bezogen auf handlungsspezifische Konsequenz lässt sich als Anerkennung der Heterogenität innerhalb der Gesellschaft definieren. Am politischen Prozess nehmen alle sozialen Klassen, Milieus und Gruppen teil. Gemeinschaftliche Konsequenz ist gleich mit der Förderung der Gemeinschaft zu setzen. Durch die gelungene Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration werden Werte, Normen, Einstellungen aber auch monetäre Güter geteilt. Dies sichert wesentlich die friedliche als auch demokratische Austragung von Konflikten innerhalb der Gesellschaft. Die Desintegration in diesem Bereich führt zur nicht gewaltfreien Austragung von Konflikten.

Distributive Konsequenz würde eine Form des Egalitarismus bedeuten, die man aus der Tyrannei kennt. Eine über die rechtlichen Normen greifende vollkommene Gleichheit im Sinne gleicher Verteilung und Reproduktion von Ressourcen können nur Diktaturen erzielen. Alle Bürger

¹⁶⁰ In dem theoretischen Teil über soziale Integration habe ich darauf hingewiesen, dass der Freiheitsentzug, das höchste Stadium des Ausschlusses aus der Öffentlichkeit darstellt. Bezogen auf politische Gleichheit und politische Gemeinschaft findet im Hinblick auf diese Problematik der Entzug des passiven und aktiven Wahlrechtes statt.

würden genau gleich mit Ressourcen ausgestattet. Dies kann nicht ohne Gewalt, Zwang, Ambivalenz und Enteignung passieren. Dieser Gedanke korrespondiert meines Erachtens mit der Idee der Integration durch Homogenisierung unter Zwang und Gewaltanwendung (Gleichmacherei). Dieser Zustand würde aber andere Formen der Gleichheit verletzen. Eine Diktatur missachtet vor allem die politische Gleichheit und das Prinzip der Fairness.

Im Hinblick auf die beteiligungszentrierten Demokratietheorien (Pateman 1970; Barber 1994; Offe 2003; Young 2000) kann die Vermutung aufgestellt werden, dass die Ausbreitung von demokratischen Verfahren und neuer Formen politischer Beteiligung die Zunahme an politischer Ungleichheit bedeuten können (Verba et al. 1995; Verba 2006; Jacobs und Skocpol 2005), wenn die notwendige Ressourcengleichheit nicht gefördert wird. Das Beispiel aus der Praxis der Demokratie ist die Volksentscheidung bezüglich der Schulreform in Hamburg. Mit der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen in die Stadtteilschule und Förderung der Kinder aus bildungsfernen Schichten in der sechsjährigen Primarschule, sollte jedem Schüler eine Möglichkeit stehen, die Hochschulreife zu erreichen. Die Reform wurde mit einer unkonventionellen Form politischer Partizipation, mit der Volksentscheidung, bei einer sozialselektiven Beteiligung außer Kraft gesetzt (Jörke 2011). Ob es tatsächlich in einer langfristigen Perspektive dies zur Regel sein wird, müsste in weiteren Studien geprüft werden. In der empirischen Forschung wird die politische Ungleichheit großteils auf der Mikroebene untersucht, wobei die soziale Selektivität für konventionelle und unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung als belegt gilt (Lancee und van de Wefhorst 2012; Marien et al. 2010; Gallego 2008; Schäfer et al. 2013). Bezogen auf Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration gibt es zahlreiche Belege, dass die Höhe der Wahlbeteiligung sozialstaatsbezogene Verteilungsentscheidungen beeinflusst. Fällt die Wahlbeteiligung niedrig und damit sozialselektiv aus, werden die Leistungen des Sozialstaates abgebaut (Hicks und Swank 1992) und die Umverteilung fällt geringer aus (Mahler 2010). In der Konsequenz liegt in Ländern mit niedrigeren Wahlbeteiligung die Einkommensungleichheit höher (Chong und Olivera 2008).

Darüber hinaus bestätigt die vorgelegte Studie die „notwendigen Bedingungen einer bürgerschaftlichen Integration“, wie sie in der Theorie Sozialer Demokratie dargestellt werden. Es „sind erstens die gleichberechtigte Teilhabe aller an den politischen und sozialen Institutionen und zweitens, der gleiche Zugang und die gleiche Teilhabe aller an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechten und Chancen der Gesellschaft von der Partizipation im politischen System und der Zivilgesellschaft über das Bildungssystem bis zum System der Erwerbsarbeit und den Systemen der sozialen Sicherheit“ (Meyer 2009, S. 238). Es konnten mit dem in der Studie entwickelten, komplexen Konzept sozialer Integration ganzer Gesellschaften, weitere Studien durchgeführt werden im Hinblick auf sozialstaatsbezogene Verteilungsentscheidungen, die über die Dimension der funktionalen Integration greifen. Somit konnte der Hinweis von Dörre auf, die Verbindung der „Krise der gesellschaftlichen Integration“ mit dem „Abbau sozial

geschützter Lohnarbeit“ in gesamten Kontext der Reproduktion von Ressourcen sozialer Integration empirisch überprüft werden (Dörre 2012, S. 49).

Alle diese Bemerkungen sind meines Erachtens essentiell für die Praxis der Demokratie. Versteht man hierbei den Wettbewerb um die Ressourcen sozialer Integration als Austragung des demokratischen Konfliktes in Form der politischen Partizipation, ist die Frage danach berechtigt, welche Lösungsansätze können unter Berücksichtigung der empirischen Ergebnisse der vorliegenden Studie in Betracht gezogen werden, um den Wettbewerb gerechter zu gestalten.

Die erste aus der Praxis der Demokratie bekannte Lösung ist die Einführung einer Wahlpflicht. In der Studie weisen fünf Ländern eine Wahlpflicht auf: Belgien, Griechenland, Italien, Luxemburg und Zypern mit unterschiedlichen Grad an möglichen Sanktionen. Während die Wahlbeteiligung in Belgien und Luxemburg zwischen 91 und 92 Prozent liegt, zeigen Länder wie Italien und Griechenland, dass die innenpolitischen Krisen ohne verbindliche Sanktionen solch ein Niveau der politischen Partizipation, wie in Belgien, nicht sichert.¹⁶¹ Dabei kann man sich mit einer Metapher bedienen. Die Wahlpflicht sollte wie die Schulpflicht wirken, ändert aber im Ergebnis die Umverteilung nicht so stark, wie die Schule es in der Theorie schaffen sollte.¹⁶² In Anbetracht der Ergebnisse der Studie, dass Länder mit stark ausgebauten wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen besser integriert sind, wird es ersichtlich, dass politische Gleichheit nur durch *notwendige* Ressourcengleichheit gesichert werden kann. Dies wird indirekt durch die Ergebnisse der empirischen Analysen in der vorliegenden Studie bestätigt, da die Bedeutung des BIP pro Kopf in fast allen Modellen relevant war. In der Konsequenz kann der Rückzug des Staates, wie Pierre Bourdieu betont, unerwartete Effekte verursachen, die sich nicht nur auf politische Partizipation auswirken, sondern der generalisierten Anspruch auf Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt elementar bedrohen (Bourdieu et al. 1997, S. 215).

¹⁶¹ Die politische Krise in Belgien wirkt sich bezogen auf die Wahlbeteiligung anders als in Italien auf. Ferner reproduzieren diese Länder ihre Ressourcen sozialer Integration nicht am stärksten unter untersuchten Einheiten.

¹⁶² Interessanterweise ist die soziale Selektivität des Schulsystems am geringsten in den Ländern, die nach der vorgenommenen Messung auch am besten integriert sind.

Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daron, und James Robinson. 2006. *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Adrian, Wolfgang. 1977. *Demokratie als Partizipation. Versuch einer Wert- und Einstellungsanalyse*. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Aigner, Dennis J., und Glen G. Cain. 1977. Statistical theories of discrimination in labor markets. *Industrial and Labor Relations Review* 2: 175–187.
- Aldrich, John H. 1993. Rational Choice and Turnout. *American Journal of Political Science* 1: 246–278.
- Allenspach, Dominik. 2012. *Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Allerbeck, Klaus R. 1980. *Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen-Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Almond, Gabriel A, und Sidney Verba. 1963. *Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little, Brown & Company.
- Anderson, Christopher J., und Pablo Beramendi. 2012. Industrial Societies, Parties, Poor Voters, and Electoral Participation in Advanced Industrial Societies. *Comparative Political Studies* 45: 714–746.
- Anhut, Rainer, und Wilhelm Heitmeyer. 2005. Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse. In *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 75–100. Wiesbaden: VS Verlag.
- Archer, Margaret S. 1996. The Myth of Cultural Integration. In *Culture and agency. The place of culture in social theory*, 1–25. Cambridge: University of Cambridge Press.
- Arnold, Anne-Katrin, und Beate Schneider. 2004. TV Kills Social Capital? *Publizistik* 4: 423–438.
- Aronson, Elliot. 2004. *Człowiek istota społeczna (The Social Animal)*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe PWN.
- Arzheimer, Kai. 2002. *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Atkinson, Tony, Bea Cantillon, Eric Marlier, und Brian Nolan. 2002. *Social Indicators: The EU and Social Inclusion*. Oxford: Oxford University Press.

- Baier, Dirk, und Susanne Rippl. 2005. Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57: 644–666.
- Bakker, Isabella, und Silvey Rachel. 2008. Introduction: Social reproduction and global transformations. In *Beyond States and Markets: The Challenges of Social Reproduction*, Hrsg. Isabella Bakker und Silvey Rachel, 1–17. New York: Routledge.
- Barber, Benjamin. 1994. *Starke Demokratie - Über die Teilhabe am Politischen*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Bartels, Larry M. 1996. Uninformed Votes: Information Effects in Presidential Election. *American Journal of Political Science* 1: 194–230.
- Bauer, Ulrich. 2011. *Sozialisation und Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Baum, Detlef. 1978. *Relative Deprivation und politische Partizipation*. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.
- Baurmann, Michael. 1999. Durkheims individualistische Theorie der sozialen Arbeitsteilung. In *Soziale Integration, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski, 85–114. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Beccaria, Cesare. 1995. *On Crimes and Punishments and Other Writings*. Hrsg. Richard Bellamy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Beck, Paul A., und Kent M. Jennings. 1982. Pathways to Participation. *American Political Science Review* 1: 94–108.
- Beck, Ulrich. 1983. Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In *Soziale Ungleichheiten*, Hrsg. Reinhard Kreckel, 35–74. Göttingen: Schwartz.
- Becker, Michael, Johannes Schmidt, und Reinhard Zintl. 2006. *Politische Philosophie*. Stuttgart: UTB Verlag.
- Becker, Rolf. 2005. Political Efficacy und Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland. *Swiss Political Science Review* 11: 57–86.
- Behr, Hartmut. 1997. Theoretisch-methodische Grundlagenprobleme des interkulturellen Demokratievergleichs. In *Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*, Hrsg. Gert Pickel, Susanne Pickel und Jörg Jacobs. Frankfurt (Oder): Sripvaz.
- Beierlein, Constanze, Christoph J. Kemper, Anastassya Kovaleva, und Beatrice Rammstedt. 2012. *Ein Messinstrument zur Erfassung subjektiver Kompetenzerwartungen*. *Allgemeine*

Selbstwirksamkeit. Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Bentwich, Miriam. 2009. On political participation, rights and redistribution: a Lockean perspective. *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 12: 491–511.

Benz, Arthur. 2008. *Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse*. München: Oldenburg Verlag.

Berger, Ben. 2011. *Attention Deficit Democracy*. Princeton: Princeton University Press.

Berger-Schmitt, Regina. 2000. *Social Cohesion as a Aspekt of Quality of Society*. Mannheim: Centre for Survey Research and Methodology.

Berman, Yitzhak, und David Phillips. 2004. *Indicators for Social Cohesion*.

Bernard, Paul. 1999. *Social cohesion: A critique*. Ottawa: Canadian Policy Research Network.

Besozzi, Claudio, und Helmut Zahnpenning. 1976. Methodologische Probleme der Index-Bildung. In *Techniken der empirischen Sozialforschung*, Hrsg. Jürgen Volkert und Maria Wicken-Mayser, 9–55. München: Oldenburg Verlag.

Bieling, Hans-Jürgen. 2000. *Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Blais, André, und Agnieszka Dobrzynska. 1998. Turnout in Electoral Democracies. *European Journal of Political Research* 33: 239–261.

Böhnisch, Lothar. 2006. *Politische Soziologie. Eine problemorientierte Einführung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Böhnke, Petra. 2006. *Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung*. Opladen: Barbara Budrich Verlag.

Böhnke, Petra. 2008. Are the poor socially integrated? The link between poverty and social support in different welfare regimes. *Journal of European Social Policy* 18: 133–150.

Bonacker, Thorsten. 2009. Konflikttheorien. In *In Handbuch Soziologische Theorien*, Hrsg. Georg Kneer und Markus Schroer, 179–197. Wiesbaden: VS Verlag.

Bortz, Jürgen, und Nicola Döring. 2006. *Forschungsmethoden und Evaluation: Für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer Verlag.

Bouckaert, Geert, und Steven Van de Walle. 2003. Comparing measures of citizen trust and user satisfaction as indicators of ‘good governance’: difficulties in linking trust and satisfaction indicators. *International Review of Administrative Sciences* 69: 329–343.

Bourdieu, Pierre. 1973. Cultural Reproduction and Social Reproduction.“ In Knowledge, Education, and Cultural Change. In *Papers in the Sociology of Education*, Hrsg. Richard Brown,

71–112. London: Tavistock Publications.

Bourdieu, Pierre et al. 1997. *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: UVK Universitätsverlag.

Bourdieu, Pierre. 1982. *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre. 1983. Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In *Soziale Ungleichheiten*, Hrsg. Reinhard Kreckel, 183–198. Göttingen: Schwartz.

Brady, Henry E., Sidney Verba, und Kay L. Schlozman. 1995. Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review* 89: 271–294.

Castel, Robert. 2000. *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK Universitätsverlag.

Chong, Alberto, und Mauricio Olivera. 2008. Does Compulsory Voting Help Equalize Incomes? *Economics & Politics* 3: 391–415.

Christiano, Thomas. 1996a. An Argument for Democratic Equality. In *Philosophy and Democracy*, Hrsg. Thomas Christiano, 39–68. Oxford: Oxford University Press.

Christiano, Thomas. 2008. *The Constitution of Equality: Democratic Authority and Its Limits*. Oxford: Oxford University Press.

Christiano, Thomas. 1996b. *The Rule of the Many: Fundamental Issues in Democratic Theory*. Westview Press: Boulder, Colo.

Cohen, Percy S. 1973. *Moderne soziologische Theorie*. Wien: H. Böhlaus Verlag.

Colby, Ann, und Lawrence Kohlberg. 1986. Das moralische Urteil: Der kognitionszentrierte entwicklungspsychologische Ansatz. In *Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie*, Hrsg. Hans Bertram, 130–162. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Coleman, James S. 1991. *Grundlagen der Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme*. Oldenburg: Oldenburg Wissenschaftsverlag.

Coleman, James S. 1988. Social Capital in the Creation of Human Capital. *The American Journal of Sociology* 94: 95–120.

Commission of the European Communities. 2003. *Draft joint inclusion report*. Brussels: Commission of the European Communities.

Conway, Margaret. 1985. *Political Participation in the United States*. Washington, DC: CQ Press.

Coser, Lewis A. 1972. *Theorie sozialer Konflikte*. Neuwied: Luchterhand.

- Cowell, Frank A. 2009. *Measuring Inequality*. London: Oxford University Press.
- Czerwick, Edwin P. 2011. *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*. München: Oldenburg Verlag.
- Czerwick, Edwin P. 2008. *Systemtheorie der Demokratie. Begriffe und Strukturen in Werk Luhmanns*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Dahl, Robert. 1971. *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Dahl, Robert. 2006. Procedural Democracy. In *Contemporary Political Philosophy*, Hrsg. Robert E. Goodin und Philip Pettit, 107–125. Oxford: Blackwell Publishing.
- Dahrendorf, Ralf. 1994. *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Dahrendorf, Ralf. 1957. *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart: Enke Verlag.
- Dalton, Russell J. 2008. Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation. *Political Studies* 56: 76–98.
- Dalton, Russell J., Ian McAllister, und Martin P. Wattenberg. 2000. The Decline of Party Identifications. In *Parties Without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Hrsg. Russel J. Dalton und Martin P. Wattenberg, 37–61. Oxford: Oxford University Press.
- Davies, James B., Susanna Sandström, Anthony Shorrocks, und Edward N. Wolff. 2011. The Level and Distribution of Global Household Wealth. *Economic Journal* 121: 223–254.
- Davies, James C. 1962. Toward a Theory of Revolution. *American Sociological Review* 27: 5–19.
- De Rooij, Eline, und Tim Reeskens. 2014. Conventional and Unconventional Political Participation. In *Value Contrasts and Consensus in Present-Day Europe. Painting Europe's Moral Landscapes*, Hrsg. Wil Arts und Loek Halman, 185–212. Leiden: Brill.
- Deininger, Klaus, und Lyn Squire. 1996. A New Data Set Measuring Income Inequality. *The Worldbank Economic Review* 10: 565–591.
- Delhey, Jan. 2004. *European Social Integration. From convergence of countries to transnational relations between peoples*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Delhey, Jan, und Kenneth Newton. 2002. *Who trusts? The origins of social trust in seven nations*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- van Deth, Jan W. 1990. Interest in Politics. In *Continuities in Political Action*, Hrsg. Kent M. Jennings und Jan W. van Deth, 275–312. Berlin: De Gruyter & Aldine.

- van Deth, Jan W. 2009. Politische Partizipation. In *Politische Soziologie: Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 141–161. Wiesbaden: VS Verlag.
- van Deth, Jan W. 2001a. Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt, 195–219. Opladen: VS Verlag.
- van Deth, Jan W. 2001b. Studying Political Participation: Towards a Theory of Everything? 1–19. Grenoble.
- van Deth, Jan W., und Frauke Kreuter. 1998. Membership of voluntary associations. In *Comparative Politics. The Problem of Equivalence*, Hrsg. Jan W. van Deth, 135–155. London: Routledge.
- Dickes, Paul, und Marie Valentova. 2013. Construction, Validation and Application of the Measurement of Social Cohesion in 47 European Countries and Regions. *Social Indicators Research* 113: 827–846.
- Dickes, Paul, Marie Valentova, und Monique Borsenberger. 2008. Social Cohesion: Measurement based on the EVS micro data. *Statistica Applicata* 20: 77–91.
- Dimeglio, Isabelle, Jan G. Janmaat, und Philippe Mehaut. 2013. Social Cohesion and the Labour Market: Societal Regimes of Civic Attitudes and Labour Market Regimes. *Social Indicators Research* 111: 753–773.
- Dogan, Mattei. 1998. The Decline of Traditional Values in Western Europe. *International Journal of Comparative Sociology* 39: 77–90.
- Domanski, Henryk. 2008. A new dimension of social stratification in Poland? Class membership and electoral voting in 1991–2001. *European Sociological Review* 24: 169–182.
- Dörre, Klaus. 2012. Prekäre Arbeit und gesellschaftliche Integration – Empirische Befunde und integrationstheoretische Schlussfolgerungen. In *Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 29–56. Wiesbaden: VS Verlag.
- Dörre, Klaus, und Tatjana Fuchs. 2005. Prekarität und soziale (Des-)Integration. *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 3: 20–35.
- Downs, Anthony. 1957. An Economic Theory of Political Action in a Democracy. *Journal of Political Economy* 2: 135–150.
- Dragolov, Georgi, Zsófia Ignác, Jan Lorenz, Jan Delhey, und Klaus Boehnke. 2013. *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Dubiel, Helmut. 1999. Integration durch Konflikte? In *Soziale Integration*, Hrsg. Jürgen Fried-

- richs und Wolfgang Jagodzinski, 132–143. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dubiel, Helmut. 1997. Unversöhnlichkeit und Demokratie. In *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 425–444. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dubrow, Joshua. 2007. Defining Political Inequality Within a Cross-National Perspective. *International Journal of Sociology* 4: 3–9.
- Durkheim, Émile. 1972. Einführung in die Moral. In *Erziehung und Soziologie*, 81–97. Düsseldorf: Schwann.
- Durkheim, Émile. 1992. *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dworkin, Roland. 2011. *Was ist die Gleichheit?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435–458.
- Easton, David. 1979. *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ebbinghaus, Bernhard. 2012. Comparing Welfare State Regimes: Are Typologies an Ideal or Realistic Strategy? Edinburgh.
- Edelman, Murray. 1985. Introduction. In *Symbolic Uses of Politics*, 1–21. Chicago: University of Illinois Press.
- Ekman, Joakim, und Erik Amnå. 2012. Political participation and civic engagement: Towards a new typology. *Human Affairs* 22: 283–300.
- Endrikat, Kirsten, Dagmar Schaefer, Jürgen Mansel, und Wilhelm Heitmeyer. 2002. Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In *Deutsche Zustände*, vol. 1, *Deutsche Zustände*, 37–58. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Engel, Uwe, und Julia Simonson. 2007. Strukturelle Differenzierung, Statusinkonsistenz und soziale Integration: Mehrebenenmodelle für Paneldaten. In *Sozialstruktur und Gesellschaftsanalyse*, Hrsg. Gerd Nollmann, 72–96. Wiesbaden: VS Verlag.
- Engels, Dietrich. 2004. *Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft*. Köln: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.
- Esping-Andersen, Gosta. 2006. Three Worlds of Welfare Capitalism. In *The Welfare State Reader*, Hrsg. Christopher Pierson und Francis G. Castles, 160–174. Cambridge: Polity Press.
- Esser, Hartmut. 2004. Akteure und soziale Systeme. In *Differenzierung und soziale Ungleichheit*, Hrsg. Thomas Schiwann, 271–284. Frankfurt am Main: Humanitas.

- Esser, Hartmut. 2000. *Die Konstruktion der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Fahmy, Eldin. 2003. Civic Capacity, Social Exclusion & Political Participation in Britain: Evidence from the 1999 Poverty & Social Exclusion Survey. Leicester.
- Falter, Jürgen, und Reinhard Zintl. 1989. Weltwirtschaftskrise und NSDAP-Wahlerfolge. Ein Erklärungsversuch mit Hilfe eines „rationalistischen“ Ansatzes und ökologischer Regressionsanalysen. In *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland.*, Hrsg. Jürgen Falter, Hans Rattinger und Klaus Troitzsch, 122–174. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Field, Andy. 2009. *Discovering Statistics using SPSS*. London: Sage Publications.
- Fiorina, Morris P. 1999. Extreme Voices: A Dark Side of Civic Engagement. In *In Civic Engagement in American Democracy*, Hrsg. Theda Skopol und Morris P. Fiorina, 395–425. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Fransen, Eva, Janneke Plantenga, und Jan Dirk Vlasblom. 2011. Why do women still earn less than men? Decomposing the Dutch gender pay gap, 1996–2006. *Applied Economics* 44: 4343–4354.
- Fraser, Nancy. 2003. Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. Hrsg. Nancy Fraser und Axel Honneth, 13–128. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freitag, Markus. 1996. Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden. *Swiss Political Science Review* 4: 101–134.
- Friedrichs, Jürgen, und Wolfgang Jagodzinski. 1999. *Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter. 2000. Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen. Hrsg. Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 250–280. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter. 2004. Modelle der Demokratie: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie. In *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung*, Hrsg. André Kaiser und Thomas Zittel, 19–54. Wiesbaden: VS Verlag.
- Fuchs, Dieter. 1999. Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. In *Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski, 127–178. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter. 1997. Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie in vereinten Deutschland. In *Politische Orientierung und Verhaltensweisen in vereinigten*

Deutschland, Hrsg. Oskar Gabriel, 81–113. Opladen: Leske + Budrich.

Gabriel, Oskar, Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: Facultas Verlag.

Gallego, Aina. 2008. Unequal Political Participation in Europe. *International Journal of Sociology* 4: 10–25.

Ganghof, Steffen. 2005. Politische Gleichheit und echte Mehrheitsdemokratie. Über die normativen Grundlagen institutioneller Arrangements. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3: 741–763.

Giegel, Hans-Joachim. 2004. Gleichheit und Ungleichheit in funktionaldifferenzierten Gesellschaften. In *Differenzierung und soziale Ungleichheit*, Hrsg. Thomas Schwinn, 105–130. Frankfurt am Main: Humanities.

Goerres, Achim. 2010. Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. Eine international vergleichende Analyse für Europa. *Politische Vierteljahresschrift* 51: 275–296.

Grand, Carl le, und Ryszard Szulkin. 2002. Permanent Disadvantage or Gradual Integration: Explaining the Immigrant–Native Earnings Gap in Sweden. *Labour* 16: 37–64.

Gurr, Ted R. 1970. *Why Men Rebel?* Princeton: Princeton University Press.

Hadjar, Andreas, und Rolf Becker. 2007. Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59: 410–439.

Hagenaars, Aldi, und Klaas De Vos. 1998. The Definition and Measurement of Poverty. *Journal of Human Resources* 211–221.

Hamm, Brigitte, Dieter Hotlmann, Harold Kerbo, und Hermann Strasser. 1993. Soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Integration. Ein Vergleich von USA, Japan und Deutschland. *Berliner Journal für Soziologie* 215–226.

Hansen, Herman M. 2010. Democratic Freedom and the Concept of Freedom in Plato and Aristotle. *Greek, Romans Byzantine Studies* 50: 1–27.

Hardin, Russell. 1999. Do We Want Trust in Government? In *Democracy and Trust*, Hrsg. Mark E. Warren, 22–41. Cambridge: Cambridge University Press.

Hartmann, Martin. 2011. *Die Praxis des Vertrauens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Haug, Sonja, Jörg Lüdicke, und Martin Diewald. 2007. Soziales Kapital als Ressource im Kontext von Migration und Integration. In *Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften*, 85–112. Wiesbaden: VS Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm. 1997. Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems? In *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 23–65. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Heitmeyer, Wilhelm, und Peter Imbusch. 2005. *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm, und Jürgen Mansel. 2003. Entleerung der Demokratie. In *Deutsche Zustände*, vol. 2, *Deutsche Zustände*, 35–60. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm, und Dieter Rucht. 2005. Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften. In *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlichen Integration und Desintegration*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer und Peter Imbusch, 13–74. Wiesbaden: VS Verlag.
- Held, David. 2006. *Models of Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Hicks, Alexander M., und Duane H. Swank. 1992. Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies 1960-1982. *American Political Science Review* 658–674.
- Hinz, Thomas, und Hermann Garnter. 2005. Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Branchen, Berufen und Betrieben. *Zeitschrift für Soziologie* 1: 22–39.
- Hondrich, Karl. 1973. Bedürfnisorientierungen und soziale Konflikte. Zur theoretischen Begründung eines Forschungsprogramms. *Zeitschrift für Soziologie* 263–281.
- Honneth, Axel. 1994. *Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Honneth, Axel. 1992. *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hopkins, Terence K., und Immanuel Wallerstein. 1967. The comparative study of national societies. *Social Science Information* 25–58.
- Hradil, Stefan. 1987. *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan. 1989. System und Akteur. Eine empirische Kritik der soziologischen Kulturtheorie Pierre Bourdieus. In *Klassenlagen, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie*, Hrsg. Klaus Eder, 111–142. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Imbusch, Peter, und Dieter Rucht. 2005. Integration als zentrales Problem moderner Gesellschaften. In *In Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer und Peter Imbusch, 13–71. Wiesbaden: VS Verlag.
- Inglehart, Roland, und Christian Welzel. 2005. *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jackman, Robert W. 1987. Political Institutions and Voter Turnout in the Industrial Democra-

cies. *American Political Science Review* 81: 405–423.

Jacobs, Lawrence R., und Theda Skocpol. 2005. *Inequality and American Democracy: What We Know and What We Need to Learn*. New York: Sage Publications.

Jahn, Detlef. 2009. Die Aggregatdatenanalyse in der vergleichenden Politikwissenschaft. In *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth und Detlef Jahn, 173–196. Wiesbaden: VS Verlag.

Jahn, Detlef. 2011. *Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.

Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld, und Hans Zeisel. 1975. *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Jansen, Dorothea. 2003. *Einführung in die Netzwerkanalyse – Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele*. Opladen: Leske + Budrich.

Janssen, Jürgen, und Wilfried Laatz. 2013. *Statistische Analyse mit SPSS. Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests*. 8. Aufl. Wiesbaden: Springer Verlag.

Jarren, Otfried. 2000. Gesellschaftliche Integration durch Medien? Zur Begründung normativer Anforderungen an Medien. *Medien & Kommunikationswissenschaften* 48: 22–41.

Jenson, Jane. 2010. *Defining and Measuring Social Cohesion*. Totton: Hobbs the Printers Ltd.

Joas, Hans, und Wolfgang Knöbl. 2004. *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Joppke, C., und S. Lukes. 1999. Introduction: Multicultural Questions. In *Multicultural Questions*, 1–28. Oxford: Oxford University.

Jörke, Dirk. 2011. Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2: 13–18.

Kaase, Max. 1992. Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch*, Hrsg. Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel, 145–160. Opladen: Leske + Budrich.

Karp, Jeffrey A., und Susan Banducci. 2008. Political Efficacy and Participation in Twenty-Seven Democracies: How Electoral Systems Shape Political Behaviour. *British Journal of Political Science* 38: 311–334.

Kee, Peter. 1995. Native-Immigrant Wage Differentials in the Netherlands: Discrimination? *Oxford Economic Papers* 47: 302–317.

- Kister, Ernst, Noll Heinz-Herbert, und Eckhard Priller. 1999. *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*. Berlin: Sigma Verlag.
- Klein, Ansgar. 1995. *Grundwerte in der Demokratie*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Klein, Ansgar, Kristine Kern, Brigitte Geißel, und Maria Berger. 2005. *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1999. Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Hrsg. Pippa Norris, 31–56. Oxford: Oxford University Press.
- Klitgaard, Robert, und Johannes Fedderke. 1995. Social Integration and Disintegration: Analysis of Cross-Country An Exploratory Data. *World Development* 357–369.
- Kneer, Georg, und Armin Nassehi. 1994. *Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. München: Fink Verlag.
- Koehler, Jan. 2004. Institutionalisierte Konfliktaustragung, Kohäsion und Wandel. Theoriegeleiteter Praxischeck für die Gemeindeebene. In *Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*, Hrsg. Julia M. Eckert, 273–297. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Kohler, Ulrich. 2002. *Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Parteipräferenz und Sozialstruktur*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kollmorgen, Raj. 2005. Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp. Eine komparative Analyse. In *Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche*, 21–46. Münster: Lit Verlag.
- Kornhauser, William. 1959. *The Politics of Mass Society*. New York: Free Press.
- Kreckel, Reinhard. 2004. *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main: Campus.
- Kreiner, Maria. 2009. Normative und empirische Demokratietheorie. Ein Vergleich der Stärken und Schwächen am Beispiel Rousseaus und Schumpeters. In *Raum der Freiheit. Reflexionen über die Idee und Wirklichkeit*, Hrsg. Waltraud Meints, Michael Daxner und Gerhard Kraiker, 419–432. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Kronauer, Martin. 2006. „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte. In *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige.*, Hrsg. Heinz Bude und Andreas Willisch, 27–45. Hamburg: Hamburger Edition.

- Kronauer, Martin. 2010. *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kropotkin, Petr A. 1972. *Mutual Aid: A Factor of Evolution*. London: Lane.
- Kühnel, Wolfgang. 1997. Integrationsprobleme im gesellschaftlichen Strukturwandel Ostdeutschlands. In *Was treibt die Gesellschaft auseinander?*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 586–628. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kumlin, Staffan. 2010. *Dissatisfied Democrats, Policy Feedback, and European Welfare States 1976-2001*. Göteborg: QoG.
- Kumlin, Staffan. 2002. *The Personal and the Political. How Personal Welfare State Experiences Affect Political Trust and Ideology*. Kungälv: Livréna i Kungälv AB.
- Lancee, Bram, und Herman G. van de Wefhorst. 2012. Income inequality and participation: A comparison of 24 European countries. *Social Science Research* 41: 1166–1178.
- Landecker, Werner S. 1951. Types of Integration and their Measurement. *American Journal of Sociology* 332–340.
- Lange, Stefan, und Uwe Schimank. 2004. Governance und gesellschaftliche Integration - Einleitung. In *Governance und gesellschaftliche Integration*, 9–44. Wiesbaden: VS Verlag.
- Leighley, Jan E. 1990. Social interaction and contextual influences on political participation. *American Politics Research* 18: 459–475.
- Lenski, Gerhard. 1977. *Macht und Privileg. Eine Theorie der sozialen Schichtung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lepsius, Rainer M. 1996. Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*, Hrsg. Wilhelm Abel, Knut Borchardt, Hermann Kellenbenz und Wolfgang Zorn. Stuttgart: Fischer Verlag.
- Levi, Margaret. 1996. Social and Unsocial Capital: A Review Essay of Robert Putnam's Making Democracy Work. *Politics & Society* 24: 44–55.
- Liebig, Stefan, und Bernd Wegener. 1999. Protest und Verweigerung. Die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland. In *In Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Manfred Schmidt und Leo Montada, 263–298. Opladen: Leske + Budrich.
- Lin, Nan. 1999. Building a Network Theory of Social Capital. *Connections* 1: 28–51.
- Lind, Georg. 2003. *Moral ist lehrbar. Handbuch zur Theorie und Praxis moralischer und demokratischer Bildung*. München: Oldenburg Schulbuchverlag.
- Linton, Ralph. 1936. *The Study of Man*. E-book Edition. New York: D. Appleton-Century Co.

- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments: an Introduction. In *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, 1–67. New York: Free Press.
- Lochner, Kimberly, Ichiro Kawachi, und Bruce P. Kennedy. 1999. Social Capital: A Guide to Its Measurement. *Health & Place* 5: 259–270.
- Lotter, Maria-Sibylla. 2012. *Scham, Schuld, Verantwortung. Über die kulturellen Grundlagen der Moral*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 1997. *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 2012. *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 3: ...* 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 1987. *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 1968. *Vertrauen*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- MacCallum, Robert C., Keith Widman, Shaobo Zhang, und Sehee Hong. 1999. Sample Size in Factor Analysis. *Psychological Methods* 4: 87–99.
- Mahler, Vincent. 2010. Government Inequality Reduction in Comparative Perspective: A Cross-National Study of the Developed World. *Polity* 4: 511–541.
- Marien, Sofie, Marc Hooghe, und Ellen Quintelier. 2010. Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries. *Political Studies* 58: 187–213.
- Marmor, Andrei. 2005. Authority, equality and democracy. *Ratio Juris* 18: 315–345.
- Massing, Peter. 1995. Wege zum Politischen. In *Politik als Kern der politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts*, Hrsg. Peter Massing und Georg Weißeno, 61–98. Wiesbaden: VS Verlag.
- van der Meer, Tom. 2010. In what we trust? A multi-level study into trust in parliament as an evaluation of state characteristics. *International Review of Administrative Sciences* 76: 517–536.
- van der Meer, Tom, Manfred Grotenhuis, und Peer Scheepers. 2010. Modes of citizens' participation: associations between and determinants of social, civic, and political participation in cross-national perspective. In *Komparative empirische Sozialforschung*, vol. III, Hrsg. Tilo Beckers, Klaus Birkelbach, Jörg Hagenah und Ulrich Rosar, 259–283. Wiesbaden: VS Verlag.
- Merkel, Wolfgang, und Alexander Petring. 2012. Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In *Demokratie in Deutschland*, Hrsg. Tobias Mörschel und Christian Krell, 93–119. Wiesbaden: VS Verlag.

- Merton, Robert K. 1968. Sozialstruktur und Anomie. In *Kriminalsoziologie*, Hrsg. Fritz Sack und René König, 283–313. Frankfurt am Main: Akademische Verlagsgesellschaft.
- Meulemann, Heiner. 2004. Sozialstruktur, soziale Ungleichheit und die Bewertung der ungleichen Verteilung von Ressourcen. In *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung*, Hrsg. Peter A. Berger und Volker H. Schmidt, 115–136. Wiesbaden: VS Verlag.
- Meyer, John W. 1977. The Effects of Education as an Institution. *American Journal of Sociology* 88: 55–77.
- Meyer, Thomas. 2009. *Soziale Demokratie. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Milbrath, Lester, und Madan Goel. 1977. *Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics*. Chicago: Rand McNally.
- Mill, John Stuart. 1974. *Über die Freiheit*. Stuttgart: Reclam.
- Misztal, Barbara. 1996. *Trust in Modern Societies. The Search for the Bases of Social Order*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Montesquieu de, Charles. 1986. *Vom Geist der Gesetze*. Stuttgart: Reclam.
- Morales, Laura, und Marco Giugni. 2011. *Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?* New York: Macmillan.
- Müller, Hans-Peter, und Hans Bertram. 1986. Gesellschaft, Moral und Individualismus Émile Durkheims Moraltheorie. In *Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie*, 71–105. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard. 1997. Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme. In *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 66–109. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Muszynski, Bernhard. 1975. *Wirtschaftliche Mitbestimmung zwischen Konflikt- und Harmoniekonzeptionen*. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Nassehi, Armin. 2009. *Der Soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Newton, Kenneth. 1999. Social capital and democracy in modern Europe. In *Social Capital and European Democracy*, Hrsg. Jan W. van Deth, Marco Maraffi, Kenneth Newton und Paul Whitley, 3–24. London: Routledge.
- Newton, Kenneth. 2001. Trust, Social Capital, Civic Society and Democracy. *International Political Science Review* 22: 201–214.
- Niedermayer, Oskar. 2005. *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Nieuwbeerta, Paul. 1996. The Democratic Class Struggle in Postwar Societies: Class Voting in Twenty Countries 1945-1990. *Acta Sociologica* 39: 345–383.
- Nieuwbeerta, Paul, und Ultee Wout. 1999. Class Voting in Western Industrialized Countries 1945-1990: Systematizing and Testing Explanations. *European Journal of Political Research* 35: 123–160.
- Nollmann, Gerd. 2009. Working Poor. Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 61: 33–55.
- Norris, Pippa. 2002. *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism*. New York: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa, und James David. 2007. A continental divide? Social capital in the US and Europe. In *Measuring Attitudes Cross-Nationally. Lessons from the European Social Survey*, Hrsg. Roger Jowell, Caroline Roberts, Fitzgerald Rory und Eva Gillian, 239–264. London: Sage Publications.
- Norris, Pippa, Stefaan Walgrave, und Peter Van Aelst. 2009. Does protest signify dissatisfaction? Demonstrators in a postindustrial democracy. In *Political Dissatisfaction in Contemporary Democracies*, Hrsg. Mariano Torcal und José Ramon Montero, 279–309. London: Routledge.
- Nunner-Winkler, Gertrud. 2005. Anerkennung moralischer Normen. In *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlichen Integration und Desintegration*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer und Peter Imbusch, 157–177. Wiesbaden: VS Verlag.
- Nunner-Winkler, Gertrud. 2008. Funktional ausdifferenzierte Gesellschaften und keine Moral? Ziviltugendhaftigkeit als notwendige Bedingung der Stabilisierung demokratischer Gesellschaften. In *Kultur - Handlung - Demokratie. Dreiklang des Humanen*, Hrsg. Ingrid Plath, Ines Graudenz und Heiko Breit, 67–88. Wiesbaden: VS Verlag.
- Nunner-Winkler, Gertrud, Marion Meyer-Nikele, und Doris Wohlrab. 2012. Anerkennung moralischer Normen. In *Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 83–100. Wiesbaden: VS Verlag.
- O A. 2013. Materielle Entbehrung. Statistics Explained. *Eurostat. Glossar*. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained.
- Oberndörfer, Dieter, Hrsg. 2010. *Klassische Staatsphilosophie: Texte und Einführungen: von Platon bis Rousseau*. München: C.H. Beck.
- O'Donnell, Guillermo A. 2007. The Perpetual Crisis of Democracy. *Journal of Democracy* 18: 5–11.
- Offe, Claus. 2003. *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

- Olsen, Marvin E. 1972. Social Participation and Voting Turnout: A Multivariate Analysis. *American Sociological Review* 37: 317–333.
- Ottmann, Henning. 2010. *Geschichte des politischen Denkens. Von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit. Die Römer und das Mittelalter*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- von Padua, Marsilius. 1997. *Der Verteidiger des Friedens*. Stuttgart: Reclam.
- Parry, Geraint, George Moysier, und Nei Day. 1992. *Political Participation and Democracy in Britain*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Parsons, Talcott. 2009. *Das System moderner Gesellschaften*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Passas, Nikos, Peter Imbusch, und Wilhelm Heitmeyer. 2008. Kontinuitäten in der Anomietradition. In *Integration - Desintegration*, 267–284. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pateman, Carole. 1970. *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Perea, Eva A. 2002. Individual Characteristics, Institutional Incentives and Electoral Abstention in Western Europe. *European Journal of Political Research* 41: 643–673.
- Peters, Bernhard. 1993. *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pförtner, Stephan H. 1978. Zur wissenschaftstheoretischen Begründung der Moral. In *Theorie-technik und Moral*, Hrsg. Niklas Luhmann und Stephan H. Pförtner, 176–267. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pickel, Gert. 2009. Der Einbezug des Individuums in die Länderanalyse – Umfrageforschung und vergleichende Politikwissenschaft. In *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth und Detlef Jahn, 297–316. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, Gert, und Jörg Jacobs. 2006. Der soziokulturelle Unterbau der neuen Demokratien Osteuropas. In *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie*, Hrsg. Gert Pickel, Detlef Pollack, Olaf Müller und Jörg Jacobs, 31–52. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, Gert, Susanne Pickel, und Jörg Jacobs. 1997. *Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*. Frankfurt (Oder): Sripvaz.
- Pickel, Gert, Detlef Pollack, Olaf Müller, und Jörg Jacobs. 2006. *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Representative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Pospiszyl, Irena. 2008. *Patologie społeczne. (Gesellschaftliche Pathologien)*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe PWN.
- Przeworski, Adam. 1991. *Democracy and the market: Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*. New York: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam, und Henry Teune. 1970. *The logic of comparative social inquiry*. New York: John Wiley & Sons.
- Putnam, Robert. 1995a. Bowling alone: America's declining social capital. *Journal of Democracy* 6: 65–78.
- Putnam, Robert. 2000. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert. 1993. *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, Robert. 1995b. Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America. *Political Science and Politics* 28: 1–20.
- Quandt, Marcus. 2008. *Individualisierung, Individualismus, politische Partizipation und politische Präferenzen. Eine theoretische und empirische Studie am Beispiel der Bundestagswahl 2002*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Radcliff, Benjamin. 1992. The Welfare State, Turnout, and the Economy: A Comparative Analysis. *American Political Science Review* 86: 444–454.
- Rammstedt, Beatrice. 2010. Reliabilität, Validität, Objektivität. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christof Wolf und Henning Best, 239–258. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rinderle, Peter. 2000. *John Stuart Mill*. München: C.H. Beck.
- Rokkan, Stein. 1970. *Citizens, elections, parties: Approaches to the comparative study of the processes of development*. Oslo: Universitets forlaget.
- Rosenstone, Steven J. 1982. Economic Adversity and Voter Turnout. *American Journal of Political Science* 26: 25–46.
- Rosenstone, Steven J., und John M. Hansen. 1993. *Mobilization, Partizipation and Democracy in America*. New York: Macmillan.
- Ross, Michael L. 2004. Does Taxation Lead to Representation? *British Journal of Political Science* 2: 229–249.
- Roßteutscher, Sigrid. 2009. Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In *Politische Soziologie: Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 163–180. Wiesbaden: VS Verlag.

- Roth, Klaus. 1999. Demokratie in der Antike. In *Ideengeschichtliche Grundlagen der Demokratie*, Hrsg. Peter Massing, 11–30. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Roth, Klaus, und Bernd Ladwig. 2006. *Recht auf Widerstand? Ideengeschichtliche und philosophische Perspektiven*. Potsdam: MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam.
- Rousseau, Jean-Jacques. 1998. *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. Stuttgart: Reclam.
- Rousseau, Jean-Jacques. 1977. *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechtes*. Stuttgart: Reclam.
- Rueschemeyer, Dietrich. 1998. The Self-Organization of Society and Democratic Rule: Specifying the Relationship. In *Participation and Democracy East and West: Comparisons and Interpretations*, Hrsg. Dietrich Rueschemeyer, Marilyn Rueschemeyer und Björn Wittrock, 9–25. New York: M.E. Sharpe.
- Ryan, Alan. 1973. Two concepts of politics and democracy: James and John S. Mill. In *Machiavelli and the nature of political thought*, Hrsg. Martin Fleicher, 76–113. London: Lowe & Brydone.
- Rydgren, Jens. 2004. Mechanisms of exclusion: ethnic discrimination in the Swedish labour market. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30: 697–716.
- Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp, und Jérémie F. Gagné. 2013. *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schmidt, Manfred. 2010. *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schnabel, Annette, und Florian Grötsch. 2012. Religion und soziale Integration - Europa als Anwendungsfall einer Mehrebenen-Analyse. In *Religiöser Pluralismus im Fokus quantitativer Religionsforschung*, Hrsg. Detlef Pollack, Irene Tucci und Hans-Georg Ziebertz, 371–386. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schnell, Rainer, Paul Hill, und Elke Esser. 1999. *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 6. Aufl. München: Oldenburg Verlag.
- Schumpeter, Joseph. 2003. *Capitalism, Socialism and Democracy*. Taylor & Francis e-Library. London: Routledge.
- Schwaabe, Christian. 2007a. *Politische Theorie. Von Platon bis Locke*. Paderborn: Fink Verlag.
- Schwaabe, Christian. 2007b. *Politische Theorie. Von Rousseau bis Rawls*. Paderborn: Fink Verlag.
- Schwartz, David C. 1973. *Political Alienation and Political Behavior*. Chicago: Aldine Publis-

hing Company.

Sennett, Richard. 2012. *Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*. Berlin: Hanser Verlag.

Siemaszko, Andrzej. 1993. *Granice tolerancji. O teoriach zachowań dewiacyjnych. (The Limits of Tolerance. On the Theories of Deviant Behavior)*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe PWN.

Simmel, Georg. 1908. Der Streit. In *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, 186–255. Berlin: Duncker & Humblot Verlag.

Sobieraj, Sarah, Deborah Ostrander, Susan White, und Kent Portney. 2007. Could Civic Engagement Reproduce Political Inequality? In *Acting Civically*, Hrsg. Deborah Ostrander und Kent Portney, 92–110. Hannover: New England University Press.

Stichweh, Rudolf. 2005. *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Stichweh, Rudolf, und Paul Windolf. 2009. *Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag.

Stolle, Dietlind, Marc Hooghe, und Michele Micheletti. 2005. Politics in the Supermarket: Political Consumerism as a Form of Political Participation. *International Political Science Review* 26: 245–269.

Strykow, Petra. 2007. *Vergleich politischer Systeme*. München: Fink Verlag.

Szacki, Jerzy. 1997. O narodzie i nacjonalizmie. *Znak* 502: 4–31.

Sztompka, Piotr. 2010. *Soziologia. Analiza Społeczeństwa. (Soziologie. Eine Analyse der Gesellschaft)*. Kraków: Znak.

Tavits, Margit. 2008. Democracies Policy Positions, Issue Importance, and Party Competition in New Democracies. *Comparative Political Studies* 41: 48–72.

Templeton, Frederic. 1966. Alienation and Political Participation. Some Research Findings. *Public Opinion Quarterly* 30: 249–261.

Thome, Helmut. 2008. Anomie. Einführung. In *Integration - Desintegration*, Hrsg. Peter Imbusch und Wilhelm Heitmeyer, 225–232. Wiesbaden: VS Verlag.

Tocqueville, Alexis de. 1985. *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.

Turner, Jonathan H., und Peter R. Turner. 2006. *Struktura teorii socjologicznej. (The structure of sociological theory)*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe PWN.

Uehlinger, Hans M. 1988. *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Verba, Sidney. 2006. Fairness, Equality and Democracy: Three Big Words. *Social Research: An International Quarterly* 2: 499–540.
- Verba, Sidney, und Norman H. Nie. 1972. *Participation in America: Political democracy and social equality*. New York: Harper and Row.
- Verba, Sidney, Norman H. Nie, und Jae-on Kim. 1978. *Participation and Political Equality: a Seven-Nations Comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Verba, Sidney, Kay L. Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Vetter, Angelika. 1997. Political Efficacy: Alte und neue Meßmodelle im Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 53–73.
- Vortkamp, Wolfgang. 2008. *Integration durch Teilhabe. Das zivilgesellschaftliche Potenzial von Vereinen*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- van der Waal, Jeroen, Peter Achterberg, und Dick Houtman. 2007. Class Is Not Dead—It Has Been Buried Alive. Class Voting and Cultural Voting in Postwar Western Societies (1956–1990). *Politics and Society* 35: 403–426.
- Wachtler, Günther. 1982. Die gesellschaftliche Organisation der Arbeit. In *Einführung in die Arbeits- und Industriesoziologie*, Hrsg. Wolfgang Littek, Werner Rammert und Günther Wachtler, 14–25. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Ware, Alen. 1981. The Concept of Political Equality. Post-Dahl Analysis. *Political Studies* 3: 392–406.
- Warren, Mark E., Hrsg. 1999. *Democracy and Trust*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weber, Max. 1984. *Soziologische Grundbegriffe*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wegener, Bernd. 1995. Gerechtigkeitstheorie und empirische Gerechtigkeitsforschung. In *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*, Hrsg. Hans-Peter Müller und Bernd Wegener, 195–220. Opladen: Leske + Budrich.
- Weiss, Peter. 2012. Die müden Multi-Partizipierer? In *Politik und Parteien im Wandel, Sociology in Switzerland*. Zürich: Online Publikation.
- Weßels, Bernhard. 1997. Organizing Capacity of Societies and Modernity. In *Private Groups and Public Life: Social Participation and Political Involvement in Representative Democracies*, Hrsg. Jan W. van Deth, 201–223. London: Routledge.
- Wilkinson, Richard, und Kate Pickett. 2010. *The spirit level. Why equality is better for everyone*. London: Penguin.
- Wnuk-Lipinski, Edmund. 2005. *Socjologia zycia publicznego*. Warszawa: Scholar.

Wolff, Hans-Georg, und Johann Bacher. 2010. Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christof Wolf und Henning Best, 333–365. Wiesbaden: VS Verlag.

Young, Iris Marion. 2000. *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, Lukasz Hill, geb. am 05.01.1981 in Lodz, an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinne nach anderen Werken entnommen wurden, sind in jedem Fall unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in anderer Form als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Ich habe die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und prüfungsrechtlichen Folgen, sowie die strafrechtlichen Folgen (siehe unten) einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung zur Kenntnis genommen.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB)

§ 156 StGB Falsche Versicherung an Eides Statt

Wer von einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Ort, Datum

Unterschrift